

Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft

Band 11

Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft

In den Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft erscheinen Dokumentationen von nationalen und internationalen Tagungen, Symposien und Ringvorlesungen, die vom Institut für Geschichte veranstaltet wurden. Einen zweiten Schwerpunkt bilden Forschungsarbeiten, insbesondere von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern.

Das Institut für Geschichte <<http://www.uni-oldenburg.de/geschichte/>> ist eine wissenschaftliche Einrichtung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Ab Band 9/2008 wird die Reihe hrsg. von

Prof. Dr. Gunilla Budde

Prof. Dr. Hans Henning Hahn

Juniorprof. Dr. Thomas Etzemüller

Prof. Dr. Rudolf Holbach

Prof. Dr. Dagmar Freist

Prof. Dr. Dietmar von Reeken

Juniorprof. Dr. Malte Thießen

Berit Pleitner (Hrsg.)

Polen. Eine Reise

Erinnerungs- und Begegnungsorte



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

**Wydano z finansowym wsparciem Fundacji Współpracy Polsko-Niemieckiej.
Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische
Zusammenarbeit.**

Fotos auf den Auftaktseiten: Vera Hilbich, Christine Pleus, Witold Wyrwa,
Krzysztof Bielawski
Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte ausfindig zu machen.
Sollten wir versehentlich ein Urheberrecht nicht kenntlich gemacht haben,
bitten wir um Kontaktaufnahme.

Oldenburg, 2011

Verlag / Druck / Vertrieb
BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.bis-verlag.de

Umschlaggestaltung: Anna Mencil und Melanie Robinet
Satz / Layout: Nadine Brinkmann

ISBN 978-3-8142-2184-7

Inhaltsverzeichnis

Aufbruch – einfach so?

- 14 | Vorwort: Jede Reise ist ein kleines Abenteuer..... *Berit Pleitner*
16 | Polen und Deutschland. Deutschland und Polen (1990 – 2010).. *Claas Neumann*

Orte der (Un-)Ruhe

- 34 | Ort der Sehnsucht – Sopot..... *Melanie Robinet*
50 | Ursachenforschung *Claas Neumann*
62 | Polen und Juden *Ina Horstmann & Britta Osterhus*

Wunde Zweiter Weltkrieg

- 86 | Kriegsausbruch und Erinnerung *Michael Baumann & Kathrin Harsche*
104 | Jüdisches Leben im Warschauer Ghetto und
die polnische Erinnerungskultur.....*Antje Hoffmann,*
Freya Bendler & Kathrin Harsche
126 | Der Warschauer Aufstand *Sven Weimert*
144 | Feindliche Rivalität, trügerische ‚Annäherung‘, Katastrophe... *Claas Neumann*

Stumme Erzähler

- 154 | Posen.
Die Stadt der zwei Nationen... *Lea Gehlhaar, Tatjana Schwenk und Elena Wolf*
164 | Das Denkmal zum Posener Aufstand von 1956..... *Britta Lammers*
184 | Das Denkmal für Jan Sobieski in Gdańsk *Piotr Klauze*
190 | Denkmäler *Britta Lammers*

„Solidarität mit Solidarność“?

- 198 | Hintergrund: Die Gewerkschaft Solidarność
- 200 | „Der Pole bringt’s fertig.“..... *Wiebke Wetzel*
- 220 | Gespräch mit Antoni Filipkowski *Stefanie Nord*
- 226 | Der Aufstieg der Solidarność 1980 *Dominik Lindemann*
- 244 | „Weil er Papst ist.“ Kirche und Solidarność..... *Daniel Müller-Betke*

Erinnerung – gemeinsam, aber nicht gleich

- 262 | Die polnische Erinnerungskultur zwischen Gestern und Heute *Romy Starke*
- 272 | Des Pudels Kern..... *Christine Pleus*
- 290 | Museen *Christine Pleus*
- 294 | „Rädchen im NS-Vernichtungssystem“ *Vera Hilbich & Karen Stubbemann*
- 308 | IPN – Spaltung der Gesellschaft?..... *Tobias Kruse*
- 324 | Abreise: Was bleibt? *Małgorzata Grzywacz*

Legende

Grauer Kasten Zusatzinformationen.



Kommentare von
polnischen Studenten.



Zeitleiste mit wichtigen
Daten und Fakten.



Danzig

Deutschland



Posen

Posen

Tschechische
Republik



Danzig

Ostsee

Rusland

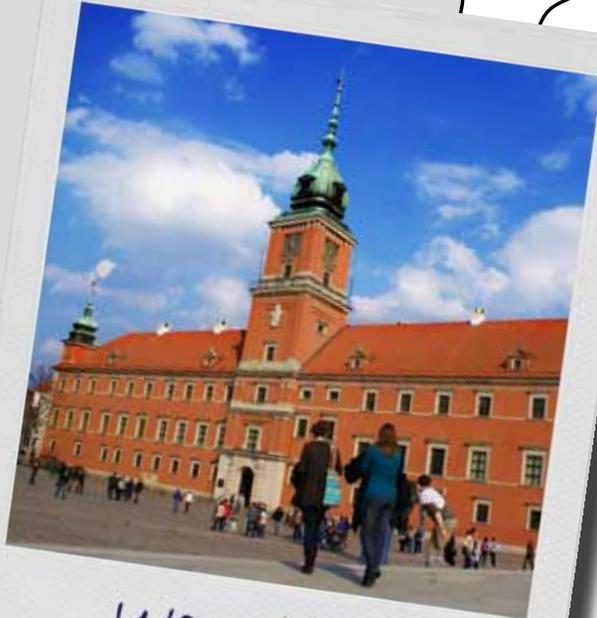
Weißrussland

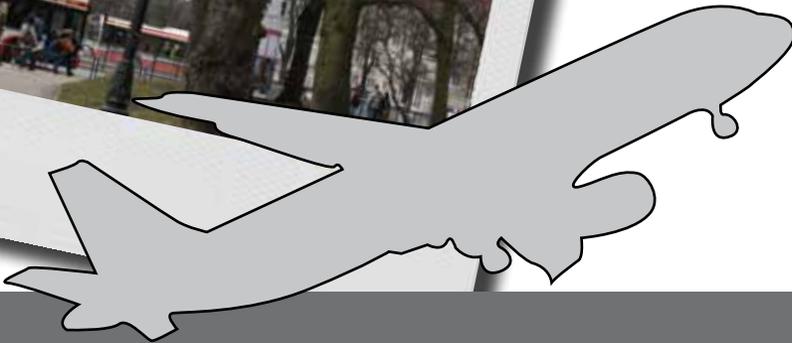
Warschau

Slowakische Republik

Warschau

Ukraine







Aufbruch – einfach so?

Jede Reise ist ein kleines Abenteuer

von Berit Pleitner

Je unbekannter das Ziel, desto spannender verspricht die Reise zu werden. Unser Nachbarland Polen ist als Reiseziel für viele noch abenteuertauglich – also weitgehend unbekannt. Die Zeiten, in denen Teilnehmer für Exkursionen nach Mittel- und Osteuropa mühselig geworben werden mussten, sind jedoch vorbei. Das Interesse an dem Projekt „Polnische Erinnerungsorte und deutsch-polnische Beziehungen im 20. Jahrhundert“ war groß. Und so fuhren zwanzig Leute mit durchaus unterschiedlichen Erwartungshaltungen los, dieses Land und seine Geschichte näher kennen zu lernen.

Aber wie erkundet man eigentlich Geschichte? Das klingt viel griffiger, als es ist. Der Vergangenheit können wir uns nur mittels ihrer Überreste nähern. So versuchten wir in Polen die Städte zu lesen und das vielfältige kulturelle Erbe zu entziffern: Wer lebte hier, und wie lebte man zusammen? Wie drücken sich Macht und Einfluss im Stadtbild aus? Welcher Personen gedenkt die Gesellschaft heute, wie deutet sie ihre Vergangenheit?

Solche Fragen konnten wir nicht alleine beantworten. Erst die Begegnung mit den Polen schärfte unseren Blick. Es war für alle spannend: Viele polnische Studierende sahen ihre Umgebung plötzlich mit neuen Augen. Gemeinsam betrachteten wir Gebäude und Straßenzüge, Denkmäler und Plätze, besuchten Gedenkstätten, Museen und historische Orte. Die Gespräche über einen gleichen Gegenstand, der oft ganz unterschiedlich wahrgenommen und gedeutet wurde, zählten zu den Highlights der Fahrt. Nicht immer waren diese Gespräche einfach und häufig emotional.

Doch genau darum ging es: Zu verstehen, dass Geschichte nicht aus nüchternen, unverrückbaren Fakten besteht, sondern der Interpretation bedarf und uns persönlich betrifft. Ohne die zweifelsohne notwendige Sachlichkeit der Auseinander-



*Berit Pleitner.
Foto: Karsten Vahl.*

setzung infrage zu stellen, müssen wir akzeptieren, dass es grundsätzlich unterschiedliche Formen des Umgangs mit Geschichte gibt – und dass die eigene Gefühle bewältigt werden wollen.

Natürlich gab es auch unangenehme Empfindungen: der Eindruck der emotionalen Überwältigung, die Scham, das fortdauernde Unverständnis über die Sichtweise des anderen. Und das ist gut so. Bleibende Annäherung kann nicht über blinde Gefühlsduselei geschehen. Ein konstruktives Miteinander kann es nur geben, wenn wir uns auch den schwierigen Punkten der deutsch-polnischen Beziehungen stellen – auf gesellschaftlicher und persönlicher Ebene. Die vielen Momente der geteilten Freude, des Lachens und des Gefühls, eine gemeinsame Basis gefunden zu haben, werden dadurch umso intensiver.

Wir kamen reicher zurück, als wir gefahren waren. Reich an Eindrücken, an neuen Freundschaften, an Einsichten. Mit der Rückkehr nach Deutschland war unser Interesse an Polen und seiner Geschichte noch lange nicht erloschen. Das vorliegende Buch zeugt davon. Seine Entstehung verdankt es einerseits dem Bedürfnis, sich im Nachhinein mit einzelnen historischen Themen eingehender zu befassen, andererseits dem Wunsch, unsere Begeisterung und Erfahrungen mit anderen zu teilen. Wir haben daher eine Form gewählt, die, ohne die Prinzipien der wissenschaftlichen Arbeitsweise zu

missachten, auch der Reflektion unserer Gedanken und Gefühle Raum lässt. Die Kapitel sind nicht chronologisch geordnet, sondern entsprechen eher dem emotionalen Verlauf der Reise. Wie so häufig in interkulturellen Begegnungen folgte auf die Vorfreude eine erste Ernüchterung – vieles ist ganz anders als erwartet, nicht alle Hoffnungen werden erfüllt. Es ist nicht leicht, eigene Vorstellungen zu revidieren, und doch wird die Begegnung mit dem Neuen erst dadurch fruchtbar. Am Ende bleibt das Gefühl, ein wenig Einblick genommen, aber noch lange nicht alles verstanden zu haben.

Doch das müssen wir auch nicht. Wenn wir uns gegenseitig in unserer Verschiedenheit akzeptieren und respektieren können, haben wir viel erreicht. Wir hoffen, dass dieses Buch genau das transportiert: Interesse und Respekt füreinander, die Grundlage sind für den ungezwungenen und (selbst-)kritischen Umgang miteinander. Für diese Erfahrung danken wir unseren polnischen Kommilitonen Artur Biernat, Przemek Czarnecki, Aleksandra Kaliszewska, Anna Mencil, Ewa Miśkiewicz, Marta Nurczyńska, Samanta Ormińska, Paweł Sobon, Adam Soszyński, Ann Cathrin Trautmann, Magdalena Umińska, Magdalena Walentowska, Mariusz Więcek, Witold Wyrwa und Marcin Zawieja sowie Dr. Małgorzata Grzywacz und Dr. Adam Sobek, die der Begegnung ihr Herz und ihre Form gegeben haben. Dziękujemy!

Polen und Deutschland. Deutschland und Polen (1990 – 2010)

Szenen einer schwierigen (?) Nachbarschaft

von Claas Neumann

Reisevorbereitungen

Bekommen, ja geradezu etwas peinlich berührt blickten wir auf eine Art Fragebogen herab, der uns im Rahmen eines ersten gemeinsamen Vorbereitungstreffens präsentiert wurde. Zweifellos waren die Fragen zur Geographie, Kultur, Geschichte und Gesellschaft Polens nicht in erster Linie dazu bestimmt, uns vor Augen führen, wie wenig wir eigentlich über unseren östlichen Nachbarn wissen, im Vordergrund stand vielmehr eine erste spielerische Annäherung an eben diesen. Und dennoch: Die Ergebnisse dieser kleinen ‚Landeskunde‘ waren wenig schmeichelhaft. Zwar wussten wir um die unbeschreiblichen Leiden Polens im Zweiten Weltkrieg, hatten auch von Solidarność schon häufiger gehört oder in Seminaren sowie Vorlesungen über die Adelsrepublik und die Teilungen des polnischen Staates im Laufe des 18. Jahrhunderts gesprochen. Polnische Nobelpreisträger, landschaftliche Merkmale, selbst Daten wie die heutige Einwohnerzahl oder das derzeitige politische Verhältnis zwischen Deutschland und Polen waren allerdings nur sehr wenigen geläufig.

Rasch wurde deutlich, dass Polen für viele von uns etwas Fernes darstellte. Auch über zwanzig Jahre nach der Öffnung des ‚Eisernen Vorhanges‘ war dieser ‚neue‘ Nachbar gleichzeitig ein weitgehend unbekannter geblieben.

Höchste Zeit also, ihn kennen zu lernen. Ein Blick in die jüngste Beziehungsgeschichte zwischen Polen und Deutschland zeigte zudem, dass die polnisch-deutsche Nachbarschaft seit 1989/1990 bei weitem kein unbeschriebenes Blatt ist.

I. Die 1990er – ein ‚goldenes‘ Jahrzehnt der deutsch-polnischen Nachbarschaft?

„Ein Umbruch in unseren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland tut not“, sagte Premierminister Tadeusz Mazowiecki im Herbst 1989 (zitiert nach ZYBURA 1999, S. 32). Mit dieser Forderung legte er gleichzeitig das Leitmotiv der zukünftigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten fest: Eine „echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspräche“, sollte angestrebt werden (BINGEN 2005, S. 13). Grundlage zur Erreichung dieses Ziels war von polnischer Seite aus gesehen insbesondere die Überwindung des zuvor durch staatliche Propaganda verbreiteten ‚Feindbildes Deutschland‘. Eine gewichtige Rolle spielte bei dieser Neuausrichtung der Politik Polens die Überzeugung, dass eine gute Partnerschaft mit Deutschland den ersten Schritt in ‚Richtung Europa‘ markieren würde.

Nicht selten war vom deutschen ‚Tor‘ oder ‚Türöffner‘ nach Europa die Rede. Doch zeigte sich auch die deutsche Regierung bereit, den Ballast der schwierigen Vergangenheit hinter sich zu lassen und der Beziehung zu Polen einen höheren Stellenwert beizumessen? Sollte die im 20. Jahrhundert so häufig umkämpfte Grenze zwischen Polen und Deutschland sich vor diesem Hintergrund von einer Trennungs- in eine Verbindungslinie verwandeln und eine Politik der Verständigung möglich sein?

In der Tat – der zügig voranschreitende Zusammenbruch des kommunistischen

Systems und die damit verbundenen Umbrüche in Polen sowie die anstehende Vereinigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik bereiteten dem polnisch-deutschen ‚Neubeginn‘ ein scheinbar tragfähiges Fundament. So erwiderte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) die positiven Signale aus Warschau mit einem mehrtägigen Polenbesuch im November 1989, welchen er zwar zwischenzeitlich unterbrach – allerdings aus dem nachvollziehbaren Grund, dem Fall der Berliner Mauer beizuwohnen. Zum symbolischen Höhepunkt des Aufenthaltes avancierte die gemeinsame Teilnahme Kohls und Mazowieckis an einem Versöhnungsgottesdienst im niederschlesischen Krzyżowa (Kreisau). Die Weichen für einen respektvollen und offenen Dialog schienen gestellt zu sein – nicht zuletzt aufgrund einer 78 Punkte umfassenden gemeinsamen Erklärung, welche dem zukünftigen Verhältnis zwischen Polen und Deutschland als Richtschnur dienen sollte.

Rasch erfuhr die euphorische Aufbruchstimmung jedoch eine Trübung, als Kohl, vor allem vor heimischem Publikum, keine eindeutige Stellung zur Frage der Oder-Neiße-Grenze bezog und zugleich darauf verzichtete, die deutsch-polnischen Beziehungen innerhalb des Zehn-Punkte-Programmes (November 1989) zur Regelung der Einheit Deutschlands zu thematisieren.

Für weiteren Unmut sorgte wenig später die Tatsache, dass Polen nur geringfügig an den sogenannten 2+4-Verhandlungen (Mai bis September 1990), welche die außenpolitischen Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung im Einklang mit den USA, Russland, Frankreich und Großbritannien vertraglich regeln sollten, beteiligt wurde. Dies irritierte nicht nur die polnische Regierung, sondern nährte unter der polnischen Bevölkerung Ängste, die in einigen Kreisen bereits vor der ‚Wende‘ zum Ausdruck gekommen waren. So fürchteten nicht wenige eine europaweite Dominanz Deutschlands auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. Die größte Sorge stellte allerdings die Annahme dar, das wiedervereinigte Deutschland könne Ansprüche auf ehemals deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze erheben. Die schrecklichen Erinnerungen an die Gräueltaten Nazi-Deutschlands und die anti-westliche Propaganda durch die Kommunisten hatten sich, wie der polnische Publizist Adam Krzemiński es 1991 bezeichnen sollte, zu einer „polnischen historischen Neurose“ verdichtet (zitiert nach MÖLLENBECK 2004, S. 44). Umfragen zeugten von der Befürchtung, Deutschland könne erneut einem revanchistischen Expansionsstreben zuneigen. Zügig machte das negative Stereotyp vom ‚deutschen Drang nach Osten‘ die Runde und die Mehrheit der Polen berief sich im Hinblick auf die Zukunft der Nachbarschaft auf das tradierte Sprichwort, dass der Deutsche dem Polen nie ein Bruder

sein werde. Wie groß die Befürchtungen waren, zeigte nicht zuletzt der im Februar 1990 vom späteren polnischen Botschafter in Deutschland, Janusz Reiter, in der Presse publizierte Appell, die noch in Polen stationierten russischen Truppen nicht vorschnell zum Abzug zu drängen, um den Deutschen im Falle eines militärischen Konflikts um Grenzgebiete nicht schutzlos ausgeliefert zu sein.

Auch auf deutscher Seite kam es zur Wiederbelebung alter Stereotype, die seit dem 19. Jahrhundert aus dem Schlagwort der ‚polnischen Wirtschaft‘ entstanden waren. So warnten Pressestimmen mit Blick auf die Visafreiheit vor einem ‚Ansturm der Barbaren‘. Die Befürchtung vor einer Überflutung des Arbeitsmarktes durch polnische ‚Billigarbeiter‘ verstärkte die negative Wahrnehmung und ablehnende Haltung – eine Argumentationslinie, die später die Einstellung in der deutschen Gesellschaft einer Aufnahme Polens in die EU gegenüber negativ beeinflussen sollte (ZYBURA 1999, S 33).

Sogenannte ‚chaotische Polenmärkte‘ und das Vorurteil, Polen seien höchst kriminell, ließen zudem das Bild einer ‚polnischen Mafia‘ entstehen. Vor dem Hintergrund dieser Stigmatisierungen geriet der kaum überzubewertende Beitrag der Polen zur Überwindung des Kommunismus derweil allzu schnell in Vergessenheit.

Erst die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages vom 14. November, welcher die Anerkennung von Oder und Neiße als Ostgrenze Deutschlands völkerrechtlich fixierte, vermochte es,

den jahrzehntelangen Pfahl im Fleisch der gegenseitigen Beziehungen zu ziehen und dem polnischen Deutschlandbild eine positive Richtung zu geben. Zu weiteren Grundsteinen des angestrebten Dialogs entwickelten sich der am 17. Juni 1991 unterzeichnete Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie weitere bilaterale Abkommen.

Insbesondere die im Nachbarschaftsvertrag festgeschriebene Aufhebung der gegenseitigen Visumpflicht, die Gründung der Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung und die Versicherung Deutschlands, den Beitritt Polens in die Europäische Union (EU) zu unterstützen, sorgten für eine nahezu romantische Begeisterung auf beiden Seiten – zumindest auf offizieller Ebene. Voller Euphorie hatte bereits 1990 der damalige polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski von der beginnenden Epoche einer ‚deutsch-polnischen Interessengemeinschaft‘ auf

politischer und wirtschaftlicher Ebene gesprochen.

Auf gesellschaftlicher Ebene fand die von der politischen Klasse forcierte Interessengemeinschaft – trotz großem Reiseverkehr und wirtschaftlichem Austausch – jedoch noch keine vollständige Entsprechung. Zwar führten zahlreiche Kooperationen auf verschiedenen Ebenen (etwa die Gründung des ‚Weimarer Dreiecks‘ im Sommer 1991, die Etablierung von Städte- und Schulpartnerschaften oder der verstärkte wissenschaftliche Austausch) zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten, doch jenes zum damaligen Zeitpunkt „als problemlos zu bezeichnen“, so Janusz Tycner in einer Rückschau, „wäre eine große Übertreibung“ (TYCNER 2000, S. 125). Insbesondere auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Annäherungen beherrschten Skepsis und Stereotypen weiterhin das Bild vom jeweiligen Nachbarn.

Langsame Annäherung

Bereits kurze Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer begann sich jedoch eine Trendwende anzudeuten, zumindest auf polnischer Seite. Umfragen aus den frühen 1990er Jahren zufolge hatte sich die Anzahl jener polnischen Bürger, die der deutschen Wiedervereinigung positiv gegenüber standen, innerhalb nur eines Jahres nach diesem Ereignis verdoppelt. Und nicht nur das Urteil über die

deutsche Einheit erfreute sich wachsender Zustimmung, der polnische Sympathiewert bezüglich der Deutschen selbst stieg ebenfalls kontinuierlich – wenn auch nur um wenige Prozentpunkte. Vor allem das deutsche Engagement hinsichtlich der schnellen Aufnahme Polens in NATO und EU gilt als maßgebliche Ursache dieser Entwicklung.

Ein Blick auf das polnische Deutschenbild dieser Zeit offenbart einen weiteren Antriebsfaktor:

Zwar legte man den Deutschen häufig nah, überheblich, größtenwahnsinnig, rassistisch, rüde und aggressiv zu sein, gestützt auf traditionellen deutschen Autostereotypen schrieb man dem westlichen Nachbarn allerdings auch folgende Ansammlung an positiven Eigenschaften zu: Sauberkeit, Disziplin, Fleiß, Ordnung, Effizienz. Hier lässt sich eine hohe Anerkennung für die deutsche Wirtschaftsleistung bei paralleler Kritik an den mangelnden sozialen Kompetenzen der Deutschen erkennen. Der polnische Soziologe Mateusz Fatkowski brachte diese ambivalente Wahrnehmung auf die Formel des „gute[n] Arbeiter[s] ohne Seele“ (zitiert nach BURAS 2009, S. 164). So waren Deutsche vor allem als Investoren, kaufkräftige Touristen und Geschäftspartner willkommen.

Eine gewisse Skepsis und vereinzelte Befürchtungen vor einer deutschen ‚Expansivität‘ ließen die Einschätzungen zwischenzeitlich schwanken – ein Hinweis auf das Gebot eines kritischen Umgangs mit Umfrageergebnissen, welche häufig dem jeweils gerade wehenden ‚politischen Wind‘ unterliegen. Aus polnischer Sicht stellten sich Oder und Neiße vor diesem Hintergrund nicht selten als „Grenze der Angst und der Hoffnung“ (Elżbieta Stadtmüller) dar: Hoffnung auf einen ‚westlichen‘ Lebensstandard, Modernisierung, Fortschritt, Demokratisierung und ein ‚Zurück nach Europa‘; Angst

vor einem Identitätsverlust im Zuge von Europäisierung und Globalisierung sowie einem deutschem ‚Neokolonialismus‘ bzw. einem ‚Ausverkauf‘ polnischen Bodens an finanzkräftige Deutsche (MÖLLENBECK 2004, S. 45).

Während innerhalb Polens breit über den westlichen Nachbarn diskutiert wurde, blieb die deutsche Auseinandersetzung mit dieser Thematik meist auf elitäre Kreise in Politik und Wirtschaft beschränkt. Zwar entwickelte sich besonders in den Kreisen der Spitzenpolitik eine propolnische Haltung zur ‚political correctness‘, doch die Ausrichtung polnischer Kulturtage, die Zunahme wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausches, die Gründung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (1991), ja sogar immer neue Rekordzahlen hinsichtlich der deutschen Reisenden nach Polen vermochten es nicht, die deutsche Öffentlichkeit für Polen zu begeistern. Im Gegenteil: Für viele Deutsche war Polen nicht nur eine unbekannte Größe, sondern, wie eine Umfrage des SPIEGEL aus dem Jahre 1991 darüber hinaus belegte, auch die deutsche Sympathie hinsichtlich Polens befand sich auf einem äußerst niedrigen Level (zitiert nach KNEIP/MACK 2007, S.160). Im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Staaten belegte der östliche Nachbar gar den schlechtesten Rang. Die weit verbreitete Vorstellung, ‚der Pole‘ sei stets unzuverlässig, faul, disziplinlos etc. war wenig schmeichelfhaft. Der Bekanntheitsgrad und die häufige Reproduktion der 1995 von der BILD in

Umlauf gebrachten Schlagzeile „Kaum gestohlen, schon in Polen“ oder der anti-polnischen Witze des bekannten Moderators Harald Schmidt beweisen die tiefe Verankerung jener negativen Wahrnehmung Polens in der deutschen Gesellschaft der neunziger Jahre.

Fortschritte im Hinblick auf die gegenseitige Verständigung wurden zwischen 1994 und 1998 dennoch erzielt. Als Höhepunkte gelten an dieser Stelle die Ansprache des Bundespräsidenten Roman Herzog im Rahmen der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994 – auch wenn jener diesen in einem vorherigen Interview mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 verwechselt hatte – sowie die Rede Władysław Bartoszewskis vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 28. April 1995. Beide Staatsmänner – Herzog durch seine Bitte nach „Vergabung für das, was Ihnen von Deutschen angetan worden ist“ und Bartoszewskis Klage über „das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verlassen haben“ – berührten mit ihren Vorträgen auf äußerst sensible Weise zwei Wunden des deutsch-polnischen Gedächtnisses und bewiesen dabei Fingerspitzengefühl (MILDENBERGER 2001, S. 119 f.).

Insbesondere Bartoszewskis Stellungnahme zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trug dazu bei, den

Weg zu einer gemeinsamen Geschichte ohne ‚weiße Flecken‘ zu ebnen. So folgten zahlreiche Veröffentlichungen polnischer Historiker zu der Thematik. Außerdem widmeten sich nun auch verstärkt Zeitungsredaktionen und Fernsehanstalten der Aufarbeitung der zugrundeliegenden Ereignisse. Diese Entwicklung in Kombination mit vertraglich festgehaltenen Verbesserungen der rechtlichen Stellung der deutschen Minderheit in Polen führte schließlich auch dazu, dass den Vertretern deutscher Vertriebenenverbände, welche nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze häufig von deutscher ‚Verzichtspolitik‘ gesprochen hatten, wichtige argumentative Grundlagen dieses Vorwurfs entzogen wurden. Vorsichtig wagte man sich nun ebenfalls an den – nun auch verstärkt in den Medien beider Staaten geführten – Dialog über andere schwierige Themen wie etwa dem allzu häufig in der deutschen Öffentlichkeit „vergessenen Holocaust“ an slawischen Völkern, der Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter oder dem deutschen Beitrag zum kulturellen Erbe von Städten wie Breslau/Wrocław, Danzig/Gdańsk oder Stettin/Szczecin.

Vom „Versöhnungskitsch“ zur „Beziehungskrise“

Trotz der redlichen Bemühungen um eine gemeinsame Aufarbeitung sensibler Fragestellungen führte die im Mai 1998 emotional geführte Debatte um eine Resolution des Bundestages zur Vertriebenenthematik vor Augen, auf welchem instabilen und empfindlichem Fundament der deutsch-polnische Dialog bisweilen stand und wie zügig sich auch nur „die kleinsten Risse in der Harmonie jederzeit zu Krisen auswachsen“ konnten (MILDENBERGER 2004, S. 121).

Hatte sich zu Beginn der 1990er Jahre noch ein stetiger Einflussverlust des Bundes der Vertriebenen (BdV) und dessen – häufig – revanchistischen Positionen angedeutet, so schien sich dieser Trend mit der Wahl der CDU-Abgeordneten Erika Steinbach zur Präsidentin des BdV am 5. Mai 1998 umzukehren. Steinbach, die durch äußerst Streitbare Äußerungen über Deutschlands östliche Nachbarn – speziell über Polen – rasch zur unbeliebtesten Vertreterin der deutschen Politik innerhalb der polnischen Öffentlichkeit aufgestiegen war, gelang es in kürzester Zeit, die vom BdV formulierten Anliegen wieder auf die politische Agenda Deutschlands zu setzen. Forderungen nach einem Eintreten der deutschen Regierung für die Interessen der Heimatvertriebenen, namentlich die im Rahmen einer EU-Osterweiterung angestrebte Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in vormals von ihnen bewohnte Gebiete und die Erstattung von Eigentum, fanden in dieser

direkten Form zwar nicht Eingang in eine Resolution des Bundestages, allerdings sorgte bereits eine ‚entschärfte‘ Version auf polnischer Seite für große Irritation. So wurde die Haltung des Bundestages als Rückendeckung für den BdV verstanden und der öffentliche Druck veranlasste den polnischen Sejm schließlich dazu, in einer scharfen Gegenerklärung unmissverständlich auf die Gefahren eines solchen Vorgehens für die deutsch-polnischen Beziehungen hinzuweisen. Sollte dieser sogenannte ‚Papierkrieg‘ das vorläufige Ende der vermeintlich ‚goldenen‘ Jahre der Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschland symbolisieren? Die euphorische Aufbruchsstimmung einer Ernüchterung weichen?

Die ‚postkommunistischen Frühlingsgefühle‘ zwischen Polen und Deutschland, welche während des Beginns der 1990er Jahre – zumindest auf politischer und wirtschaftlicher Ebene – vorherrschend gewesen waren, wurden bereits Mitte der 90er Jahre von polnischen und deutschen Intellektuellen als pathetische Inszenierungen und inhaltsleere Worthülsen kritisiert. Die rhetorische Grundlage bildete die Argumentation des deutschen Politikwissenschaftlers Klaus Bachmann, der schon 1994 davon gesprochen hatte, dass es sich bei den Schlagwörtern der ‚deutsch-polnischen Interessengemeinschaft‘ oder der ‚deutsch-polnischen Versöhnung‘ lediglich um „hohle Gesten, die mit viel

bittersüßer Begleitmusik Meinungsunterschiede [zu]zukleistern“ versuchten, handele (BACHMANN 1994, S. 41-43).

Der Begriff ‚Versöhnungskitsch‘ war geboren. Diesem gemäß würden allzu vorschnelle Sympathiebekundungen und lediglich oberflächliche Verständigungsbereitschaft beiderseits wahre Unstimmigkeiten und Missverständnisse verdecken und einen wirklich problemorientierten Dialog der beiden Staaten verhindern. Gegenseitige Vorurteile seien so kaum aus dem Wege zu schaffen.

Im Gegenteil: Die ständige Ausklammerung kontroverser Themen könne vielmehr dazu führen, dass die Konflikte unter der Oberfläche anschwellen und später umso heftiger ausbrechen würden. Ein ehrlicher und gesunder Streit zwischen gleichberechtigten Nachbarn im Zuge der Diskussion von derartigen Problemen sei die bessere Lösung, so Bachmann.

Wie viel Wahrheit sich hinter dieser Kritik verbergen sollte, zeigt die gegenseitige Wahrnehmung der beiden Staaten seit etwa 2000. Besonders auffällig ist die Langlebigkeit gegenseitiger Stereotypen. So stützt sich eine Vielzahl der Äußerungen über den jeweiligen Nachbarstaat auf ‚alte‘ nationale Stereotypen: ‚Polnische Wirtschaft‘, ‚schöne Polin‘ oder eben auch der deutsche ‚Drang nach Osten‘.

Treffend beschrieb dieses Phänomen der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz im Jahre 2008:

„Die deutsch-polnischen Beziehungen verfügen (...) über einen reichhaltigen Bestand stereotyper Auffassungen und Überzeugungen. Ähnlich wie in anderen Fällen handelt es sich dabei nicht um einen abgeschlossenen und in diesem Sinne ‚toten‘ Bestand (...). Die deutsch-polnischen Stereotype sind ein lebendiges Material. (...) Sie leben weiter.“

(RUCHNIEWICZ 2008, S. 2 f.)

II. Zwischen Brücken und Barrieren – Deutsch-polnische Beziehungen im neuen Jahrtausend

Altbekannte Stolpersteine

Die hitzigen Debatten um ein Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) in Berlin sowie die Gründung der Preußischen Treuhand stellten im Jahr 2000 eine nächste Stufe des deutsch-polnischen Konfliktes dar. Die Initiative zur Errichtung des ZgV – einem vor allem von rechts-konservativen Kreisen gestützten Projekt zur Dokumentation von Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert – wurde zwar von polnischer Seite und von nicht wenigen deutschen Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten als deutsch-nationale ‚Opfertümelei‘ und Forcierung eines fraglichen Geschichtsbildes kritisiert, aber innerhalb der deutschen Öffentlichkeit größtenteils begrüßt. Die Gründung der Preußischen Treuhand fand hingegen weitaus weniger Zuspruch. Selbst führende Mitglieder des BdV distanzierten sich von der privaten Firma, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, von Polen Entschädigungsleistungen für die Verluste Vertriebener bei europäischen Gerichtshöfen einzuklagen.

Diese kurz skizzierten Entwicklungen hemmten die polnisch-deutsche Annäherung nicht nur, sondern vermochten es gleichzeitig, Brückenschläge wie etwa die ebenfalls im Jahre 2000 eingerichtete und vom deutschen Staat und Vertretern der deutschen Wirtschaft finanzierte Stiftung Erinnerung, Verantwortung,

Zukunft nahezu in Vergessenheit geraten zu lassen. Jene Stiftung widmet sich unter anderem der Entschädigung von ehemaligen KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern sowie der Förderung internationaler Projekte, welche sich für die Opfer des Nationalsozialismus engagieren. Zwar boten insbesondere die Anstrengungen, polnische Zwangsarbeiter zu entschädigen, sowie die enge Zusammenarbeit mit polnischen Partnerorganisationen die Chance, „eine der letzten Hürden in der deutsch-polnischen Verständigung“ (KOSMALA 1999, S. 137) zu überwinden; doch die Schatten des Zentrums gegen Vertreibungen und der Preußischen Treuhand trübten die Hoffnungen, welche auf diesem Vorhaben lagen. In Polen, wo die äußerst kontrovers geführte Debatte über den Pogrom an den Juden in Jedwabne (1941) (*siehe: „Polen und Juden“*) auf ihren Höhepunkt zusteuerte, stießen die Pläne zur Errichtung des ZgV auf heftige und nicht selten emotionale Kritik. Die größte Befürchtung lag zweifellos darin, dass ein solches Dokumentationszentrum dazu dienen sollte, ein Geschichtsbild zu entwerfen, welches vor allem die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkriegs darstelle. Befeuert wurde diese Annahme nicht zuletzt durch die polnische Wahrnehmung der Vorsitzenden der Stiftung und des BdV Erika Steinbach – diese hat-

te 1990 im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gestimmt und war durch häufige Provokationen in Richtung Polens in Ungnade gefallen. Ihre Federführung innerhalb des Projekts wurde als letztendlicher Beweis für den Versuch Deutschlands, die Geschichte umzuschreiben, gedeutet und löste Enttäuschung aus. Selbst die Etablierung des Europäischen Netzwerkes für Erinnerung und Solidarität – ein Zusammenschluss wissenschaftlicher Einrichtungen aus Polen, Deutschland, Ungarn, der Slowakei unter gelegentlicher Beteiligung von Österreich und Tschechien – im Februar 2005, gedacht als eine Alternative zum Zentrum gegen Vertreibungen und vom deutschen Staat finanziell unterstützt, konnte der zunehmenden Verstimmung nicht mehr nachhaltig entgegenwirken. War eine dauerhafte ‚neuerliche Entfremdung‘ zwischen den beiden Staaten zu befürchten?

Die polnische Rechte und dort ansässige anti-europäische Kreise nahmen derartige Vorlagen für eine rechtspopulistische Instrumentalisierung dieses Konflikts nur zu gern an. So nutzten insbesondere Parteien wie Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, kurz *PiS*), die Liga polnischer Familien (*Liga Polskich Rodzin*, kurz *LPR*) oder Selbstverteidigung (*Samoobrona*) die außenpolitischen Spannungen und verbanden jene mit Warnungen vor deutschem Neokolonialismus auf polnischem Boden. Auch die Darstellung Deutschlands als übermächtige Wirtschaftsmacht, als unaufhaltsamer Motor

der gefühlskalten Modernisierung und als kulturelle Vormacht in Europa sollten Ängste schüren und das tradierte Muster einer ewigen deutsch-polnischen Erbfeindschaft wiederbeleben (BENZ 2008, S. 18).

Zwar blieb dies zunächst randständiger Populismus. Die Furcht vor deutschen Vertriebenen, die nach dem Beitritt Polens zur EU polnische Grundstücke erwerben könnten, rief jedoch nicht selten das Gespenst eines privaten deutschen ‚Dranges nach Osten‘ hervor.

Auf deutscher Seite hingegen regte sich in erster Linie Unverständnis über die als überzogen empfundene Reaktion Polens. Rasch argwöhnte man, Polen wolle sich nicht mit dem Vertreibungskomplex beschäftigen, sondern ihn geradezu tabuisieren und den Deutschen das Gedenken an die eigenen Opfer verbieten (BINGEN 2005, S. 16).

Begleitet wurden diese Irritationen zweifellos von politischen Ereignissen auf internationaler Ebene. Dabei sind vor allem die durch die rot-grüne Regierung Deutschlands betriebene Annäherung an Russland sowie die unterschiedlichen Haltungen zur US-amerikanischen Militär-Intervention im Irak zu nennen. Hier kam es gleich an mehreren Stellen zu Missverständnissen: So interpretierten führende deutsche Politiker die Entscheidung Polens für eine Beteiligung am Irakkrieg (2003) vorschnell als übertriebene Loyalität den USA gegenüber. Östlich der Oder sorgte die Unterzeichnung des Abkommens über den Bau einer binatio-

nen Gasleitung – der sogenannten Ost-See-Pipeline – durch Gerhard Schröder und den russischen Präsidenten Wladimir Putin im Jahre 2005 für Unbehagen.

Da eine Beteiligung Polens an dem Pipeline-Projekt nicht vorgesehen war, sahen sich Politiker und Medien an die schmerzhaften Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs erinnert. Dass Teile der polnischen Boulevard-Zeitungen diese deutsch-russische Abmachung mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 verglichen, war wohl nicht nur Anzeichen polnischer Ängste, sondern auch ein Resultat fehlender historischer Sensibilität der deutschen Politik. Wie fragil die deutsch-polnische Verständigung zu jenem Zeitpunkt war, brachten auch die unterschiedlichen Haltungen beider Staaten zur so genannten Orangen Revolution in der Ukraine zum Ausdruck. Damals hatten friedliche Proteste dazu geführt, dass Wahlfälschungen geahndet wurden und letztendlich der pro-westlich orientierte Kandidat Wiktor Juschtschenko zum Sieger erklärt wurde. Während Polen diese Entwicklung mit Jubel zur Kenntnis nahm und die Revolution unterstützte, hielt sich die deutsche Regierung bedeckt – scheinbar um Russland nicht zu verärgern, welches den Gegenkandidaten favorisiert hatte. Von höchster Brisanz zeugte zudem die Debatte um den Beitritt Polens zur Europäischen Union. Zwar hatte die deutsche Politik jahrelang den Anschein erweckt, Polens bester Anwalt auf dem Weg in die EU zu sein, als die polnischen Vertreter jedoch während der Beitrittsverhandlungen auf

eine stärkere Gewichtung der Stimme Polens im Rahmen zukünftiger europaweiter Entscheidungen pochten, lehnten deutsche Verhandlungsteilnehmer und auch die Regierung unter Gerhard Schröder dies zunächst schroff ab – häufig ist zu lesen, dass diese Ablehnung nicht frei von Überlegenheitsgefühlen der Deutschen gewesen sei.

Neben dem Vorwurf, Polen stehe aufgrund eines als überkommen bewerteten pro-amerikanischen Kurses nicht für die damalige ‚europäischen Identität‘, wie sie etwa Deutschland und Frankreich vorzuleben meinten, spiegelten insbesondere die von deutscher Seite geforderten Einschränkungen der Freizügigkeit polnischer Arbeitnehmer derartige Denkmuster wider. Die deutsche Furcht vor einem Ansturm billiger Arbeitskräfte – welche erst ab 2011 ihren Arbeitsplatz innerhalb der EU frei wählen können – degradierte diese regelrecht zu EU-Bürgern zweiter Klasse. Unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der zukünftigen Kompetenzen der EU sowie den Inhalten der Verfassung selbiger im Anschluss an den polnischen Beitritt vom 1. Mai 2004 vertieften den Graben zusätzlich: War die deutsch-polnische Interessengemeinschaft endgültig an ihrem Ende angelangt?

Frostwetter

In der deutschen Öffentlichkeit wird häufig postuliert, dass die deutsch-polnische Beziehung erst seit der Regierungsübernahme der Kaczyński-Brüder und ihrer national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Jahre 2005 tiefe Risse bekommen habe – die bisher vorgestellten Punkte weisen jedoch darauf hin, dass die Grundlagen der fortschreitenden Spaltung auf politischer Ebene bereits mehrere Jahre zuvor – und von beiden Seiten aus – gelegt worden waren. Dennoch lässt sich rückblickend feststellen, dass jene PiS-Regierung die existierenden Konfliktfelder gezielt aufgriff, antideutsche Ressentiments zurück auf die offizielle politische Agenda brachte und die auf beiden Seiten betriebenen Rückgriffe auf ‚alte‘ Stereotypen befeuerte. Aufgrund eines streng an nationalen Interessen orientierten und sich einer radikalen Rhetorik bedienenden Populismus sowie einer heroisierenden Geschichts- und Bildungspolitik geriet Polen international und insbesondere im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen zunehmend in eine isolierte Position. Was folgen sollte, war ein Rückfall in Denkmuster, die eigentlich schon als lange überwunden galten. Nicht umsonst wird die Phase der Kaczyński-Regierung häufig als Periode der Abkühlung hinsichtlich der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bei gleichzeitiger Aufwärmung von gegenseitigen Vorurteilen und Stereotypen bezeichnet.

Doch während die polnische Regierung das Feindbild eines vom Expansionsdrang nach Osten getriebenen Deutschlands mit Hilfe nationaler Geschichtspolitik pflegte und sich auf diese Weise eigene Legitimation verschaffen wollte, beharrte die deutsche Seite nahezu kompromisslos auf ‚ihrer‘ Erinnerungsarbeit. Mehrere große Ausstellungen wie etwa *Flucht, Vertreibung, Integration* oder *Erzwungene Wege* sind nur einige Beispiele dafür. Für eine weitere Trübung sorgten zudem die Aktivitäten der Preußischen Treuhand: Bereits 2004 hatte der Sejm als Antwort auf Forderungen der Treuhand eine Resolution verabschiedet, welche die eigene Regierung dazu aufforderte, von Deutschland Reparationszahlungen für polnische Verluste im Zweiten Weltkrieg zu verlangen – dies hatte wiederum einen Aufschrei in deutschen Medien ausgelöst. 2006 nun reichte die Treuhand erstmals offizielle Entschädigungsklagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein – auch wenn dies ohne die Unterstützung der deutschen Regierung geschah, war es doch gewissermaßen Sinnbild der fortschreitenden Entfremdung der polnisch-deutschen Nachbarschaft.

Das politische Verhältnis war zu diesem Zeitpunkt so sehr abgekühlt, dass der SPIEGEL gar urteilte: „Die deutsch-polnischen Beziehungen jedenfalls waren nach dem Zweiten Weltkrieg selten so schlecht wie heute.“ (SPIEGEL vom 11.7.2006).

Polnisch-deutsche ‚Medienschlachten‘ – Stereotypes sell

Anknüpfend an diese Entwicklungen bot der Zeitraum von 2006 bis 2008 die Bühne für ein wahres Comeback der gegenseitigen Stereotypen innerhalb der deutschen sowie polnischen Medien. Auf deutscher Seite zeigte sich insbesondere die Wahrnehmung des Polen als Dieb als äußerst hartnäckig. Bekanntestes Beispiel ist ein Werbespot des Elektrofachmarktes Media-Markt, welcher 2006 ausgestrahlt wurde und auf einer Gegenüberstellung von adretten Verkäufern deutscher und befremdlich wirkenden sowie kriminellen Kunden polnischer Herkunft basierte. Zwar zog das Unternehmen den Spot im Anschluss an massive Kritik zurück und gab zu verstehen, dass man das Klischee absichtlich überzeichnet hätte, um es als ungerechtfertigtes Vorurteil zu entlarven. Andererseits ist allerdings unzweifelhaft, dass Werbung schon per definitionem nach Anknüpfungspunkten bei seiner möglichen Kundschaft sucht. Das Stereotyp erhielt daher – ob gewollt oder nicht – eine erneute Verstärkung.

Auf polnischer Seite diente zu jener Zeit das Stereotyp vom expansiven und nationalsozialistischen Deutschen als Grundlage für rechten Populismus, der insbesondere von Zeitschriften und Magazinen wie *Najwyższy Czas!* (*Höchste Zeit*) oder *Wprost* (*Geradeaus / Direkt*) verbreitet wurde. Ziel der meist EU-feindlichen Kampagnen war in erster Linie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). So wurde sie im März 2007 als barbusige Stief-

mutter Europas abgebildet, an deren Brust sich die Kaczyńskis nährten. Der Vorwurf hinter dieser Fotomontage war, dass Deutschland immer noch nicht bereit sei, Polen als gleichwertigen Partner zu akzeptieren, sondern sich selbst immer noch als eine Art koloniale Macht gegenüber Osteuropa und speziell Polen empfinden würde. Im Juni desselben Jahres wurde die deutsche Kanzlerin als ‚EU-Faschistin‘ mit Hitlerbart und Hakenkreuz-Binde, welche in diesem Fall jedoch statt des Nazi-Symbols die europäische Flagge trug, abgebildet.

Nicht zu vergessen ist jedoch, dass ähnliche Entwicklungen sich etwa zeitgleich auch in Deutschland abspielten. So übten deutschen Medien wüste Kritik an der polnischen Regierung. Hier stellte man nicht selten das vermeintliche Ausnutzen Deutschlands durch Polen an den medialen Pranger – beispielsweise wurden die Kaczyński-Brüder im Sommer 2007 auf dem Titelbild einer SPIEGEL-Ausgabe als auf dem Rücken von Angela Merkel reitend dargestellt. Im Jahre 2008 fand vor dem Hintergrund der damals anstehenden Fußball-Europameisterschaft selbst die Schlacht von Grunwald eine Rückkehr in die polnischen Medien. So forderte die Boulevardzeitung *Fakt* – Marktführer unter den täglich erscheinenden Zeitungen – den polnischen Nationaltrainer Leo Beenhaker dazu auf, den Sieg des polnisch-litauischen Heeres über den Deutschen Orden aus dem Jahre 1410 zu

wiederholen („Leo powtórz Grunwald“). Die Gestalt des Kreuzritters samt Pickelhaube verkörperte dabei der Kapitän der deutschen Nationalmannschaft, Michael Ballack. Interessant ist dabei, dass es sich bei *Fakt* um eine vom Axel-Springer-

Verlag Polen herausgegebene Zeitung handelt. Die im deutschen Springer-Verlag erscheinende BILD-Zeitung konterte prompt – eine inszenierte und auf Verkaufszahlen bedachte Medienschlacht also?

Tauwetter? – Neue Wege der Annäherung

Seit etwa 2008 lässt sich hinsichtlich des deutschen Blicks auf Polen eine gewisse ‚Trendwende‘ feststellen, insbesondere angeführt durch das humorvolle Buch *Viva Polonia* des in Polen tätigen deutschen Kabarettisten Steffen Möller, welches deutsch-polnische Stereotypen auf beißende Weise hinterfragt und die Unterschiede zwischen beiden Nationen mit einem Lächeln beschreibt. Hohe Verkaufszahlen innerhalb Deutschlands stärken die Hoffnung, dass sich der deutsche Blick auf Polen auflockert. Als weitere Multiplikatoren dieser Entwicklung taten sich Radek Knapp, dessen *Gebrauchsanweisung für Polen* mehrfach aufgelegt wurde, und die deutsch-polnische TV-Sendung *Kowalski trifft Schmidt* (*Kowalski i Schmidt*), welche jüngst mit dem DIALOG-Preis ausgezeichnet wurde, hervor. Vielleicht deuten Ergebnisse einer Umfrage aus dem Jahre 2009 (DIE WELT vom 6.4.2009) schon ein wenig in diese Richtung – so wuchs die Zahl derer, die Sympathien für Polen hegen, von 2005 bis 2009 von 17 auf 23 Prozent. Auf polnischer Seite hingegen hinterließen die Ereignisse,

welche seit 2005 die Beziehungen getrübt hatten, einen bitteren Beigeschmack. Dementsprechend schrieb die Tageszeitung DIE WELT (6.4.2009), die Polen fänden die Deutschen „immer unsympathischer“. Von 2005 bis 2009 war der Sympathiewert von 44 auf 29 Prozent gesunken.

Jüngste Meinungserhebungen (2010) ergeben jedoch wieder das ‚gewohnte‘ Bild. Erneut lässt sich von einem Ungleichgewicht sprechen: Während Polen von 33 Prozent der Deutschen als das ‚unsympathischste Nachbarland‘ angesehen wird, bewerten 71 Prozent der Polen die Beziehungen zu Deutschland als gut (HAMBURGER ABENDBLATT vom 22.7.2010). Festzuhalten ist darüber hinaus, dass sich das polnische Interesse und Wissen über Deutschland ungleich größer als das deutsche bezüglich Polen gestaltet. Laut eines jüngst im TAGESSPIEGEL erschienenen Artikels scheint auf politischer Ebene sogar das Misstrauen gegenüber Polen und anderen östlichen EU-Staaten wieder angewachsen zu sein.

So schreibt der Journalist Sebastian Bickerich (TAGESSPIEGEL 6.12.2010): „*Glaubt man Politikern aus Unionsparteien und der SPD, drohen im und aus dem Osten eine gefährliche Renationalisierung, eine Schwemme von Arbeitssuchenden nach dem Ende der Beschränkungen der Freizügigkeit ab Juni und eine Blockade der Handlungsfähigkeit Europas. All diese Ängste hören sich an, als wünschte sich manch einer die Zeit des Kalten Krieges zurück.*“

Diesem Rückfall in alte Denkmuster sowie den – zumindest auf deutscher Seite – wenig erfreulichen Umfrageergebnissen trotzen derweil beharrlich junge

Künstler, die sich auf humorvolle Art mit der Problematik deutsch-polnischer Stereotype auseinandersetzen. Ganz im Gegensatz zum offiziellen ‚Versöhnungskitsch‘ der frühen 1990er Jahre sowie der häufig nur oberflächlichen Annäherungen schrecken jene nicht vor pikanten Themen zurück. Offen werden die stereotypen Wahrnehmungen thematisiert und den Betrachtern auf amüsante Weise vor Augen geführt. Beispiele sind die Dokumentation *Polen für Anfänger* (auch im Internet zu sehen auf 3sat.de) oder der als deutsch-polnische Co-Produktion entstandene Kinofilm *Hochzeitspolka* (Lars Jessen, 2010).

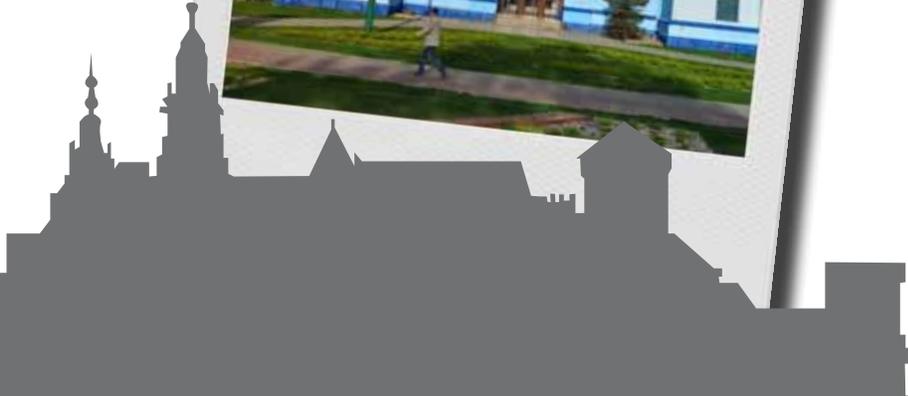
Was bleibt ...

Über die Frage, ob die deutsch-polnische Nachbarschaft nun eine schwierige sei, ließe sich wahrlich lange streiten. Ohne Zweifel ist sie jedoch eine besondere und hoch spannende. Zwar scheinen sich die Grenzen in den Köpfen auf beiden Seiten hartnäckig zu halten, doch ein Gespür für die historisch begründeten Empfindlichkeiten des Nachbarn sowie die Einsicht, dass althergebrachte Stereotypen hinterfragt werden müssen, beginnen sich anzudeuten. Insbesondere der jungen Generation obliegt es, diesen optimistisch stimmenden Weg fortzuführen und sich für eine weitere Annäherung auf Augenhöhe einzusetzen. Dies schließt abweichende Standpunkte oder gar Meinungsverschiedenheiten in Zukunft keineswegs

aus – ganz im Gegenteil: Eine nur auf Harmonie bedachte und auf Angst vor kontroversen Themen beruhende Beziehung kann nicht das Ziel einer gleichberechtigten Nachbarschaft zwischen Deutschland und Polen sein. Weitere Stolpersteine und die gelegentliche Instrumentalisierung von Stereotypen werden das Verhältnis wohl auch in den kommenden Jahrzehnten immer wieder auf eine Probe stellen, doch – trotz aller zwischenzeitlichen Rückschläge – ist die Ausgangslage für die Bewältigung eben solcher wohl heutzutage so vielversprechend wie selten oder gar nie zuvor.

Literaturverzeichnis

- Bachmann, Klaus:** Versöhnungskitsch zwischen Deutschen und Polen, in: *Transodra* 8/9, 1994, S. 41-43 (Gekürzte Fassung des gleichnamigen Artikels aus die Tageszeitung vom 5. 08.1994), http://www.dpg-brandenburg.de/nr_8_9/kitsch.htm, letzter Zugriff: 13.02.2011.
- Benz, Wolfgang:** Feindbilder in Europa. Traditionen und Strukturen, in: *Feindbilder in Europa*, hrsg. vom Sir Peter Ustinov Institut, Wien 2008, S. 13-23.
- Bingen, Dieter:** Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5/6 (2005), S. 9-17.
- Buras, Piotr:** Vom bösen zum guten Deutschen? Der Einfluss des Krieges auf das Bild der Deutschen in Polen, in: Kochanowski, Jerzy/Kosmala, Beata (Hg.): *Deutschland, Polen und der Zweiten Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*, Potsdam/Warschau 2009, S. 154-165.
- Hahn, Hans Henning/Hein-Kirchner, Heidi/Kochanowska-Nieborak, Anna (Hg.):** *Erinnerungskultur und Versöhnungskitsch*, Marburg 2008.
- Kneip, Matthias/Mack, Manfred (Hg.):** *Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Darstellungen und Materialien für den Unterricht*, Berlin 2007.
- Kosmala, Beata:** Das Bild Polens in der BRD und die deutsch-polnischen Beziehungen, in: Kochanowski, Jerzy/Kosmala, Beata (Hg.): *Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*, Potsdam/Warschau 2009, S. 129-141.
- Mildenberger, Markus:** Funktioniert die deutsch-polnische Interessengemeinschaft? in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-1990. Eine Werte und Interessengemeinschaft?*, Opladen 2001, S. 113-148.
- Möllenbeck, Thorsten:** Das polnische Deutschlandbild. Gretchenfrage im politischen Diskurs der 90er Jahre? in: Kahl, Thede/Vyslonzil, Elisabeth/Woldan, Abis (Hg.): *Herausforderung Osteuropa. Die Offenlegung stereotyper Bilder*, Wien 2004, S. 42-68.
- Ruchniewicz, Krzysztof:** *Zögernde Annäherung. Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehung im 20. Jahrhundert*, Dresden 2005.
- Ruchniewicz, Krzysztof:** Stehlen die Polen immer noch die deutschen Autos? Zur Aktualität der polnisch-deutschen Stereotype, in: *Polen-Analysen* 40 (2008), S. 2-7, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen40.pdf>, letzter Zugriff: 15.11.2010.
- Tycner, Janusz:** Im Wechselbad der Meinungen und Gefühle - Polen und Deutsche seit 1945, in: *Deutschland und seine Nachbarn*, hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 2000, S. 86-129.
- Zybura, Marek:** Von der deutschen Gefahr zum deutschen Tor nach Europa. Polnische Deutschland- und Deutschenbilder im Wandel, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hg.): *Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1999, S. 21-34.



Polnische Erinnerungsorte wollten wir aufsuchen – doch im Grunde wussten wir gar nicht genau, wie diese aussehen sollten. Über die polnische Geschichte war uns zu wenig bekannt. Wir fixierten uns auf die deutsch-polnische Konfliktgeschichte.

Teilung, Überfall, Terror, Leid – dies waren die Bürden, mit denen wir vermeintlich losfahren. Doch dann lud Polen uns ein, die Perspektive zu wechseln. Die klammheimlich erwarteten Anschuldigungen blieben aus, unsere Gastgeber nahmen uns unbefangen auf. Von Gdańsk, Poznań oder Warszawa aus gesehen, bekamen das Land und seine Geschichte neue Dimensionen – und die Bedeutung Deutschlands verringerte sich.

Das begangene Unrecht relativierte sich nicht, doch mussten wir zugeben, dass die Fokussierung auf die Konflikte auch eine Art war, sich selber wichtig zu nehmen. Unsere erste Lektion in Polen hieß daher: Brille abnehmen und neu hinschauen. Entdecken, was das Land zu bieten hat.

Sich auf die Vielfalt einlassen.



Orte der (Un-)Ruhe

Ort der Sehnsucht - Sopot

gestern und heute

von Melanie Robinet

*„Der Ort, der Strand, das Meer, die Menschen;
von allem scheint eine innere Ur-Ruhe auszugehen, die mein Innerstes befreit.
Meine Seele kann durchatmen. Ich bin frei.“*
Melanie Robinet, 2010

Ein (zu) kurzer Trip nach Sopot

Das Phänomen der Freiheit, die viele Menschen verspüren, wenn sie sich am Meer aufhalten, ist nicht ungewöhnlich. Die rhythmische See, der streichelnde Wind und die wärmende Sonne spielen eine beruhigende, harmonische Melodie, die uns schnell in einen Zustand der Ur-Ruhe versetzt. Doch wie frei waren die Menschen im 19. Jahrhundert an diesem Ort Sopot (deutsch: Zoppot)? Ist dieser Traum von Ruhe, Erholung und Frieden, den solch ein Badeort verspricht, nicht einfach nur Fassade, um von den Unzulänglichkeiten des Alltags abzulenken? Und was heißt es überhaupt schon frei zu sein. Ist Freiheit nicht auch immer mit der eigenen (inneren) Heimat verbunden?

Unser halber Tagestrip nach Sopot beginnt am frühen Morgen mit einem kurzen Fußmarsch zum Danziger Hauptbahnhof. Nach dem Lösen der Fahrkarten steht unsere kleine Runde am Regionalbahngleis und wartet. Aus den zähen Minuten des Wartens, mit der großen Hoffnung auf schnelle Luftveränderung, werden schnell fünfzehn Minuten, ohne dass wir

den richtigen Zug entdecken. Keine Menschenseele auf diesem Bahnhof scheint zu wissen, welcher Zug wann und von wo aus nach Sopot fährt, auch wenn auf einem der angeschlagenen Fahrpläne zu lesen ist, das alle zwölf Minuten ein Zug gehen soll. Die Lokführer haben die Ruhe weg, sind immer zuvorkommend und hilfsbereit – wissen aber auch nicht mehr als wir.

Sehnsucht meint den Wunsch, gar das heftige Verlangen nach etwas Fernem, für uns oft Unerreichbarem: Wir verzehren uns nach etwas oder jemandem. Häufig wird Sehnsucht als körperlicher oder seelischer Schmerz empfunden, als Leere, Trauer oder Melancholie. Sehnsucht kann auch in Form von Fernweh, Heimweh oder Liebeskummer auftreten.

Ich bin wieder bei meinen alten Vorstellungen vom hinterwäldlerischen Polen angelangt und frage mich: Ist dieses Land doch fernab von Zivilisation und Fortschritt? Aber nein! Dies sollte das einzige Mal bleiben, bei dem der Zug nicht fuhr wie geplant. Und überhaupt: Das hatte doch schon etwas von Heimat in Erinnerung an unsere alltäglichen Probleme mit der Deutschen Bahn! Nach einer Stunde kommt unser Zug, fährt mit einem Ruck an und zuckelt in Richtung Ostsee.

Sopot! Ich kann das Meer schon riechen. Oder ist es möglicherweise der Zug? Unser Exemplar hat eindeutig seine besseren Tage hinter sich gelassen und schnauft und ächzt vor sich hin. Das Meer lässt noch eine ganze Weile auf sich warten, denn unser Zug hält an jeder erdenklichen Haltestelle, ohne jedoch die Namen der Bahnhöfe durchzusagen. Um halb elf haben wir es endlich geschafft und steigen voller Vorfreude aus.

Das ist also Sopot. Noch fühle ich mich allerdings überhaupt nicht wie in einem Badeort. Der Bahnhof scheint ein Relikt aus längst vergangener Zeit. Nur die alten Laternen erinnern an ein Jahrhundert voller Wunder und Luxus. Zurzeit (Ende März 2010) wird sehr viel in Sopot gebaut, so auch am Bahnhof. Man möchte das Erscheinungsbild der Stadt in neuem Glanz erstrahlen lassen und den kommenden Sommergästen wieder ein mondänes Seebad präsentieren.

Der Weg an die Ostsee führt über eine breite Straße durch die hübsche, beschauliche Innenstadt Sopots hindurch. In ihr stehen viele alte Villen der Jahrhundertwende. Im Jugendstil erbaut, säumen sie die breiten Straßen, die zum Flanieren und Promenieren einladen. Passend zu diesem Stadtbild bläst uns ein warmer Frühlingswind ins Gesicht. Zwar fehlt der Sonne noch die Kraft und wir müssen uns mit einem grau bedeckten Himmel zufrieden geben, aber die Weite des Meeres entschädigt uns dafür. Ein beruhigendes und gleichsam wohltuendes Gefühl breitet sich in uns allen aus, wir würden am liebsten gleich hier bleiben und nie wieder weggehen.

Seit der Gründung des preußischen Seebads Zoppot 1823 kommen im Sommer die Reichen und Schönen aus dem ca. fünfzehn Kilometer entfernten Danzig und der näheren Umgebung. Um die Jahrhundertwende verspielten sie ihre Reichtümer im Casino, amüsierten sich auf der Pferderennbahn, pflegten die Kultur im Waldtheater und zelebrierten ihren herrschaftlichen Lebensstil in den zahlreichen Jugendstilvillen.

Der Glanz der alten Tage eines mondänen und luxuriösen Seebades liegt an vielen Stellen noch über den Gebäuden und Straßen. An der Eleganz und romantischen Lage des Ortes hat sich über die Jahrhunderte hinweg nichts verändert und so ist Sopot auch heute noch die Sommerhauptstadt Polens.

Heimat als Lebensmöglichkeit

An diesem Ort laufen verschiedene Stränge von Zeiten und Menschen zusammen. Sie ergeben im Zentrum den Schnittpunkt ‚Heimat‘. Eine Heimat, die von Polen und Deutschen gleichermaßen in der Vergangenheit beansprucht worden ist. Dies spiegelt sich im Museum von Sopot wieder, das ‚Heimat vor Ort‘ thematisiert. Doch warum Heimat vor Ort? Ist sie nicht sowieso immer ‚vor Ort‘? Das Museum bemüht sich, Sopot als Heimat vieler Menschen zu zeigen. Als Ort, der für alle Heimat sein kann, egal, was für einen Hintergrund man hat. Heimat soll nicht andere ausschließen, sondern für alle zur Lebensmöglichkeit werden. Der Fokus liegt nun auf der nahen Lebenswelt und ihrer Wahrnehmung von Heimat in all ihren Facetten.

*„Bisweilen schloss er seine Augen;
öffnete er sie wieder, verzerrte
sich sein Kinn.*

*„Die Landschaft stört mich in
meinem Denken‘, sagte er leise,
„sie lässt meine Überlegungen
schwanken, wie Kettenbrücken bei
zorniger Strömung.*

*Sie ist schön und will deshalb be-
trachtet sein.“*

Franz Kafka *Beschreibung eines
Kampfes* (1903-1907).

Doch was ist das eigentlich, ‚Heimat‘? Was macht diesen Begriff aus? Er ist unscharf, stark mehrdeutig und viel mehr als nur die Reduzierung auf eine einzige Eigenschaft.

Heimat ist oder kann sein: Eigenart, Sehnsucht, Bräuche, Erinnerung, Spießigkeit, Verklärung, Feste, Entfernung, Familie, Dialekt, Langeweile, Vertrautheit, Regionalbewusstsein, Kindheit, Prägung, Lokalstolz, Tradition, Geburt, Tod. Der Begriff Heimat ist durchsetzt von Emotionen, er meint auch die Sehnsucht nach Geborgenheit und Sicherheit. Heimat ist an geographische, emotionale, soziale, kulturelle und zeitliche Dimensionen gebunden; Martina Borgschulze (2001, S. 257) bezeichnet sie als „Erfahrungsraum der Vertrautheit“. Es wird deutlich, dass Heimat stark mit der Erinnerung von Individuen verknüpft ist. Der Begriff verkörpert eine Vollkommenheit, die uns Stabilität verleiht. Heimat ist eng verwoben mit Erinnerung. Beide sind Konstruktionen: „Ohne Erinnerung und ihre (...) Sinnstiftungsleistungen wäre Heimat kaum vorstellbar angesichts einer sich ständig wandelnden Realität.“ (HAHN 2008, S. 26).

Der Heimatbegriff ist emotional geladen und häufig stark romantisierend und idealisierend. Auch im kollektiven Gedächtnis ist der Begriff verankert. Heimat ist der Ort der Sicherheit, an dem die



Aleksandra Kaliszewska

*Zoppot hat mir sehr gefallen,
eine schöne, saubere Stadt.
In Zoppot gibt es viele Sehenswürdig-
keiten zu bestaunen.
In meiner Erinnerung sind mir noch die
Zoppoter Molo und ein krummes
Gebäude geblieben.
Es hat mir sehr gut gefallen, sodass ich
es gleich fotografiert habe.
Schade, dass dieser Ausflug nur von so
kurzer Dauer war.*



Foto: Christine Pleus.

‚Wir-Gruppe‘ lebt – lokal, regional oder national. Heimat erfährt eine Institutionalisierung in Museen und Heimat-Vereinen. Das Museum bietet der Gesellschaft einen Identifikationsraum und zeigt durch einen gewählten und geordneten Sammlungsschwerpunkt Grenzen zum Fremden, zum Anderen (vgl. HERGET/PLEITNER 2008).

Aufgrund seiner stark emotionalen Prägung ist der Begriff (leider) leicht instrumentalisierbar – so in der ‚Heimatsbewegung‘ des späten 19. Jahrhunderts oder während der Zeit des Nationalsozialismus. Dort wurde Heimat mit den Termini Volkssturm, Rasse und Raum verknüpft und diente zur Ausgrenzung bestimmter Gruppen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Begriff Heimat daher

negativ behaftet und spitze sich durch den erlittenen Heimatverlust von Millionen von Menschen noch zu. So wurde Heimat zu einem Tabu-Wort. Erst in den späten Siebzigerjahren wandte sich die Forschung dem Begriff wieder zu und schuf neue Denkansätze, die bis heute greifen (vgl. HÜPPAUF 2007).

Sopot ist in den Erinnerungen und Gefühlen der Menschen ein Schnittpunkt, an dem diese sich treffen können. Das Museum ist Forum für Heimat, in dem sich Geborgenheit, Sehnsucht und Erinnerungen wiederfinden. Es bildet die Basis für Austausch und Kommunikation durch die Aufarbeitung und Wiederentdeckung der vielschichtigen Vergangenheit Sopot's (vgl. HERGET/PLEITNER 2008).

Der Jugendstil

Die Kunststilrichtung Jugendstil wird in Europa um das Jahr 1900 in allen Gattungen der Bildenden und Darstellenden Kunst ausgeübt. Der Name rührt von der Kunstzeitschrift *Jugend*, die seit 1896 in München erscheint. Der Jugendstil versucht sich sowohl inhaltlich als auch formal gegen die historisierenden Tendenzen der Kunst des 19. Jahrhunderts (Historismus) aufzulehnen. Dies findet Ausdruck in Tanz und Theaterkultur, aber auch in der bürgerlichen Lebensweise. Besonders die angewandte Kunst steht im Mittelpunkt des Interesses: Die Künstler des Jugendstils streben eine Einheit der Künste an. Sie suchen nach etwas Neuem, Unabhängigem und Zeitgemäßem. Besonders prägt der Jugendstil Möbel, Schmuck, Gebrauchsgegenstände und dekorative Elemente. In der Malerei, der freien Grafik und der Plastik lassen sich Tendenzen finden, die den Jugendstil als stilbildendes Phänomen integrieren. Zu den wichtigsten Malern dieser Stilrichtung gehören Gustav Klimt, Egon Schiele und Edvard Munch. Eine besonders große Wirkung entfaltet der Jugendstil in der Plakat- und Buchkunst, er kann als Pionier der Werbung gesehen werden.



Haustür des Museums von innen, ein Beispiel für die Elemente des Jugendstils in der Architektur.

Foto: Melanie Robinet.

Gerade die für Kunstausstellungen geschaffenen Plakate wurden bald zu beliebten Sammlerobjekten. Häufig sind die Produkte mit einer ins rechte Licht gerückten und von organischen Mustern umrahmten Venus geschmückt. In der Malerei nimmt der Jugendstil eine Neu- und Umdeutung christlicher und mythologischer Motive vor. Hier findet sich oft die Suche nach dem Übersinnlich-Göttlichen wieder. Der Jugendstil schaffte es in kürzester Zeit, in ganz Europa zu einem Stil der breiten Massen aufzusteigen. Die ungewöhnliche Formsprache, die im starken Kontrast zum Historismus stand, wurde jedoch bereits nach nur einem Jahrzehnt von neuen Strömungen in der Kunst abgelöst.

Die Entwicklung der Seebäder im 19. Jahrhundert

Die Ursprünge der mondänen Seebäder des 19. Jahrhunderts lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen. Die Menschen schätzten diese Orte der Ruhe, Pflege und Gesellschaft. Sowohl die Griechen als auch die Römer wussten um die wohlthuenden und heilenden Kräfte der (See-) Bäder: Heiße Quellen, Mineralien, Meereswasser und die klare Luft sorgen für einen inneren und äußeren Ausgleich. Jedoch hatte nicht jeder Bürger der Antike das Recht auf diese Art der Erholung von Körper und Seele. Es waren vor allem Politiker und Philosophen, die sich der Vielseitigkeit des Wassers erfreuen durften. Antike Badeanstalten dienten der Reinigung, der Heilung und dem Vergnügen.

Das balneologische Wissen und die erprobten Therapien gerieten mit dem Untergang des Römischen Reiches für eine sehr lange Zeit in Vergessenheit. Zwar besaß auch das Mittelalter eine ausgeprägte Badekultur, diese fand jedoch ein Ende mit aufkommenden Epidemien (insbesondere der Syphilis) und der Reformation. Erst mit der Epoche der Aufklärung und dem wachsenden medizinischen Interesse fand eine Rückbesinnung und Neuinterpretation antiker Traditionen und kultureller Bräuche statt.

Dazu gehörte auch das Wissen um die Wirkung von heißen Quellen und Wasser im Allgemeinen. Ärzte und Wissenschaftler empfahlen eine Annäherung an die Natur und besonders an die Küste. Vor allem das Meer wurde ganz neu wahr-

genommen. War es bis dato stark von mystischen Vorstellungen der Seefahrer geprägt, die es in ihren Erzählungen als unheilvoll und grausam schilderten, so wurden nun durch die moderne Wissenschaft die positiven Aspekte des Meeres hervorgehoben. Die Ärzte des 18. Jahrhunderts entdeckten die wirkungsvollen Heilkräfte des salzigen Wassers, der sauerstoffreichen Luft und des Seeklimas. Durch Studien gelangten sie zu gleichen Ergebnissen wie schon die Menschen der Antike. Sie studierten alte Aufzeichnungen und rekonstruierten die Abläufe in den Bädern.

Das erste Seebad in Deutschland wurde 1793 in Heiligendamm an der Ostsee eröffnet. Begründer war Georg Christoph Lichtenberg, der auf seinen Studienreisen in Großbritannien verschiedene römische Badehäuser besucht und seine Erkenntnisse darüber mit nach Deutschland gebracht hatte.

Die frühen deutschen Seebäder:

- 1793 Heiligendamm
- 1797 Norderney
- 1802 Travemünde
- 1804 Wangerooge
- 1823 Sopot



*Strand von Sopot mit Seebrücke.
Foto: Christine Pleus.*

Die unterschiedlichen Therapien der Antike kamen wieder zum Einsatz und es entwickelten sich Kurprogramme an Nord- und Ostsee. Die Seebäder wurden nach modernsten medizinischen und technischen Errungenschaften ausgestattet, z.B. mit warmen Bädern und zeittypischen Badekutschen.

Es dauerte nicht lang, bis das Kurprogramm auch das gesellschaftliche Leben nach sich zog. Die mondänen Seebäder jener Zeit boten ein luxuriöses Erscheinungsbild und dienten schon bald als wichtiger gesellschaftlicher Treffpunkt für Adel und Großbürgertum. Das Zusammentreffen dieser beiden gesellschaftlichen Gruppen verlief nicht immer

reibungslos, doch gab es hier die Möglichkeiten für innergesellschaftliche Umformungen und Annäherungsversuche.

Die Orte wurden nach englischem Vorbild erschaffen: Badehaus, Salon, Kurhaus, Promenade, Kurplatz und Konzertgarten gehörten unbedingt dazu. Gerade die gesellschaftliche Präsenz war von großer Bedeutung. Wie schon in der Antike, war das Seebad ein Treffpunkt für Politik, Philosophie und Gesellschaft. Dies wurde durch ein entsprechendes Kulturangebot unterstützt. Im Konversationshaus konnte musiziert, getanzt, gesungen und ein gutes Blatt gespielt werden.

Eine erste Blütezeit erlebten die europäischen Seebäder zwischen 1820 und 1850, doch der große Aufschwung kam erst mit der anhaltenden Hochindustrialisierung. Immer mehr Menschen strömten aus den Städten hinaus auf Land. Mit dem Anschluss der Seebäder an das Eisenbahnnetz um 1890 waren Personentransporte und damit die ersten großen Tourismuswellen kaum noch aufzuhalten. Immer mehr Sonntagsausflügler kamen mit dem Zug. Sie alle wollten nur eins, die Rückbesinnung auf die Natur und die menschlichen Wurzeln. Ruhe und Erholung standen an erster Stelle. Aufgrund der saisonalen Gebundenheit der Seebäder und des großen Ansturms in den Sommermonaten wurden diese Ausflüge schnell als „Sommerfrische“ tituliert. Bis heute ist die Hauptsaison für die Küstenregionen der Sommer (vgl. KURILO 2009).

Vom kleinen Dorf zum mondänen und multikulturellen Seebad

Die Geschichte des Seebads Sopot ist eng mit der Geschichte Pommerns verbunden. Die erste urkundlich überlieferte Erwähnung des Namens ist von 1283, als der Herzog Mestwin II. von Pommerellen dem Kloster Oliwa Sopot und vierzehn weitere Dörfer schenkte. Bis ins Jahr 1807 bleibt Sopot ein Klosterdorf.

Die enge Verbindung zu Danzig wird schon ab dem 16. Jahrhundert ersichtlich. Danzig ist zu dieser Zeit eine einflussreiche Hansestadt mit florierendem Handel. Davon profitieren sowohl Sopot als auch andere umliegende Dörfer. Zu dieser Zeit zeichnet sich für Sopot eine erste Blüte ab. Die Kaufleute aus Danzig gestalten alte Höfe zu Land- und Lustschlössern um, mit großzügigen Gärten, Parks und Kavaliershäusern. Hier verbringen sie, aufgrund der landschaftlichen Reize, die Sommersaison.

1793 werden Danzig und Sopot durch die zweite Teilung Polens preußisch. Die napoleonischen Kriege treffen Sopot hart. Es wird im Jahre 1807 erst durch die Franzosen und fünf Jahre später durch die Kosaken vollkommen zerstört. Sopot erholt sich nur schwer von den Plünderungen und bleibt für einige Jahre ein totes Dörfchen.

Erst durch die Gründung als Badeort 1823 durch Johann Georg Haffner erwacht es wieder zum Leben. Haffner stammt ursprünglich aus dem Elsass. Er kommt 1808 mit der französischen Armee nach Danzig. Dort praktiziert er als Militärarzt

und heiratet nach Kriegsende eine reiche Kaufmannswitwe. Haffner erkennt schon früh das Potenzial von Sopot und preist mehreren Regierungsvertretern die landschaftlichen Reize an. 1823 pachtet er ödes Land, bepflanzt es und baut ein erstes Kaltbad mit Badebuden. Auch ein Warmbad steht den Badegästen zur Verfügung. Durch die Wechselbäder sollen sie sich langsam an die niedrigen Temperaturen des Meeres gewöhnen.

Bereits im Mai 1823 erlässt die königliche Regierung das erste *Reglement für den Badeort Zoppot*. Ein Jahr später entsteht ein Kursaal. Damit steigt die Zahl der Badegäste. Damen und Herren dürfen natürlich nicht gemeinsam baden! Sie sind bis zu 300 Meter voneinander entfernt und ein Aufseher sorgt für die Einhaltung der Geschlechtertrennung am Ostseestrand. Sopot erfreut sich schon 1824 prominenter Besucher: So badet Kronprinz Friedrich Wilhelm jeden Morgen bei nur 16°C in der Ostsee. Der heute so beliebte Seesteg (*Molo*) in Sopot stammt von 1830. Damals 60 Meter lang, ist er heute auf 511,5 Meter erweitert worden und damit der längste Seesteg Europas.

1830 ist auch das Todesjahr von Johann Haffner. Sein Stiefsohn Ernst Böttcher übernimmt die Direktion des Kurortes und den Besitz in Sopot. Er schafft ein wahres Erholungsparadies, indem er die Badeeinrichtungen und das Kurhaus ausbaut sowie verschiedene Parks und Gärten anlegen lässt.



Postkarten: Sopot um 1900 (Muzeum Sopotu).

Foto: Christine Pleus.

Bis 1877 leitet Böttcher den Kurort, erst nach seinem Tod geht die Verwaltung an die Regierung über.

In nur knapp zwanzig Jahren hat sich Sopot von einem verwüsteten Fischerdorf mit 350 Einwohnern zu einem gastfreundlichen und mit Wohlstand gesegneten Badeort an der Ostsee entwickelt. Durch die Eisenbahnbindung an Danzig und Stettin 1870 kann Sopot binnen kürzester Zeit seine Einwohnerzahl stark vergrößern. Bis 1899 steigt die Einwohnerzahl auf 10 000 an – ein Erfolg, den kein anderer Ort an Nord- oder Ostseeküste vorweisen kann. Die Verwaltung von Sopot beschließt die Stadtrechte zu beantragen. Mit der Genehmigung durch die Königliche Staatsregierung im Jahr 1901 wird Sopot die

jüngste Stadt in Westpreußen. Nun kann sie weiter ausgebaut werden und besser wirtschaften. 1903 wird ein Familienbad gebaut, in dem Damen und Herren gemeinsam baden können. Auch das kulturelle Leben wird weiter gefördert, z.B. durch die 1909 aufgeführten Sopotter Waldfestspiele im Kur- und Naturtheater.

Die Gäste des Badeorts kommen vor allem aus dem benachbarten Danzig. Wie schon im 16. Jahrhundert, nutzen die Danziger Familien und Geschäftsleute die Gegend zur Erholung und Kontaktpflege mit potenziellen Partnern. Das Seebad erfreut sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts aber auch großer Beliebtheit bei anderen Polen und Deutschen. Der gute Ruf eilt Sopot weit voraus.

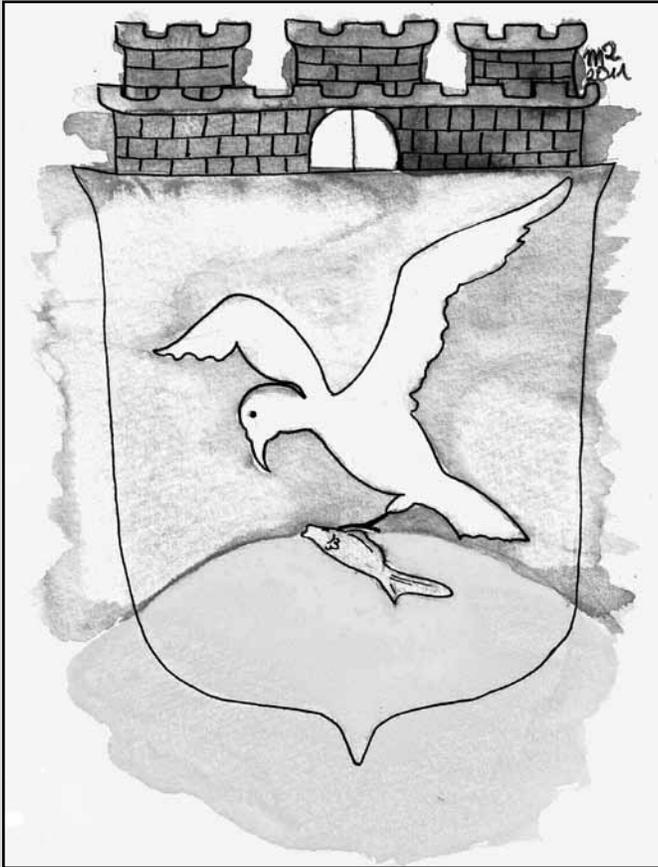
Bis zum Ersten Weltkrieg bleibt Sopot ein Magnet für ein internationales und multikulturelles Publikum. Der Krieg und die Bestimmungen des Versailler Vertrags trüben die Stimmung nur kurzfristig. Auch als Teil der 1920 neu geschaffenen Freien Stadt Danzig schafft es Sopot, durch seine landschaftliche Schönheit viele Gäste anzuziehen. Der Badeort lebt in den zwanziger und dreißiger Jahren schnell wieder auf und zählt 20 000 Einwohner.

Ab 1934 weht der neue politische Wind auch in Sopot, spürbar z.B. an der Umbenennung des Naturtheaters in die *Reichswichtige Festspielstätte*. Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verblasst die Idylle des Ortes schnell. Die Folgen des Krieges setzen der multikulturellen Vielfalt des Ortes ein jähes Ende. Hinsichtlich der Bausubstanz hat Sopot mehr Glück als Danzig: Die alten und wertvollen Bäder mit ihren kostbaren Armaturen und die schönen Häuser und Villen bleiben unzerstört. Doch als deutsches Kulturerbe werden sie in der Volksrepublik Polen nicht gepflegt und verfallen zusehends (vgl. DRÖGE 2002). Erst nach dem Ende des kommunistischen Regimes lässt sich eine Rückkehr zu altem Glanz erkennen. Die Förderung des Seebads als Ort des Austausches zwischen Kulturen und Nationen ist wieder sichtbar und ein Miteinander wieder möglich. Sopot war und ist ein Ort der Begegnung, wo Menschen und ihre Kulturen friedlich nebeneinander leben können.



Postkarte: Sopot um 1900
(Muzeum Sopotu).

Foto: Christine Pleus.



*Das Wappen der
Stadt Sopot
Aquarellzeichnung
und Feinliner.
Melanie Robinet.*

Sopot auf einen Blick

Das polnische Sopot liegt an der Ostseeküste ca. fünfzehn Kilometer von Danzig entfernt und gehört in die Woiwodschaft Pommern. Der Name entstammt dem slawischen und bedeutet so viel wie „rauschender Bach“ oder „Quelle“.

Das Wappen Sopot's, wie es hier zu sehen ist, entstand erst im Sommer 1903. Die junge Malerin Else Lüdecke aus Berlin entwarf es mit einem typischen Küstenmotiv. Kaiser Wilhelm II. genehmigte es 1904 durch einen offiziellen Erlass.

Vom Familienwohnsitz zum Stadtmuseum – Die Villa Ernst Claaszens. Ein Haus voller Erinnerung

Das Museum Sopot stellt seit seiner Eröffnung 2001 im Erdgeschoss der Villa die Familiengeschichte der Danziger Kaufmannsfamilie Claaszen aus, die um die Jahrhundertwende das Haus erbauen ließ. Anhand der Geschichte des Hauses wird nicht nur ein persönliches Familienschicksal deutlich, sondern auch die enge Verwobenheit der Familie mit der Villa und mit Sopot. Wir begegnen hier Heimat auf allen Erfahrungsebenen.

In den Jahren 1903–1904 entstand durch den Architekten Walter Schulz ein für die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert typisch bürgerliches Haus. Im Keller befinden sich die Wirtschaftsräume (Küche, Brennholzlager, Zentralheizung), das Erdgeschoss diente mit seinen aufwändig geschmückten Räumlichkeiten, wie Esszimmer und Salon, als Repräsentationsetage. Das Obergeschoss beherbergt vier Schlafzimmer, von denen das größte Ernst und Martha Claaszen gehörte. Der Dachboden diente dem Hauspersonal als Schlafstätte. Die wichtigsten Räumlichkeiten für den Empfang der Gäste waren die Repräsentationsräume. Ihre Ausstattung war das Aushängeschild jeder Familie. So hat Ernst Claaszen besonders darauf geachtet, diese in der Tradition Danziger Bürgerhäuser zu gestalten. Neben dieser starken Verbundenheit mit der Kultur und Kunst von Danzig, die er begeistert und fachmännisch sammelte, beeinflusste ihn auch seine flämische Herkunft.

Die Geschichte eines Hauses ist immer auch die Geschichte ihrer Bewohner. Ernst August Claaszen wurde 1853 in Danzig geboren und gehörte der Mittelschicht des Danziger Bürgertums an. Er ging in die kaufmännische Ausbildung und lernte einige Zeit in England. Dort keimte in ihm die Idee für sein Unternehmen in Danzig auf: der Export von Zucker nach England und zurück. Schnell konnte er Erfolge nachweisen und expandierte.

Auch im Privatleben schätzte Claaszen sich glücklich: Bald begegnete er seiner ersten Frau Agnes, der Tochter eines Danziger Ratsherrn. Sie heirateten 1885, doch blieb ihnen nicht mehr als ein Jahr gemeinsamen Lebens. Agnes starb nur wenige Tage nach der Geburt des Sohnes Arthur. 1889 heiratete Claaszen Martha Steinmeyer, die Tochter eines Landbesitzers und Pferdezüchters aus Grabowo an der Weichsel.

Im drauf folgenden Jahr wurde Ihre Tochter Theodora geboren. 1907 kam das Nesthäkchen zur Welt, die Lieblingstochter Claaszens: Ruth Asta.

Einige Jahre vor der Geburt Ruths erwarb Ernst Claaszen 1900 das Grundstück in Sopot. Sopot war zu der damaligen Zeit bereits ein beliebtes Ausflugs- und Erholungsgebiet, an dem sich viele Danziger in den Sommermonaten niederließen. Claaszen sah hier hervorragende Investitionsmöglichkeiten. Nach der Fertigstellung des Hauses verbrachte die gesamte Familie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs viel Zeit in dem Sommerhaus.

Der Krieg erschütterte die Familie bis ins Mark. Sie erlebte wirtschaftliche Einbußen und persönliche Verluste: Arthur, der Sohn aus erster Ehe, fiel 1915 an der russischen Front.

Der Erste Weltkrieg hatte auf den Alltag der Menschen ebenso Einfluss wie

auf die politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Der Erfahrungsraum der Bürger veränderte sich komplett. Nach 123 Jahren gab es wieder einen polnischen Staat. Aus Danzig wurde die Freie Stadt Danzig, zu der auch Sopot gehörte. Ernst Claaszen stürzte nicht nur durch den Tod seines Sohnes in tiefe Depressionen, auch sein Unternehmen war so stark in der Krise, dass er für sich selber keinen anderen Ausweg sah als den Freitod. 1924 trugen ihn seine Frau Martha und seine jüngste Tochter Ruth zu Grabe.

Ihnen selbst blieb nicht mehr viel zum Leben. Sie waren durch den Verlust des Unternehmens mittellos und gezwungen alles, was sie noch besaßen, zu verkaufen. Dazu zählte auch ihre geliebte Villa in Sopot.



Alte Aufnahme des Wohnzimmers in der Villa.



Heutige Inszenierung der damaligen Wohnsituation.

Aufnahmen aus dem Muzeum Sopotu, Fotos: Christine Pleus.

Schweren Herzens mussten sie sich von dem Ort ihrer Heimat und Sehnsucht trennen. Sie verkauften die Villa 1928 an die Familie Meltzner aus Danzig, die dort bis 1945 wohnte. Am 23. März 1945 wurde Sopot von der Sowjetarmee erobert und besetzt. Die Stadt blieb während des Zweiten Weltkriegs und der Besatzung durch die Sowjetarmee unzerstört, sodass wir noch heute die Pracht und Schönheit des letzten Jahrhunderts genießen können. Die Villa von Ernst Claaszen wurde von 1945 bis 1947 von Eugeniusz Kwiatkowski bewohnt, der als Leiter der Regierungsgesandtschaft für Küstenangelegenheiten im Auftrag der Regierung arbeitete. Nach einigen Umstrukturierungsmaßnahmen nutzten die Regierung und das Militär das Gebäude als Verwaltungssitz. Das kommunistische Regime wollte durch die öffentliche Nutzung bewusst die schöne Villa ‚herunterwirtschaften‘, um die Überwindung des bürgerlichen Zeitalters zu verdeutlichen. 1981 ging das Haus an die Stadt Sopot über und diente bis 2001 als psychologisch-pädagogische Beratungsstelle. Erst durch den Systemwechsel von 1989 wurde es möglich, an die ursprüngliche Funktion des Hauses zu erinnern. Das Museum versteht sich als Teil der europäischen Museumslandschaft und knüpft damit an die internationale Vergangenheit des Ortes an. Die politische Annäherung an Deutschland und der Blick für das gemeinsame Kulturerbe stehen am Anfang der Neukonzeption des Hauses und der Vorstellung davon, was



Heimat bedeuten kann (vgl. KORFF 1993). Kultur und Heimat werden als ein sich ständig verändernder Code des Miteinanderlebens verstanden. Durch ein stetes Wechselspiel von Themen in den Sonderausstellungen (Geschichte der Stadt und Schicksale seiner Bewohner) entsteht im Museum eine Schnittstelle vielfältiger Kulturen. Vor allem die deutsche Kultur im Seebad wurde während des Kommunismus abgelehnt und vergessen; doch stand Sopot gute 200 Jahre unter dem Einfluss der deutschen Politik, Wirtschaft

und Kultur. Das Museum wird in den Neunzigerjahren von Grund auf neu organisiert und die Schmuck- und Prachtelemente der einzelnen Etagen mit Hilfe von zeitgenössischem Bildmaterial rekonstruiert. Diese Restaurierungs- und Sanierungsarbeiten beanspruchen vier Jahre. Besonders Ruth Koch, geb. Claaszen ist es zu verdanken, dass das Museum es geschafft hat, die Räumlichkeiten mit originalen Möbeln und Dekorationselementen aus der Blütezeit der Familie Claaszen auszustatten.

Ruth Koch stirbt 2005 in Bad Pyrmont. Sie hinterlässt uns ihr symbolisches Erbe: die Villa, die authentische Ausstattung und das Familienarchiv. All dies vermacht sie dem Museum von Sopot zum Bewahren und zum Gedenken an die schicksalhaften Begebenheiten der Familie und der

Villa. So wird diese zur wiederentdeckten Heimat der Familie Claaszen und zu einem Erinnerungsort, an dem wir auf die Schicksale seiner Bewohner und die Ereignisse eines bewegten Jahrhunderts hingewiesen werden.

Marta Krajewska, Kuratorin am Museum Sopot, versteht ihre Aufgabe folgendermaßen: *„Das Kennenlernen der Geschichte und insbesondere der historischen Tradition der jeweiligen Heimat erlaubt es uns, die Gegenwart und die uns hier und jetzt umgebende konkrete Realität besser zu verstehen. Auf der anderen Seite hilft es uns, Ängste vor der Zukunft zu überwinden, die sich ja vor unseren Augen aus den Elementen der historischen Vergangenheit und der aktuell gegebenen Gegenwart speisen.“* (KRAJEWSKA 2008, S. 150).

Informationen Muzeum Sopotu

Muzeum Sopotu
Ul. Poniatowskiego 8
81 - 724 Sopot

Tel. 058/ 551 22 66, 551 50 31
Tel./Fax: 058 551 71 98
E-Mail: muzeum@sopot.pl
www.sopot.pl/muzeum

Öffnungszeiten:
Dienstag–Freitag: 10–16 Uhr
Samstag–Sonntag: 11–17 Uhr



*Muzeum Sopotu in der Villa Claaszen.
Foto: Christine Pleus.*

Literaturnachweis

Borgschulze, Martina: Heimat, in: Pethes, Nicolas/Ruchatz, Jens (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung, Reinbek 2001, S. 257-258.

Dröge, Kurt: Zur transnationalen museologischen Aneignung regionaler Alltagskulturen in Pommern, in: Materielle Kultur. Sammlungs- und Ausstellungsstrategien im historischen Museum, hrsg. von Uwe Meiners, Cloppenburg 2002, S. 71-77.

Hahn, Hans Henning: Erinnerungskulturen. Überlegungen zu Heimat, kollektivem Gedächtnis und einem deutsch-polnischen Vergleich, in: Herget, Beate/Pleitner, Berit (Hg.): Heimat im Museum? Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen, München 2008, S. 25-37.

Hedinger, Bärbel: Saison am Strand. Badeleben an Nord- und Ostsee. 200 Jahre, Herford 1986.

Herget, Beate/Pleitner, Berit (Hg.): Heimat im Museum? Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen, München 2008.

Hüppauf, Bernd: Heimat – die Wiederkehr eines verpönten Wortes, in: Heimat. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts, hrsg. von Gunther Gebhard, Oliver Geisler und Steffen Schröter, Bielefeld 2007, S. 109-140.

Gornig, Gilbert Hanno (Hg.): Die Stadt Zoppot nach 100 Jahren in Rückblick und Gegenwart, Lübeck 2004.

Korff, Gottfried: Der gesellschaftliche Standort der Heimatmuseen heute, in: Meynert, Joachim/Rodekamp, Volker (Hg.): Heimatmuseum 2000, Bielefeld 1993, S. 13-26.

Krajewska, Marta: Aktivitäten des Museums in Sopot/Zoppot, in: Herget, Beate/Pleitner, Berit (Hg.): Heimat im Museum? Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen, München 2008, S. 143-150.

Kurilo, Olga (Hg.): Seebäder an der Ostsee im 19. und 20. Jahrhundert, München 2009

Schulze, Franz: Chronik der Stadt Seebad Zoppot, Hamburg 1976.

Ursachenforschung

Eine Suche nach den Grundlagen aktueller deutsch-polnischer Stereotype

von *Claas Neumann*

Es ist schon erstaunlich, wie hartnäckig sich die Grundzüge nationaler Stereotype über Jahrhunderte hinweg halten. Insbesondere der Blick der Deutschen auf die Polen kann hier als Musterbeispiel dienen – nicht umsonst antwortete eine Teilnehmerin unserer Gruppe auf die Frage, welche deutsch-polnischen Stereotype ihr aus dem alltäglichen Leben bekannt seien: „Meine Eltern sprechen heute immer noch von ‚polnischer Wirtschaft‘, wenn etwas schlecht organisiert ist“. Nur wenigen ist dabei wahrscheinlich bewusst, dass jenes Stereotyp der ‚polnischen Wirtschaft‘ sich bereits seit dem 18. Jahrhundert im Umlauf befindet und zu Beginn eher mit der politischen Verfassung der polnischen Adelsrepublik verbunden war als mit rein wirtschaftlichen Abläufen. So beschrieb es – meist im Zusammenhang mit dem Schlagwort des ‚polnischen Reichstages‘ – einen „unordentliche[n], unsaubere[n] Zustand“ und vor allem „ineffektives, verschwenderisches Verhalten“ durch die politischen Machthaber (ORŁOWSKI 1992, S. 516). Doch wie wir später sehen werden, übertrug sich das Stereotyp der ‚polnischen Wirtschaft‘ im Laufe der Zeit auch auf eine Vielzahl anderer Bereiche. Dass Stereotype nicht zwingendermaßen negativ sein müssen, zeigen folgende Zuschreibungen, die im 19. Jahrhundert

ebenfalls geläufig waren: edel, heldenhaft und mutig sollen sie gewesen sein, die Polen. Und auch dem damals häufig artikulierten Stereotyp der ‚schönen Polin‘ begegnet man bis heute: Die polnischen Mädchen seien die hübschesten in ganz Europa, lautet eine häufige Antwort auf Umfragen zu deutsch-polnischen Alltagsstereotypen. Allerdings gilt auch an dieser Stelle: Stereotypen richten sich nicht selten nach dem gerade herrschenden ‚politischen Wind‘. Allzu schnell konnte auf diese Weise aus einer attraktiven Polin innerhalb weniger Jahrzehnte ein ‚durchtriebenes Weib‘ werden, welches ihren deutschen Verehrer nicht nur den Verstand, sondern auch dessen Hab und Gut rauben könne (JAWORSKI 1999, S. 61).

Zwar existierten in den Köpfen der Deutschen bereits vor dem hier zu betrachtenden Zeitraum (etwa 1770 bis 1914) einige vorgefertigte Bilder über den polnischen Nachbarn – so genoss der Pole etwa den Ruf, ein aufopfernder Kämpfer für das Christentum zu sein, andererseits galt die politische Ordnung des Landes bereits früh als Brutstätte von Anarchie – ein die öffentliche Meinung zu Polen bestimmendes, geschweige denn einheitliches deutsches Polen-Bild war jedoch noch nicht anzutreffen.

Als Ausgangspunkt eines solchen gilt vielmehr das ausgehende 18. Jahrhundert. Ein kurzer Blick auf die damaligen Ereignisse der polnischen Geschichte verrät, warum gerade dieser Zeitabschnitt von so entscheidender Bedeutung für die deutsche Wahrnehmung Polens und die damit verbundene Herausbildung weit verbreiteter Stereotypen ist.

1772-1793-1795: Eine Zahlenreihe, die wohl jedem polnischen Schüler aus dem Geschichtsunterricht bekannt sein dürfte, denn jene Jahreszahlen markieren die Daten der Teilungen Polens durch Russland, Österreich und Preußen. Diese Großmächte – damals auch bekannt als die ‚drei schwarzen Adler‘ – zerstückelten Polen regelrecht, teilten die ‚Beute‘ unter sich auf (1772 und 1793) und löschten den polnischen Staat 1795 schließlich vollends von der europäischen Landkarte. Die Mehrheit der deutschen Beobachter bewertete den Untergang Polens als eine Art zwangsläufiges Ergebnis der chaotischen Natur des ‚polnischen Reichstages‘ – die Teilungen wurden gewissermaßen zum „Endpunkt eines Verfallsprozesses“ verklärt (SCHOLZ 2000, S. 104). Vergessen wurden dabei nur allzu häufig die machthungrigen Interessen der Teilungsmächte.

Problemlos verknüpfen ließ sich diese Sichtweise mit dem wohl bis heute berühmtesten deutsch-polnischen Stereotyp der ‚polnischen Wirtschaft‘. In schriftlichen Zeugnissen taucht dieser Begriff erstmals 1784 auf. Eine feste Etablierung im öffentlichen deutschen

Polendiskurs fand er schließlich durch die Veröffentlichung des Longsellers *Soll und Haben* von Gustav Freytag im Jahre 1855. Obwohl der Begriff sich anfangs vor allem auf den verschwenderischen Lebensstil des polnischen Hochadels bezog und eher eine Kritik am vermeintlich aus eigenem Verschulden ‚gescheiterten‘ politischen System Polens darstellte, wurde er rasch ‚national eingefärbt‘. Bald galt nicht mehr nur der Adel als faul, prunksüchtig und anarchistisch – nein, kurzerhand dehnte sich die Bedeutung auf alle erdenklichen Bereiche aus: plötzlich galten sämtliche Polen als unorganisiert sowie kompromissunfähig; sogar kulturelle Rückständigkeit wurde ihnen unterstellt. Der Grund für diese Entwicklung ist im deutsch-preußischen Versuch, eine eigene nationale Identität zu formen, aufzufinden.

Wer sind wir? Diese Frage bewegte die Länder Mittel- und Ostmitteleuropas seit dem späten 18. Jahrhundert in hohem Maße. Um die ‚Geburt‘ der eigenen Nation begründen zu können, war es oftmals nötig, sich von anderen Nationen abzugrenzen – denn ohne die anderen kann es kein Wir geben. Ein häufig ergriffenes Mittel dieser ‚Grenzziehung‘ war die Gegenüberstellung eigener Eigenschaften mit denen der unmittelbaren Nachbarstaaten. Mit Vorliebe griff man hier in die ‚Stereotypenkiste‘, die sich im Laufe der Zeit mit vorurteilsbelasteten Bildern angefüllt hatte.

Rudolf Jaworski (1987, S. 67) fasste dieses Phänomen folgendermaßen zusammen:

„Im Zuge der Selbstkonstituierung der mittel- und osteuropäischen Nationen und Nationalitäten wurden sie [die Stereotypen, der Verf.] zu Bestandteilen nationaler Ideologien. Ihre publizistische Verbreitung trug wesentlich dazu bei, die betreffenden nationalen Kollektive nach innen wie außen als eine Einheit zu bestimmen.“

Was lag also vor diesem Hintergrund aus deutscher Perspektive näher, als sich vom vermeintlich rückständigen, trägen, schmutzigen, zügellosen und leichtsinnigen Polen abzuheben? Diese Zuschreibungen dienten gewissermaßen als Gegenfolie für den Wertekatalog des deutschen Bürgertums, welcher sich im Zuge des 19. Jahrhunderts zur Quelle der deutschen Nationalbildung entwickeln sollte. Entlang des Paradigmas ‚Modernität versus Rückständigkeit‘ wurden eindeutige Trennlinien gezogen: Dort die ‚polnische Wirtschaft‘, hier die preußischen Tugenden – Ordnung, Fleiß, Sparsamkeit, Disziplin und Sauberkeit.

Doch die Herabwürdigung des östlichen Nachbarn diente nicht nur dem Zweck der nationalen Selbstvergewisserung. Schließlich galt es auch die Teilungen Polens nachhaltig zu legitimieren und die preußische Einverleibung einiger polnischer Gebiete mit einer stichhaltigen Begründung zu versehen. Diese war schnell

gefunden: Ohne die strenge Hand der Deutschen, das habe sich ja im Zuge des Niedergangs der Adelsrepublik gezeigt, seien die Polen nicht fähig, ihren Staat zu führen. Zudem bedürfe dieses kulturlose Volk einer Zivilisierung durch ‚Verdeutschung‘.

So hatte sich das Stereotyp der ‚polnischen Wirtschaft‘ binnen weniger Jahrzehnte über mehrere Konnotationstappen hinweg zu einem regelrechten Begriffsknäuel entwickelt, welches nicht nur die kritische Beäugung der einstigen polnischen Adelspolitik umfasste, sondern darüber hinaus zur Legitimation der preußischen Herrschaft über große Teile des ehemaligen Polens verwendet werden und später als nationale Kontrastfolie dienen konnte. Darüber hinaus war mit diesem Begriff ein Grundgerüst geschaffen worden, auf dessen Pfeilern beinahe jedes in den folgenden 200 Jahren aufkommende deutsch-polnische Stereotyp errichtet werden konnte. Es wurde sozusagen zum hartnäckigen und langlebigen ‚Kern‘ des deutschen Polenbildes, welches sich immer wieder an jenem zu nähren wusste.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts mischte sich zaghaft eine positive Attribuierung in das deutsche Polenbild. Die Rede ist von der ‚schönen Polin‘, welche in dieser Zeit ihre Premiere als literarische Figur feiern konnte. Gezeichnet als eine „seltene Mischung aus ländlicher Unschuld, biblischer Salome und heroischer Jeanne d’Arc“ bündelte sie „deutsche Männerphantasien aus zwei Jahrhunderten“

(JAWORSKI 1999, S. 61). Ebenso wurde polnischen Männern eine gewisse Grazie zugestanden. Zusammen wären beide nach einer Beschreibung der Polen von 1796 zudem im Stande gewesen, „ungemein schön[e]“ Tänze aufzuführen und diese in stets würdevoller Haltung zu absolvieren (zitiert nach ORŁOWSKI 1996, S. 193). Doch die entscheidende Relativierung folgte häufig auf dem Fuße: Etwa im Stile des Schriftstellers Ernst Moritz Arndt (zitiert nach MUALLEM 2001, S. 105), der 1808 den Polen zwar eine „schöne physische Organisation“ beimaß, umgehend aber anmerkte, jene würden gleichzeitig über einen „solchen Überfluß von Leichtfertigkeit, Ungebundenheit und Gemeinheit“ verfügen, dass es in ihrem Staat niemals zu einer „ordentlichen und freien Verfassung“ kommen könne. Ihren männlichen Gegenpart fand die ‚schöne Polin‘ seit Beginn der 1830er Jahre im ‚edlen Polen‘. Dieses Stereotyp fußte auf der mythischen Verehrung des populären Feldherren Tadeusz Kościuszko, der als letzter militärischer Befehlshaber den letztendlich gescheiterten Aufstand gegen die Teilungsmächte im Jahre 1794 angeführt hatte. Er galt weit über die Grenzen seines Heimatlandes hinaus als ritterlicher Held im Kampf um die Freiheit. Als sich die im russisch besetzten Teil lebenden Polen im Novemberaufstand von 1830 erneut – jedoch abermals ohne Erfolg – gegen die Fremdherrschaft über ihr Vaterland auflehnten und bis zum Oktober des folgenden Jahres für Freiheit kämpften, beflügelte die

jenem Aufstand innewohnende nationale Aufbruchsstimmung auch weite Teile des deutschen Bürgertums. Dessen bereits seit Längerem anschwellende Sehnsucht nach demokratischen Verhältnissen und nationaler Vereinigung der zersplitterten deutschen Territorialstaaten entlud sich zu jener Zeit in einer regelrecht glühenden Polenverehrung. Der scheinbar unbändige Wille des polnischen Volkes nach nationaler Unabhängigkeit und Einheitlichkeit sollte auch die Deutschen „ermutigen, ihrerseits gegen die staatliche und nationale Teilung einzutreten“ (KOSIM 1987, S. 34). Der Pole wurde nun euphorisch als ‚edler Patriot‘ gefeiert; seine aufopfernde Kampfhaltung in so genannten Polenliedern und -gedichten zelebriert.

Ihren Höhepunkt fand diese Polenbegeisterung zweifellos im Hambacher Fest von 1832. Gemeinsam lobpreisten Polen und Deutsche hier die damals aufkommende Aufstandsparole ‚za wolność naszą i waszą‘ (Für unsere und eure Freiheit) und verbrüdeten sich im Engagement gegen reaktionäre Kräfte. Weiteres Indiz einer deutschen Polenbegeisterung dieser Tage war der jubelnde Empfang, den die Bürger Sachsens, Thüringens und Süddeutschlands den Exilpolen bereiteten, als jene im Anschluss an den Novemberaufstand 1830/31 durch diese Gebiete zogen. Ebenso wurden Vereine zur Unterstützung der ‚polnischen Sache‘ eingerichtet und Wohltätigkeitsveranstaltungen zur finanziellen Beihilfe abgehalten.

Diese deutsche ‚Polenliebe‘ sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein: „Paradoxerweise markierte gerade das Jahr des ‚Völkerfrühlings‘ 1848 ein vorläufiges Ende der polenfreundlichen Einstellungen“ (ZIEMER 2000, S. 13). Rasch wurde deutlich, dass die Sympathien lediglich auf politischem Eigeninteresse beruhten und kaum mehr gewesen waren als opportunistische Schachzüge, deren Taktik der politischen Großwetterlage unterlag. Waren die liberalen Vertreter der deutschen Politik zu Zeiten des Vormärz noch der festen Überzeugung, ein unabhängiges und geeintes Deutschland könnte nur durch die Befreiung Polens entstehen, so änderte sich diese Haltung, als im Großherzogtum Posen ein Interessenkonflikt zwischen den dort lebenden Polen und Deutschen ausbrach. Plötzlich wurde das polnische Verlangen nach Selbstständigkeit zum Hindernis auf dem Weg zur nationalen Einigung der Deutschen.

Eindrucksvollstes Zeugnis dieses Wandels ist die so genannte Polen-Debatte, die im Juli 1848 in der Frankfurter Paulskirche abgehalten wurde. Von besonderer Bedeutung war an dieser Stelle die Rede des Abgeordneten Wilhelm Jordan (REDEN 1988, S. 1143-1145), welcher sich entschieden gegen eine Wiederherstellung des polnischen Staates wandte und dabei große Zustimmung seitens des Parlaments erntete. Andersdenkende bezeichnete er verächtlich als „Volksverräter“. „Polen frei [zu geben], es koste, was es wolle“ sei „kurzsichtig“ und „selbstvergessen“ – ja geradezu eine „Politik der Schwäche,

eine Politik der Furcht, eine Politik der Feigheit“. Es sei vielmehr an der Zeit, aus den schwärmerischen Träumen zu erwachen und „einem gesunden Volksegoismus“ zu folgen. Einer Nation, „mit der wir [die Deutschen] Jahrhunderte lang im Kampf gelegen [haben]“, dürfe kein blindes Vertrauen entgegengebracht werden. Vielmehr gefährde eine polenfreundliche Politik die ‚Sicherheit Deutschlands‘. Jordans Worte fanden überwältigenden Anklang und gaben fortan die Grundrichtung des deutschen Blicks auf Polen vor: die noch wenige Jahre – zumindest in liberal-demokratischen Kreisen – zuvor offen zur Schau gestellte Polenbegeisterung musste nun vollends einer Feindbild-Konstruktion weichen, die das Meinungsbild großer Teile der Bevölkerung und konservative Zirkel bereits zuvor bestimmt hatte. Nebenbei enthüllte der Redner, als er in seinem Vortrag auf die polnischen Bürger Posens zu sprechen kam, ein weiteres deutsch-polnisches Stereotyp, welches alsbald für politische Zwecke instrumentalisiert werden sollte: „Die Hauptbewohner des Großherzogthums Posen aber sind Polen, das heißt Katholiken, denn polnisch und katholisch gilt, wie Ihr wisset, unter uns für Ein und Dasselbe.“ (EBD.)

Erfolgreich gelang es der protestantisch geprägten Politik aus Preußen, die nun innerhalb Deutschlands tonangebend wurde, das deutsche Polenbild zu ‚borusifizieren‘.

Die Auseinandersetzungen in der Paulskirche hatten sich zu einer Grundsatzfrage hinsichtlich der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen entwickelt. Entweder ein freies Polen oder ein freies Deutschland – diese Losung wurde von nun an zu einem der leitenden Prinzipien der deutschen Nationswerdung stilisiert. Jede Diskussion um die Sinnhaftigkeit dieser ‚Überlebensregel‘ verbot sich aus patriotischer Sicht und wurde meist bereits im Keim erstickt. Eine schnelle Wiederbelebung der kaum angestaubten negativen Stereotype über Polen tat ihr übriges: Mit Nachdruck wurde auf die Unordnung, die Leichtsinnigkeit und die Faulheit der Polen hingewiesen.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurde die ‚polnische Frage‘ lediglich als deutsche Minderheiten-Problematik behandelt und den Polen im gleichen Zuge mangelnde Zivilisiertheit unterstellt. Die eben noch als anbetungswürdig empfundene ‚schöne Polin‘ galt nun wegen ihrer verführerischen Art als eine „schleichende Gefahr [für] die deutsche Sache“ (SERRIER 2005, S. 120). Weiteres Unheil witterte man in der Ausbreitung der polnischen Sprache, im hohen Einfluss des katholischen Klerus in Polen, einer im Vergleich zu Deutschland hohen Geburtsrate sowie dem national-gefärbten Schulunterricht polnischer Lehrkräfte. Träger dieser dämonisierenden Hetzjagd, die im so genannten Kulturkampf aufging, waren neben führenden Politikern in erster Linie literarische und publizistische Werke. Zusätzliche anti-

polnische Propaganda lieferte der 1894 in Posen gegründete *Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken*, der als zentrales Organ des Kulturkampfes galt. Urplötzlich wurde auch das Stereotyp der edlen und aufopferungsvoll für die Freiheit kämpfenden Polen ins Negative gewendet. Waren die damit verbundenen Eigenschaften im Vormärz noch bejubelt und als nachahmungswürdig empfunden worden, sagte man den Polen nun eine naturgegebene Veranlagung zu Verschwörungen nach und erklärte sie zu ‚Reichsfeinden‘. Wie sehr auch diese Stigmatisierung den Schwankungen des politischen Klimas unterlag, erläutert Jaworski (1999, S. 62) anhand des Ersten Weltkriegs: Getrieben vom militärischen Opportunismus unternahm die deutsche Heeresleitung den Versuch, „die eben noch als unloyal verdächtigten Polen nun auf einmal wieder als staaterhaltendes Element zu beschwören“. Gemeinsam sollten Russland entscheidende Schläge versetzt werden. Die Verbreitung der „Fiktion einer deutschen Polenfreundlichkeit“ und das Versprechen, die Errichtung eines polnischen Staates im Anschluss an den Krieg zu unterstützen, trafen unter den betroffenen Polen jedoch auf taube Ohren. Dieser „krampfhafteste Wiederbelebungsversuch eines positiven Polenbildes“ (EBD.) schien aber auch auf deutscher Seite kaum Wirkung zu erzielen – zu hartnäckig war das Stereotypengeflecht, das sich in den über 100 Jahren zuvor um den Begriff der ‚polnischen Wirtschaft‘ herum entwickelt hatte.

Vom vielseitigen Nachbarn zum bedrohlichen ‚Erbfeind‘ Episoden der Herausbildung eines einheitlichen polnischen Deutschenbildes

Die Fragen, wer als Deutscher und was als ‚typisch deutsch‘ anzusehen sei, waren von polnischer Seite seit dem Mittelalter bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert in vielfältiger Weise beantwortet worden. Je nach Region, gesellschaftlicher Schicht, politischer sowie konfessioneller Ausrichtung und einer Vielzahl weiterer Merkmale gestaltete sich das Bild der Deutschen höchst unterschiedlich: Mal waren sie die geradezu verhassten Kreuzritter des Deutschen Ordens; mal die Österreicher, mit welchen man 1683 gemeinsam die ‚türkische Gefahr‘ erfolgreich bekämpft hatte; mal die zeitweise bewunderten Sachsen, deren Kurfürsten zwischen 1697 und 1763 den polnischen Thron inne hatten; mal die Brandenburger und Preußen, deren Herrscher seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts häufig in Konflikte mit dem polnisch-litauischen Staat verwickelt waren, oder an anderer Stelle die treu-katholischen Bayern, welche nach dem Triumph der Gegenreformation innerhalb Polens meist positiv wahrgenommen wurden. Von einem einheitlichen Deutschenbild kann an dieser Stelle also kaum die Rede sein.

Die zunehmenden Spannungen zwischen dem im 18. Jahrhundert zur europäischen Großmacht aufstrebenden Preußen und dem immer mehr an politischem Einfluss einbüßenden polnischen Staat sollten diesen Umstand jedoch von Grund auf verändern. Die vielgestaltige, negative

wie positive Zuschreibungen beinhalten- de Wahrnehmung begann einer unmissverständlichen Gleichung zu weichen: deutsch = preußisch.

Entscheidenden Einfluss darauf hatten die Teilungen Polens. Hatte man die Deutschen zuvor in relativ differenzierter Weise, wenn auch zum Teil misstrauisch, beäugt oder war ihnen nicht selten mit spöttischer Gleichgültigkeit begegnet, so änderte sich diese Haltung nun zwangsläufig – besonders hinsichtlich Preußens, welches dem aus polnischer Sicht nur schwer zu fassenden ‚deutschen Portrait‘ nun ein mehr als deutliches Gesicht gegeben hatte. Aus dem Nachbar war ein Fremdherrscher geworden.

Rasch machte sich Preußen nach der endgültigen Auflösung Polens im Jahre 1795 daran, polnische Einrichtungen zu demontieren, den politischen Einfluss des polnischen Adels zurückzudrängen und preußische Rechts- und Verwaltungsstrukturen einzuführen. Ziel war eine zügige und restlose Assimilation der ca. 2,6 Millionen polnischstämmigen Neubürger. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf die Polen. Jene fühlten sich zunehmend als ‚Bürger zweiter Klasse‘ und reagierten mit Abscheu: „Den Preußen warf man Geiz, Verrat, Verachtung des Schwächeren, die für Söldner typischen Charakterzüge, Mißtrauen und Polenfeindlichkeit vor.“ (MOLIK 1993, S. 106).

Die verstärkte Besinnung auf das Autostereotyp *Polak to Katolik* (Ein Pole ist ein Katholik) unterstrich die Ablehnung gegen das protestantisch geprägte Preußen.

Dieser allmähliche Prozess der Vereinheitlichung des polnischen Deutschenbildes unterlag zunächst einer regionalen Begrenzung und sah sich selbst im nun preußischen Teil Polens gegensätzlichen Strömungen ausgesetzt. So hatten überraschenderweise gerade in jenem Gebiet einige der vermeintlichen ‚preußischen Tugenden‘, wie etwa Ordnung, Pünktlichkeit und Sparsamkeit, einen nicht geringen Einfluss auf die dortige Gesellschaft. Es entwickelte sich geradezu eine „Nachgiebigkeit gegenüber deutschen Mustern“, die mitunter dazu führte, sich selbst mit diesen Eigenschaften zu identifizieren (CHAMOT 1995, S. 141). Eine durchaus verbreitete Anerkennung für die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen der Deutschen tat ihr Übriges. Marek Zybura schlussfolgert daher, dass sich polnische „Deutschfeindlichkeit und -freundlichkeit“ während des gesamten 19. Jahrhunderts „ungefähr die Waage“ gehalten hätten (ZYBURA 1999, S. 21). Als es 1871 zur Gründung des Deutschen Kaiserreiches unter Führung der preußischen Hohenzollern kam, galt jegliche Hoffnung auf eine deutsche Unterstützung hinsichtlich der ‚polnischen Frage‘ jedoch als zerschlagen. Mehr noch: „das Anwachsen der Macht Deutschlands nach seiner Vereinigung 1871 rief starke politische Befürchtungen hervor“ und lief

innerhalb der polnischen Gebiete auf die Frage hinaus, „[o]b und wann diese ‚Macht‘ das polnische Element verschlingen werde“ (CHAMOT 1995, S. 144). Der bisher regional begrenzte Konflikt zwischen Preußen und Preußisch-Polen hatte sich zu einem nationalen deutsch-polnischen Zusammenstoß entwickelt. Das Deutschenbild begann nun, immer deutlichere Konturen anzunehmen.

Zwar gab es – besonders aus konservativ-klerikaler Richtung – im Geburtsjahr des Reiches noch Stimmen, welche die positiven preußischen Stereotypen wie Ordnung, Disziplin und Sittlichkeit bemühten, diese verstummten innerhalb der nächsten Jahre jedoch zusehends. Vielmehr erwartete man – trotz einer teilweise immer noch vorherrschenden respektvollen Anerkennung der Deutschen – ein rücksichtsloses Streben nach Herrschaft, wie folgende Zeilen des polnischen Schriftstellers Józef Ignacy Krązewski vom Juni 1871 illustrieren:

„Man wird der deutschen Nation ihre Kräfte und Talente, ihre Bildung wie auch ihre Verdienste in der Vergangenheit, die für die Zukunft vieles versprechen, nicht absprechen können, jedoch ist es vermutlich der erste Fall in der Geschichte, daß eine Nation sich selbst ganz kühl sagt: Ich werde herrschen und alles verwandeln. Ich werde die Welt zivilisieren und nach meinem Wunsch umformen und ich werde an die Spitze treten.“

(zitiert nach WAJDA 1995, S. 132)

Begleitet wurden diese Ängste innerhalb der zeitgenössischen Literatur vom Schlagwort des deutschen ‚Dranges nach Osten‘. Rasch zog man eine Linie vom Markgrafen Gero, der als erster Vertreter der deutschen Expansion gen Osten galt, über den Deutschen Orden bis hin zu den aktuellen preußischen Herrschern.

Auch das ursprünglich wohl aus dem 16. Jahrhundert stammende Sprichwort *Jak świat światem, nigdy nie będzie Niemiec Polakowi bratem* (Solange die Welt besteht, wird der Deutsche dem Polen niemals ein Bruder sein) wurde wieder häufiger bemüht und in Form einer leicht modifizierten Version zur Grundlage einer Feindbild-Konstruktion. Fortan lautet der Wortlaut *Jak świat światem, nigdy nie był Niemiec Polakowi bratem* (Solange die Welt besteht, war niemals der Deutsche dem Polen ein Bruder), was darauf hindeuten sollte, dass die deutsch-polnische Feindschaft eine ‚ewige‘ sei und das immerwährende Bestreben der Deutschen darin bestehe, sich den Osten einzuverleiben. Nicht selten dienten an dieser Stelle die literarischen Werke der einflussreichen polnischen Nationaldichter des 19. Jahrhunderts als Vorbilder. So etwa der in den 1820er Jahren entstandene Roman *Grażyna* aus der Feder Adam Mickiewiczs, in welchem sich folgender Textabschnitt finden lässt:

„Das Kreuzritter-Reptil wird niemand zähmen / weder durch Gastlichkeit noch Bitten, noch Geschenke; / ob ihm die Prußen und die Herrscher von Masowien / Territorien, Menschen, Gold nicht viel

in den Rachen stießen? / Es hat immer Hunger, obwohl es so viel auffraß / und noch öffnet es seine Gurgel, um uns das Übrige aufzufressen.“

Jenes dämonische Bild, das neben Mickiewicz vor allem durch Werke wie das berühmte *Krzyżacy* (*Kreuzritter*, 1900) von Henryk Sienkiewicz oder Kraszewskis *Stara baśń* (*Die alte Mär*, 1876) geformt wurde, schien sich mit dem Einsetzen der deutschen Germanisierungspolitik in den ehemals polnischen Gebieten nach 1871 aus der Sicht Polens in bittere Realität zu verwandeln. Mit brachialen Methoden gingen die Behörden des Kaiserreiches daran, die bereits zu früheren Zeiten begonnene Assimilierung der polnischen Bevölkerungsteile zu vollenden. Zahlreiche Gesetze und Verordnungen zur Zurückdrängung der polnischen Sprache und der gezielten Diskriminierung katholischer Einrichtungen markierten dabei zumeist lediglich den Beginn. Um 1885 kam es zur so genannten ‚preußischen Vertreibung‘, in deren Rahmen mehrere Zehntausend Polen und Juden ohne preußische Staatsangehörigkeit ausgewiesen wurden. Bereits im folgenden Jahr gründete Reichskanzler Bismarck eine Ansiedlungskommission, deren Zweck darin bestand, polnische Höfe und Landgüter aufzukaufen und diese anschließend an deutsche Siedler abzugeben. Darüber hinaus wurde den polnischstämmigen Bürgern der Neubau von Wohnhäusern verboten. Auf polnischer Seite sah man sich nun nicht nur im negativen Stereotyp des

‚ewigen deutschen Dranges nach Osten‘ bestätigt, sondern ebenso dazu veranlasst, die eigene nationale Integration voranzutreiben – vor allem im gemeinsamen Widerstand gegen die Fremdherrschaft. Germanisierung und Russifizierung – die zeitgleich in den russisch besetzten Gebieten stattfand – erreichten somit das exakte Gegenteil ihrer ursprünglichen Intentionen: Anstatt das polnische Nationalbewusstsein nachhaltig zu schwächen, konstruierte sich jenes nun in Abgrenzung zu den Teilungsmächten.

Im Hinblick auf Deutschland geschah dies mithilfe einer Gegenüberstellung polnischer Auto- und deutscher Heterostereotype. Während dem Deutschen Unterwürfigkeit, Hörigkeit, Unbarmherzigkeit und ständiger Machthunger zugeschrieben wurde, identifizierten sich die Polen mit dem Stereotyp des ‚polnischen Aufständischen‘. Dieser zeichnete sich durch seinen festen katholischen Glauben, adlige Tapferkeit, Großherzigkeit und seinen unbändigen Willen zum Freiheitskampf aus. Grundpfeiler dieses Selbstbildes war nicht zuletzt die seit dem gescheiterten Novemberaufstand von 1830/1831 in der Literatur – vor allem in den Dichtungen Mickiewiczs – vertretene Idee des polnischen Messianismus. Polen, verstanden als ‚Christus der Völker‘, sei aus Sicht dieser Ideologie dazu auserwählt, als Schutzmauer des – in erster Linie – katholischen Christentums zu fungieren. Zudem wirkte der Messianismus als identitätsstiftendes und hoff-

nungsspendendes Bindeglied zwischen den in verschiedenen Teilungsgebieten lebenden Polen, indem es die durch die Teilungen hervorgerufene Leidensphase mit der christlichen Heilsgeschichte zu kompensieren suchte.

Obwohl nun seit den 1880er Jahren im Allgemeinen ein äußerst negatives Deutschlandbild unterhalb der Polen vorherrschte, welches durchaus als Feindbild bezeichnet werden könnte, waren an einigen Stellen auch andere Stimmen zu hören. Besonders der international bekannte Schriftsteller und Publizist Bolesław Prus tat sich hier hervor. Dieser antwortete 1883 auf die Frage, wer die Deutschen seien: „Sie sind eine große Nation, einer der Führer der Zivilisation. Es ist ein arbeitsames, sparsames, ruhiges und äußerst tugendhaftes Volk.“ (zitiert nach WAJDA 1995, S. 134). Daneben betonte er die künstlerischen, musikalischen, literarischen, wissenschaftlichen und militärischen Errungenschaften jenes Landes und bezeichnete gar den sonst allseits mit Spott begegneten Bismarck als „geniale[n] Stratege[n]“. Doch auch Prus reagierte kritisch auf die Germanisierungsbestrebungen, wie sein 1886 erschienener Roman *Der Bauer Slimak* zeigt. Diese ambivalente Wahrnehmung brachte wohl ein anderer einflussreicher Publizist dieser Zeit, Aleksander Świątochowski, am besten zum Ausdruck: „*Es ist verblüffend, in welchem Maße eine Nation zugleich klug und dumm, kultiviert und barbarisch sein kann.*“ (zitiert nach MOLIĆ 1993, S. 110).

Desto drastischer die Vorgehensweise der von Bismarck forcierten Mixtur aus ‚Verdeutschung‘ und antikatholischem ‚Kulturkampf‘ auf dem ehemals polnischen Gebiet jedoch wurde, umso mehr verdichtete sich das Deutschenbild der Polen auf der Grundlage negativer Stereotypen. Ein anderes Image als das des böseartigen Kreuzritters war nahezu undenk-

bar geworden. Deutlichster Ausdruck der Feindseligkeit gegenüber den Deutschen und deren antipolnischen Politik, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte, war zweifellos das 1908 von der Poetin und Schriftstellerin Maria Konopnicka verfasste Gedicht *Rota (Eid)*, welches hier in Auszügen wiedergegeben werden soll:

Nie rzucim ziemi, skąd nasz ród,
Nie damy pogrześć mowy!
Polski my naród, polski lud,
Królewski szczerp Piastowy,
Nie damy by nas gnębił wróg!

Wir verlassen nicht das Land unseres Geschlechts,
Wir lassen unsere Sprache nicht begraben!
Eine polnische Nation, ein polnisches Volk sind wir,
Der königliche Piastenstamm,
Wir lassen nicht zu, dass der Feind uns unterdrückt!

Do krwi ostatniej kropli z żył
Bronić będziemy ducha,
Aż się rozpadnie w proch i w pył
Krzyżacka zawierucha.

Bis zum letzten Blutstropfen in den Adern
Werden wir den Geist verteidigen
Bis zerfällt zu Staub und Asche
Das Kreuzritter-Ungewitter.

Nie będzie Niemiec pluł nam w twarz,
Ni dzieci nam germanił.

Der Deutsche wird uns nicht mehr ins Gesicht spucken,
Noch unsere Kinder germanisieren.

Jener mobilisierende Eid, welcher sich aufgrund seiner weiten Verbreitung regelrecht zu einer Art inoffizieller Nationalhymne Polens entwickelte, rief nicht nur zur einheitlichen Auflehnung gegen das deutsche ‚Kreuzritter-Ungewitter‘ auf, sondern diente darüber hinaus der Beschwörung der nationalen Identität der Polen. Es bot eine Ansammlung nahezu aller polnischen Autostereotype – von der Berufung auf adlige Abstammung über patriotisches Heldentum und Frei-

heitsstreben bis hin zum Selbstbild der christlichen Vormauer und der engen, an Auserwähltheit grenzenden Verbundenheit mit Gott.

Literaturverzeichnis

Chamot Marek: Polnische Auto- und Heterostereotypen während des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts, in: Hahn, Hans Henning (Hg.): Historische Stereotypenforschung, Oldenburg 1995, S. 139-149.

Jaworski, Rudolf: Osteuropa als Gegenstand historischer Stereotypenforschung, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 63-76.

Jaworski, Rudolf: Zwischen Polenliebe und Polenschelte. Zu den Wandlungen des deutschen Polenbildes im 19. und 20. Jahrhundert, in: Beyrau, Dietrich (Hg.): Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1999, S. 55-70.

Kosim, Jan: Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten, in: Zernack, Klaus (Hg.): Zum Verständnis der polnischen Frage in Preußen und Deutschland 1772-1871, Berlin 1987, S. 29-41.

Molik, Witold: Das Bild des Deutschen im geteilten Polen vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, in: Süßmuth, Hans (Hg.): Deutschlandbilder in Polen und Russland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, Baden-Baden 1993, S. 101-117.

Muallem, Maria: Das Polenbild bei Ernst Moritz Arndt und die deutsche Publizistik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2001.

Orłowski, Hubert: „Polnische Wirtschaft“, in: Kobyliński, Ewa/Lawaty, Andreas/Stephan, Rüdiger (Hg.): Deutsche und Polen, München 1992, S. 515-522.

Orłowski, Hubert: Polnische Wirtschaft. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996.

Reden für die deutsche Nation 1848/1849. Stenografischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen Constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Band 2, hg. auf Beschluss der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Franz Wigard (Erste Auflage 1848), München 1988.

Scholz, Stephan: Die Entwicklung des Polenbildes in deutschen Konversationslexika zwischen 1795 und 1945, Münster 2000.

Serrier, Thomas: Provinz Posen. Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848-1914, Marburg 2005.

Wajda, Kazimierz: Die Deutschen im Spiegel der polnischen Publizistik 1871-1914, in: Hahn, Hans Henning (Hg.): Historische Stereotypenforschung, Oldenburg 1995, S. 130-138.

Ziemer, Klaus: Das deutsche Polenbild der letzten 200 Jahre, in: Mythen und Stereotypen auf beiden Seiten der Oder, hrsg. von Hans Zimmermann, Berlin 2000, S. 9-25.

Zybur, Marek: Von der ‚deutschen Gefahr‘ zum ‚deutschen Tor‘ nach Europa, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybur, Marek (Hg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 21-34.

Polen und Juden

Miteinander – Nebeneinander – Gegeneinander?

von Ina Horstmann & Britta Osterhus

„So viele Hunderte an Jahren des Zusammenlebens – und dennoch so wenig gegenseitiges Verständnis, gegenseitiges Kennenlernen und Liebe in all diesen Jahren – trotz schöner Beispiele. Es ist geradezu erstaunlich, wie relativ wenig uns Polen die große, reiche Kultur der polnischen Juden bekannt ist.“

Jan Józef Lipski

Ein persönlicher Erlebnisbericht ...

Eines Morgens machte unsere deutsch-polnische Gruppe einen Spaziergang durch die Altstadt von Poznań. In einer kleinen Seitenstraße kamen wir an einem grauen Gebäude vorbei, welches trotz seiner imposanten Größe recht unscheinbar wirkte und wohl keinem von uns näher aufgefallen wäre.

Umso erstaunter waren wir, als wir von unserer Begleiterin Małgorzata Grzywacz darauf hingewiesen wurden, dass es sich hierbei um die ehemalige jüdische Synagoge von Poznań handelt. Wir befanden uns auf der Rückseite des Gebäudes und blickten nun aufmerksamer auf die lang gezogenen Fenster und die betongraue Fassade, von der an einigen Stellen der Putz bröckelte. Auf den ersten Blick deutete nichts darauf hin, dass an diesen Ort einst Menschen kamen, um gemeinsam zu beten und jüdische Festtage zu begehen.

Frau Grzywacz erzählte weiter, dass das Gebäude während des Zweiten Weltkriegs von den Nationalsozialisten in ein Schwimmbad umgewandelt worden war. Diese Funktion erfüllte es auch noch nach Kriegsende und so lernten viele Grundschüler aus Poznań in der ehemaligen Synagoge das Schwimmen.

Für viele von uns waren diese Informationen befremdlich und wir stellten uns eine ganze Reihe von Fragen:



Die ehemalige „Neue Synagoge“ von Poznań in ihrem heutigen Zustand.

Foto: Izrael Badacz, 2005.

Quelle: virtual shtetl.

Hat man nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie einen Versuch unternommen, das Gebäude seiner ursprünglichen Bestimmung zurückzuführen?

Was ist mit der jüdischen Gemeinde in Poznań geschehen?

Wie haben polnische Kinder und Jugendliche den Schwimmunterricht in der ehemaligen Synagoge erlebt?

Um diesen und anderen Fragen auf den Grund zu gehen, beschlossen wir, mehr über die Geschichte der Synagoge in Erfahrung zu bringen. Bei der Suche nach Informationen fanden wir heraus, dass es heute wieder eine kleine jüdische Gemeinde in Poznań gibt. Außerdem stießen wir auf ein interessantes Buch, in welchem der polnische Journalist Zbigniew Pakuła, der selbst in Poznań lebt und arbeitet, die Geschichte der Juden in seiner Stadt beschreibt (THE JEWS OF POZNAŃ, London/Portland 2003). Dieses Buch hat unser Interesse am jüdischen Leben in Polen vollends geweckt.

Um nun Antworten auf unsere vielen Fra-



*Die so genannte „Neue Synagoge“
in Poznań, eingeweiht am
5. September 1907.*

Foto: NAC (Nationales Digitalarchiv).

gen zu bekommen, wollen wir zunächst aufzeigen, wie sich das Zusammenleben christlicher und jüdischer Polen historisch entwickelt und gestaltet hat.

I. „Vertraut und fremd zugleich“ – Das Zusammenleben bis 1939

Verglichen mit anderen europäischen Ländern lebten im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit sehr viele Juden im Gebiet des heutigen Polen. Dies hing mit der großen religiösen Toleranz zusammen, die in der frühen Neuzeit in Polen herrschte und dort sogar gesetzlich verankert war. In unruhigen Zeiten wurden Juden in Europa immer wieder verfolgt,

ebenso wie Mitglieder anderer Glaubensgemeinschaften. In Polen fanden viele eine neue Heimat, da der polnische König ihnen wirtschaftliche Möglichkeiten einräumte und ihnen weitgehend kulturelle Autonomie garantierte. Diese relativ guten Lebensumstände für Menschen jüdischen Glaubens waren im Vergleich zum restlichen Europa einmalig.

Geographie

Die geographische Aufteilung der jüdischen Bevölkerung im heutigen Polen war nie gleichmäßig. Ungefähr die Hälfte lebte im eher dünn besiedelten Ostpolen. In Łódź war zu Beginn des 20. Jahrhunderts beispielsweise ein gutes Drittel der Bevölkerung jüdischen Glaubens, während es in einer Stadt wie Poznań nur knapp ein Prozent waren. Die Assimilierung im westlichen Teil Polens war insgesamt weiter fortgeschritten als im Osten. Dies kann unter anderem damit zusammenhängen, dass sich kleinere Gruppen tendenziell immer schneller integrieren, da sie weniger Eigendynamik besitzen.

Der Hauptgrund dürfte aber darauf zurückzuführen sein, dass es lange Zeit keinen polnischen Staat gab. Die unterschiedlichen Gebiete des heutigen Polen waren bestimmt durch die Politik der Teilungsmächte Preußen, Österreich und Russland. Vor allem im preußischen Gebiet und im österreichischen Teil konnten sich die Juden im 19. Jahrhundert emanzipieren. Im Gegensatz dazu war der russische Osten hauptsächlich Agrarland. Ein Mangel an Infrastruktur und Industrie führte dazu, dass die Bevölkerung insgesamt, also auch die Juden, eher ärmlich lebte.

Leben in der jüdischen Gemeinschaft

Die polnischen Juden zeichneten sich besonders durch das starke Gemeinschaftsgefühl untereinander aus. Jedoch ist es wichtig zu beachten, dass sie – wie jede Bevölkerungsgruppe – keine homogene Masse darstellten, sondern von sozialen Unterschieden und Vielfalt geprägt waren. Es gab verschiedene soziale Stellungen, Reichtum und Armut, gläubige und weniger gläubige Menschen.

Wie die meisten Religionen hat sich auch das Judentum im Laufe der Jahrhunderte in verschiedene religiöse Strömungen gegliedert.

Bezogen auf das Gebiet des heutigen Polen lebten hier eher orthodoxe Juden,

nur im Westen des Landes wurden Menschen teilweise von liberalen Strömungen beeinflusst. Im Osten war darüber hinaus der Chassidismus weit verbreitet, eine besonders fromme Form des Judentums. Diese unterschiedlichen religiösen Ausprägungen hatten wiederum Auswirkungen auf die Lebensformen der Gemeinden. Die Vorstellung, dass die meisten Juden in Ghettos gelebt hätten, ist weit verbreitet. Oft wohnte die jüdische Bevölkerung einer Stadt oder eines Dorfes zu Beginn des 20. Jahrhunderts tatsächlich in bestimmten Vierteln oder Straßen. Dieser Umstand ist jedoch nicht immer auf mittelalterliche oder frühneuzeit-

liche Ghettos zurückzuführen, sondern konnte ganz pragmatische Ursachen haben, wie beispielsweise einen kurzen Weg zur Synagoge. In den größeren Städten war der Kontakt zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen meistens wirtschaftlicher Art, während man privat eher unter sich blieb. In kleineren Orten kam der Kontakt generell leichter zustande als in größeren Städten, da die einzelnen Bevölkerungsgruppen kleiner und die Trennungen nicht so scharf waren. Die Menschen begegneten sich in allen Situationen des Lebens, sowohl auf wirtschaftlicher oder politischer als auch auf privater Ebene. Viele dieser kleineren Städte befanden sich in den ländlichen Gebieten Ostpolens, zunächst unter der Herrschaft der russischen Teilungsmacht. Dort lebten oft so viele Juden in einem Dorf, dass die Orte einen eigenen, jüdi-



Symbolische Einweihung des alten jüdischen Friedhofs in Poznań im April 2008.

Foto: Zbigniew Pakuła.

schen Charakter hatten. Sie sind noch heute unter dem jiddischen Namen Shtetl bekannt.

Zusammenleben im neuen polnischen Staat – immer noch Fremde

Als 1918 die Zweite Polnische Republik gegründet wurde, lebten etwa 3,5 Millionen Juden innerhalb der neuen Staatsgrenzen – das waren rund 10 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten die Möglichkeit, die ihnen von der Verfassung gegebenen Grundrechte auszuüben und konnten in gewisser Freiheit leben. Doch wussten die übrigen Polen immer noch vergleichsweise wenig über ihre jüdischen Mitbürger. In den meisten Fällen hatten die Menschen sich eher wenig miteinander beschäftigt.

Auch in der neuen Republik blieben viele Lebensbereiche von jüdischen und nicht-jüdischen Bürgern weiterhin getrennt. Es gab in dieser Zeit in Polen keine Trennung von Staat und Kirche, sodass die Gemeinden viele administrative Aufgaben übernahmen. Hier spielte es keine Rolle, wie gläubig ein polnischer Jude war, bei allen staatlichen Belangen wandte er sich an die jüdische Gemeinde. Daraus folgte eine weitere Trennung der jüdischen Bevölkerung von ihren meist christlichen Mitbürgern.

Kontaktpunkte

Neben aller Trennung gab es in einem Land, in dem ungefähr jeder zehnte Mensch jüdischen Glaubens war, auch viele Kontaktpunkte. Ein solcher Ort des Zusammentreffens war beispielsweise das Heer. So waren 1923 mehr als acht Prozent aller polnischen Soldaten Juden. Die hier vorherrschende, straffe Disziplin förderte durchaus religiöse Toleranz zwischen den Gruppen. Es entstanden Freundschaften und der Respekt ließ

nicht selten religiöse Vorurteile vergessen. Eine Assimilierung der polnischen Juden war generell eher im Westen des Landes oder in großen Städten vorherrschend. So bezeichneten sich beispielsweise knapp 20 Prozent der Juden, die 1939 in Warschau lebten, als Polen und nicht in erster Linie als Juden. In den wirtschaftlich weniger entwickelten Landesteilen im Osten und in kleineren Orten war diese Zahl bedeutend geringer.

Entwicklung des Antisemitismus in Polen

Bezogen auf das polnisch-jüdische Zusammenleben ist auch Antisemitismus ein wichtiges Thema. In vielen Ländern Europas hatten Juden im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit immer wieder unter Pogromen und Benachteiligungen zu leiden. Im Gebiet des heutigen Polen blieben die jüdischen Bürger hiervon weitgehend verschont. Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts nahmen antisemitische Ausschreitungen in vielen Ländern Europas zu und der Antisemitismus wurde pseudowissenschaftlich untermauert. Auch im heutigen Polen häuften sich die Zwischenfälle und Ausschreitungen. Sie richteten sich zunächst eher auf wirtschaftliche Ziele und waren nur hintergründig rassistisch oder religiös geprägt. Der Grund dafür, dass der Antisemitismus schließlich auch in der polnischen Bevölkerung Fuß

fassen konnte, liegt wohl in einer generellen wirtschaftlichen und politischen Frustration vieler Polen, die mit Neid oder Missgunst auf den Wohlstand des Bürgertums blickten. Dieses Bürgertum bestand ungefähr zur Hälfte aus Menschen jüdischen Glaubens. Ein antisemitisches Argument ab 1918 war beispielsweise, dass die Juden der neu gewonnenen staatlichen Unabhängigkeit Polens feindlich gegenüberstünden. Der fiktive Vorwurf von Kontakten zur Weimarer Republik führte viele sonst passive Polen zum Antisemitismus. Im Osten bezogen sich die Vorwürfe auf angebliche Kontakte zu den Kommunisten oder der Sowjetunion.

Haltungen des polnischen Volkes gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern

Einerseits wird das Polen der Zwischenkriegszeit als stark antisemitisches Land bezeichnet. Andererseits sind viele Polen der Ansicht, in ihrem Land hätte es überhaupt keinen Antisemitismus gegeben. Beide Anschauungen setzen das polnische Volk als homogene Gesellschaft voraus, die es nicht war. Eine Reduzierung auf ein einfaches „dafür“ oder „dagegen“ wäre, bezogen auf den Antisemitismus, ebenfalls vorschnell. Holger Michael nimmt in seiner Monografie *Zwischen Davidstern und Roter Fahne* (2007) eine grobe Dreiteilung für die 1920er Jahre vor: Ein Drittel der polnischen Bevölkerung waren Antisemiten unterschiedlicher Intensität und etwa ein Drittel lehnte den Antisemitismus aus verschiedenen Gründen ab. Das letzte Drittel, die heterogenste Gruppe, bezog aus verschiedenen Gründen nicht Stellung. Auch hier ist eine vollständige Rekonstruktion der tatsächlichen Verhältnisse schwierig.

Am 4. Juli 1925 schlossen Vertreter der Regierung mit den jüdischen Parteien ein Abkommen. Darin verpflichteten sich die Vertreter der polnischen Juden unter anderem zur Loyalität gegenüber ihrem Staat und die Regierung sicherte ihnen

im Gegenzug die Gleichberechtigung und Bekämpfung des Antisemitismus zu. Diese Zusagen wurden jedoch nie durchgesetzt und die Lage spitzte sich weiter zu. 1931 waren die antisemitischen Strömungen in Politik, Kultur und Gesellschaft bereits so spürbar geworden, dass sie schließlich sogar Einfluss auf die Gesetzgebung bekamen. Bereits 1923 war über die Einführung eines Numerus clausus nur für jüdische Studenten diskutiert worden, der sich nach dem Anteil an der polnischen Bevölkerung orientiert hätte. Ein solches Gesetz wäre eine offizielle antisemitische Diskriminierung gewesen und wurde aus Furcht vor Reaktionen aus dem Ausland zunächst nicht durchgesetzt. In Kraków und Lwów wurde 1931 schließlich auf Druck von rechts doch ein Numerus clausus eingeführt, obwohl er verfassungswidrig war. Die Universität Poznań sprach sich ebenfalls dafür aus. So wie hier beugten sich viele Hochschuleinrichtungen zumindest teilweise den Faszisten. Im März 1932 fanden in Kórnik bei Poznań groß angelegte Boykotte jüdischer Geschäfte statt, bei denen beispielsweise Bürger daran gehindert wurden, jüdische Geschäfte zu betreten.

*„Ich wußte, daß wir in Polen nicht mehr in Ruhe gelassen werden würden. Viele Menschen waren zu optimistisch – oder zu blind – um das vorauszu-
sehen.“ (SINGER 1984, S. 305)*

II. „In Polen fand der Holocaust statt.“

Das Leiden der Juden und die polnische Bevölkerung

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Armee Polen, das anschließend zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich aufgeteilt wurde. Ostpolen wurde der UdSSR zugesprochen, das Deutsche Reich besetzte den westlichen Teil des Landes.

Die Haltung der polnischen Juden

Insgesamt standen die polnischen Juden bei Kriegsausbruch ihrem Staat loyal gegenüber und halfen bei der Verteidigung. Die Niederlage empfanden sie genauso wie andere Polen als Schmach. Im Ersten Weltkrieg hatten sich die Deutschen den polnischen Juden gegenüber, jedenfalls im Vergleich zur russischen Zone, relativ korrekt verhalten. Nun hatten die Juden oft keine Vorstellung, was auf sie zukommen würde, sie wurden völlig über-

rascht. Die Nachrichten von Gewalttaten aus dem Deutschen Reich drangen zwar bis zu ihnen vor, doch unterschätzten sie diese nicht selten. In Polen lebten vor 1939 die meisten europäischen Juden, 350 000 von ihnen allein in Warschau, der größten jüdischen Gemeinde Europas – das waren mehr als in ganz Palästina zur selben Zeit.



„Für das polnische Volk brach nun das dunkelste Kapitel seiner Geschichte, für das jüdische Volk sein letztes an.“

(MICHAEL 2007, S. 133)

Zerschlagene jüdische Grabsteine auf dem Gelände des ehemaligen Arbeitslagers Żabikowo bei Poznań.

Foto: Britta Osterhus.

Unter russischer Herrschaft

Im Zuge der Aufteilung Polens verloren alle Einwohner der ostpolnischen Gebiete ihre polnische Staatsbürgerschaft und erhielten die sowjetische. Für die meisten Polen war dies ein harter Schlag, während kleinere Teile der jüdischen Bevölkerung den sowjetischen Einmarsch durchaus begrüßten. Vor allem die jüdische Linke sah in der Sowjetunion ihr politisches Vorbild. Diese Tatsache sollte die Beziehungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen während der folgenden Kriegsjahre stark beeinflussen. Die prosowjetische Einstellung wurde

jedoch längst nicht von allen Juden geteilt. Im Gegenteil: Ein Großteil der jüdischen Bevölkerung – vor allem aus dem Mittelstand – zeigte sich solidarisch mit der polnischen Bevölkerung und lehnte eine sowjetische Zukunft ab. Doch gerade aus dem Lager der antijüdisch eingestellten Polen wurde immer wieder das Verhalten der ostpolnischen Juden gegenüber dem sowjetischen Einmarsch als Argument angeführt, um antisemitische Ausschreitungen gegen Juden zu rechtfertigen.

Maßnahmen der deutschen Besatzer

Bis zum Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion im Juni 1941 stand die Massenvernichtung der polnischen Juden nicht im Vordergrund und es gab keine konkreten Pläne, wie mit ihnen verfahren werden sollte. So durften die polnischen Juden beispielsweise bis 1940 weiter nach Palästina ausreisen und sich innerhalb Polens frei bewegen. Allerdings gab es bereits ab September 1939 verschiedene Formen des Entzugs von Freiheit und Grundrechten. Kennzeichnung mit dem Davidstern, Enteignung, Ghettos und Zwangsarbeit waren nur einige Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht. Kurzfristig wollten die Deutschen die jüdische Bevölkerung isolieren und zur Zwangsarbeit nutzen.

Eine Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben war jedoch nur schrittweise möglich, da die jüdische Bevölkerung hier eine wichtige Stellung einnahm und sonst ein finanzieller Zusammenbruch gedroht hätte. Langfristig sollten alle Juden im Rahmen der territorialen Lösung vollständig aus dem deutschen Machtbereich entfernt werden:

„Durch Kennzeichnung, Absonderung in Ghettos sowie eine massive antisemitische Propaganda wurde sie stigmatisiert und restlos von der Außenwelt isoliert.“

(MUSIAL, 2004 S. 105)

Der Antisemitismus setzt sich durch

Seit 1941 wurden von der deutschen Besatzungsmacht in vielen Städten Polens abgeschlossene Viertel errichtet, in die die jüdische Bevölkerung der Stadt getrieben wurde. Insgesamt entstanden so etwa 400 jüdische Ghettos, in denen bis zum Kriegsende schätzungsweise 750 000 Menschen an den Folgen der schlechten Lebensbedingungen starben. Von vielen Polen wurde die Errichtung dieser Ghettos begrüßt oder zumindest ohne größere Proteste hingenommen. Die Zusammenpferchung in Ghettos führte schließlich zu einer totalen Isolierung der Juden und die polnisch-jüdischen Kontakte waren infolgedessen auf ein Minimum reduziert. Die oft nur mangelhafte Assimilierung der jüdischen Bevölkerung erleichterte die Isolation. Sie lebten meist weitgehend von der polnischen Umgebung abgekapselt. Bereits vor Beginn des Krieges

war ein Teil der polnischen Bevölkerung durch eine starke antijüdische Einstellung geprägt gewesen. Die antisemitische Propaganda der Deutschen trug nun weiter zur Verschärfung der Situation bei. Anordnungen der deutschen Besatzer und die Aussetzung von Kopfprämien förderten das Denunziantentum. Den Polen wurde bei Todesstrafe verboten, Juden zu helfen. Darüber hinaus wurde die polnische Bevölkerung durch die anti-jüdische Hasspropaganda der Nationalsozialisten immer mehr eingenommen. So nahmen bereits seit Beginn des Jahres 1940 die polnischen Übergriffe auf jüdische Landsleute zu. Öffentliche Demütigungen in Form von Beschimpfungen und Beleidigungen, aber auch körperliche Angriffe durch Deutsche und Polen gehörten für die polnischen Juden nun zum Alltag.

Hilfe aus der polnischen Bevölkerung

In Bezug auf die beschriebenen extrem antisemitischen Anschauungen und das brutale Verhalten gegenüber den polnischen Juden muss beachtet werden, dass dies nur auf einen kleinen Teil der polnischen Bevölkerung zutraf. Neben den gewalttätigen Übergriffen auf Juden gab es zeitgleich auch Verteidigungsaktionen, bei denen nicht-jüdische Arbeiter und Christen sich für Juden einsetzten und versuchten, zwischen ihnen und den

Angreifern zu vermitteln. Auch im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges, als sich die Lage der polnischen Juden immer drastischer verschlechterte, gab es nicht wenige Polen, die bereit waren ihren jüdischen Landsleuten zu helfen – zum Beispiel bei der Flucht aus den städtischen Ghettos, bei der Beschaffung von falschen Papieren oder durch das Verstecken von Juden in ihren privaten Häusern.

Die Hilfe der polnischen Bevölkerung muss vor allem vor dem Hintergrund bewertet werden, dass die Deutschen im Oktober 1941 jegliche Hilfeleistung für Juden unter Todesstrafe gestellt hatten. Dieser Erlass wurde nur in Polen, nicht aber in den anderen faschistisch besetzten Ländern Europas eingeführt und unerbittlich durchgesetzt. Es kam vor, dass ganze Familien mit ihren Kindern und sogar ganze Dörfer für die so genannte Judenbeherbergung ausgelöscht wurden.

In diesem Zusammenhang wird es verständlich, dass viele Polen davor zurückschreckten, überhaupt in irgendeiner Form mit Juden in Verbindung gebracht zu werden. Umso größer ist deshalb auch die Leistung jener zu bewerten, die – unter Gefährdung ihres eigenen Lebens – dazu bereit waren, ihren jüdischen Mitmenschen zu helfen.



Erlass, der die Beherbergung von geflüchteten Juden unter Todesstrafe stellt.
ZIH Warschau, Foto: Britta Osterhus.

Das Unvorstellbare – die „Endlösung der Judenfrage“

Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hatte auch für die polnischen Juden weit reichende und dramatische Auswirkungen. Denn neben dem Kampf gegen den Kommunismus stand nun die physische Vernichtung des jüdischen Volkes im Zentrum des deutschen Interesses. Auf der Berliner Wannsee-Konferenz wurde im Januar 1942 die so genannte Endlösung der Judenfrage politisch-organisatorisch eingeleitet und bald darauf begann in Polen die gezielte und industriell betriebene Massenvernichtung der Juden. Um die Ermordung der Juden möglichst effizient und ohne größeren finanziellen Aufwand durchführen zu können, errichteten die Nazis

mehrere große Vernichtungslager, die sich allesamt auf polnischem Boden befanden. Neben den Lagern in Chelmo, Belzec, Sobibor und Treblinka erlangte vor allem das Todeslager Auschwitz traurige Berühmtheit und gilt seither als Symbol des Holocaust. Das Ausmaß dieses organisierten Massenmordes war gewaltig und sprengt die Grenzen des Vorstellbaren. Weit über zwei Millionen Juden – vorwiegend aus Polen, aber auch aus anderen Ländern – wurden in den Gaskammern der Vernichtungslager ermordet und anschließend in riesigen Krematorien verbrannt, bis keine Spur mehr von ihnen zurückblieb.

Reaktionen der nicht-jüdischen polnischen Bevölkerung

Die Verfolgung und Vernichtung der Juden auf polnischem Boden blieb natürlich auch der übrigen polnischen Bevölkerung nicht verborgen. Die Reaktionen hierauf waren jedoch sehr unterschiedlich: Viele der Polen, die bereits vor dem Krieg antisemitisch eingestellt waren, änderten auch während der Okkupation nichts an ihrer Grundeinstellung. Da die Deutschen Prämien für die Entdeckung von Juden ausgeschrieben hatten, kam es immer wieder zu gewalttätigen Erpressungen und Denunziationen. Daneben gab es allerdings auch eine große Anzahl von Polen, die sich für die Rettung

ihrer jüdischen Mitbürger stark machten. Eine besondere Rolle spielte hierbei die Hilfsorganisation ŻEGOTA, die von der Heimatarmee (AK) und der Landesvertretung der polnischen Exilregierung ins Leben gerufen wurde und sich vor allem auf das Verstecken von Juden konzentrierte. Weitere Hilfe kam außerdem von der katholischen Kirche. Nicht selten fanden Juden in Klöstern Unterschlupf und wurden dort versorgt und mit gefälschten Dokumenten ausgestattet. Aber auch einfache polnische Bauern und Arbeiter scheuten nicht davor zurück, Juden in ihren Häusern zu verstecken.

Viele Polen mussten den Einsatz für ihre jüdischen Mitbürger mit dem Leben bezahlen, denn die Deutschen gingen immer brutaler gegen alle vor, die den Juden zur Hilfe kamen. Dies erklärt vielleicht auch, weshalb der größte Teil der polnischen Bevölkerung angesichts der Verfolgung und Vernichtung der Juden mehr oder

weniger Gleichgültigkeit zeigte. Dahinter verbarg sich nicht zwingend eine feindselige Ablehnung, sondern vielfach auch die Sorge um das eigene Überleben, die dazu führte, dass große Teile der polnischen Bevölkerung die Augen vor dem Schicksal der Juden verschlossen.

III. Kann man zugleich Opfer und Täter sein? Polen und Juden seit dem Zweiten Weltkrieg

Schätzungen zufolge verloren während des Zweiten Weltkriegs allein in Polen knapp drei Millionen polnische Juden ihr Leben. Dies entsprach etwa 85-89 % aller Juden, die vor Beginn des Krieges dort ansässig waren. Auch das polnische Volk hatte während des Krieges unter der deutschen Besatzung unvorstellbares Leid erlebt. Doch die Annahme, dass Juden und Polen einander – im Angesicht der schrecklichen Kriegserfahrungen – näher gekommen wären, lässt sich nicht bestätigen. Tatsächlich war die Verständigung zwischen Juden und Polen in den Nachkriegsjahren äußerst schwierig. Für die meisten überlebenden Juden war Polen der Ort der Vernichtung ihres Volkes und wurde somit zu einem Symbol des Holocaust.

Umso bitterer war für sie die Erfahrung, dass sie bei einem nicht unerheblichen Teil der Polen auch nach Kriegsende auf Ablehnung und Feindseligkeit stießen. So war es beispielsweise keine Seltenheit, dass diejenigen Polen, die während der deutschen Besatzungszeit jüdisches

Eigentum übernommen hatten, nach Kriegsende nicht bereit waren, dieses an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben. Ein weiterer Aspekt ist die Frage nach der Hilfe, die die Polen während des Krieges gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern geleistet hatten. So wird in der polnischen Bevölkerung gerne hervorgehoben, dass Polen in der israelischen Gedenkstätte ‚Yad Vashem‘ an der Spitze der verzeichneten Nationen steht. Dies entspricht natürlich den Tatsachen, schließlich gab es während des Zweiten Weltkriegs eine ganze Reihe von Polen, die ihr eigenes Leben riskierten und sich für ihre jüdischen Nachbarn einsetzten.

„Der deutsche Terror rechtfertigte zweifelsohne diese Untätigkeit. Er verbot jedoch nicht das Mitleid, das – wider Erwarten – häufig nicht vorhanden war.“

(KOWITZ 2004, S. 32)

Genau Zahlen darüber, wie viele Juden tatsächlich gerettet wurden, liegen nicht vor, doch Schätzungen gehen von 40 000 bis 120 000 Geretteten aus. Dafür verdienen die knapp 4500 Polen, die in ‚Yad Vashem‘ im Garten der Gerechten ausgezeichnet wurden, in jedem Falle Hochachtung und Respekt.



Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge in Posen.

Foto: Izreal Badacz, 2005.

Quelle: virtual shtetl.

Gleichzeitig muss beachtet werden, dass in Polen vor Kriegsbeginn knapp 3,5 Millionen Juden lebten. Vor diesem Hintergrund erscheint die Anzahl der geretteten Juden in einem anderen Licht. Der polnischen Bevölkerung wurde deshalb von jüdischer und westlicher Seite immer wieder vorgeworfen, dem Leid der Juden während des Krieges gleichgültig und teilnahmslos gegenüber gestanden zu haben. Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung wies derartige Vorwürfe allerdings rigoros zurück – mit dem Verweis auf die angedrohte Todesstrafe bei Hilfeleistungen gegenüber Juden. Die Bereitschaft, sich selbst nicht nur in der Rolle des Opfers zu begreifen, sondern auch ein eigenes Gefühl von Schuld einzugehen, war im Polen der Nachkriegszeit kaum vorhanden. Stattdessen wurden die eigenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten nach Kriegsende in den Vordergrund gerückt und das vergangene Leid der jüdischen Bevölkerung weitestgehend verdrängt.

Antisemitismus in der Volksrepublik Polen

In den folgenden Jahren gerieten die jüdischen Überlebenden des Holocaust in die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Polen. Für viele Polen galten die Juden als Unterstützer der Kommunisten; sie wurden zu Verrätern am polnischen Staat erklärt. Zwischen den Jahren 1944 bis 1947 wurde Polen von einer regel-

rechten Welle antisemitischer Gewalt erfasst. Am 4. Juli 1946 erreichte diese Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem größten Pogrom der Nachkriegsgeschichte, das in der zentralpolnischen Stadt Kielce verübt wurde. Dieses Ereignis, bei dem über vierzig Juden getötet und weitaus mehr verletzt wurden, stellt

den absoluten Tiefpunkt der polnisch-jüdischen Beziehungsgeschichte dar. Zwar wurden nach diesem Pogrom neun Antisemiten vor Gericht gestellt und später zum Tode verurteilt, doch das änderte nichts an der Tatsache, dass es auch in den folgenden Jahren immer wieder zu antijüdischen Ausschreitungen in Polen kam, bei denen insgesamt zwischen 1500 und 2000 Juden ermordet wurden. Für viele Juden in Polen war besonders das Pogrom in Kielce ein deutliches Zeichen, dass sie in Polen nicht mehr willkommen waren. So begann in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre eine jüdische Massenauswanderung, die bis zum Jahre 1968 andauern sollte. Eine Vielzahl der auswandernden Juden zog es dabei nach Palästina/Israel, denn hier war nach jüdischer Tradition das gelobte Land der Vorväter.

In den 1950er Jahren stabilisierte sich die politische Lage in Polen. Der Lebensstandard verbesserte sich schrittweise, aber nur sehr langsam. Mit dem Sechsjahresplan sollten die wirtschaftlichen Grundlagen für den Sozialismus in Polen geschaffen werden. Doch bereits 1953/1954 zeigte sich, dass unter anderem die Kollektivierung der Landwirtschaft erfolglos war, was eine enorme Verschlechterung der Versorgungslage zur Folge hatte. Die Unzufriedenheit beim Volk wuchs und stürzte die polnische Staatsführung in eine tiefe Vertrauenskrise.

Die Proteste gegenüber der Regierung wurden immer lauter und im Juni 1956 brach in Poznań ein erster bewaffneter Aufstand gegen das Regime los. (siehe

das Denkmal zum Posener Aufstand). Erst im Oktober konnte die Parteiführung, unter neuer Leitung von Władysław Gomułka, die Unruhen dank einiger Zugeständnisse entschärfen.

Im Zuge der politischen Unruhen von 1956 entflamten erneut antisemitische Exzesse, an denen diesmal die neue Partei- und Staatsführung einen nicht unerheblichen Anteil hatte. Zwar war das Ausmaß der Ausschreitungen gegen Juden diesmal geringer als noch vor zehn Jahren, doch große Teile der jüdischen Bevölkerung waren massiv verunsichert worden.

Viele fühlten sich nun in Volkspolen nicht mehr sicher und auch jene, die sich zuvor eher als Polen gefühlt hatten, kehrten nun diesem Staat den Rücken und bekannten sich umso offensiver zum Judentum. Eine weitere Emigrationswelle in den 1948 gegründeten Staat Israel begann und bis 1960 verließen insgesamt 51 000 Juden – etwa die Hälfte der verbliebenen jüdischen Bevölkerung – Polen. Doch die größte antisemitische Kampagne seit Kriegsende stand den polnischen Juden noch bevor: Im März des Jahres 1968 gingen in Polen – wie auch in vielen anderen Ländern weltweit – Studenten und Intellektuelle auf die Straße und demonstrierten für demokratische Reformen. Um diesen Reformbewegungen Einhalt zu gebieten, inszenierten die kommunistischen Machthaber eine umfassende antijüdische Kampagne, im Zuge derer fast 20 000 Juden aus Polen auswanderten.

Der Vormarsch gegen die jüdische Bevölkerung begann bereits im Herbst 1967 mit einer Säuberungsaktion in den staatlichen Dienststellen, bei der sich alle jüdischen Angestellten öffentlich von dem vom Westen unterstützten Staat Israel distanzieren mussten. Tatsächlich richtete sich die Kampagne aber nicht nur gegen vermeintliche Zionisten, sondern gegen die gesamte jüdische Bevölkerung. In den Monaten von März bis Mai 1968 verloren zahlreiche Juden ihre Arbeitsplätze – darunter auch viele Staats- und Parteifunktionäre. Außerdem mobilisierte die kommunistische Staatsführung mit antijüdischen Parolen die Massen, die

daraufhin eine Ausreise der ‚Zionisten‘ forderten. Der größte Teil der polnischen Juden war keineswegs gegen den polnischen Staat eingestellt und dennoch waren viele gezwungen, Polen zu verlassen, nachdem sie ihre Arbeit verloren hatten und einer großen Ablehnung innerhalb der polnischen Bevölkerung gegenüberstanden. Für das Ansehen des polnischen Staates in der Welt waren die Ereignisse des Jahres 1968 äußerst schädigend, denn das Vorgehen der Regierung bestätigte das Bild eines aggressiven polnischen Antisemitismus – ganz abgesehen von der wachsenden Kluft in den Beziehungen von Polen und polnischen Juden.

Beginn des Dialogs

Bis zur Mitte der 80er Jahre war es in Polen kaum möglich, einen ernsthaften Dialog über das Verhältnis zu den polnischen Juden zu führen. Dies gelang erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Besonderes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang der im Januar 1987 veröffentlichte Artikel des polnischen Literaturkritikers Jan Błoński. Unter dem Titel *Die armen Polen schauen auf das Ghetto* tritt der Autor für eine objektivere Auseinandersetzung mit der polnisch-jüdischen Vergangenheit ein und fordert die polnische, nicht-jüdische Bevölkerung zu einem Eingeständnis der eigenen Schuld auf. Mit der Veröffentlichung dieses Artikels begann in Polen eine überaus kontroverse Diskussion, denn Błoński

hatte mit seinem Artikel ein Thema berührt, das vorher verdrängt und tabuisiert worden war. Innerhalb dieser Diskussion lassen sich zwei widersprüchliche Positionen gegenüberstellen: Auf der einen Seite jene, die sich mit der Schuldfrage auseinander setzten und das Eigenbild der „Opferration“ hinterfragen wollten. Auf der anderen Seite die, die weiterhin von einem korrekten Verhalten der Polen gegenüber der jüdischen Bevölkerung überzeugt waren. Anhand der folgenden zwei Quellen lässt sich dieser Zwiespalt innerhalb der polnischen Gesellschaft verdeutlichen und es wird klar, warum der Graben zwischen beiden Lagern so schwierig zu überwinden ist.

Quelle: Die Frage der Mitschuld I

„Habt ihr beim Töten geholfen? Habt ihr zumindest zugeschaut als Juden getötet wurden? Seien wir ehrlich: Diese Frage muss gestellt werden. (...) Doch wir möchten nicht – bewusst oder unbewusst – , dass diese Frage fällt. Wir weisen sie als unmöglich und skandalös von uns. Wir standen doch nicht auf der Seite der Mörder. Wir waren doch die nächsten in der Reihe vor den Gaskammern. Wir sind zwar nicht gut, aber doch irgendwie mit den Juden ausgekommen. (...) Wir wollen gänzlich von einer Anklage ausgenommen sein, wollen vollkommen sauber dastehen.

Wir wollen auch – und ausschließlich – Opfer sein ...

(...)

Für die polnische Seite bedeutet das die Annahme der Schuld. (...) Auch eine Mitschuld am Völkermord? Ich höre schon das Geschrei: Wieso das denn? Gott sei unser Zeuge, am Völkermord haben wir doch nicht teilgenommen! Das stimmt, antworte ich. Kein vernünftiger Mensch kann sagen, dass die Polen – als Nation – am Völkermord beteiligt gewesen seien. (...) Meine Antwort lautet: Teilnahme und Mitschuld ist nicht dasselbe. Man kann mitschuldig sein, ohne an den Verbrechen teilgenommen zu haben, in erster Linie durch Unterlassung oder ungenügende Gegenwehr. Wer aber könnte behaupten, dass diese in Polen ausreichend gewesen wäre?

Gerade weil sie nicht ausreichend war, verneigen wir uns vor all denjenigen, die dieses heroische Risiko eingegangen sind.“

zitiert nach: Błoński, Jan: Die armen Polen schauen auf das Ghetto,
in Engelking/Hirsch, 2008, S. 24 – 39.

Quelle : Die Frage der Mitschuld II

„Jan Błoński schämt sich für sein Volk, wenn er von der Ausrottung der Juden in Polen schreibt. Ich hingegen bin stolz auf die Haltung meines Volkes während der Besatzungszeit – einschließlich seines Verhältnisses zur Tragödie des jüdischen Volkes. Selbstverständlich ist das Verhältnis zu den Juden während der Besatzungszeit kein besonderer Grund zum Stolz, aber es besteht auch keinerlei Anlass, Scham oder Schande zu empfinden. Wir konnten ganz einfach nicht viel mehr tun, als das, was wir getan haben.

(...)

Und wir Polen, hätten wir wirklich wesentlich mehr tun können? Wir haben doch selbst mit hilfloser Verzweiflung und schrecklicher Wut auf die Schande von Majdanek und Auschwitz geblickt, auf die Menschen, die auf unserer Erde durch das Tor mit der höhnischen Aufschrift 'Arbeit macht frei' getrieben wurden, auf die Krematoriumsöfen, die auf unserer Heimat Erde rauchten und in denen die Körper Tausender unserer Landsleute und Tausender Menschen anderer Nationalitäten verbrannt wurden. Was hätten wir tun sollen? Hätten wir mit allen Kräften, die uns zur Verfügung standen, diese Lager angreifen sollen, wobei wir ungeheure Verluste davongetragen hätten und alle Menschen in den Lagern umgekommen wären, die ansonsten die Chance des Überlebens hatten und von denen viele auch tatsächlich überlebt haben?

Zum Wohl des Volkes und zur Rettung der Menschen mussten wir einen klugen Kampf führen.“

zitiert nach: Siła-Nowicki, Władysław: Jan Błoński zur Antwort,
in Engelking/Hirsch, 2008, S. 24-39.

Im Verlauf der neunziger Jahre ist ein Fortschreiten der Diskussion über bisher tabuisierte Themen der polnischen Vergangenheit zu beobachten. Diese Debatte wird zunehmend von neuen wissenschaftlichen Arbeiten gestützt und weckt das Interesse immer größerer Teile der polnischen Bevölkerung.

Einen vorläufigen Höhepunkt in dieser Entwicklung bildet die Veröffentlichung des Buches *Nachbarn – Die Geschichte der Vernichtung eines jüdischen Ortes* von Jan Tomasz Gross, welches den Grundstein zu einer großen historischen Debatte legte. Das Buch erschien im Jahre 2000 in Polen und ein Jahr später auch in englischer und deutscher Übersetzung (womit die Grundlage für eine nun internationale Diskussion gelegt war). Gross beschreibt in seinem Buch die Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Jedwabne durch ihre polnischen Nachbarn am 10. Juli 1941. Gleich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen kam es in der kleinen Ortschaft im heutigen Nordostpolen zu massiven und gewalttätigen Übergriffen auf die jüdische Bevölkerung. Der besondere Aspekt hierbei ist die Tatsache, dass diese Übergriffe nicht etwa von den deutschen Besatzern verübt wurden, sondern von Einheimischen. Die polnischen Einwohner von Jedwabne misshandelten zunächst die Juden auf den Straßen ihrer Stadt und trieben sie später in eine große Scheune, wo sie bei lebendigem Leib verbrannt wurden.

Lange Zeit wurde in Polen über dieses Massaker geschwiegen, welches in seiner

Grausamkeit tatsächlich einen historischen Einzelfall in der jüdisch-polnischen Geschichte darstellt. Doch mit der Veröffentlichung von *Nachbarn* entbrannte eine hitzige Diskussion um das Selbstverständnis der Polen, welches stark von ihrer eigenen Opferperspektive geprägt ist. Jan Tomasz Gross zweifelt die Opferstellung der Polen keinesfalls an, aber er wirft die kritische Frage auf, ob man als Opfer gleichzeitig auch Täter sein kann? Diese Frage wird seit einigen Jahren von polnischen Wissenschaftlern im In- und Ausland kontrovers diskutiert.

Ein Ende der Debatte ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abzusehen. Es sieht jedoch so aus, dass eine endgültige Beantwortung der Täter- bzw. Opferfrage so einfach nicht möglich sein wird. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Opfermythos ein wesentlicher Bestandteil des polnischen nationalen Gedächtnisses ist. Wichtig ist aber vor allem – wie in jedem Land –, dass sich eine Nation überhaupt kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinandersetzt. Dieser Schritt ist in Polen nun gemacht.

Jan Tomasz Gross in einem Interview zur Frage, warum sein Buch *Nachbarn* (2000/2001) eine solch große Debatte entfachen konnte:

„Ich denke, das Buch hat für ziemliche Aufregung gesorgt, weil es auf sehr direkte Art und Weise ein Stereotyp des Krieges untergraben hat, nach dem die Polen lediglich als Opfer angesehen wurden. Dies trifft natürlich zu: die Polen haben schrecklich unter den Sowjets und damals unter den Nazis gelitten. Die Unterdrückung der polnischen Gesellschaft unter den Deutschen war grausam. Aber ein Aspekt der Erzählung war, dass ethnische Polen in keiner signifikanten Weise an der Verfolgung der Juden teilgenommen hätten. Jedwabne ist ein ziemlich eindrucksvolles Gegenbeispiel. Die Opfer waren ebenso Schikaneure. Das Buch eröffnete eine riesige Debatte in Polen. Es war eine sehr interessante Debatte und ich denke somit eine gute Sache. Viele Dinge, die zuvor abgestritten worden waren, wurden nun zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen.“

Quelle: http://www.princeton.edu/history/people/display_person.xml?netid=jtgross&interview=yes , Zugriff: 07.07.10.;

Übersetzung: Britta Osterhus

IV. Polnische Juden in Poznań

In Poznań wird bereits im 15. Jahrhundert von der Existenz eines jüdischen Viertels berichtet, welches sich in unmittelbarer Nähe zum heutigen Altmarkt befand. Überlieferungen zufolge wurde die erste jüdische Synagoge im Jahre 1367 etwa an der Kreuzung der heutigen Ulica Szewska und Dominikańska errichtet. Im späten 16. Jahrhundert stieg die Zahl jüdischer Einwanderer in vielen polnischen Städten aufgrund der vergleichsweise günstigen Lebensbedingungen stark an. So war auch in Poznań ein stetiges Wachsen der jüdischen Gemeinde zu beobachten.

Das Zusammenleben von Polen und Juden in der Stadt war sicherlich nicht immer krisenfrei und es kam auch hier zu vereinzelt Auseinandersetzungen zwischen polnischen Christen und polnischen Juden. Dennoch war die Assimilierung in Poznań recht weit fortgeschritten und die jüdische Bevölkerung hatte einen wichtigen Anteil am wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Stadt. Im Jahre 1906 wurde mit dem Bau der so genannten „Neuen Synagoge“ begonnen. Sie wurde am 5. September 1907 eingeweiht und bot Platz für über 1000

Gläubige. Die gewaltige Kuppel, die heute nicht mehr existiert, war höher als der Rathausturm und von weither sichtbar. Neben dieser neuen Synagoge – die sicherlich die imposanteste war – gab es in den späten 1930er Jahren noch mehr als ein Dutzend weitere Synagogen. Doch in der Reichspogromnacht von 1938 und im Zweiten Weltkrieg wurde ein Großteil der jüdischen Gebetshäuser in der Stadt von der deutschen Wehrmacht zerstört.

Lediglich die Neue Synagoge überstand den Krieg nahezu unbeschadet, denn die

Deutschen Besatzer richteten hier ein Erholungsbad für verletzte Frontsoldaten ein. Die Funktion des Schwimmbades erfüllte das Gebäude auch noch viele Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges.

Lange Zeit war nur wenigen Besuchern des Schwimmbades klar, in welchen Räumlichkeiten sie sich dort sportlich vergnügten. Diese Annahme spiegelt sich auch in den Beschreibungen einer polnischen Studentin wieder, die selbst als Schülerin am Schwimmunterricht in der ehemaligen Synagoge teilgenommen hat:

Ann-Catrin Trautmann



Als ich in der Grundschule war, sind wir mit der Klasse in der alten Synagoge schwimmen gegangen. Ich habe mir keine Gedanken gemacht, was das für ein Gebäude war. Ich war zu jung, um es zu verstehen. Als ich dann im Gymnasium war, habe ich erfahren, dass es früher eine Synagoge war. Ich war ein bisschen geschockt. Ich habe das Gebäude seit dieser Zeit anders betrachtet und es mir von innen genauer angesehen, als ich schwimmen gegangen bin.

Ich habe dann in einer Zeitung einen Artikel gefunden, wo sich Bilder befanden, die das alte Aussehen zeigten. Ich habe meine Mutter zu diesem Thema befragt, doch sie wusste nichts Genaueres darüber.

Die meisten Informationen darüber habe ich im deutsch-polnischen Austausch erfahren. Das Schwimmbad ist jetzt geschlossen.

Es ist im Besitz der jüdischen Gemeinde.

Ich denke, dass es einerseits wichtig für die Polen ist, aber auch andererseits nicht so wichtig. Es gibt Leute in Polen, die sich sehr dafür interessieren, den jüdischen Gemeinden zu helfen, aber auch solche, die das gar nichts angeht.

Erst 1989 wurde eine Messingaufschrift an der Fassade angebracht, die an die ursprüngliche Bestimmung des Gebäudes erinnerte. Doch im Jahr 1997 verschwand diese Aufschrift plötzlich über Nacht und

wurde erst Jahre später, im März 2004, durch eine neue Gedenktafel ersetzt, die von der polnischen Sportstiftung finanziert wurde. Diese Tatsache legt nahe, dass das öffentliche Interesse der



Nutzung der ehemaligen Synagoge als Schwimmbad.

Foto: Adam Marczewski.

Quelle: virtual shtetl.

Bevölkerung Poznańs an der ehemaligen Synagoge über Jahre hinweg offensichtlich nicht besonders hoch war. Dabei besteht in der jüdischen Gemeinde durchaus der Wunsch, die Synagoge eines Tages wieder zu nutzen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind nur wenige polnische Juden nach Poznań zurückgekehrt, sodass die heutige jüdische Gemeinde der Stadt nur etwa 40 Mitglieder umfasst. Doch diese kleine Gruppe verfolgt das Ziel, hier eines Tages ein Kulturzentrum für Judentum, Toleranz und Dialog zu errichten. Damit stoßen sie jedoch nicht überall auf Zuspruch. So wurde beispielsweise Anfang 2006 von Seiten des rechtskonservativen EU-Parlamentarier Marcin Libicki die Forderung laut, man solle die Synagoge besser sprengen. Diese Forderung stieß auf großen Protest in der jüdischen Gemeinde und löste eine kontroverse Diskussion aus. Offiziell befindet sich das Gebäude seit dem Jahre 2002 wieder im Besitz der jüdischen Gemeinde. Seit 2007 liegt ein erster Entwurf für den Umbau zu einem Dialogzentrum vor, welches in Zukunft jüdisch-polnische Diskussionen, Theateraufführungen und Dichterlesungen veranstalten soll. Im Rathaus Poznańs stößt dieses Vorhaben grundsätzlich auf Zustimmung, doch es ist bislang unklar, wie das Projekt finanziert werden soll. Für die kleine jüdische Gemeinde stellt sich somit in den nächsten Jahren die große Aufgabe, genügend finanzielle Mittel zu sammeln, um die Synagoge ihrer neuen Funktion zuführen zu können.

Literaturnachweis

Engelking, Barbara/Hirsch, Helga (Hg.): Unbequeme Wahrheiten. Polen und sein Verhältnis zu den Juden, Frankfurt am Main 2008.

Gross, Jan Tomasz: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001.

Korte, Sybille: Baden im Gebetsraum, in: Berliner Zeitung Online vom 14.06.2008, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0614/horizonte/0007/index.html>, letzter Zugriff: 20.08.2010.

Kosmala, Beate (Hg.): Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül, Berlin 2000.

Kowitz, Stephanie: Jedwabne. Kollektives Gedächtnis und tabuisierte Vergangenheit, Berlin-Brandenburg 2004.

Lesser, Gabriele: „Sprengt die Synagoge in Posen!“ in: haGalil.com vom 21.11.2006, <http://www.hagalil.com/01/de/Europa.php?itemid=168>, letzter Zugriff: 9.04.2010.

Michael, Holger: Zwischen Davidstern und Roter Fahne. Juden in Polen im XX. Jahrhundert, Berlin-Brandenburg 2007.

Musial, Bogdan: Die Zivilverwaltung und der Holocaust. Verfolgung und Vernichtung der Juden im Generalgouvernement, in: Löw, Andrea/Robusch, Kerstin/Walter, Stefanie (Hg.): Deutsche – Juden – Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2004, S. 97-118.

Pakula, Zbigniew: The Jews of Poznań, London/Portland, 2003.

Piotrowska, Monika: „Was wird aus der Posener Synagoge?“, in: N-Ost/Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung vom 16.03.2005, http://www.n-ost.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=279&Itemid=605&lang=english, letzter Zugriff: 20.08.2010.

Singer, Isaac Bashevis: Der Fatalist. Erzählungen, 2. Aufl., Leipzig 1984.

<http://www.sztetl.org.pl>

<http://www.jewishmuseum.org.pl>

<http://www.jewishinstitute.org.pl>

<http://www.nac.gov.pl>



Trotz allem: Um das Thema Zweiter Weltkrieg kommen wir nicht herum. Wie sollten wir in einem Land, das gelitten hat wie kaum ein anderes unter der nationalsozialistischen Besatzungsmacht.

Dass unsere Wahrnehmungen dabei extrem voneinander abweichen können, merken wir im Gespräch mit der Polin Magda. „Aufarbeitung?“ sagt sie, „Ich höre immer nur Aufarbeitung! Was für ein deutsches Wort!“

Und irgendwie stimmt das: Mit der gleichen rationalen Systematik, mit der Deutsche das ‚Dritte Reich‘ geschaffen haben, versuchen sie anschließend, es ‚aufzuarbeiten‘ – durch Reden, Entschuldigungen, wissenschaftliche Untersuchungen. Alles wichtig, keine Frage.

Aber wo bleiben eigentlich die Menschen, die unter diesem System gelitten haben? Nehmen wir sie wahr?

„Die ehemaligen Gefangenen, die zu einer Gedenkstunde nach Buchenwald eingeladen worden waren“, erzählt Magda weiter, „wollten nicht stundenlang diesen feierlichen Worten zuhören. ‚Pani Magda‘, fragten sie mich, ‚können wir nicht nach Weimar fahren? Wir haben jahrelang in diesem Lager gesessen und Weimar nie gesehen.‘ Und so haben wir die Veranstaltung geschwänzt. Wir haben geschaut, wie Deutschland heute ist.“

Wir nehmen diese Erkenntnis mit von unserer Reise: Gemeinsam zu weinen und zu lachen ist manchmal mehr wert als tausend Worte.

Wunde Zweiter Weltkrieg

Kriegsausbruch und Erinnerung

von Michael Baumann & Kathrin Harsche

Die freie Stadt Danzig

Danzig nahm in den Bemühungen der Pariser Friedenskonferenz, die von Januar 1919 bis Februar 1920 tagte, eine Sonderstellung ein. Einerseits handelte es sich um eine Stadt mit überwiegend deutscher Bevölkerung (etwa 96 %), andererseits war ihr Hafen der einzige, der dem neuen polnischen Staat einen Zugang zur Ostsee ermöglichte.

Insbesondere dem britischen Premier Lloyd George bereitete dieses Dilemma Kopfzerbrechen. In Danzig lebten etwa 330 000 Deutsche, und es war denkbar, dass sie früher oder später eine Wiedereingliederung in den deutschen Staat einfordern würden. Seine Befürchtungen sollten sich zwei Dekaden später bewahrheiten. Auf der Pariser Friedenskonferenz kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit Lloyd Georges amerikanischem Pendant Woodrow Wilson. Dieser hatte in seinem Vierzehn-Punkte-Plan zur Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens in Europa versprochen, dass ein unabhängiger polnischer Staat mit einem freien und sicheren Zugang zum Meer errichtet werden sollte. Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzlichkeit Polens würde durch internationale Abkommen garantiert werden.

Wilson und George besonnen sich auf einen Kompromiss. Man entschied, einen Zugang in Danzig zu errichten, dessen Hafen ohnehin der größte Umschlagplatz für polnische Waren war. Danzig wurde zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erklärt. Letzterer entsandte einen Hohen Kommissar in die Stadt. Er sollte bei der Ausarbeitung einer Verfassung mitwirken und bei allen Streitfragen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen erstinstanzlich vermitteln. Des Weiteren wurde Danzig in das polnische Zollgebiet eingegliedert und so faktisch für Polen zur Freihandelszone. Auswärtige Angelegenheiten vertraten polnische Delegierte. Ferner oblagen dem polnischen Staat die Verwaltung des Eisenbahnnetzes, der Wasserstraßen und der Docks sowie das Recht zu deren Ausbau.

Die Konstruktion der Freien Stadt Danzig barg einiges Konfliktpotential: Während Volkstag und Senat die Erhaltung des Deutschtums als ihre primäre Aufgabe betrachteten und sie die Existenz der Freien Stadt nur für ein Provisorium hielten, war der Staat Polen zunehmend bestrebt, politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Frank Fischer (2006, S. 312) charakterisiert die Stimmung im Sommer 1924 folgendermaßen:

„Wer im Sommer 1924, dem zehnten nach Kriegsausbruch, durch Danzig schlenderte, musste den Eindruck gewinnen, dass in diesem Jahr die Hälfte aller Tagungen, Ausstellungen und Kongresse an der Mottlau stattfand.

Kein Tag verging, an dem nicht irgendwo eine schwarz-weiß-rote Fahne geschwenkt und patriotische Reden gehalten wurden. (...)

Präsident Sahn sprach gewöhnlich das Grußwort, danach sang man das Deutschlandlied, das manchem die Tränen in die Augen treten ließ.“

In einem solchen Klima konnten sich auch vermeintliche Bagatellen zu Konflikten ausweiten und die deutsche Bevölkerung in ihren Vorwürfen der „schleichenden Polonisierung“ bestärken.

Ein Beispiel hierfür ist die Eröffnung des polnischen Postamts *Gdańsk Nr. 3* am 23. Oktober 1924. Danzig verfügte über eine eigene Postdirektion, die sich um alle Belange des Post- und Telegrafendienstes kümmerte. Die polnische Vertretung in Danzig erhielt ebenfalls einen Postdienst für die Freie Stadt, musste diesen aber territorialen Beschränkungen unterstellen.

Sie durfte sich nur im Hafengebiet niederlassen. Viele Danziger Bürgerinnen und Bürger waren daher erzürnt, als sie am Morgen des 5. Januar 1924 an verschiedenen Stellen des Freistaates insgesamt

zehn rote polnische Briefkästen erblickten. Der Versuch von Danzigs Staatspräsident Heinrich Sahn, die Wogen zu glätten und die erhitzten Gemüter zu beruhigen, scheiterte. Zwar schlug er den Danzigern vor, den Hohen Kommissar der Stadt über die Vorkommnisse in Kenntnis zu setzen, doch hatten einige Bürger in ihrem Übereifer bereits zur Selbstjustiz gegriffen und die roten Briefkästen in einer nächtlichen Aktion in den Farben des Kaiserreichs übermalt: schwarz-weiß-rot.

Was auf den ersten Blick nationalistisch aussieht, muss nicht für alle Bewohner gelten. Die meisten wünschten sich wohl vor allem Ruhe und geordnete Verhältnisse. Anders ausgedrückt: Wer das Deutschtum hochhielt, musste deshalb nicht zwingend polenfeindlich sein. Viele Danziger Bürgerinnen und Bürger – polnische und deutsche – berichten von einem vergleichsweise konfliktarmen Zusammenleben in der Freien Stadt. Man ging sich eher aus dem Weg, pflegte seine eigene Kultur und Tradition, als dass man sich gegen die anderen auflehnte.

Aufgeheizt wurde die Stimmung jedoch durch die steigende Arbeitslosigkeit, den Unmut der Deutschen über den Versailler Vertrag und der Polen über den in ihren Augen zu kleinen polnischen Staat sowie, zu guter Letzt, die Weltwirtschaftskrise. Als Adolf Hitler im Jahre 1930 seinen Vertrauten Albert Forster als Gauleiter nach Danzig schickte, hatte dieser ein verhältnismäßig leichtes Spiel, die deutsche Bevölkerung hinter sich zu vereinen.

Zeittafel *Schleswig Holstein*:

- Das Schulschiff *Schleswig Holstein* wurde am 6. Juli 1908 als Linienschiff in Dienst gestellt.
- 1916 nahm die *Schleswig Holstein* an der Skagerrakschlacht (die größte Seeschlacht im Ersten Weltkrieg) teil und wurde dabei leicht beschädigt.
- In den Zwischenkriegsjahren modernisierte die Reichsmarine das inzwischen veraltete Schiff und stellte es am 1. Februar 1926 als Flottenflaggschiff wieder in Dienst.
- Der 22. September 1935 bedeutete für die *Schleswig Holstein* den letzten Tag als Flaggschiff. Kurze Zeit später wurde der Ozeanriese nach Wilhelmshaven verlegt und dort umgebaut. Genau wie auf ihrem Schwesterschiff *Schlesien* sollten hier fortan Kadetten ausgebildet werden.
- Am 23. August 1939 wartete eine deutsche Eliteeinheit im Hafen von Memel (heute Kleipede, Litauen) auf das Einlaufen des Schulschiffs.
- Zwei Tage später, am 25. August 1939 lief die *Schleswig Holstein* bereits in den Danziger Hafen ein.
- Offizieller Anlass war ein Freundschaftsbesuch in Gedenken an die Besatzung des 1914 vor Danzig gesunkenen Kreuzers *Magdeburg*.
- Die Angehörigen der Elitetruppen hatten derweil striktes Verbot sich auf dem Oberdeck zu zeigen, um den Anschein des Freundschaftsbesuchs zu wahren.
- Eine Woche nach ihrem Einlaufen im Danziger Hafen eröffnete die *Schleswig Holstein* am 1. September 1939 um 4.45 Uhr ohne Warnung oder vorangegangene Kriegserklärung seitens des Deutschen Reichs das Feuer auf die Westerplatte.
- Im Schutz der Schiffsartillerie ging auch die Eliteeinheit von Bord. Ihre Order war eindeutig: Innerhalb von sechs Stunden sei die Westerplatte als strategisch wichtiger Hafen einzunehmen!
- Aus Sicht der deutschen Generäle war diese Operation jedoch ein Desaster. Die Bodeninvasion scheiterte bereits nach wenigen Stunden und der Marinestoßtrupp musste sich vorerst auf die *Schleswig Holstein* zurückziehen.
- Bei dem gesamten Unterfangen starben schätzungsweise viermal so viele deutsche Soldaten wie polnische Verteidiger. Genaue Zahlen gab die Wehrmacht jedoch nie bekannt. Darüber hinaus hat man die militärischen Ziele an jenem Tag in keiner Weise erreichen können. Anstatt der für diese Operation angedachten sechs Stunden dauerte es ganze sieben Tage, ehe die polnischen Verteidiger sich ergaben.

Historischer Hintergrund Westerplatte

Während des Polnisch-Sowjetischen Kriegs (1919–1921) trafen im August des Jahres 1920 zwei mit Munition und Geräten beladene Schiffe im Danziger Hafen ein. Die Ladungen sollten in erster Linie den polnischen Truppen zu Hilfe kommen, die sich 20 km vor Warschau mit der Roten Armee konfrontiert sahen.

Weil viele der deutschen Danziger Hafentarbeiter allerdings kommunistisch gesinnt waren und einen Sieg Polens an der Ostfront verhindern wollten, verweigerten sie ihre Beteiligung an der Löschung der Fracht. Diese Arbeit musste daraufhin von englischen Truppen übernommen werden.

Die Empörung seitens der Briten war groß. Man warf den Danzigern vor, die Bestimmungen des Versailler Diktates gebrochen zu haben und den Interessen der Alliierten zuwider zu handeln. In der Folge überlegte man sich auf polnischer Seite, wie man in Zukunft den Unzuverlässigkeiten im Danziger Hafen aus dem Weg gehen könnte.

Es entstand die Idee auf der Halbinsel Westerplatte, die bis dahin von der Freien Stadt Danzig als Seebad unterhalten wurde, ein Munitionsdepot einzurichten.

Wenige Jahre später, am 14. März 1924, stimmte der Völkerbund, der seit Inkrafttreten des Versailler Vertrags für den Schutz der Freien Stadt Danzig verantwortlich war, den Forderungen der polnischen Regierung zu. Unter Protest des Danziger Senats wurde Polen das Ostseebad als Platz zum Löschen, Lagern und für den Transport von Sprengstoffen und Kriegsgerät zugestanden.

Die Stärke der Wachmannschaft setzte der Völkerbund auf zwei Offiziere, 20 Unteroffiziere und 66 Mann fest.

Im Bewusstsein einer sich abzeichnenden deutschen Gefahr sah man sich auf polnischer Seite dazu veranlasst das Gebiet mit zusätzlichen Befestigungen und Feldgeschützen auszubauen. Ebenfalls erhöhte man die Stärke der Wachmannschaft bis 1939 von 66 auf insgesamt 218 Mann (davon 182 einfache Soldaten).

Diese Ausbauten und Verstärkungen des Personals geschahen heimlich und ohne Billigung des Völkerbundes.

Westerplatte Ora Zero – Die Stunde Null

Völlig unscheinbar weilt die langgestreckte Halbinsel mit deutschem Namen an der polnischen Ostseeküste. Entlang des 18. Breitengrades zwischen Gdańsk im Süden und Sopot im Nordwesten schützt sie die Einfahrt des Danziger Hafens. Eine stark romantisierte Vorstellung von einem Ort, der dank seiner Bewaldung und sandigen Küste eher an ein Vogelschutzgebiet als an den Ground Zero des Zweiten Weltkriegs erinnert.

Die rund halbstündige Busfahrt vom Danziger Stadtzentrum führt durch spärlich besiedeltes Gebiet, das sich in einen farblosen Schleier hüllt und noch immer den Charme sozialistischer Bauweise verstrahlt.



Vordereingang der Wachstube Nr. 1.
Foto: Michael Baumann.

Ähnlich unspektakulär wie ihr direktes Umland gestaltet sich auch die Ankunft an der Endhaltestelle Westerplatte. „Hier soll die größte Tragödie des 20. Jahrhunderts ihren Ursprung genommen haben?“ murmelt jemand aus der Gruppe.

Kein Wunder. Es scheinen generell nur sehr wenige Leute diesen Ort zu besuchen. Lediglich ein verschlossener Kiosk, an dem es im Sommer Eis und Getränke zu kaufen gibt, lässt vermuten, dass sich überhaupt Menschen hierhin verirren. Die Westerplatte schweigt uns an und wir schweigen zurück.

Nur langsam lassen sich ihr Geschichten um Heldenmut, Widerstand und Stolz der polnischen Nation entlocken. Einer, der uns dabei hilft, ist der Historiker Dr. Jarosław Żurawinski. Erst bei näherer Betrachtung findet man auf der Rückseite des kleinen Verkaufshäuschens erste Spuren dessen, was hier einst geschehen ist. Zwei leicht verwitterte, auf basaltgrauen Hintergrund gemalte Karten geben Aufschluss darüber, wie die Westerplatte sich gewandelt hat. Eine von beiden zeigt die Topografie der Westerplatte vor ihrem Ausbau durch das polnische Militär zu einem Munitionsdepot; die andere verrät sämtliche Stellungen der polnischen Verteidiger sowie der deutschen Aggressoren inklusive dem Ankerplatz der *Schleswig Holstein* zu Kriegsbeginn 1939 (siehe Infokasten). Nur wenige Meter entfernt finden sich dann doch die ersten greifbaren Zeugnisse aus vergangenen Tagen.

Eine einsame Wachstube lässt zumindest erahnen, wie die 182 polnischen, auf der Westerplatte stationierten Soldaten untergebracht waren.

Im Inneren der Wachstube Nr. 1 befindet sich heute ein Museum. Neben dem Eingang des kleinen Gebäudes stehen zwei entschärfte Granaten. Sie haben die Zeit überdauert und ermahnen den Betrachter, wie „kreativ“ der Mensch sein kann, wenn es um die Erfindung von Werkzeugen der Zerstörung geht.

Als Teil der Schiffsbewaffnung von der *Schleswig Holstein* und anderen Verbänden der Deutschen Kriegsmarine hatten die fünf Zentner schweren Granaten eine Reichweite von mehreren Kilometern und ein immenses Zerstörungspotential.

Dass es an der Wachstube dennoch zu vergleichsweise geringen Beschädigun-

gen kam, verdankten die polnischen Verteidiger ebenso der Fehleinschätzung des Kapitäns Gustav Kleikamp wie der dichten Bewaldung des Geländes. Nach Einschätzung Dr. Żurawinskis ankerte die *Schleswig Holstein* zu nah an der Westerplatte. Ihre Geschütze hatten dadurch einen zu flachen Winkel, was in der Konsequenz dazu führte, dass die meisten Granaten von den hohen und dichten Baumreihen abgefangen wurden und bereits explodierten, ehe sie den Boden erreicht hatten. Größere Verluste erlitt man auf polnischer Seite somit nicht. Lediglich durch umherfliegende Trümmer und berstendes Gehölz entstanden Schäden, die jedoch verhältnismäßig gering ausfielen.

Die propagandistische Symbolik der Westerplatte

Der Beschuss der Westerplatte war vielleicht weniger von militärischer Bedeutung als vielmehr eine Propagandaaktion. Wenn man so will, hat ein Schiff der kaiserlichen Marine die von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs verabschiedete Versailler Nachkriegsordnung von 1919 „direkt“ beschossen und somit die bis dahin bestehenden Gesetze außer Kraft gesetzt.

Ein für die Nationalsozialisten höchst symbolischer Akt, welcher nicht nur den Krieg gegen Polen einleitete, sondern auch versinnbildlichte, welche Haltung man seitens der Reichsregierung gegenüber den Alliierten und dem „Versailler Schandvertrag“ an den Tag legte.

Möglicherweise erhoffte sich Hitler mit diesem Akt einen größeren Zuspruch innerhalb des Deutschen Volkes. Die Kriegsbereitschaft in der Bevölkerung war 1939 nicht besonders ausgeprägt. Der Versailler Vertrag wurde von vielen jedoch als ungerecht empfunden.

Auch wenn die polnischen Verluste im Vergleich zu denen auf deutscher Seite eher gering ausfielen, bezahlten dennoch vierzehn der insgesamt 182 Soldaten die Verteidigung mit ihrem Leben. Die Gräber dieser Männer liegen nur einen Steinwurf entfernt von der Wachstube Nr. 1 und es wirkt als hielten sie, umringt von hohen Baumkronen, auch mehr als 60 Jahre nach Kriegsende immer noch Stellung. Dicht an dicht stehen sie in Zweierreihen Spalier, bereit jedem zu trotzen, der sich auf das befremdlich wirkende, mit Kopfsteinpflaster behauene Gelände wagt.

Aus militärischer Sicht könnte man die Ansicht vertreten, dass vierzehn Gefallene eine vergleichsweise geringe Anzahl an Opfern waren – immerhin dauerte die Schlacht ganze sieben Tage und wurde von beiden Seiten unerbitterlich fortgeführt, ehe der polnische Major Sucharski die Kapitulation seiner Kompanie be-

kannt gab. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass bereits ein einziger gefallener Soldat ein Menschenleben zu viel ist – darüber hinaus für ein militärisches Unterfangen, das den Verlauf des Zweiten Weltkriegs nicht wirklich beeinflussen konnte.

Leicht erhöht, auf einem kleinen Sockel, wacht Major Henryk Sucharski, der seine Mannschaft beisammen hält.

Wie wichtig vielen Polen dessen Ehrerbietung zu sein scheint, verdeutlicht die Tatsache, dass man sich 1971 dazu entschloss, diesen 1941 in Italien verstorbenen und dort auf einem Soldatenfriedhof bestatteten Major auf die Westerplatte zu überführen, damit er inmitten seiner Soldaten seine letzte Ruhe findet.

Ein symbolischer Akt, der zeigt, wie sehr Heldenverehrung in Polen gepflegt wird und sich weder von räumlichen Barrieren noch zeitlicher Distanz irritieren lässt.



Das Grab von Major Henryk Sucharski.
Foto: Witek Wyrwa.



Samanta Ormińska

Die Westerplatte befindet sich in Danzig. Das ist für Polen natürlich ein wichtiger Platz, weil dort der Krieg angefangen hat. Ich mag Danzig sehr und ich bin dort oft. Aber auf der Westerplatte war ich nur einmal mit meiner Klasse aus dem Lyceum. Es ist schon viele Jahre her und ich erinnere mich nicht mehr genau an diesen Platz. Ich verstehe, was dort stattgefunden hat, wie viele Leute dort gestorben sind und ich fühle für alle Mitleid.

Aber persönlich denke ich fast nie an die Westerplatte.

Und wenn ich manchmal daran denke, spüre ich keine besonderen Gefühle. Das ist schon eine alte Geschichte und meiner Meinung nach sollen wir uns damit nicht mehr so viel auseinandersetzen. Wir wissen, was dort passiert ist und jetzt müssen wir ‚neu‘ leben.

Auf diesem Platz stehen zwei Denkmäler:

Der Schriftzug „Nie mehr Krieg“ und ein Denkmal für die Soldaten. Viele Menschen besichtigen diesen Platz gerne und hören den Geschichten zu. Manche legen dort regelmäßig Blumen nieder. In meiner Familie spricht man nicht über die Westerplatte.

Das Schicksal des kleinen Örtchens Wieluń

„Polen hat heute Nacht zum ersten Mal auf unserem eigenen Territorium auch mit bereits regulären Soldaten geschossen. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen. Seither wird Bombe mit Bombe vergolten. Wer mit Gift kämpft, wird Giftgas bekommen.“

Fast jeder kennt sie oder hat sie im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs schon einmal gelesen: Die Worte, die Hitler am Morgen des 1. September 1939 an den Reichstag richtete und die den Anbeginn eines bis dato beispiellosen Vernichtungskrieges markieren.

Zwar ist dies nur ein kurzer Absatz in einer ausschweifenden Rede, doch sind gerade jene Zeilen vielen, vor allem älteren Menschen im Gedächtnis geblieben. Zuzuschreiben ist dies vor allem Joseph Goebbels, der sofort nach der Machtübernahme Hitlers damit beauftragt wurde, den Propagandaapparat des Reichs voranzutreiben und auszubauen. So ging am 22. März 1935 der Deutsche Hörfunk mit den Worten: *„In dieser Stunde wird der Rundfunk berufen, die größte und heiligste Mission zu erfüllen: nun das Bild des Führers unverlöschlich in alle*

deutschen Herzen zu pflanzen“ auf Sendung (http://www.wdr.de/thema/kultur/rundfunk/oeffentl_rechtl_rundfunk/drittes_reich/index_teil_2jhtml).

Rund viereinhalb Jahre später tönte Hitlers Rede reichsweit über die Volksempfänger unzähliger Haushalte. Doch versteckt sich hinter den beiden großen Lügen vom Überfall Polens auf das Deutsche Reich und dem „Zurückschießen“ deutscher Soldaten noch eine kleine, auf den ersten Blick nicht unbedingt ersichtliche Lüge. Die Behauptung, seit 5.45 Uhr würde zurückgeschossen, ist schlichtweg falsch – und zwar so falsch, dass Hitler den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs um eine Stunde nach hinten verlegt hat.



Wieluń direkt nach dem Angriff der Deutschen Luftwaffe am 1.09.1939. Foto aufgenommen vom Kirchturm in Wieluń.

Foto: unbekannt.

Quelle: Czesław Madajczyk: Faszyzm i okupacje 1939-1945, Poznań 1983.

Tatsächlich hat das Schulschiff *Schleswig Holstein* bereits um 4.45 Uhr – oder, wenn man den offiziellen Aufzeichnungen der Kriegsmarine Glauben schenkt – um 4.47 Uhr das Feuer auf die kleine Festung Westerplatte im Danziger Hafen eröffnet. Das zumindest steht in allen deutschen wie polnischen Schulbüchern und wird gleichbedeutend mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs formuliert.

Der Überfall Nazideutschlands auf Polen begann allerdings an einem anderen Ort. Niemand in der kleinen Gemeinde Wieluń hätte im Spätsommer 1939 damit gerechnet, dass deutsche Flugzeuge die 16 000 Einwohner zählende Stadt angreifen würden. Auf den ersten Blick gab auch es keinen ersichtlichen Grund dafür. Wieluń lag zwar in Hauptstoßrichtung des deutschen Angriffsschwerpunkts Richtung Warschau und war mit seiner Nähe zur Grenze des Deutschen Reichs sicherlich gefährdet, doch beherbergte die Stadt nichts, das in irgendeiner Weise als militärisches Ziel hätte deklariert werden können. Wieluń verfügte über keine nennenswerte Industrie, keinen wichtigen Verkehrsknotenpunkt und auch kein Militär. In späteren Wehrmachtsberichten tauchten zwar Vermerke über eine dort stationierte Kavalleriedivision auf, doch war diese bereits Monate zuvor an eine andere Stelle verlegt worden. Walter Sigel, Gruppenkommandeur des „Stukageschwaders 76“ von der deutschen Luftwaffe, schrieb nach dem Angriff in sein Einsatzprotokoll: „Keine besondere Feindbeobachtung.“

Die erste von insgesamt drei Angriffswellen erreichte die noch schlafende Stadt um 4.40 Uhr in der Früh. Erste Bomben fielen auf das Allerheiligen-Krankenhaus, auf dessen Dach ein riesiges rotes Kreuz gemalt war – 32 Menschen starben.

Anschließend traf es den Markt, die Kirche und nahezu alle umliegenden Wohngebiete. Die schreckliche Bilanz jenes Spätsommertorgens sind 1200 Tote, unzählige Verletzte und eine Stadt, dessen Kern von insgesamt 380 Spreng- und Brandbomben zu 90 % zerstört wurde.

Diese systematischen Bombardements dienten unter anderem dem Zweck der Einschüchterung, wie weitere Beispiele aus ersten Septembertagen des Jahres 1939 beweisen. Denn Wieluń mag vielleicht die erste Stadt gewesen sein, die von der deutschen Luftwaffe in Angst und Schrecken versetzt wurde, aber sie war keinesfalls die letzte: Kleinstädte und Ortschaften wie Dziatoszyn, Kamieńsk, Żarów, Sulejów und Końskie erlitten ein ähnliches Schicksal.

Letzte Zweifel daran, dass diese Methode System hatte, beseitigt eine Notiz aus dem Kriegstagebuch Franz Halders vom 30. August 1939: „Auf Warschau nicht Terrorangriff (nur militärischer)“ (SCHMEITZNER/STOKLOSKA 2008, S. 83).

Auf der anderen Seite sollten die Angriffe aber auch die Schlagkraft der deutschen Luftwaffe erproben und demonstrieren. In vergleichbarer Weise hatte die deutsche Wehrmacht bereits im spanischen Bürgerkrieg agiert, als deutsche Truppen unter dem Kommando von Franco kämpf-

ten und an allen wichtigen Schlachten des Kriegs beteiligt waren.

Von besonderer Tragweite war in diesem Zusammenhang die Bombardierung der Städte Malaga und Guernica, die beinahe vollends zerstört wurden. Guernica hatten deutsche Bomber so sehr in Schutt und Asche gelegt, dass lediglich 20 % der Stadt intakt blieben. Das Werk des Malers Picasso mit dem gleichnamigen Titel *Guernica* erinnert noch heute daran.



Nachbildung des Gemäldes in Form von Kacheln als Wandbild in Originalgröße in der Stadt Guernica.
Foto (Ausschnitt): Papamanila, 2009.

Der Kampf um die Polnische Post

„Halt! Gefahr! Es wird scharf geschossen!“

So warnt die Danziger Heimwehr am 1. September die Bevölkerung rund um die Danziger Post am Heveliusplatz vor den in der Nähe stattfindenden Kampfhandlungen. Die deutsche UFA-Tonwoche vom 9. September 1939 zeigte sogar Bilder von den Kampfhandlungen an der Westerplatte und am Heveliusplatz. Die Aufnahmen sind dunkel und verraucht, die genauen Vorgänge lassen sich nur erahnen.

Der Sprecher kommentiert:

„Das deutsche Danzig war durch das Diktat von Versailles zu einem Freistaat unter der Kontrolle des Völkerbundes gemacht worden. (...) Zum ersten Mal wehten auf den öffentlichen Gebäuden

in Danzig die Hakenkreuzfahnen, aber noch befindet sich in der Stadt das polnische Postgebäude, in dem sich bewaffnete Banden verschanzt hatten. Männer der Danziger Heimwehr räuchern im Schutz eines Panzerwagens diesen gefährlichen Schlupfwinkel aus.“ (UFA-Tonwoche Nr. 470, 1939)

Was genau geschah in der polnischen Post am Heveliusplatz während der Verteidigung und wie konnte eine Behörde fast einen ganzen Tag lang dem Naziaufgebot Widerstand leisten? Und warum war ein Angriff auf eine Postbehörde für die Deutschen damals so wichtig gewesen?



Das Gebäude der polnischen Post heute, Danzig.

Foto: Kathrin Harsche.

Die Situation in der Freien Stadt Danzig 1939

Danzig besaß eine Sonderstellung: Unter dem Mandat des Völkerbundes wurde die Stadt nach dem Versailler Vertrag 1919 zur Freien Stadt Danzig. Obwohl ein Großteil der Bevölkerung aus Deutschen bestand, vertrat Polen den Stadtstaat außenpolitisch. Das Postwesen wurde von der Freien Stadt selbst betrieben; daneben hatte Polen aber auch das Recht Poststellen einzurichten, polnische Briefträger zu beschäftigen und eigene Briefkästen der polnischen Post im Stadtgebiet aufzustellen.

Im Spätsommer 1939 veranlasste die polnische Regierung die Post am Heveliusplatz zu befestigen und aufzurüsten. Dazu wurden Waffen und Munition eingeschmuggelt. Konrad Guderski, seinerzeit Leutnant der Reserve, bildete die Postbeamten in einem „Postsportclub“ für den Ernstfall aus.

Am 31. August verlas der Postdirektor den Männern den Befehl: Sechs Stunden sollten die Beamten im Falle eines deutschen Angriffs durchhalten, danach würden polnische Streitkräfte zu Hilfe kommen. Als die polnische Regierung realisierte, dass die Deutschen es nicht nur auf Danzig abgesehen hatten, sondern an der gesamten deutsch-polnischen Grenze Soldaten aufmarschierten, zog die polnische Armee jedoch die Kriegsschiffe aus Gdynia ab und strich die Hilfsaktionen für die Westerplatte und die Danziger Post. Damit waren die Verteidiger der Post unwissentlich auf sich allein gestellt.

Insgesamt befanden sich 58 Personen im



*Die Eingangstür der Post im Detail, mit Postsymbol und Briefkasten.
Foto: Christine Pleus.*

Gebäude und unter dem Befehl von Leutnant Guderski verteidigten sich die Beamten mit Maschinengewehren, Pistolen und Handgranaten. Drei Angriffswellen konnten sie standhalten. Als die Nazis dann Benzin in die Keller pumpen und dieses entzündeten, mussten die Verteidiger schließlich aufgeben. Überlebende wurden durch ein Kriegsgericht zu Tode verurteilt. Um 18.30 Uhr am selben Tag wehte die Hakenkreuzfahne auch über der polnischen Post.

Eine Augenzeugin

Lisa Barendt wohnte damals in der Nähe des Heveliusplatzes. Sie beschreibt die Verhaftung von polnischen Danzigern und die Vorgänge im Umfeld der Post:

„Wir wurden von SS-Männern aufgehalten und sahen, wie Polen im Schlafanzug, deren Frauen im Morgenrock, einen Lastwagen besteigen mussten. Wenn sie nicht schnell genug waren, bekamen sie Schläge mit dem Gewehr. (...) Den ganzen Tag hörten wir das Geheule der Stukas und das Bersten der Bomben, die auf die Westerplatte fielen.

Wir vernahmen auch das Getöse der Geschütze vom Schiff und etwas näher den Kampf um die polnische Post. (...) Am nächsten Nachmittag dauerte der Kampf um die Post noch an, doch dann folgte eine unheimliche Ruhe. Es kamen etwas später zwei geschlossene Lastwagen vorbeigefahren, in denen sich die Polen befanden, die sich nach dem Einsatz von Flammenwerfern ergeben hatten.“
(<http://www.polish-online.com/geschichte-polen/danzig-polnische-post.php>)

Die polnische Post stellte, ähnlich wie die Westerplatte, aus nazideutscher Sicht eine polnische Enklave in der „urdeutschen“ Stadt Danzig dar. „Mit der Einnahme der Post sind nun sämtliche Bollwerke und Schlupfwinkel der polnischen Insurgenten in unserer Hand. Danzig ist frei!“ schrieb General Heitz, der Militärbefehlshaber in sein Kriegstagebuch (SCHENK 1995, S. 69).

Die Postgebäude wurden durch den Völkerbund geschützt und als unverletzlich angesehen. Da der Völkerbund durch den in Deutschland verhassten Versailler Vertrag erst das Mandat über die Freie Stadt Danzig erhalten hatte, wurde sofort der faktische Vertreter des Völkerbundes, der Hohe Kommissar der Freien Stadt Danzig, Carl Jacob Burckhardt, entfernt:

Am frühen Morgen des 1. September erhielt er die Anweisung Danzig und Umgebung innerhalb von zwei Stunden zu verlassen. Andere Vertreter Polens wurden einfach verhaftet.

Erinnerung

Das zerstörte Gebäude der polnischen Post wurde wieder aufgebaut und beherbergt seit 1979 ein Museum über die Geschichte der Danziger Post sowie über die Geschichte des Post- und Fernmeldewesens.

Ebenfalls seit 1979 befindet sich ein *Denkmal für die Verteidiger der polnischen Post* auf dem Vorplatz des Museums. Es zeigt einen Postbeamten, der auf Briefen liegt und der Siegesgöttin Nike eine Waffe reicht. Allerdings könnte Nike auch die Waffe an den Postbeamten übergeben: Eine genaue Deutung ist schwierig, da die Verteidiger sich ergeben mussten. Wahrscheinlicher ist die Übergabe der Waffe an Nike, da die Verteidiger der Post zwar verloren haben, aber Nike den Kampf gegen die deutschen Besatzer stellvertretend fortsetzen soll. Hier steht die Siegesgöttin stellvertretend für alle anderen Widerstandskämpfer in Polen. Hochgelegte Pflastersteine ahmen Wellen nach, Siegesgöttin und Postbeamter sind eindrucksvoll und groß gehalten: ein Klotz aus Aluminiumplatten, der die Blicke auf sich zieht.

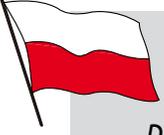
Viel größer und noch eindrucksvoller ragt das *Denkmal für die Verteidiger der Küste* an der Westerplatte in den Himmel: Das 23 m hohe Monument steht zusätzlich noch auf einem Plateau und überblickt die Hafeneinfahrt Danzigs. Dieses Denkmal besteht aus Granitblöcken und wurde bereits 1966 eingeweiht.



Das Denkmal für die Verteidiger der polnischen Post, Danzig.

Foto: Christine Pleus.

Es ist in zwei Teile geteilt: Während im unteren Teil Figuren, die die Helden der Westerplatte darstellen, durch Steinblöcke niedergedrückt werden, thronen im oberen Teil ein russischer und ein polnischer Soldat, die gemeinsam einen Gewehrlauf umfassen und für die starke Waffengemeinschaft beider Nationen stehen.



Paweł Soboń

Die Westerplatte ist der Ort, wo der Zweite Weltkrieg begann. In einem bitteren Kampf um die polnischen Militärdepots sind viele deutsche und polnische Soldaten gefallen. Die deutschen Soldaten nannten den Kampf auch das „kleine Verdun“. Nach dem Krieg wurde hier ein Denkmal eingeweiht, das im Grunde genommen an die russisch-polnische Brüderlichkeit erinnern sollte und nicht an die wahre Geschichte der Westerplatte-Verteidiger.



Das Denkmal „Verteidiger der Küste“ an der Westerplatte, Danzig.

Foto: Michael Baumann.

Sowohl das Denkmal vor der polnischen Post als auch das an der Westerplatte wurden unter sowjetischer Herrschaft geplant und erbaut. Es sind keine ursprünglich polnischen Denkmäler, was insbesondere an dem *Verteidiger der Küste-Denkmal* deutlich wird: Ein polnisches Denkmal würde die Helden der Westerplatte niemals symbolisch der polnisch-russischen Waffenbrüderschaft unterordnen. Das *Denkmal für die Verteidiger der Post* hat durch die Überreichung der Waffe an Nike eine negative Konnotation, die einerseits die Ausweglosigkeit der Situation deutlich macht, andererseits auch deutlich auf die unvermeidliche Kapitulation der Postbeamten hinweist. Noch heute gelten die Verteidiger der polnischen Post zusammen mit den Kämpfern auf der Westerplatte als Nationalhelden und sind ein Symbol für den Widerstand Polens gegen Nazideutschland. Polnische Fassungen dieser Denkmäler würden vermutlich deutlich positiver ausfallen.

Das Museum des Zweiten Weltkriegs

Pünktlich zum 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 2014 soll in der Nähe der ehemaligen Post das Europäische Museum des Zweiten Weltkriegs eröffnet werden (<http://muzeum1939.pl>).

Der Gründungsdirektor des Museums Paweł Machcewicz erläutert das Konzept: „Wir wollen den Krieg nicht von der militärischen Seite zeigen, sondern aus der Sicht der Zivilbevölkerung. Wir wollen auch den Weg in den Krieg und den Krieg als Ergebnis einer Ideologie, der verbrecherischen Ideologie des Dritten Reiches zeigen. Ohne diese Ideologie versteht man nicht die Radikalisierung der Kriegsführung und der Besatzungspolitik.“ (WESTERPLATTE 2009). Im Mittelpunkt steht das Leid der Bevöl-

kerung – dem gegenüber werden Widerstandskämpfer und mutige Helfer als Glanzpunkte gestellt. Hier setzt der didaktische Anspruch des Museums an: „Most importantly, we want to make current and future generations aware that there were people who – even at that time of immeasurable disdain for life – were capable of preserving what was most valuable: their dignity. We thus want the young person, as he or she leaves our Museum, to believe that it is worth being decent – like Cavalry Captain Witold Pilecki, Father Maksymilian Maria Kolbe, Pastor Dietrich Bonhoeffer, Captain Wilm Hosenfeld, Irena Sendler, General Elżbieta Zawacka „Zo“ and thousands of Righteous among the Nations.“ (<http://muzeum1939.pl/?str=5&id=8>).

Ausstellung des Museums des Zweiten Weltkriegs auf der Westerplatte anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs 2009.

Foto: Miriam Kosik

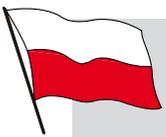


Die Auswahl der ‚Mutigen‘ und ‚Helden‘ aus vielen verschiedenen Nationen – auch der deutschen, wie zum Beispiel Pastor Dietrich Bonhoeffer, der dem innerdeutschen Widerstand angehörte – erfolgte bewusst und unterstreicht die europäische Ausrichtung des Konzepts.

Allerdings ruft dieses Konzept in Polen auch Kritiker auf den Plan: Das international besetzte Gründungsteam des Museums um Machcewicz soll sicherstellen, dass nicht nur polnisches Heldentum und polnisches Leid dargestellt werden, sondern alles aus einer europäischen Perspektive beleuchtet wird. Die Kritiker hingegen bemängeln, es wäre an der Zeit, ein explizit auf Polen im Zweiten Weltkrieg bezogenes Museum zu verwirklichen.

Teilweise wird dieser Kritik nachgegeben. Als Zugeständnis sollen z.B. größere Abschnitte über den polnischen Widerstand und die Frage, warum der Krieg in Danzig begann, präsentiert werden. Die internationale Ausrichtung bleibt dennoch erhalten: „Der Zweite Weltkrieg war keine nur polnische, sondern eine europäische Erfahrung. Ich bin davon überzeugt, das spezifisch polnische Schicksal wird sogar deutlicher hervortreten, wenn man es im Vergleich zeigt“, antwortet der Direktor Machcewicz auf die geäußerte Kritik (WESTERPLATTE 2009).

Man darf gespannt sein, wie das geplante Konzept 2014 umgesetzt wird und ob die internationale Ausrichtung das hält, was sie verspricht.



Ewa Miśkiewicz

Die Westerplatte ist ein Symbol des Anfangs des Krieges. Jedes Jahr wird dort an die Ereignisse des 1. September 1939 erinnert. In Polen, in meiner Familie ist das auch ein sehr wichtiges Symbol der Verteidigung bis zur letzten Munition, ein Symbol des Heldenmuts. In der Schule macht man Exkursionen zur Westerplatte um dort den gefallenen Soldaten Ehre zu erweisen. Für viele und besonders für die ältere Generation hat das eine sehr große Bedeutung.

Literaturnachweis

Böhler, Jochen: Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt am Main 2009, S.107-109.

Ramonat, Wolfgang: Der Völkerbund und die freie Stadt Danzig 1920-1934, Osnabrück 1979.

Schenk, Dieter: Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmordes, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 68.

Brové, Pierre/Témine, Emilie: Revolution und Krieg in Spanien. Die Geschichte des spanischen Bürgerkriegs, Berlin 1987.

Schmeitzner, Mike/Stoklosa, Katarzyna (Hg.): Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen, Berlin 2008.

„Der Angriff auf die Westerplatte und das polnische Postamt“ UFA-Tonwoche Nr. 470, 9.09.1939, www.youtube.com/watch?v=gpL1EZBH3-y, letzter Zugriff: 6.10.2010.

„Westerplatte, Polen und Europa“, 30.09.2009, <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/1043093/>, letzter Zugriff: 6.10.2010.

„Ein im Westen kaum verstandenes Paradox“, Ein Interview mit Pawel Machcewicz, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4281458,00.html>, letzter Zugriff: 19.11.2010.

Jüdisches Leben im Warschauer Ghetto und die polnische Erinnerungskultur

von Antje Hoffmann, Freya Bendler & Kathrin Harsche

Warschau

Warschau, die Hauptstadt Polens, war vor dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiges Zentrum jüdischen Lebens und jüdischer Kultur. So war die jüdische Gemeinde mit über 350 000 Mitgliedern die größte Europas und umfasste etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Warschaus. Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 besetzte die Deutsche Wehrmacht am 29. September 1939 auch Warschau.

Der Einmarsch der Deutschen brachte insbesondere für die jüdische Bevölkerung erhebliche Veränderungen mit sich. So befahlen die Deutschen bereits eine Woche später die Gründung eines so genannten Judenrates, der unter der Leitung des jüdischen Ingenieurs Adam Czerniaków stand. Czerniaków sollte den anstehenden Bau des Warschauer Ghettos beaufsichtigen, aber auch die Ausführung deutscher Befehle kontrollieren. Am

23. Oktober 1939 mussten sich alle Warschauer Juden registrieren lassen und zur Identifikation eine weiße Armbinde mit blauem Davidsstern tragen.

Nach und nach wurden jüdische Schulen geschlossen, Männer zur Zwangsarbeit herangezogen und jüdische Organisationen aufgelöst. Doch die einschneidendste Maßnahme zur Kontrolle, Restriktion und Abgrenzung der jüdischen Bevölkerung stand noch bevor.

Am 2. Oktober 1940 veranlasste der Gouverneur des Distrikts Warschau, Ludwig Fischer, unter dem Vorwand der „Seuchengefahr“ die Einrichtung eines Ghettos für die jüdische Bevölkerung. Bereits sechs Wochen später, am 15. November 1940, erfolgte die Abriegelung des Bezirks. Drei Meter hohe, mit Stacheldraht gesicherte Mauern umgaben nun das von den Deutschen als „jüdisches Wohngebiet“ bezeichnete Areal, auf dem über



29.09.1939

Invasion der Deutschen Wehrmacht in Warschau.

23.10.1939

Einrichtung eines Judenrates unter der Leitung von Adam Czerniaków.

Mit einem Davidsstern versehene Straßenbahn im Warschauer Ghetto. Beispiel für die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die sich auch in öffentlichen Verkehrsmitteln zeigte. Foto: ZIH Warschau, Aufnahme: Freya Bendler.



350 000 Juden zusammengepfercht wurden. Weitere „Einsiedlungen“ folgten, bis 1942 die Deportationen der Ghetto-

wohner in das nahe gelegene Vernichtungslager Treblinka begannen.

Die Ghettoisierung jüdischer Gemeinden

Der Prozess der Ghettoisierung der jüdischen Gemeinden beschreibt die systematische Abgrenzung der Juden von der übrigen Bevölkerung. Diese Isolierung geht über die Schaffung von ummauerten Ghettos mit rein jüdischer Bevölkerung hinaus. Sie bezog sich nicht nur auf eine spezi-

fisch räumliche Trennung, sondern betrafte vielmehr verschiedene Ebenen des alltäglichen Lebens. Ghettos, als eigens festgelegte Stadtviertel oder Gebiete, wurden überwiegend in Russland und Polen geschaffen.

28.10.1939



Registrierung der jüdischen Bevölkerung (359 827 Personen).

23.11.1939



Erlass, dass jüdische Geschäfte mit einem Davidstern zu kennzeichnen sind.

Die Ghettoisierung kann grob in fünf Bereiche unterteilt werden, die mit Vorschritten der nationalsozialistischen Machtergreifung ausgereift und verstärkt wurden.

1. Die Auflösung des Zusammenlebens von Juden und Nicht-Juden, sei es bei der Arbeit, in Vereinen oder auch in der Freundschaft und teilweise der Ehe.

2. Die Beschränkung und Umverteilung des Wohnraumes für Juden: Juden, die nicht auswanderten, mussten größtenteils ihre Häuser und Wohnungen verlassen, um in so genannte „Judenhäuser“ oder Ghettos zu ziehen.

3. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Juden: Juden durften bestimmte Stadtviertel oder Einrichtungen (beispielsweise nicht-jüdische Krankenhäuser und Schulen) nicht mehr aufsuchen. Die Nutzung von Transportmitteln und Dienstleistungen wurde ihnen ebenfalls untersagt.

4. Einführung der Kennzeichnungspflicht: Juden mussten den Davidstern sichtbar an ihrer Kleidung befestigen, sämtliche Pässe und Dokumente wie auch

Geschäfte wurden mit einem „J“ oder der Aufschrift „Jude“ versehen und ihre Namen wurden um den Zweitnamen „Israel“ (für Männer) und „Sara“ (für Frauen) ergänzt.

5. Die Einrichtung eines jüdischen Verwaltungssystems, wie dem „Judenrat“ und der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die zwar von Juden organisiert wurden, aber unter der Kontrolle der Gestapo standen. Somit waren sämtliche Daten über die jüdischen Gemeinden den Nationalsozialisten zugänglich. Die Organisationen dienten gleichzeitig der Verbreitung deutscher Anordnungen an die jüdische Bevölkerung.

Der Prozess der Ghettoisierung wurde auch rechtlich gestützt. Insbesondere das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935 diente als Grundlage zur Abgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Bezeichnend für den Prozess der Ghettoisierung ist, dass er sehr schleichend über mehrere Jahre voranschritt und somit einerseits das alltägliche Leben der Juden einschränkte und sie andererseits stetig weiter isolierte.



Januar 1940

Jüdische Gebetshäuser und Synagogen werden geschlossen.

„Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“

15. September 1935

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

- § 1.1. Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung des Gesetzes im Ausland geschlossen sind. (...)
- § 2. Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.
- § 3. Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen. (...)
- § 5.1. Wer dem Verbot § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.
- § 5.2. Der Mann, der dem Verbot § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. (...)
- § 6. Der Reichsminister des Inneren erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Recht- und Verwaltungsvorschriften.
- § 7. Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.“

Quelle: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/dritten-reich/der-aufstieg-der-nsdap/629.html>

02.10.1940



Befehl zur Bildung eines Ghettos, das zunächst als „jüdischer Wohnbezirk“ bezeichnet wird.

Alltag im Warschauer Ghetto

Während die jüdische Bevölkerung mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung Warschaus ausmachte, nahm die Fläche des Warschauer Ghettos, das von den deutschen Besatzern euphemistisch als „jüdischer Wohnbezirk“ bezeichnet wurde, nur etwa ein Zwanzigstel der Wohnfläche der Stadt ein. Auf dem Gebiet des Ghettos lebten Anfang 1942 etwa 410 000 Menschen, was einer Wohndichte von etwa sieben Menschen pro Zimmer entsprach.

Im Laufe der Zeit verkleinerte sich der Wohnraum weiterhin aufgrund der Auflösung anderer polnischer Ghettos und der Deportation ihrer Bewohner nach Warschau sowie durch die zunehmende

Verkleinerung der Fläche des Ghettos. Die Lage im Ghetto spitzte sich aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte, aber auch in Folge von Hunger und Krankheiten, binnen kürzester Zeit erheblich zu. Die Zahl der Bettler ohne Einkommen und soziale Unterstützung nahm schnell und stetig zu, sodass sich die Lebensbedingungen im Warschauer Ghetto von Tag zu Tag verschlechterten.

Der Hunger stellte für die Bevölkerung des Warschauer Ghettos das wohl größte Problem dar, da die Unterernährung die Menschen in hohem Maße schwächte, sodass sie auch Krankheiten gegenüber nicht mehr genug Widerstandskraft entwickeln konnten.

„Die Kälte hat begonnen und die Menschen zittern! Das Schrecklichste sind die Kinder, die erfrieren. Kinder mit nackten Füßen, zerrissenen Kleidern, die nichts sagen, nur weinen.

Heute Abend habe ich einen kleinen Buben von drei oder vier Jahren weinen hören.

Morgen früh wird dieses Kind sicher erfroren sein. Schon im Oktober sind auf den Stufen der Hauseingänge siebzehn erfrorene Kinder gefunden worden. Das wird zu einer Massenerscheinung.“

Emanuel Ringelblum, zitiert nach DESCHNER 1969, S. 85.

15.11.1940

Endgültige Abriegelung des Ghettos vom Rest der Stadt. Über 350 000 Menschen werden auf einem Gebiet von vier km² zusammengepfercht.



So waren viele von Krätze und anderen Krankheiten betroffen. Die Aushungerung der jüdischen Gemeinde war in diesem Zusammenhang von den Deutschen bewusst initiiert und geplant.

Die täglichen Kalorienzuteilungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen waren von Ludwig Fischer, dem Generalgouverneur des Warschauer Distrikts, zuvor festgelegt worden. Während Deutsche täglich Anspruch auf 2310 Kalorien hatten, mussten Polen mit 634 Kalorien auskommen und Juden mit nur 184 Kalorien pro Tag. Diese Rationierung machte sich schnell in der Anzahl von Toten bemerkbar. So starben trotz des zusätzlichen Schmuggelns von Nahrungsmitteln in das Ghetto hinein etwa 5000 Menschen pro Monat an Krankheiten, insbesondere

dem Fleckfieber, und Hunger. Besonders schwer trafen die Isolations- und Aushungerungsmaßnahmen der deutschen Besatzer Kinder und alte Menschen, die für die Deutschen aufgrund ihrer Unfähigkeit zu arbeiten keinen Wert hatten.

Unter der Bevölkerung des Ghettos, die bis zu einer halben Million Menschen zählte, gab es etwa hunderttausend Kinder im Alter von bis zu vierzehn Jahren. Ein Großteil dieser Kinder war hilfsbedürftig, da viele der Kinder im Warschauer Ghetto nicht von ihren Eltern versorgt werden konnten oder sie Waisen waren, deren Eltern bereits deportiert oder getötet worden waren. Einige waren ohne ihre Eltern in das Ghetto umgesiedelt worden.



Geschwisterpaar im Warschauer Ghetto. Der kleine Junge ist im Schoß seiner Schwester verstorben. Foto: ZIH Warschau, Aufnahme: Antje Hoffmann.

Insgesamt war die Lage dieser Kinder fürchterlich. Ohne medizinische Versorgung, unterernährt, in Lumpen gehüllt und vielfach unfähig zum Arbeiten, war Überleben nur durch Betteln möglich. Um den furchtbaren Lebensbedingungen der Kinder entgegenzuwirken, startete die Hilfsorganisation *Centos* eine groß angelegte Aktion, im Rahmen derer die jüdische Bevölkerung mobilisiert wurde. Binnen kürzester Zeit entstand ein breit angelegtes Netz von Bildungs- und Sozialeinrichtungen, wie Kinder- und Tagesheimen, Waisenhäusern, Kindergärten und Kinderküchen, in denen die bettelnden Kinder

versorgt wurden. Trotz dieser Maßnahmen blieben weiterhin Tausende von Kindern unberücksichtigt. Diese Kinder gehörten auch zu den ersten, welche von den „Umsiedlungen“ in Konzentrationslager, insbesondere nach Treblinka, betroffen waren, wo viele von ihnen starben.

Historischer Hintergrund zum Aufstand im Warschauer Ghetto

Am 22. Juli 1942 eröffneten die deutschen Besatzer dem „Judenrat“ des Warschauer Ghettos, dass die rund 380 000 verbliebenen jüdischen Bewohner dieses Stadtbezirkes sich im Rahmen einer so genannten „Aussiedlungsaktion“ zum Abtransport in andere Lager zusammenfinden sollten. Trotz des bestehenden Misstrauens gegenüber den Nationalsozialisten gingen circa 20 000 Juden auf das verlockende Angebot einer zusätzlichen Lebensmittelration („Lebensmittelprä-

mie“), bestehend aus drei Kilo Brot und einem Kilo Marmelade, bei freiwilliger Umsiedlung ein und reisten somit in den fast sicheren Tod in einem der Arbeits- und Vernichtungslager. Hunderttausende derer, die sich nicht aus freien Stücken der „Aussiedlungsaktion“ angeschlossen hatten, wurden im August von deutschen Soldaten, ukrainischen Söldnern und polnischen Polizisten zum „Umschlagplatz“ zusammengetrieben, von wo aus sie in Zügen deportiert wurden.

Januar- März 1941

„Einsiedlungen“ von weiteren 50 000 Menschen aus dem westlichen Teil des Warschauer Distrikts in das Ghetto.



Der Aufstand im Warschauer Ghetto

„Man glaubte nicht daran, daß das Ghetto imstande sein würde, sich längere Zeit zu verteidigen, und war sich klar darüber, daß es ein Kampf einer Fliege gegen einen Elefanten sein werde, doch die nationale Ehre gebot den Juden, Widerstand zu leisten und nicht zuzulassen, wehrlos zur Schlachtbank geführt zu werden.“

Emanuel Ringelblum, zitiert nach DESCHNER 1969, S. 167-168.

Die offiziell im Ghetto Verbliebenen setzten sich aus rund 34 000 jüdischen Arbeitern, die in deutschen Betrieben zwangsbeschäftigt waren, und 3000 Mitarbeitern des „Judenrates“ zusammen. Darüber hinaus lebte jedoch eine in etwa genauso große Zahl sogenannter „illegaler Bewohner“ im Warschauer Ghetto. Zu dieser Zeit gründeten diejenigen, die befürchteten, dass die erste „Aussiedlungsaktion“ der Nationalsozialisten nicht die einzige sein sollte, die Jüdische Kampforganisation (*Żydowska Organizacja Bojowa*). Durch Hilfe jenseits der Mauer, doch besonders durch Schmuggelaktionen und die Errichtung eigener Waffenwerkstätten konnten ihre Anhänger im Ghetto eine gewisse, wenn auch im Vergleich zur Ausrüstung ihrer Gegner eher spärliche Menge an Waffen sammeln. Die ersten Kampfhandlungen ver-

einzelter jüdischer Gruppen und deutscher Besatzer fanden im Januar 1943 statt, nachdem Himmler den Befehl erteilt hatte, das Ghetto nach „illegalen Bewohnern“ zu durchsuchen, um diese ebenfalls zu deportieren. Überrascht von dem bewaffneten Widerstand, zogen sich die Deutschen zurück. Nun begann auf beiden Seiten der Ghettomauer die Zeit der Vorbereitung auf eventuell folgende Kämpfe. In den späten Stunden des 19. April 1943 wurde das Ghetto schließlich von deutschen und polnischen Polizisten wie auch von ukrainischen Söldnern umstellt, woraufhin die schwerbewaffnete Waffen-SS mit Panzern, Geschützen und Flammenwerfern in den Stadtbezirk eindrang, wo sie von den kampfbereiten Mitgliedern der ŻOB empfangen wurde. Der Aufstand im Warschauer Ghetto hatte begonnen.

März- Juli 1941



Weitere 6000 bis 7000 Juden aus östlichen Gebieten, wie z.B. Böhmen, werden eingesiedelt, ebenso wie Roma und Sinti.

Chronologie des Aufstands im Warschauer Ghetto

22. Juli 1942	Beschluss der „Aussiedlungsaktion“.
19.–31. Juli 1942	Ausstellung der Lebensmittelprämie für freiwillige Umsiedlung, der circa 20 000 Juden folgen.
August 1942	Erste „Durchkämmung“ des Ghettos, bei der hunderttausende Juden deportiert werden.
September 1942	Berichte über die Massenmorde in Treblinka erreichen das Ghetto.
Dezember 1942	Gründung der JKO/ ŻOB als widerständische Organisation.
Januar 1943	Befehl Himmlers zur Deportation der „illegalen Bewohner“ des Ghettos sorgt für ersten bewaffneten Widerstand der Organisation.
Januar–April 1943	Beiderseitige Vorbereitung auf die Kampfhandlungen.
19. April 1943	Beginn des Aufstands mit Angriff der SS.
22. April 1943	Die Deutschen fluten die Kanalisation, die als einziges Verbindungsglied zwischen den Bereichen des Ghettos besteht. Der JKO gelingt es diese wieder freizulegen.
25. April 1943	Die Deutschen sprengen große Teile des Ghettos.
8. Mai 1943	Die Nationalsozialisten zerstören den „Befehlsbunker“ der JKO in der Milastraße, dabei sterben knapp 100 Mitglieder der JKO. Auch der Anführer Mordechaj Anielewicz stirbt bei diesem Gefecht.
15. Mai 1943	Offizielles Ende des Aufstandes im Warschauer Ghetto bei dem 56 000 Juden getötet, gefangen genommen oder deportiert wurden.
Ende Mai 1943	Letzte vereinzelte Kämpfe werden beendet und das Ghetto niedergebrannt.



22.07.1942

Im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“ Beginn der Deportationen der Ghattobewohner vom sogenannten „Umschlagplatz“ in das Vernichtungslager Treblinka.

**Manifest an die Polen von der jüdischen Kampforganisation ŻOB,
April 1943.**

„Polen, Bürger, Soldaten der Freiheit! Durch das Donnern der deutschen Kanonen, die die Heime unserer Mütter, Frauen und Kinder vernichten; durch den Lärm ihrer Maschinengewehre, die wir im Kampf gegen die feigen deutschen Polizisten und SS-Männer in unsere Gewalt gebracht haben; durch den Rauch des Ghettos, das in Brand gesteckt wurde und das Blut seiner gnadenlos getöteten Verteidiger, entbieten wir, die Sklaven des Ghettos, Euch unsere herzlichsten Grüße. Wir sind uns sehr wohl bewusst, daß ihr atemlos, mit gebrochenem Herzen, mit Tränen des Mitgefühls, mit Entsetzen und Begeisterung den Kampf verfolgt habt, den wir in den letzten Tagen gegen die brutalen Besatzer geführt haben.

Jede Türschwelle des Ghettos hat sich in ein Bollwerk verwandelt und wird bis zum Ende eine Festung bleiben! Wahrscheinlich werden alle von uns im Kampf fallen, aber wir werden uns nie ergeben! (...)

Es ist ein Kampf um unsere Freiheit und auch um die Ehre; um unsere menschliche Würde und nationale Ehre und auch um die Eure!

Wir werden die blutrünstigen taten von Oswiecim, Treblinka, Belzec und Majdanek vergelten!

Lang lebe die Bruderschaft des Blutes und der Waffen in einem kämpfenden Polen!

Lang lebe die Freiheit!

Tod den Henkern und Mördern!

Wir müssen unseren Kampf gemeinsam gegen die Besatzer bis zum Ende fortsetzen.“

Quelle: Kneip, Matthias/Mack, Manfred (Hg.): Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen, Berlin 2007, S. 78 f.

Dezember 1942



Gründung der ŻOB (Żydowska Organizacja Bojowa),
einer jüdischen Widerstandsorganisation.

Der Junge aus dem Warschauer Ghetto – Schlüsselbild der kollektiven Erinnerung



„Der Junge aus dem Warschauer Ghetto“ nach der Festnahme (Bildausschnitt).
Foto: ZIH Warschau, Aufnahme: Antje Hoffmann.

Ein kleiner Junge steht mit erhobenen Händen vor einer Gruppe Menschen, die von der SS bedroht werden: Dieses Bild taucht immer wieder in der Presse, in Büchern oder Filmen auf. Fast jeder kennt es. Aber: Wer ist der Junge auf dem Bild? Warum ist das Bild so bekannt? Wir wissen bis heute nicht genau, um wen es sich bei dem Jungen handelt. Aufgenommen

wurde das Foto von SS-Brigadeführer und Generalmajor Jürgen Stroop während des Aufstandes im Warschauer Ghetto 1943. Es ist Teil seines Berichts unter dem Titel *Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!*, der die Niederschlagung des Aufstands dokumentieren soll. Das Bild erscheint dort mit der Unterschrift *Mit Gewalt aus Bunkern hervorgeholt*



19.04.1943

Bei der endgültigen Räumung des Ghettos stoßen die deutschen Truppen auf erheblichen bewaffneten Widerstand der ŻOB.

als eine von 53 Fotografien aus dem Warschauer Ghetto. Während die Identität des Jungen nicht geklärt ist, sind andere Personen identifiziert worden – allen voran der bewaffnete Soldat im Hintergrund: Es handelt sich um den SS-Unterscharführer Josef Blösche. Er war von 1940–1944 in Warschau an Massenhinrichtungen und Deportationen beteiligt und wurde 1969 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Bei einer ersten Betrachtung des Bildes wird der Blick automatisch von dem kleinen Jungen mit erhobenen Händen angezogen. Er wirkt der Gewalt der Täter schutzlos ausgeliefert, bedroht durch den Gewehrlauf eines SS-Mannes im Hintergrund. Erst auf den zweiten Blick wird die Gruppe Menschen hinter und neben dem Jungen wahrgenommen. Es sind hauptsächlich Frauen, Kinder und alte Menschen, die von der SS aus einem Haus getrieben werden. Sie alle stehen mit erhobenen Händen da, sind bepackt mit Taschen und Koffern. In den Gesichtern der Menschen liest man Resignation und Angst: Sie wissen nicht genau was mit ihnen geschehen wird.

Das Bild, aus der Perspektive der Täter aufgenommen, zeigt die abgebildeten Menschen als Opfer. Mit großer Wahrscheinlichkeit folgt auf die Festnahme die Deportation in ein Vernichtungslager.

Für eine der Personen ist dieses Schicksal sogar überliefert. Das kleine Mädchen ganz links ist Hanka Lamet: Sie wurde 1937 in Warschau geboren und im Konzentrationslager Majdanek ermordet. (HAMANN 2009, S. 619).

Ab 1946 wurde die Fotografie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erschien in diversen Zeitungsartikeln und Schulbüchern. Regisseure wie Alain Resnais und Ingmar Bergmann verwandten die Fotografie in ihren Filmen *Nuit et Brouillard* (1956) und *Persona* (1966). Als Bild, mit dem sich die Gemeinschaft der Opfer identifizieren kann, nutzt es die Gedenkstätte Yad Vashem als Titelmotiv für die international vertriebene Broschüre *The Holocaust*. Durch die kontinuierliche Verwendung ist die Fotografie zu einem Schlüsselbild der kollektiven Erinnerung an den Holocaust avanciert, obwohl es eigentlich nur einen Teil des Holocaust repräsentiert: das Ende des Warschauer Ghettos. Die Hintergründe der Entstehung des Bildes und seine spätere Verwendung sollten bekannt sein, um das Bild in seinem ursprünglichen Gesamtzusammenhang betrachten zu können.

Es eignet sich je nach Verwendung „als Symbol der Opfer, der Unterlegenheit, des Widerstands im Warschauer Ghetto, als Sinnbild für die jüdische Verfolgung

08.05.1943



Angesichts der Ausweglosigkeit begeht der Vorsitzende der ŻOB, Mordechaj Anielewicz, mit anderen Aufständischen Selbstmord.

oder als mahnende visuelle Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit“ (MAYRHOFER 2009). Diese Verwendung erklärt sich laut Habbo Knoch aus dem Umstand heraus, dass es sich hierbei um ein „typisches Bild“ handelt, welches, einmal von seinem ursprünglichen Handlungszusammenhang gelöst, auf ähnliche Vorgänge übertragen werden kann (KNOCH 2001). Das bedeutet konkret, dass sich dieses Bild besonders aufgrund seiner deutlichen Zuordnung von Gut und Böse geradezu perfekt eignet, um auf andere ähnliche Situationen übertragen zu werden. Genau dies geschieht in der Geschichte der Rezeption und Verwendung dieses Bildes. In Schulbüchern beispielsweise wird es mit Bildunterschriften versehen wie *Abtransport von Warschauer Juden in die Vernichtungslager* oder *Kind bei einer von Nazis durchgeführten Razzia in Warschau*. Es fehlt der unmittelbare Zusammenhang der Fotografie mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto. Im Jahr 1960 ist das Bild auf dem Plakat für die Berliner Ausstellung *Die Vergangenheit mahnt* neben ein Bild von Albert Einstein montiert worden. Es wirkt so, als ob auch Einstein von den SS-Männern bedroht wird.

In diesem Zusammenhang kann Einstein als Schlüsselsymbol der Moderne und des technologischen Fortschritts betrachtet

werden, der wie der kleine Junge von den SS-Männern bedroht wird. Der kleine Junge steht hier symbolisch für den gesamten Holocaust, wohingegen Einstein nichts mit dem Warschauer Ghetto und dem Aufstand 1943 gemein hat.

Interessant ist, dass das Bild auch über die kollektive Erinnerung an den Holocaust hinaus genutzt wurde: In dem Gedicht *Deir Yassin* greift der jüdische Lyriker Erich Fried 1958 die Brutalität der israelisch-jüdischen Verbände während des Massakers von Deir Yasin an – ein palästinensisches Dorf, das im Jahr 1948 angegriffen und eingenommen wurde. Es gab zwischen 100 und 120 zivile Opfer. Fried vergleicht im Gedicht das Vorgehen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs mit dem Vorgehen der paramilitärischen Verbände des noch nicht gegründeten Staates Israel. Hier nimmt er ganz deutlich Bezug auf die Fotografie des Jungen aus dem Warschauer Ghetto. Damit wird ein Vergleich zwischen dem Vorgehen der Nazis gegen die Juden und dem Vorgehen der Israelis gegen die Palästinenser gezogen: Die Juden werden mit den Nazis verglichen und ihr Verhalten mit ihnen gleich gesetzt.

Der Vietnambezug setzt es darüber hinaus in einen noch größeren Kontext. Fried zeigt damit, dass er nicht nur eine

16.05.1943



Niederbrennung des Ghetto Geländes und erst hierdurch Wiedergewinnung deutscher Kontrolle über dieses Gebiet. Die Überlebenden des Aufstandes werden in die Vernichtungslager Treblinka und Majdanek deportiert.



einfache Umkehrung der Rollen (aus Opfern werden Täter) will, sondern dass er die sinnlose Brutalität und Gewalt generell anprangert. Das Gedicht ist stark pazifistisch geprägt.

Deir Yassin von Erich Fried (Auszug):

(...)
 Wenn ich das Bild
 des jüdischen Jungen sehe
 der vergeblich die Hände hochhob
 Am Ende des Warschauer Ghettos
 dann brennen mich meine Augen
 Ich habe die Bilder der Kinder
 von Deir Yassin nicht gesehen
 ich weiß nicht einmal
 ob Israels Krieger
 das Fotografieren erlaubten

Waren das andere Kinder?
 Ich glaube nicht
 Ich glaube die Bilder aus Warschau
 und die brennenden Hütten in Vietnam
 stellen mein Bild zusammen
 von Deir Yassin
 (...)

Quelle: http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/deir_yassin_massaker.html

Fazit

Das Bild wurde immer wieder in unterschiedlichen Kontexten verwendet. Zuerst nutzten die Nazis es, um ihre vermeintliche Macht zu dokumentieren. Was

nicht gelang, da die Kämpfer der SS und der Wehrmacht mit Hilfe von Polizeikräften insgesamt 28 Tage benötigten um den Aufstand im Warschauer Ghetto niederzuschlagen. Dabei kämpften gut ausgebildete Soldaten und Polizisten gegen zahlenmäßig weit unterlegene und schlecht ausgerüstete Widerständler.

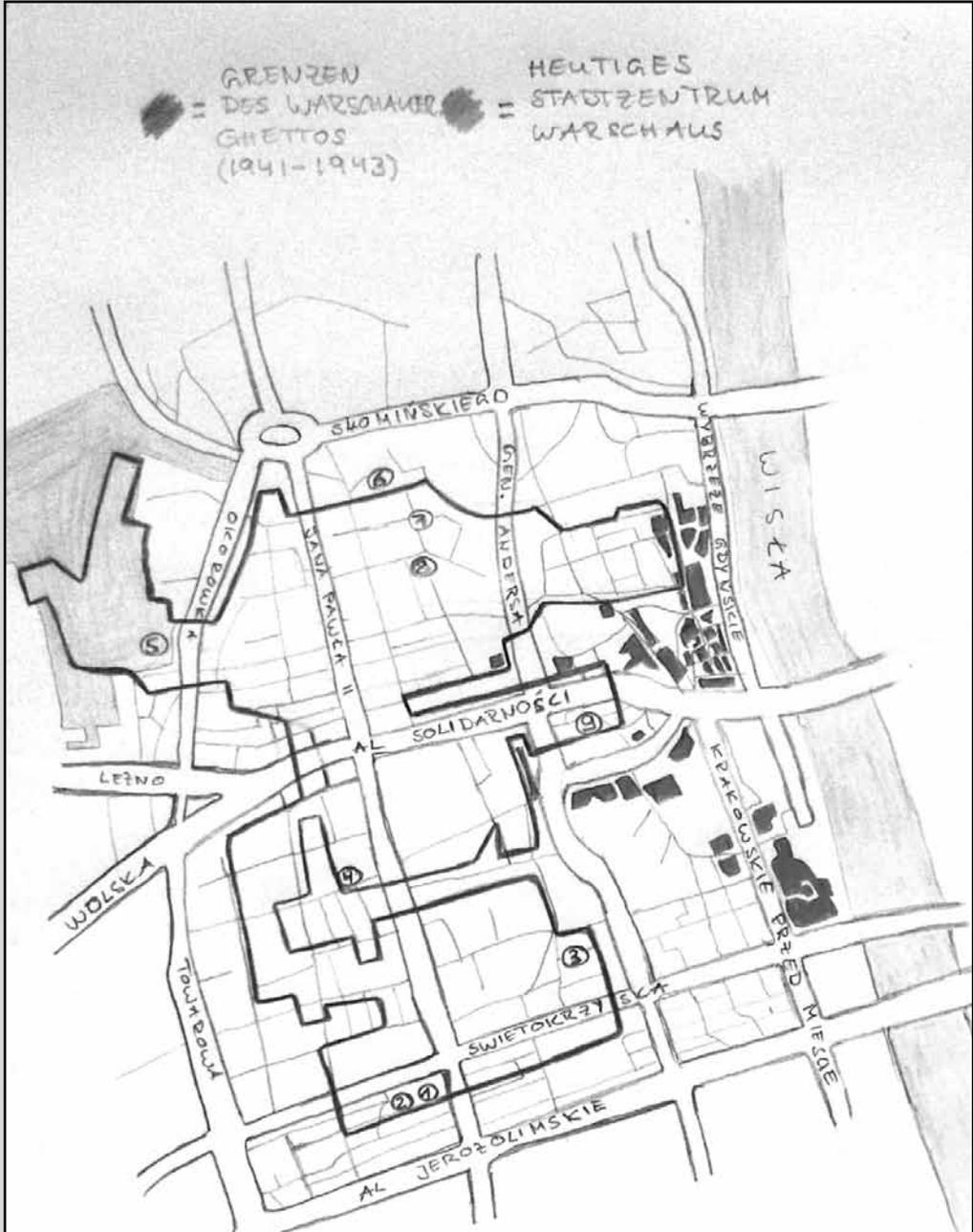
Später wurde es zum Schlüsselbild der kollektiven Erinnerung an den Holocaust. Schließlich wird es herangezogen, um das Vorgehen israelischer Verbände zu kritisieren. Das „typische Bild“ kann jeder für sich deuten – es kann seine Aussagekraft in unterschiedlichen Situationen entfalten. In jedem Fall bleibt es jedoch ein Foto, das Opfer dokumentiert. Diese Tatsache wird weiterhin den Rahmen des Verwendungszusammenhanges bestimmen.

„Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!“

„ (...) Der von den Juden und Banditen geleistete Widerstand konnte nur durch energischen unermüdelichen Tag und Nachteinsatz der Stoßtrupps gebrochen werden, (...) Nur [so] ist es gelungen, insgesamt 56 065 Juden zu erfassen bzw. nachweislich zu vernichten, (...) Die Großaktion wurde am 16. Mai 1943 mit der Sprengung der Warschauer Synagoge um 20.15 Uhr beendet. (...)“

SS-Brigadeführer und Generalmajor
 Jürgen Stroop (1960, S. 9-11)

Historische Stadtführung durch das Warschauer Ghetto



Zeichnung: Freya Bendler

1. Überreste des Mauer des Warschauer Ghettos, Ulica Sienna 51.
2. Ehemaliges jüdisches Kinderkrankenhaus, Ulica Śliska 55.
3. Ulica Próźna, eine ehemalige Straße des Warschauer Ghettos, in der noch Häuser erhalten sind.
4. Die Ulica Chłodna trennte das große vom kleinen Ghetto, bevor 1942 eine hölzerne Brücke beide Seiten verband, Ulica Chłodna 22.
5. Jüdischer Friedhof – gegründet 1806. Viele Grabsteine aus der Vorkriegszeit sind erhalten, Ulica Okopowa 49/51.
6. Umschlagplatz. Von hier aus wurden die Juden des Warschauer Ghettos ab dem 22. Juli 1942 nach Treblinka deportiert, Ulica Sławki 10.
7. Gedenkstätte am Platz des Bunkers der ŻOB, der am 8. Mai 1943 zerstört wurde, Ulica Miła.
8. Denkmal an die Opfer des Aufstands im Warschauer Ghetto. Bekannt auch für den Kniefall Willy Brandts am 7. Dezember 1970, Ulica Żamenhofa.
9. Jüdisches Historisches Institut (Żydowski Instytut Historyczny), Museum. Ehemalige Bibliothek der jüdischen Synagoge, die 1943 gesprengt wurde, Ulica Tłomackie 3/5.

Das Warschauer Ghetto – Ein historisch-politischer Erinnerungsort

Auf den Spuren des Warschauer Ghettos – Ein Erlebnisbericht

Das Ziel unserer Reise war die Erkundung des Gebietes des ehemaligen Warschauer Ghettos, das von den Nationalsozialisten im Rahmen der Niederschlagung des Aufstandes völlig zerstört wurde. Mithilfe eines Stadtplans und einiger Zusatzinformationen machten wir uns auf die Suche nach Spuren des Warschauer Ghettos.

In der Ulica Śliska wurden wir zum ersten Mal fündig. Von weitem betrachteten wir das gelbe, leicht verblichene Gebäude Nummer 51, das zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft – wie auch heute – ein Kinderkrankenhaus beherbergte.

In der Hoffnung, Hinweise auf die Geschichte des Hauses und des Ghettos zu erhalten, näherten wir uns diesem unscheinbaren Bauwerk, soweit es möglich war. Zunächst sahen wir eine mit Blumenkränzen, Flaggen und rot-weißen Schleifen geschmückte Gedenktafel, die neben dem Haupteingang angebracht war.

Wir nahmen an, dass diese Tafel Informationen über die jüdische Geschichte des Ortes beinhaltete, doch unsere polnischen Begleiter belehrten uns eines Besseren, indem sie die Inschrift, die den Opfern des polnischen Aufstands 1944



*Überrest der Mauer des Warschauer Ghettos in der Ulica Sienna.
Foto: Antje Hoffmann.*

gewidmet war, übersetzten. Verwundert über diese Erkenntnis wollten wir uns schon zum nächsten Abschnitt unserer Erkundung aufmachen, als einige Mitglieder etwas entfernt vom Haupteingang eine weitere, jedoch gänzlich ungeschmückte Tafel an der Hauswand entdeckten. Diese enthielt den von uns gesuchten Hinweis auf die jüdische Geschichte des Krankenhauses und des Warschauer Ghettos, denn es informierte uns darüber, dass die dortige Kinderärztin und Direktorin Anna Braude Hellerowa mit ihren Schützlingen während des Aufstandes im Warschauer Ghetto ermordet wurden.

Nach langem Suchen und mithilfe der Informationen aus unseren Unterlagen schafften wir es, in der Parallelstraße, der Ulica Sienna Nr. 55, die letzten Überreste der Mauer des Warschauer Ghettos zu finden. Geschützt und eingeschlossen von den Mauern eines Wohnblocks verbarg sich im Innenhof ein alter Mauerabschnitt, der mit Gedenktafeln, Kerzen und Steinen versehen war. Während der Betrachtung dieses Denkmals sprach uns Herr Mieczysław Jedruszczak an, der sich die Pflege der Mauer zur Lebensaufgabe gemacht hat.

Er teilte sein Wissen über die historischen Begebenheiten mit uns und lud uns zum Besuch einer kleinen Ausstellung zum Warschauer Ghetto im Keller des Hauses ein. Diese Gelegenheit ließen wir uns nicht entgehen und konnten uns somit Bilder zur Geschichte des Ghettos anschauen, welche seine Entstehung und Zerstörung präsentieren.

Unsere Suche nach den Spuren des ehemaligen Warschauer Ghettos im heutigen Bild der Stadt machte uns deutlich, dass nur wenige Elemente aus der damaligen Zeit erhalten geblieben sind. Darüber hinaus hatten wir den Eindruck, dass in Warschau der jüdischen Geschichte anders gedacht wird als der polnischen. Es schien uns, als überdeckten Ereignisse der polnischen Geschichte wie z.B. der Warschauer Aufstand 1944 die tragische Vergangenheit der jüdischen Mitmenschen dieser Stadt.



*Das ehemals jüdische
Kinderkrankenhaus in der Ulica Śliska.
Foto: Antje Hoffmann.*

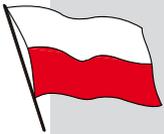
Warschau als Erinnerungsort jüdischer und polnischer Geschichte

Die Thematik der Lebensbedingungen im Warschauer Ghetto stellt nach Angaben der polnischen Studenten, die uns im Rahmen der Erkundung unserer gemeinsamen Vergangenheit begleiten, noch immer einen zentralen Inhalt schulischer und politischer Bildung dar.

Doch nicht nur in öffentlichen Institutionen, sondern auch in den Familien wird die Geschichte des Ghettos aufgearbeitet und erinnert. Als besonders wichtig empfinden auch die polnischen Studenten eine eingehende Behandlung der damaligen Geschehnisse.

Magdalena Walentowska

Meiner Meinung nach ist dieses Thema sehr wichtig für unsere Geschichte. Wir sollen viele Informationen und Fakten von dieser Zeit kennen lernen. Diskussionen sind auch wichtig, denn man muss auch über die Geschichte diskutieren können und sich äußern. In der Schule (im Geschichts- und Polnischunterricht) lernt man, wie die Leute im Ghetto gelebt haben, wie ihr Alltag ausgesehen hat. Es gibt viele Erzählungen und Gedichte darüber. Der Aufstand im Warschauer Ghetto zeigt auch die Solidarität der Juden untereinander, die für die Freiheit gekämpft haben. Mit meiner Familie sprechen wir ab und zu über dieses Geschehen. Wir möchten, dass diese Geschichte noch immer lebendig ist. Man darf sie nie vergessen.



Samanta Ormińska

Wenn die Polen an das Warschauer Ghetto denken, spüren sie traurige Gefühle. Man spricht in den Schulen sehr viel darüber. Im Lyceum hat eine Vorstellung von Marek Edelman stattgefunden. Er war ein Jude, der den Aufstand überlebt hat. Er erzählt davon sehr genau. Man sieht, was für eine große Rolle das für ihn spielt und wie stark das auf ihn gewirkt hat. Man sieht, welche Bedeutung für ihn die Kinder haben, von denen er am meisten erzählt. In der Zeit des Aufstands gab es ein totales Chaos. Viele Juden wurden getötet. Wir Polen werden das nie vergessen. Es war und ist noch für uns schrecklich. Wir können die Täter nicht verstehen, aber wir bewerten sie auch nicht, weil jeder in dieser Situation sein müsste.

Die Aussagen der polnischen Studentinnen machen deutlich, dass auch heutige Generationen sich mit den schrecklichen Ereignissen auseinander setzen sollten.

Sie sehen die Deutschen jedoch nicht nur als Tätervolk. Auch die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen und Leben zu retten, wie etwa Irena Sendler und Janusz Korczak es taten, sollen ihrer Meinung nach erinnert werden, um zu verhindern, dass derartiges wieder geschieht, und um den Menschen klar zu machen, wie wichtig Solidarität und Zivilcourage sind.

Die zuvor geschilderten Erlebnisse der Suche nach Spuren jüdischer Geschichte im ehemaligen Gebiet des Warschauer Ghettos warfen unsererseits unterschiedliche Empfindungen auf. Wir stellten uns die Frage, warum Gedenktafeln jüdischer und polnischer Geschichte separat angebracht und auf unterschiedliche Art aufbereitet worden sind.

Stechen die Gedenkstätten zum polnischen Aufstand beispielsweise durch Kränze und rot-weißen Schmuck direkt ins Auge, so treten die größtenteils schmucklosen Denkmäler des Warschauer Ghettos eher in den Hintergrund. Dies lässt den Eindruck aufkommen, dass die Erinnerung polnischer Geschichte dem Gedenken an die jüdische vorangestellt wird, sie vielleicht gar in Konkurrenz zu dieser steht. Erklären lässt sich dies vielleicht mit der Vergangenheit Polens. Die polnische Geschichte ist seit dem späten 18. Jahrhundert geprägt durch stetige Eingriffe seiner Nachbarn. Die Heroisierung ist stark in der polnischen

Erinnerungskultur verankert. Die historischen Ereignisse, die insbesondere mit martyrologisch interpretierten Unabhängigkeitskämpfen verknüpft sind, stellen noch heute einen wichtigen Grundstein für das stark national geprägte Identitäts- und Geschichtsbewusstsein der polnischen Bevölkerung dar.

Gleichzeitig nehmen die Polen sich selber als Opfer wahr (*siehe: Des Pudels Kern*). Die Selbstbezeichnung der polnischen Bevölkerung als „Opfervolk“ steht jedoch im Gegensatz zu der unterlassenen Hilfeleistung und sogar teilweise der Beteiligung an den Verbrechen, die während des nationalsozialistischen Regimes an den Juden begangen wurden, und verhindert somit eine Wahrnehmung der Polen als „Täter“. Eine Hervorhebung der „Mittäterschaft“ der Polen wird erst in jüngster Zeit öffentlich diskutiert (*siehe: Polen und Juden*).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die Unterschiede in der Darstellungsform von Gedenkorten der polnischen und jüdischen Geschichte in Warschau durch die Ausprägung des nationalen Identitätsbewusstseins der Polen begründen lassen. Die polnischen Juden werden in diesem Zusammenhang als „eigenständiges Volk“, nicht als der polnischen Nation zugehörig wahrgenommen. Die Verbindung zu der These des Opferbewusstseins ist jedoch nur ein möglicher Erklärungsansatz.

Filme und Literatur zum Warschauer Ghetto

Romane/Dramen und fiktive

Texte

Der Mann von der anderen Seite von Uri Orlev (1988).

Mila 18 von Leon Uris (1961).

Herzkönig von Hanna Krall (2007).

Die Karwoche von Jerzy Andrzejewski (1948).

Jakob der Lügner von Jurek Becker (1969).

Dem Herrgott zuvorkommen von Hanna Krall (1977).

Biographische und dokumentarische Texte

Deckname Vladka. Eine Widerstandskämpferin im Warschauer Ghetto von Vladka Meed (1999).

Mein Leben von Marcel Reich-Ranicki (2000).

Die Mutter der Holocaust-Kinder. Irena Sendler und die geretteten Kinder aus dem Warschauer Ghetto von Anna Mieszkowska (2006).

Die Erinnerung verläßt mich nie. Das Kinderkrankenhaus im Warschauer Ghetto und der jüdische Widerstand von Adina Blady Sz wajgier (1990).

Spielfilme

Die Wannseekonferenz von Frank Pierson (2001).

Uprising – Der Aufstand von Jon Avnet (2001).

Der Pianist von Roman Polanski (2002).

Die Karwoche von Andrzej Wajda (1995).

Korczak von Andrzej Wajda (1990)

Filmische Dokumentationen

In der Stadt des Todes. Das Warschauer Ghetto von Alexander Fuhrmann (1989).

Sklaventango. Trugbilder vom Warschauer Ghetto von Ilan Ziv (1993).

The Warsaw Getto. Das Warschauer Ghetto 1940–1943 Jüdisches Historisches Institut Warschau (2001).

Literaturnachweis

Deschner, Günther: Menschen im Ghetto, Gütersloh 1969.

Hilberg, Paul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 1, erweiterte und durchgesehene Auflage, Frankfurt am Main 1991.

Edelmann, Marek: Das Ghetto kämpft. Warschau 1941–1943, Berlin 1999.

Hamann, Christoph: Der Junge aus dem Warschauer Getto. Der Strop-Bericht und die globalisierte Ikonografie des Holocaust, in: Gerhard, Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Band 1, Göttingen 2009.

Knoch, Habbo: Die Tat als Bild. Fotografien des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2001.

Korte, Sybille: Helden des Ghettos, in Berliner Zeitung vom 15.04.2008

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0415/horizonte/0002/index.html>, letzter Zugriff: 17.04.2010.

Kurzmann, Dan: Der Aufstand. Die letzten Tage des Warschauer Ghettos, München 1976.

Mayrhofer, Petra: Der Junge aus dem Warschauer Ghetto. Bildanalysetext zur Abbildung 6 der Ikone „Kniefall“, in: Online-Modul Europäisches Politisches Bildgedächtnis. Ikonen und Ikonographien des 20. Jahrhunderts, 09/2009, <http://www.demokratiezentrum.org/themen/europa/europaeisches-bildgedaechtnis/auschwitz/abb9-buchcover-bilder-trotz-allem.html>, letzter Zugriff: 19.11.2010.

Ruchniewicz, Krzysztof: Polen, in: Buchstab, Günter/Uertz, Rudolf (Hg.): Geschichtsbilder in Europa, Freiburg/Basel/Wien 2009, S. 223-260.

Strop, Jürgen: Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!, Darmstadt 1960.

Szarota, Tomasz: Warschau unter dem Hakenkreuz. Leben und Alltag im besetzten Warschau 1.10.1939 bis 31.7.1944, Paderborn 1985.

Der Warschauer Aufstand

von Sven Weimert

„Polen lebt, solange Polen leben“

Als die polnischen Aufständischen am 3. Oktober 1944 ihre Waffen niederlegten, endete damit der 63 Tage währende Kampf um die Befreiung Warschaus von der deutschen Armee und die letzte Hoffnung auf eine freie und unabhängige Republik Polen. Hinter den 15 000 Soldaten der *Armia Krajowa* (AK), der polnischen Heimatarmee, die in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, lagen Tage der Hoffnung und Verzweiflung, der Aufopferung und des Todes. Der Warschauer Aufstand stellt die größte bewaffnete Erhebung gegen Nazideutschland während des gesamten Zweiten Weltkrieges dar. Am Ende stand die völlige Vernichtung Warschaus sowie der Tod von fast einer Viertelmillion Menschen und die Vertreibung von ca. 700 000 Zivilisten. Die mangelhafte Unterstützung der westlichen Alliierten, allen voran das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, sowie die kontroverse Haltung der Sowjetunion zum Aufstand spielten eine entscheidende Rolle bei dessen brutaler Niederschlagung. Für das polnische Selbstverständnis stellt der Aufstand ein

herausragendes Ereignis dar und prägt nach wie vor die polnische Gesellschaft. Bereits vor der Kapitulation Warschaus am 27. September 1939 hatten sich im Untergrund mehrere Widerstandsgruppen gebildet, die sich auf eine lange Besetzung Warschaus durch deutsche Truppen vorbereiteten. Den größten Teil stellte dabei die spätere *Armia Krajowa* dar, die sich politisch der polnischen Exilregierung unter Präsident Władysław Raczkiewicz unterstellte. Diese war nach der Eroberung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen und dem damit verbundenen Ende der polnischen Staatlichkeit zunächst in Frankreich, ab Juni 1940 dann in England ansässig. Dabei genoss die Exilregierung sowohl die Anerkennung der Westmächte, als auch die des größten Teils der polnischen Bevölkerung im besetzten Polen und stellte damit die direkte Nachfolge der Zweiten Polnischen Republik dar. Das vorrangige Ziel bestand in der militärischen Besiegung Nazideutschlands, um nach dessen Niederlage die Staatlichkeit in Polen wieder herzustellen. Neben dem Aufbau



27.09.1939



Kapitulation Warschaus, Beginn der Besetzung.

einer regulären polnischen Armee im Exil entstand daher ein Untergrundstaat, der sich im besetzten Polen um die administrativen Aufgaben der Exilregierung kümmern sollte und die Kommunikation nach Paris bzw. London aufrechterhielt. Den militärischen Arm des Untergrundstaates bildete die *Armia Krajowa*, deren Leitung General Tadeusz „Bór“ Komorowski innehatte. Dieses komplexe System von zivilen und militärischen Organisationen, welche sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit ab Kriegsbeginn etablieren konnten, zeigt, dass es sich bei dem Warschauer Aufstand keineswegs um einen spontanen Aufstand, sondern um eine lange vorbereitete Erhebung handelte. Noch bevor die Rote Armee am 4. Januar 1944 die polnische Vorkriegsgrenze im Gebiet der heutigen Ukraine überschritt, wurde von der AK-Führung die Operation *Burza* (dt. Sturm) initiiert, die vorsah, verstärkte Sabotageakte und Ablenkungsangriffe gegen die sich zurückziehenden deutschen Truppen auszuführen und so das Gebiet vor der roten Armee zu befreien. Hinter dieser Aktion stand der Gedanke, dass die sowjetische Streitmacht die polnische Autonomie in den von der Wehrmacht und Waffen-SS befreiten Gebieten und damit die Rechtmäßigkeit der polnischen Exilregierung zu akzeptieren habe. Während der ersten Hälfte des

Jahres 1944 kämpften polnische Heimatarmeeeinheiten zusammen mit der sowjetischen Roten Armee um Städte wie Lemberg und Wilna. Polnische Einheiten wurden jedoch nach den militärischen Aktion entwaffnet und in die sowjetische Armee zwangseingegliedert, deportiert oder getötet. Denn so wie der Aufstand militärisch gegen die deutschen Okkupanten zielte, so richtete er sich politisch gegen eine Einflussnahme der kommunistischen Sowjetunion im westlich orientierten demokratischen Polen nach Ende des Krieges.

„Als wir am 1. August unseren Stützpunkt verließen, erblickte ich meinen alten Freund Oleg Tyrawski an der Spitze seines Zuges. Zum Unterhalten war keine Zeit, und so winkten wir bloß. Ein paar Minuten später, gegen 15 Uhr, als sie gerade die Mickiewicza Straße überquerten, eröffnete ein deutscher Panzer das Feuer, und Oleg wurde in die Stirn getroffen. Er war auf der Stelle tot. Vielleicht war er das erste Opfer des Aufstands...“

Stanislaw Likiernik, zitiert nach:
DAVIS, 2003, S.288.

01.12.1943



Auf der Konferenz von Teheran wird Polen als Teil der sowjetischen Einflussphäre durch die Westalliierten (ohne Polen) anerkannt.

Der Beginn der Kämpfe – Die ersten Tage des Sommers

In weiten Teilen Polens war es im Zuge des Einmarsches der Roten Armee bereits am 4. Januar 1944 zu gewaltsamen Erhebungen von Einheiten der Heimatarmee gekommen. In Warschau begann die Erhebung am 1. August 1944 um 17 Uhr, der „Stunde W“.

Die Bereitschaft zum Aufstand bestand bereits seit dem 25. Juli. Gründe für eine zeitnahe Erhebung gab es viele: Zum einen stand die Rote Armee nur noch wenige Kilometer vor Warschau, was dazu führte, dass die deutschen Truppen bereits am 22. Juli angefangen hatten ihre



Soldaten der polnischen Heimatarmee,
Quelle: Bundesarchiv,
Bild 146-1989-082-05/o.Ang CC-BY-SA 3.0.

„Zehn Minuten Sorglosigkeit und heiterer Himmel. Dann plötzlich zerbarst alles, und mein Blickwinkel änderte sich, denn ich kroch auf allen vieren vorwärts. Wir befanden uns in einem zur Vorstadt gehörenden Gelände mit Gemüsegarten und vereinzelt, an die Felder grenzenden Häusern, die durch die SS so gut besetzt war, dass es den Aufständischen nicht gelang, es zu erobern – und nun schossen hier Maschinengewehre auf alles, was sich bewegte.

In der Nähe wohnte eine befreundete Familie, aber wenn man weder gehen noch laufen kann, wird das Überwinden einer Hundertmeterstrecke zur Weltreise.“

Czesław Miłosz, zitiert nach:
DAVIS 2003, S.293.



04.01.1944

Im Zuge der Frühjahrsoffensive betritt die Rote Armee zum ersten Mal nach 1941 wieder polnischen Boden.

27.07.1944

Hitler erklärt Warschau zur Festung.

zivilen und administrativen Kräfte aus Warschau abzuziehen. Als Hitler Warschau am 27. des Monats zur Festung erklärte und damit die Stadt um jeden Preis verteidigt werden musste, kehrten die deutschen Truppen in die Weichsel-Metropole zurück. Der Schwung der sowjetischen Frühjahrsoffensive schien in diesen Tagen vor Warschau keinen Halt zu machen und so sollten 100 000 Warschauer als Zwangsarbeiter Festungsarbeiten durchführen, welche jedoch durch einen Aufruf der polnischen Untergrundregierung bestreikt wurden. Des Weiteren hatte das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (*PKWN – Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego*), eine polnische Marionettenregierung unter Stalin, Ende Juli öffentlich die Curzon-Linie als neue polnisch-sowjetische Grenze akzeptiert und dafür die Erlaubnis erhalten mit administrativen Aufgaben in den polnischen Gebieten zu beginnen. Eine Eroberung Warschaus durch die regierungstreue Heimatarmee war für die Londoner Exilregierung damit unabdingbar geworden, wollte sie ihre politische Autorität gegenüber der Sowjetunion nicht gänzlich verlieren. Die Bekanntgabe des Attentats auf Hitler vom 20. Juli ließ zudem auf eine moralisch angeschlagene deut-

sche Besatzungstruppe hoffen. Als dann am 31. Juli die ersten Truppen des sowjetischen Marschalls Konstanty Rokossowski die östlichen Ausläufer Warschaus erreichten, war die Entscheidung gefallen. Die Warschauer AK Zelle unter Hauptkommandeur Antoni Chruściel war zu diesem Zeitpunkt etwa 40 000 bis 50 000 Mann stark, wovon jedoch nur ca. 2500 Mann bewaffnet waren. Etwa 600 Kompanien zu je 50–100 Mann, die gewöhnlich den Decknahmen des befehlshabenden Offiziers trugen, schwärmten an diesem 1. August aus. Vereinzelt Scharmützel ereigneten sich jedoch schon einige Stunden vor der „Stunde W“, sodass die deutsche Garnison bereits gegen 16.30 Uhr in Alarmbereitschaft war. Dennoch eroberte die Aufständischen in den ersten Tagen einen großen Teil Warschaus, vornehmlich in den Gebieten westlich der Weichsel, darunter das Stadtzentrum, die Altstadt, die Bezirke Wola und Powiśle, sowie Teile von Ochota, Mokotów und Żoliborz. Die Eroberung von Praga östlich der Weichsel schlug aufgrund starker deutscher Verbände fehl. Die Aufständischen unter Major Alfons Kotowski zogen sich daraufhin in die Kampinoska Wälder außerhalb Warschaus zurück, wo sie bis zum Ende des Aufstands verbleiben sollten.

31.07.1944

01.08.1944

Die Rote Armee erreicht die Ausläufer Warschaus.

Beginn des Warschauer Aufstands um 17 Uhr (Stunde W für Wyzwolenie – Befreiung).



Das Gebiet des Aufstands in seiner größten Ausdehnung am 4. August 1944.

Karte: Sven Weimert.



04.08.1944



Größte Ausdehnung des von den
Aufständischen kontrollierten Gebiets.

Trotz massiver Gebietsgewinne konnten die Aufständischen wichtige strategische Ziele nicht erreichen. So konnten weder der Flughafen, noch die Weichselbrücken oder das Parlamentsgebäude eingenommen werden. Wichtige Verteidigungsstellungen innerhalb der polnischen Gebiete verblieben in deutscher Hand. Dennoch war die Stimmung euphorisch, der lang erwartete Aufstand hatte endlich begonnen. Nun ging es darum, lebenswichtige Ressourcen zu sichern und Warschau zu halten, bis Entsatz durch die Rote Armee erfolgen würde. Am 2. August jedoch starteten die deutschen Truppen in Prag einen massiven Angriff gegen die Rote Armee, die vor den Toren Warschaws wartete und warf diese fast 80 km weit nach Osten zurück. Der Aufstand, der nur als kurzzeitige Aktion geplant war, würde sich vielleicht entscheidend verlängern. Nachdem das Überraschungsmoment nach den ersten Tagen praktisch aufgebraucht war, etablierten sich etwas klarere Grenzverläufe und die Wehrmacht begann, gemäß einem Führerbefehl, alle Polen, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter, zu erschießen. Einheiten des SS-Gruppenführers Reinefarth waren zur Verstärkung nach Warschau beordert worden und richteten am 4. und 5. August ein

Massaker im Bezirk Wola unter der Zivilbevölkerung an. Schätzungen gehen von 20 000 bis 50 000 Toten aus. Inzwischen war SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski ebenfalls in Warschau eingetroffen und übernahm das Oberkommando über die deutschen Truppen. Da die Aufständischen sich dem Problem ständiger massiver Engpässen bei Ausrüstung und Munition ausgesetzt sahen, war die Eroberung von deutschen Munitionslagern ein wichtiges strategisches Ziel. Die AK verwendete deutsche Ausrüstung aus Lagern und von getöteten oder gefangen genommenen deutschen Soldaten. Um dennoch als Kombattanten erkannt zu werden, trug jeder Angehörige der Heimatarmee eine rot-weiße Armbinde. Nicht nur kleinkalibrige Waffen, auch mehrere Panther-Panzer der Wehrmacht wurden erbeutet. Eine Woche nach dem Aufstand betrug die Fläche des von den Aufständischen kontrollierten Gebiets 80 Quadratkilometer. Selbst mit den eingetroffenen Unterstützungseinheiten gelang es den nun fast 50 000 deutschen Soldaten nicht flächendeckend anzugreifen und so verlagerte sich das Geschehen auf strategische Schlüsselpunkte wie das Post- oder Telegraphenamts.

04./05.08.1944



Massaker in den Bezirken Wola und Ochota durch die Brigade Dirlewanger.

Beginn der alliierten Hilfslieferungen, geführt durch die RAF.

Leben im Aufstand – Zivilisten zwischen Kino und Massaker

Für die Beobachter bot Warschau in jenen Tagen ein bizarres Bild. In vielen Bezirken tobten heftige Kämpfe, in denen die Wehrmacht Vergeltung an Zivilisten übte mit Massakern, Vergewaltigungen und zahllosen Erschießungen. Für die meisten Zivilisten war eine Flucht aus Warschau nicht möglich. In den befreiten Bereichen jedoch öffneten wieder Cafés, provisorische Postämter, Kioske und sogar Kinos. Den Aufständischen war es gelungen deutsche Filmkameras und Rohfilme

zu erbeuten und so nutzte die Informationsstelle der Heimatarmee diese, um polnische Wochenschauen zu drehen, die die Zivilisten über die Kämpfe informierten.

Der Krieg, der nur wenige Straßenzüge weiter mit voller Brutalität geführt wurde, war zwar allgegenwärtig, doch für eine gewisse Zeit konnten sich die wenigen Glücklichen in scheinbarer Sicherheit wiegen. Je länger der Aufstand andauerte und je mehr Stadtviertel die deutsche



Die Suche nach Angehörigen, Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-695-0423-06 / Lehrer CC-BY-SA 3.0.



19.08.1944

Die Nachricht vom Pariser Aufstand erreicht Warschau.

02.09.1944

Nach Aufgabe der Altstadt kommt es zu ersten Kapitulationsgesprächen.

Wehrmacht zurückeroberte, desto geringer wurde die Chance auf ein ‚freies‘ Leben. Daher errichteten viele Zivilisten Barrikaden, um die wenige Freiheit, die ihnen die Aufständischen erkämpft hatten, so gut es ging zu beschützen. Den Großteil des Tages verbrachten die Warschauer in den Kellern ihrer Häuser, wobei die Wände zu den Nachbarhäusern oft durchbrochen wurden und so ein regelrechtes Verbindungsnetz entstand. Das Hauptproblem stellte die Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln dar. Die deutschen Truppen hatten bereits früh im August die Wasserwerke besetzt und so die Trinkwasserversorgung der polnisch kontrollierten Gebiete abgeschnitten. Dem Wassermangel konnte nur mit der Aushebung tausender Brunnen begegnet werden, deren Benutzung jedoch nicht ungefährlich war, da jede größere Menschenansammlung sofort von deutschen Sturzkampfbombern unter Beschuss genommen wurde.

In den befreiten Bezirken etablierte sich bereits nach kurzer Zeit eine zivile Verwaltung, die vom Polnischen Untergrundstaat getragen wurde. So gab es in jedem der Stadtbezirke einen eigenen Bürgermeister, Polizei und Postdienste. Außerdem wurde Gerichtsverhandlungen

abgehalten, die sich an dem bestehenden Recht von 1939 orientierten. Da die meisten Polen die Londoner Exilregierung, in deren Namen der Untergrundstaat und die AK agierten, als rechtmäßige Nachfolgeregierung der polnischen Republik betrachteten, verwundert es nicht, dass sich der Großteil der Zivilbevölkerung mit dem Aufstand solidarisierte und sich beispielsweise beim Bau von Barrikaden oder der Versorgung von Verwundeten engagierte. Eine größere Gruppe von Kollaborateuren mit den Deutschen war nicht auszumachen. Wer sich nicht einbrachte, hielt sich weitestgehend im Verborgenen und wartete auf den Ausgang des Aufstands.

War die Moral der Zivilbevölkerung am Anfang des Aufstands noch ungebrochen, so sank sie mit jedem Tag, an dem die zu erwartende Hilfe, vor allem von der Roten Armee, ausblieb und neue Nachrichten von deutschen Gräueltaten bekannt wurden.

13.09.1944



Beginn der sowjetischen Hilfslieferungen.

Eroberung Pragas durch die Rote Armee.

„Es ist der totale Krieg. Jede Straße in der Stadt war ein Schlachtfeld (...) Die Minenwerfer, Artillerie und Flugzeuge des Feindes fordern zahlreiche Menschenleben. Der Schaden an Eigentum ist unabsehbar. Das normale Leben (...) steht vollkommen still.“

Der britische Beobachter Leutnant John Ward, aus einem Funkspruch nach London, zitiert nach: DAVIS 2003, S.332.

„Irgendwann kam unsere Einheit an einem halb zerstörten Haus vorbei. Ein alter Mann kam aus dem Tor und sagte, mit der Hand auf die Trümmerweisend, bitter: ‚Seht her, was ihr getan habt!‘ (...) Wir gingen wortlos an ihm vorbei. Was gab es zu sagen? (...) Er war nicht der einzige, der so empfand, und wir hatten mehr als einmal ähnliche Klagen gehört. Verwirrt liefen wir weiter, als wenn wir uns plötzlich schuldig fühlten. (...) Für uns war es eine Frage der ‚Ideale‘, für ihn aber war es sein Haus.“

Andrzej Janicki, zitiert nach: DAVIS 2003, S.418.

Trotz der Notlage der Bevölkerung, der schlechten Nahrungsmittelversorgung, der fehlenden Medikamente und der ständigen Bedrohung durch die Deutschen, war ein Großteil der Warschauer bereit bis zum Ende auszuhalten. In den zunehmend kleiner werdenden Enklaven lebten immer mehr Menschen dicht gedrängt. Da vor Beginn des Aufstands von der AK-Leitung nur ein kurzer, maximal

eine Woche dauernder Kampf erwartet wurde, waren Überlegungen zur Versorgung der Zivilbevölkerung größtenteils vernachlässigt worden. Das Problem der mangelhaften Versorgung blieb bis zum Ende des Aufstands bestehen, auch wenn sich die Kapazitäten der zahlreichen Untergrundbäckereien, -werkstätten und -krankenhäuser steigerten.



14./15.09.1944



Entsatzversuch durch die 1. polnische Armee (Berling-Armee).

Erwähnenswert ist außerdem die Tatsache, dass es neben einer im Verborgenen arbeitenden freien Presse auch ein illegales Schul- und Hochschulsystem gab, das selbst in Zeiten des bewaffne-

ten Konflikts im Sommer 1944 weiterarbeitete. Hier zeigt sich, wie effektiv der zivile Untergrundstaat während der Besatzungszeit war.

Der Häuserkampf – Inseln des Widerstands

In der zweiten Augustwoche befreiten die Aufständischen das KZ Gesiowka, das seit dem Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 das einzige Lager in Warschau selbst bildete und im Bezirk des ehemaligen Ghettos aufgebaut worden war. Ein Teil der befreiten Juden schloss sich daraufhin dem Aufstand an. Trotz einiger einzelner Erfolge war die AK seit dem Ende der ersten Woche in der Defensive und verlor mehr und mehr Boden gegen die deutsche Armee. Am 11. August eroberten deutsche Truppen die verbliebenen Teile von Wola und Ochota und griffen die Altstadt rund um die Uhr an. Nach drei Wochen war das von den Aufständischen kontrollierte Gebiet auf drei Enklaven reduziert worden: Mokotów im Süden, das Stadtzentrum und die Altstadt in der Mitte und Żoliborz im Norden. Der Aufstand entwickelte sich zum Stellungskrieg, in dem eine oberirdische Kommunikation

zwischen den Bereichen praktisch unmöglich wurde. Die einzige Alternative stellten die Boten des Abwasserkanalisationssystems dar.

Am 19. August erreichten zwei sehr gegensätzliche Meldungen die Hauptkommandantur der AK: Zum einen befand sich Paris im Generalstreik. Dieser Befreiungskampf wurde unter den gleichen Prämissen und ähnlichen Bedingungen unternommen wie der Warschauer und hatte höchste Aussichten auf Erfolg. Zum anderen hatten deutsche Truppen unter SS-Gruppenführer Reinefarth angefangen die Altstadt anzugreifen. Doch die positive Stimmung überwog. Als einen Tag später das seit Anfang des Aufstands umkämpfte PAST-Gebäude endgültig von der AK eingenommen wurde und am 23. August auch noch die Heiliges-Kreuz-Kirche sowie das Polizeihauptquartier, schien sich das Blatt zugunsten des Aufstands zu

18.09.1944



Großangelegte Hilfslieferung der USAAF (im Zuge der *Operation Frantic*).

23.09.1944



Deutscher Gegenangriff vernichtet Brückenköpfe der Berling-Armee, Einsatz damit unmöglich.

wenden. Doch die schwierige Versorgungslage mit kriegswichtigen Gütern und die Massenbombardements auf Altstadt und Stadtmitte verschlimmerten die Lage zusehends. Am 2. September wurde die Altstadt aufgegeben, AK-Truppen und Zivilisten zogen sich durch die Kanalisation nach Żoliborz oder ins Stadtzentrum zurück. Zurück blieben ca. 35 000 Zivilisten und 7000 transportunfähige Verwundete, welche nach Eintreffen der Wehrmacht entweder in Konzentra-

tionslager geschickt oder an Ort und Stelle erschossen wurden. Nach über vier Wochen entschied die Leitung des Aufstands Kapitulationsgespräche mit SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski aufzunehmen, da die Notlage der Bevölkerung unhaltbar geworden war und die Aussichten auf einen baldigen Entsatz durch sowjetische Truppen oder ein verstärktes anglo-amerikanisches Engagement zusehends schwanden.



Das Gebiet des Aufstands um den 10. September 1944.
Karte: Sven Weimert.



27.09 – 30.09.1944

Kapitulation aller Enklaven,
außer des Stadtzentrums.

02.10.1944

Unterzeichnung der
Waffenstillstandsvereinbarung.

Die Kanäle – Fluchtmöglichkeit und Todesfalle

Die Warschauer Kanalisation war mitunter die einzige Möglichkeit Kontakt zwischen den Stadtbezirken aufzunehmen – entweder durch Boten oder durch die Verlegung eines Telefonkabels. Aber nicht nur als Kommunikationsweg wurde sie gebraucht. Gewaltige Mengen von Zivilisten nutzen sie unter Führung der Heimatarmee als letzten Weg der Evakuierung.

Zwar war die Gefahr hier von den Deutschen entdeckt zu werden gering, dieses wurde jedoch durch andere gravierende Nachteile erkauft: Die Deutschen hatten

den Kampf in der Kanalisation schon durch den Aufstand im Ghetto 1943 kennen gelernt und agierten mit Nervengas und Handgranaten. Dennoch war die Kanalisation sicherer als die Oberfläche.

Wenige Meter unter den Straßen unterquerten Tausende Polen unbemerkt den Weg zwischen den aufständischen Enklaven. Ermöglicht wurde dies auch dank des Umstandes, dass es im August und September 1944 so gut wie niemals regnete und die Kanäle damit sehr wenig Wasser führten. Dennoch sollten die Kanäle zum Grab vieler Warschauer werden.

Gefangennahme eines polnischen Soldaten der polnischen Heimatarmee,

Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1994-054-30 / Ahrens CC-BY-SA 3.0.



03.10.1944



Endes des Aufstands.

Engel der Lüfte? – Die Rolle der westlichen Alliierten

„In dieser Nacht vom 13. auf den 14. August über Warschau sichtete meine Besatzung eine viermotorige Maschine, die niedriger flog als unsere und sich von den Feuern der Stadt abhob.

Sie hatte die Nase nach unten gerichtet, als käme sie sehr niedrig herein, um zu landen, und sie lieferte sich ein Gefecht mit der deutschen Flakbatterie und einem Suchscheinwerfer in der Nähe. Es konnte sich nur um eine der Halifax-Maschinen der (polnischen) 1586. Special-Duties-Staffel handeln (...).

Höchstwahrscheinlich hatte das Flugzeug seine Waffen- und Munitionsvorräte bereits abgeworfen, und die Besatzung beteiligte sich jetzt an dem Kampf, solange es ihr möglich war. Das war der Geist der polnischen Flieger, die zur Unterstützung des Warschauer Aufstands flogen.“

Alan McIntosh, zitiert nach: DAVIS 2003, S.352.

Als die Londoner Exilregierung am Nachmittag des 2. August von General Bór-Komorowski die Nachricht über den Beginn des Aufstands erhielt, wandte sie sich postwendend an die alliierten Kommandeure, um Hilfe für Warschau zu erbeten. Bereits in der Nacht vom 4. auf den 5. August warfen die ersten RAF Bomber Hilfslieferungen, vornehmlich aus Munition und Waffen bestehend, über Warschau ab. Sie waren in Brindisi in Italien gestartet und erlitten während ihrer Mission schwere Verluste. Die britischen Luftwaffenkommandeure stellten deshalb die Flüge bis auf weiteres ein, mit der Begründung, dass sie zu kostspielig und wenig effizient seien und dass die Sowjetunion in einer weitaus besseren Lage sei, Hilfe zu leisten. Auf persönlichen Druck des englischen Premiers Churchill

wurden die Flüge aber bald wieder aufgenommen und bis zum Ende des Aufstands weitergeführt – zum Teil von polnischen Exilpiloten. Die britischen Missionen erreichten während des gesamten Aufstands jedoch nie eine hohe Effektivität, da die Tragelast durch die lange Flugstrecke stark begrenzt war. Die Flugzeuge mussten zusätzlich Kraftstoff für den Rückweg einkalkulieren aufgrund der Weigerung der Sowjetunion alliierte Flieger auf sowjetischen Flugplätzen landen zu lassen. Einige Besatzungen berichteten sogar über sowjetischen Beschuss. Roosevelt und Churchill nahmen die ablehnende Haltung Stalins schließlich hin, um das gemeinsame Ziel der Zerschlagung Nazi-Deutschlands nicht zu gefährden.

Der rote Riese – Die Rolle der Sowjetunion

Der Rolle der Sowjetunion im Warschauer Aufstand ist für Außenstehende zunächst schwer begreiflich. Der Schwung der Frühjahrsoffensive 1944 hatte eine ganze deutsche Heeresgruppe zusammenbrechen lassen und nun stoppte die Rote Armee ausgerechnet vor den Toren Warschaus. Bis Mitte September machte Marschall Rokossowski keinerlei Anstalten den Aufständischen zu helfen. Zu Beginn des Aufstands reiste der polnische Premierminister Mikołajczyk nach Moskau um mit Stalin persönlich über eine sowjetische Unterstützung zu verhandeln. Die Haltung Stalins war höchst ambivalent und schwankte zwischen Zusicherung des Eingreifens der Roten Armee und völliger Ablehnung des Aufstands.

Diese unverbindlichen Versprechen hatten ihren Grund – was Mikołajczyk jedoch nicht ahnen konnte. Auf der Konferenz von Teheran 1943 hatte Stalin Roosevelt und Churchill die Zustimmung abgerungen, dass Polen in der zukünftigen Weltordnung innerhalb der sowjetischen Einflusszone liegen würde. Insofern kam Stalin die Niederschlagung des Aufstands gelegen, bedeutete dies doch das Ende der politischen Autorität der Londoner Exilregierung. Also erhielt Rokossowski den Befehl nahe Warschau in defensiver Stellung abzuwarten. Doch nachdem die Heimatarmee sich bereits mehr als einen Monat gegen die Deutschen behaupten konnte, musste die Sowjetunion ihre passive Position



Weichselbrücke.

Quelle: Bundesarchiv, Bild 101I-695-0412-01 / Götze CC-BY-SA 3.0

aufgeben. Am 11. September stimmte Stalin deshalb der Nutzung sowjetischer Flughäfen zu (*Operation Frantic*), ab dem 13. September warfen sowjetische Maschinen erstmals Hilfsgüter über Warschau ab – jedoch ohne Fallschirm. Die Waffen waren dadurch zum Teil so stark beschädigt, dass sie nutzlos geworden waren. Hilfe kam nun auch von den sowjetischen Truppen am Boden, größtenteils durch die sogenannte Berling-Armee, eine von General Zygmunt Berling kommandierte polnische Armee, die im Jahr zuvor in der Sowjetunion aufgestellt

worden war. Am 24. September beschloss die PKWN auf russischen Befehl ein Dekret, das die Auflösung der AK beinhaltete und Angehörigen der Heimatarmee zu Kriegsverbrechern erklärte. Dieses Dekret sollte für die nächsten 45 Jahre Bestand haben und die Erinnerungskultur in Polen entscheidend beeinflussen. Nach dem Krieg wurden fast alle Mitglieder des polnischen Untergrundstaates inhaftiert und in russische Lager geschickt, in denen die meisten starben. Ihre Rehabilitation erfolgte erst durch die Dritte Polnische Republik im Jahre 1990.

Die letzte Hoffnung und Kapitulation

Nachdem am 2. September die Altstadt aufgegeben und es bereits zu Kapitulationsverhandlungen zwischen der AK und der deutschen Armee gekommen war, wirkte die Eroberung Pragas durch die Rote Armee wie ein Wunder. Nach sechs Wochen bewegte sich endlich etwas östlich der Weichsel. Die Wehrmacht beschränkte sich nun vollständig darauf, das linke Weichselufer von Warschau zu halten. Sie vermutete den Zusammenschluss der Roten Armee mit der Heimatarmee binnen der nächsten Tage und sprengte sämtliche Brücken der Weichsel.

Der Einsatzversuch durch die 1. polnische Armee erfolgte in der Nacht vom 14. auf den 15. September, eine weitere Landung erfolgte einen Tag später.

Die russischen Verbände unterstützten

das Vorhaben der Berling-Armee nur zögerlich und so wurden ein Großteil der Einsatztruppen auf ihrem Weg über die Weichsel von den befestigten deutschen Stellungen getötet.

Am 23. September vernichtete ein massiver deutscher Gegenangriff die bis dahin von den Soldaten der 1. Polnischen Armee gesicherten Brückenköpfe. Die Berling-Armee musste sich nach Praga zurückziehen. Ein weiterer Versuch des Einsatzes wurde nicht unternommen.

Die Situation Ende September ähnelte daher der vom Anfang des Monats: Den Aufständischen verblieben drei Zentren des Widerstands in Mokotów, dem Stadtzentrum und Żoliborz, die jedoch allesamt von Tag zu Tag kleiner wurden. Da auch die Rote Armee weiterhin keine

Anstalten machte die deutschen Truppen anzugreifen, widmete sich von dem Bach-Zelewski der Gruppe von AK-Soldaten, die nach dem fehlgeschlagenen Angriff auf Praga in die Wälder geflohen waren und erzwang am 29. September deren Kapitulation. Unter wachsendem Druck schmolzen auch die verbleibenden Bezirke recht schnell: Mokotów, die südliche Enklave, kapitulierte am 27. September, Żoliborz im Norden drei Tage später. Am 1. Oktober, genau zwei Monate nach Beginn des Aufstands, hielten AK-Truppen nur noch eine kleine Enklave in der Stadtmitte. General Bór-Komorowski musste sich ergeben. Der Kapitulationsvertrag wurde am 2. Oktober unterzeichnet. Er sicherte den Aufständischen den Kombattantenstatus zu, der sie nun

offiziell zu Kriegsgefangenen machte. Etwa 15 000 Soldaten der Heimatarmee gaben daraufhin bis zum 5. Oktober ihre Waffen ab und wanderten in deutsche Kriegsgefangenschaft. General Bór-Komorowski ging mit seinen Soldaten. Der 63 Tage währende Kampf um die Befreiung der polnischen Hauptstadt war damit beendet.

Nach dem Ende der Kämpfe begannen deutsche Sprengkommandos auf Führerbefehl Warschau systematisch zu brandschatzen und die verbliebene Bevölkerung zu vertreiben. Bis zum endgültigen Eintreffen der Roten Armee im Januar 1945 hatte Warschau fast 80 % der Bausubstanz verloren, davon ca. 25 % während des Aufstands und ca. 35 % aufgrund späterer systematischer Zerstörung.



Deutsche Soldaten nach dem Ende des Aufstands.

Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1973-113-23 / Schremmer CC-BY-SA 3.0.

Einen der letzten Funksprüche aus Warschau empfing die Londoner Exilregierung am 2. Oktober kurz vor der Unterzeichnung der Kapitulation vom Ministerrat des Untergrundstaates. Churchill beschreibt diesen in seinen Memoiren:

„Das ist die heilige Wahrheit.

Wir sind schlimmer behandelt worden als Hitlers Satelliten, schlimmer als Italien, Rumänien, Finnland. Mag Gott der Gerechte sein Urteil über die furchtbare Ungerechtigkeit fällen, die dem polnischen Volk widerfahren ist, und möge Er alle Schuldigen strafen. Unsere Helden sind die Soldaten, deren einzige Waffe gegen Panzer, Flugzeuge und Geschütze ihre Revolver und Petroleumflaschen waren. Unsere Helden sind die Frauen, die die Verwundeten pflegten und unter Kugeln Meldedienste leisteten, die in zerbombten Kellern für Kinder und Erwachsene kochten, die den Sterbenden Linderung brachten und trösteten. Unsere Helden sind die Kinder, die in den rauchenden Ruinen unschuldsvoll spielten.

Das sind die Menschen Warschaus.

Ein Volk, in dem solche Tapferkeit lebt, ist unsterblich. Denn jene, die starben, haben gesiegt, und jene, die leben, werden weiterkämpfen, werden siegen und wiederum Zeugnis dafür ablegen, dass Polen lebt, solange Polen leben.“

Der Untergrund-Ministerrat, zitiert nach: DAVIS 2003, S.469.

Von fast einer Million Einwohner zu Beginn des Aufstands blieben nur etwa 5000 Überlebende in Warschau. Diese werden, in Anlehnung an Defoes Roman *Robin Crusoe*, *Robinsons* genannt.

Einige abschließende Bemerkungen zum Warschauer Aufstand: Für viele Polen stellt die Niederschlagung des Warschauer Aufstands immer noch die größte Wunde im nationalen Gedächtnis dar und fügt sich als Höhepunkt in die von Krzysztof Ruchniewicz als martyrologisch bezeichnete historische Erinnerung ein (RUCHNIEWICZ 2005).

Neben der augenscheinlichen Wirkung auf das deutsch-polnische Verhältnis, haben vor allem die Nichteinmischung der Sowjetunion, das tatenlose Zusehen der russischen Armee in diesen Monaten des Sommers 1944 und die über vier Dekaden anhalte Repression der Polnischen Volksrepublik ihre Spuren hinterlassen. Eine Analyse Polens, seiner Politik und Gesellschaft muss sich zwingend auch an jenen Ereignisse orientieren, denn aus ihnen ergeben sich Folgen für die gegenwärtige und künftige Politik.

Literaturnachweis

- Behrends, Jan C.**, Rezension zu „Borodziej, Włodzimierz: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt am Main, 2001“, in: H-Soz-u-Kult, 20.02.2003, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-1-098>, letzter Zugriff: 11.10.2010.
- Benecke, Werner**: Der Warschauer Aufstand 1944, in: Osteuropa 54 (2004), S. 13-26.
- Bingen, Dieter**: Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen, Bonn 2009, S.70-77.
- Borodziej, Włodzimierz**: Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt 2001.
- Davies, Norman**: Aufstand der Verlorenen, München 2003.
- Friszke, Andrzej**: Die kommunistischen Regierungen in Polen 1944/45 bis 1980, in: Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): Länderbericht Polen, Bonn 2009, S. 78-97.
- Hanson, Joanna K.M.**: The civilian population and the Warsaw Rising of 1944, Cambridge 2004.
- Ruchniewicz, Krzysztof**: Die historische Erinnerung in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Deutschland und Polen, 5-6, (2005), S.18-26.
- Urban, Thomas**: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, Bonn 2005.

Feindliche Rivalität, trügerische ‚Annäherung‘, Katastrophe

Gegenseitige Wahrnehmung von 1918 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

von Claas Neumann

Vom ‚Reichsfeind‘ zum ‚Untermenschen‘

Der Weg zu deutschen Gräueltaten vor dem Hintergrund langlebiger Stereotypen

Als der deutsche Publizist und Politiker Hellmut von Gerlach 1930 in seinem Artikel *Wandlungen der deutschen Mentalität seit 1918* ernüchtert feststellte, man habe zuzugeben, dass „das deutsche Volk von allen Völkern Europas dem polnischen am ablehnendsten gegenübersteht“, traf er mit seinem Urteil den sprichwörtlichen Nerv der Zeit. Scharfsinnig zeigte sich auch seine Begründung dieses Umstands: „Es könnte fast so scheinen, als wenn als Rest der Kriegspsychose das Bedürfnis übriggeblieben wäre, irgendeinen Feind zum Hassen zu haben.“ (zitiert nach ZIEMER 2000, S. 14). Gemeint war das deutsche ‚Trauma‘ in Folge der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Und in der Tat wurde der nach 123-jähriger Fremdherrschaft wiedererstandene polnische Staat bevorzugtes Ziel und Auffangbecken der in diesem Zusammenhang entstandenen Frustrationen einer Vielzahl von Deutschen – Polen wurde regelrecht zum ‚ewigen Reichsfeind‘ erklärt. Die Gründe dieser konzentrierten Projizierung gestalteten sich vielfältig. So waren viele nicht bereit, sich mit den Gebietsverlusten zu Gunsten Polens abzufinden.

Darüber hinaus symbolisierte Polen „allein schon durch seine staatliche Existenz den Verlust preußisch-deutscher Vormachstellung“ (JAWORSKI 1999, S. 65) – eine allzu schmerzhaft kollektive Erfahrung der Deutschen, die nun zum festen Bestandteil alltäglicher Gegenwartigkeit geworden war. Ebenso widersprach die polnische Unabhängigkeit und die damit verbundene prinzipielle nationale Gleichrangigkeit beider Länder dem gängigen Stereotyp, die Polen seien zu keiner selbstständigen Staatsbildung fähig und den Deutschen grundsätzlich unterlegen. Daneben unterstützten die engen polnisch-französischen Beziehungen, welche Polen aus deutscher Sicht zum Teil des als unerträglich angesehenen Versailler Systems und zu einem Bündnispartner des ‚Erbfeindes‘ gemacht hatten, die Konstruktion des Bild Polens als Widersacher Deutschlands.

Die Verbreitung des Mythos einer ewigwährenden ‚tausendjährigen deutsch-polnischen Feindschaft‘, welcher Antworten auf die jüngsten Konflikte geben sollte, erstreckte sich über nahezu alle gesellschaftlichen Schichten und wurde

im Zusammenspiel mit Revisionsabsichten und antipolnischer Grundhaltung „zu einem der wenigen konsensfähigen Integrationsfaktoren innerhalb der deutschen Nachkriegsgesellschaft“ (SCHOLZ 2000, S. 106).

Polenfeindliche Ansichten und die Ablehnung des ‚Räuber-‘ oder ‚Saisonstaates‘, welcher aufgrund der ‚polnischen Wirtschaft‘ von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, galten gewissermaßen als Ausdruck tiefsten Patriotismus. Vor diesem Hintergrund lässt sich außerdem erklären, weshalb es nur in äußerst wenigen Fällen zu friedlichen Vermittlungsversuchen von deutscher Seite aus kam. Das hier gezeigte Engagement – vor allem durch einzelne katholische, sozial-demokratische und pazifistische Intellektuelle – verpuffte im Angesicht der übermächtigen Schwarzmalerei durch die tonangebenden Zirkel in Politik und Militär. Seinen Niederschlag fand der damalige deutsche Antipolonismus in mythenfördernder Geschichtsschreibung, die nun verstärkt auf der Grundlage der „nationalen Verantwortung des Historikers“ (GUTH 2006, S. 223) verfasst wurde, und in hetzerischen Karikaturen. Fußend auf den Merkmalszuschreibungen der ‚polnischen Wirtschaft‘, gingen besonders deutsche Satirezeitschriften, wie etwa der Berliner Kladderadatsch, dazu über, polnische Bürger und das Land selbst in höchst verachtender Weise darzustellen. So wurden die Polen laut Rudolf Jaworski hier nicht nur „als heruntergekommenes Gesindel“ sowie „hinterhältig“



Karikatur 1 – Der bescheidene Pole.
Kladderadatsch Nr. 43, 1918.



Karikatur 2 – Politur.
Kladderadatsch Nr. 30, 1919.

präsentiert, sondern zudem als „stets zum feigen Angriff bereit“ und als „Halbbarbaren“, die „auf einer niedrigen Zivilisationsstufe stehengeblieben“ seien (JAWORSKI 1999, S. 64).

Anfangs verzichtete man noch auf die im späteren Verlauf anzutreffende Darstellung der Polen als Bestien oder Ungeziefer – als polnischer Wolf, polnische Laus oder Ratte – und konzentrierte sich dar-

auf, die Versailler Grenzziehungen sowie die den Polen unterstellte Unersättlichkeit hinsichtlich der Gebietsforderungen zu kritisieren (Karikatur 1). Rasch verbanden sich diese Vorwürfe jedoch mit dem Gebrauch altbekannter Stereotype. Auf diese Art sollte die polnische Unfähigkeit zur Aufrechterhaltung ihres neuen Staates unterstrichen und die Rechtmäßigkeit desselben delegitimiert werden (Karikatur 2).

In den 1920er und frühen 1930er Jahren schließlich gipfelte die Herabwürdigung der Polen in der Gleichsetzung mit lästigen, ekelerregenden und krankheitsübertragenden Kleintieren wie etwa Ratten oder Küchenschaben, aber auch durchtriebenen Wölfen (Karikatur 3) – negative Zuschreibungen, die bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts präsent gewesen waren und daher auf fruchtbaren Boden fielen (PLEITNER 2001, S. 161-164). Klaus Ziemer (2000, S. 14) sieht hier bereits ernsthafte Andeutungen späterer rassistisch-motivierter Verbrechen der Deutschen am als minderwertig betrachteten polnischen Volk: „Wenn Angehörige eines anderen Volkes auf eine Stufe mit für den Menschen bedrohlichen Tieren gestellt werden, wird eine psychologische Barriere überschritten und zum Völkermord geradezu aufgerufen.“

Dem Machtantritt Hitlers folgte paradoxerweise keine weitere Ausbreitung und Zuspitzung der polenfeindlichen Hetzkampagnen. Vielmehr kam es im Zuge des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934 gar zu einer gegenteiligen

Entwicklung: Um die Beziehungen zu Polen nicht zu gefährden, setzte sich die nationalsozialistische Führung das Ziel, die öffentliche Meinung hinsichtlich des Nachbarstaates positiv zu beeinflussen. So gab das Propagandaministerium dementsprechende – allerdings geheime – Richtlinien an Pressestellen und Radiostationen heraus. Hinter diesem Versuch verbarg sich gewiss politisches Kalkül – sollte Polen doch als zukünftiger ‚Juniorpartner‘ im Verbund gegen die Sowjetunion angeworben werden. Über eine wenig nachhaltige offizielle Sprachregelung gingen diese Maßnahmen jedoch nicht hinaus. Dies zeigte sich insbesondere daran, wie problemlos im Herbst 1939 – nachdem Polen eine Zusammenarbeit nach deutschen Vorstellungen abgelehnt hatte – an das vorherige Feindbild angeknüpft werden konnte. Hier kam es nicht nur zum militärischen Angriff, sondern auch zur zeitgleichen Wiederbelebung der negativen Stereotype, auf deren Grundlage von nun an „das brutalste und denkbar inhumanste Vorgehen gegen das polnische Volk gerechtfertigt werden sollte“ (ZIEMER 2000, S. 15). So berief sich etwa Hitler in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 hinsichtlich der Begründung der Besetzung Polens darauf, dass die Polen – ganz im Sinne der ‚polnischen Wirtschaft‘ – zur selbstständigen Organisation eines Staates nicht fähig seien. Propagandistische Filme, wie z. B. *Feuertaufe*, *Feldzug in Polen*, *Feinde* (alle 1940) oder *Heimkehr* (1941), die die Deutschen als Opfer polnischer Ge-



Karikatur 3 - Polnische Ratten
Kladderadatsch Nr. 7, 1927.

walt porträtierten, stützten derartige Bemühungen nicht nur, sondern fügten den stereotyp präsentierten Polen weitere Attribute – erbarmungslos, hinterhältig, niederträchtig, mordlüstern, grausam – hinzu und stellten diesen den „deutschen Retter und Beschützer“ entgegen (WACH 1999, S. 237). Ergänzt wurde diese Rechtfertigung zweifellos durch die Erklärung des polnischen Volkes zum ‚Rassenfeind‘. Von nun an verschwammen die Konturen des deutsch-nationalsozialistischen Polenbildes zusehends. Erklärt zum ‚Untermenschen‘, der als von Natur aus minderwertig einzustufen sei und darüber hinaus einer ständigen Führung durch deutsche Kräfte bedürfe,

galt der Pole lediglich noch als Unterkategorie der ‚Ostvölker‘, die im Laufe des Zweiten Weltkriegs Ziel des nationalsozialistischen Vernichtungswahnes oder in sklavenartiger Form missbraucht wur-

den. Eine positive Haltung Polen gegenüber hatte zu jener Zeit „keine Daseinsberechtigung mehr“ (JAWORSKI 1999, S. 65).

„Die alte deutsche Nation, die Nation Beethovens und Goethes, lebt nicht mehr.“ Die schreckliche Bewahrheitung der ‚deutschen Gefahr‘

Permanenter Revisionsdruck von Seiten Deutschlands hinsichtlich der im Versailler Vertrag verfüigten Grenzziehungen, instabile innenpolitische Verhältnisse, das Ringen um die Integration aller Bewohner der ehemaligen Teilungsgebiete – dies ist gewiss nur eine verkürzte Aufzählung der Herausforderungen, mit denen sich der wiedererstandene polnische Staat ab 1918 konfrontiert sah.

Hohe Priorität auf sozial-gesellschaftlicher Ebene besaß sicherlich die Aufgabe, die vormals geteilten Gebiete unter dem Mantel einer gemeinschaftsstiftenden polnischen Identität wieder zu vereinen. Erst nach diesem Schritt sei eine eindeutige Festlegung im Bezug auf die Frage, wen es als Freund und wen als Feind anzusehen gelte, möglich gewesen – so Marek Zybura (1999, S. 23). Dies traf allerdings nur bedingt zu. Eine Betrachtung des polnischen Deutschenbildes der ersten Jahre nach der Wiedererrichtung Polens legt dementsgegen nahe, dass die Bestimmung eines nationalen Rivalen keine grundlegende Neuverhandlung innerhalb des polnischen Volkes benötigte. Nahtlos – und durch den offen vorgetra-

genen Revisionismus Deutschlands befeuert – ließ sich an das aus der Teilungszeit bekannte Stereotyp des ‚deutschen Drangs nach Osten‘ anknüpfen.

Gefördert durch die polnische Propaganda erfüllte die ‚Deutschenangst‘ vor allem folgenden Zweck: Im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Integrationsbestrebungen sollte ein antideutscher „Abwehrgeist“ mobilisiert werden – gestützt auf der Annahme, der „Expansionstrieb des Nachbarn [sei ein] ‚deutscher Urtrieb‘“ (ZYBURA 1999, S. 23).

Als sendungsbewusste Träger dieser Argumentation fungierten vor allem national-engagierte Historiker, Drehbuchautoren und Schriftsteller. Auf diese Weise wurde das öffentliche Geschichtsbild einer über tausend Jahre währenden deutsch-polnischen Erbfeindschaft von mehreren Seiten aus bestärkt. Insbesondere die Filmwelt reagierte auf die als unsicher empfundene politische Lage Polens zu Beginn der 1920er Jahre mit einem „patriotisch-propagandistischen Trend“ (WACH 1999, S. 239). Zwar dominierten zumeist Themen mit enger Beziehung zum polnisch-sowjetischen Konflikt, doch

Werke wie *Dwie urny* (Die zwei Urnen, 1921) oder *Bartek zwycięzca* (Bartek, der Sieger, 1922) wandten sich auch dem westlichen Nachbarn zu. Vor allem der auf einer Sienkiewicz-Novelle beruhende *Bartek* tradierte „das Bild des ‚Furor teutonicus‘ und das Stereotyp des ‚häßlichen Deutschen‘“ und vereinigte „modellhaft polnische Ressentiments gegenüber der allgegenwärtigen deutschen Bedrohung“ (WACH 1999, S. 239). Ähnliche Darstellungen boten literarische Erzählungen wie etwa Stefan Żeromskis *Wiatr od morza* (Der Wind vom Meer, 1922), die eine historische Unumgänglichkeit der ‚deutschen Gefahr‘ deutlich herausstellten. Vorlagen für dieses Motiv lieferten allerdings nicht zuletzt deutsche Publizisten und Geschichtsschreiber, welche nicht müde wurden, die Notwendigkeit einer ostwärts gerichteten ‚Kulturträgerrolle‘ der Deutschen zu betonen.

Die Antwort darauf fiel im Hinblick auf dieses Muster nicht schwer: Aus dem deutschen Ordensritter hatte sich der polenfeindliche Preuße entwickelt und aus dem Preußen schließlich der Deutsche der Weimarer Republik. Auch wenn man diesem häufig als ‚blutrünstigen Polenfresser‘ bezeichneten ‚Erbfeind‘ verachtungsvoll und höchst misstrauisch gegenüberstand, wurde Deutschland stets als ernsthafter Gegner betrachtet, wie Zyburas feststellt:

„Selbst in den bissigsten Hohnbildern – in der polnischen Bezeichnung des Kreuzritters ‚Krzyżak‘ ist nota bene die Bedeutung von Kreuzspinne mit enthalten und

in derjenigen des Preußen ‚Prusak‘ die von Schabe – wurde die Abwertung der Deutschen nie zu deren Verharmlosung.“
(ZYBURA 1999, S. 24)

Ein Spiegelbild dieser – trotz aller Geringschätzung – vorsichtigen Haltung gegenüber dem deutschen Nachbarstaat war die Außenpolitik jener Zeit. Zwar war man sich der verweigernden Akzeptanz Deutschlands hinsichtlich der Grenzbeziehungen bewusst, höchste politische Kreise suchten aber dennoch nach einer Verständigung – wenn auch natürlich unter der Bedingung, dass der deutsche Revisionismus ein rasches Ende finden solle. Entgegen aller – aus heutiger Perspektive auftretenden – Erwartungen führten diese Annäherungsversuche erst nach dem Anschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes von 1934 zu Erfolgen. Die Öffnung des Dritten Reiches hin zu einem anti-sowjetischen Bündnis mit Polen nährte nicht selten die Hoffnung, Hitler stünde als Österreicher für eine Abkehr von der preußischen Hegemonie innerhalb der deutschen Politik. Und so beantwortete die polnische Seite die durch das nationalsozialistische Propagandaministerium verordnete Aussetzung der polenfeindlichen Hetze ihrerseits mit einem Verbot öffentlicher Schmähung des Nachbarn.

Eindrucksvollstes Beispiel ist dabei gewiss die Verbannung des Kreuzritter-Romans von Sienkiewicz von der Liste der verbindlichen Schullektüre. Wie Untersuchungen Tomasz Szarotas zeigen, führten jene zwischen 1934 und 1939 getätigten Maßnahmen nicht selten zu einem durchaus positiven Deutschenbild innerhalb Polens:

„Mit dem deutschen Nationalcharakter wurden damals, und zwar oft, solche Tugenden in Verbindung gebracht wie Redlichkeit, Genauigkeit, Sparsamkeit, Gewissenhaftigkeit, Organisationssinn, Ordnungsliebe, Verantwortlichkeit, Disziplin und hohes Kulturniveau.“

(zitiert nach ZYBURA 1999, S. 25)

Gleichzeitig entwickelte sich jedoch auch die Kehrseite dieser Charakterisierung. So begann sich seit Mitte der 1930er Jahre das Stereotyp auszuformen, nach welchem der Deutsche sich begeistert in eine untertänige Hörigkeit zum ‚starken Führer‘ begeben und als Teil einer ‚namenlosen Masse‘ bedingungs- und gewissenlos jede Order befolgen würde. Als die Phase der trügerischen Annäherungen im Herbst 1939 schließlich ihr abruptes und gewalttätiges Ende fand, nahm eine schreckliche „Periode der Vernichtung der positiven Elemente des Deutschlandbildes durch die Deutschen selbst“, wie Tomasz Szarota es 1978 treffend formulierte, ihren Lauf (zitiert nach LAWATY 1986, S. 90). Die anschließende Okkupation Polens, die Gräueltaten an polnischen

Bürgern, die größtenteils auf polnischem Boden durchgeführte systematische Vernichtung der europäischen Juden sowie der nationalsozialistische Rassenwahn sollten selbst die niederträchtigsten Stereotype über den deutschen Nachbarn in unvorstellbarem Maße überschreiten. Die ‚deutsche Gefahr‘, welche vor 1939 „wie ein Damoklesschwert“ über Polen gehangen hatte, war Realität geworden und sollte eine kaum zu heilende Wunde reißen (ZYBURA 1999, S. 24). Die Ursache sah man in der böartigen ‚deutschen Seele‘: Verschwunden sei die „alte deutsche Nation (...) Beethovens und Goethes“; so schrieb die polnische Untergrundzeitschrift *Polska Żyje (Polen lebt)* 1940 (zitiert nach LAWATY 1986, S. 91). Ein anderes, ein für Polen tödliches Volk habe diese abgelöst:

„Es gibt keine Diskrepanz zwischen Hitler und der großen Mehrheit der deutschen Nation! Es ist kein Zufall, daß Hitler an der Spitze Deutschlands steht.

Kein Führer war je so sehr durch sein Volk akzeptiert wie Hitler, dessen leitende Ideen schon seit hundert Jahren das vom Preußentum angesteckte deutsche Volk bewegen und erregen. (...) Nicht der Hitlerist, sondern der Preußen-Deutsche ist der tödliche Feind der Polen. Aber ein Preuße, das ist heute leider jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau.“

(zitiert nach LAWATY 1986, S. 91)

Literaturverzeichnis

- Benz, Wolfgang:** Feindbilder in Europa – Traditionen und Strukturen, in: Feindbilder in Europa. Analysen und Perspektiven, hrsg. vom Sir Peter Ustinov Institut, Wien 2008, S. 13-23.
- Guth, Stefan:** Mythen und Stereotypen der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte in der Zwischenkriegszeit, in: Hahn, Hans Henning/Hein-Kirchner, Heidi (Hg.): Politische Mythen im 19. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa, Marburg 2006, S. 207-224.
- Jaworski, Rudolf:** Zwischen Polenliebe und Polenschelte. Zu den Wandlungen des deutschen Polenbildes im 19. Jahrhundert, in: Beyrau, Dietrich (Hg.): Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 1999, S. 55-70.
- Lawaty, Andreas:** Das Ende Preußens in polnischer Sicht. Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin 1986.
- Pleitner, Berit:** Die ‚vernünftige‘ Nation. Zur Funktion von Stereotypen über Polen und Franzosen im deutschen nationalen Diskurs 1850 bis 1871, Frankfurt am Main 2001.
- Scholz, Stephan:** Die Entwicklung des Polenbildes in deutschen Konversationslexika zwischen 1795 und 1945, Münster 2000.
- Szarota, Tomasz:** Stereotype und Konflikte. Historische Studien zu den deutsch-polnischen Beziehungen, Osnabrück 2008.
- Wach, Margarete:** Alte Mythen – nationale Stereotypen – historische Hypothesen. Polenbilder im deutschen und Deutschlandbilder im polnischen Film und ihr Wandel in der Gegenwart, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 235-251.
- Ziemer, Klaus:** Das deutsche Polenbild der letzten 200 Jahre, in: Mythen und Stereotypen auf beiden Seiten der Oder, hrsg. von Hans Zimmermann, Berlin 2000, S. 9-25.
- Zybura, Marek:** Von der deutschen Gefahr zum deutschen Tor nach Europa. Polnische Deutschland- und Deutschenbilder im Wandel, in: Barbian, Jan-Pieter/Zybura, Marek (Hg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 1999, S. 21-34.



Verrückt – wir denken, wir machen uns auf den Weg, eine andere Kultur zu erkunden, und befassen uns vor allem mit uns selbst.

Ein wohl typischer Verlauf interkultureller Begegnung:

Wir lernen zunächst mehr über uns als über die anderen. Doch nachdem wir uns über unsere Erwartungen und Einstellungen klar geworden sind und uns mit unseren polnischen Gastgebern darüber ausgetauscht haben, ist der Knoten geplatzt.

Wir betrachten unsere Umgebung mit neu erwachtem Interesse.

Wie lassen sich diese Städte lesen, ohne immer in die Falle der nationalen Zuweisungen zu tappen?

Wir fragen die Überreste der Vergangenheit nicht mehr, ob sie uns deutsche oder polnische Geschichte zeigen, sondern danach, was sie erlebt, welchem Wandel sie beigewohnt haben.

Warum wurde dieses Gebäude gebaut?

Warum jenes abgerissen?

Welche politischen Demonstrationen, Liebesszenen, Streitereien haben sich auf diesem Platz abgespielt?

Welche Risse durch die Gesellschaft manifestieren sich in diesem Denkmal, in jener Kirche?

Die Dichotomie „Deutsche – Polen“ weicht auf.

Stattdessen bekommen wir eine Ahnung davon, wie komplex und vielschichtig Gesellschaften sind.

Stumme Erzähler

Posen

Die Stadt der zwei Nationen

von Lea Gehlhaar, Tatjana Schwenk & Elena Wolf

Posen im 19. Jahrhundert



Denkmal für Karol Marcinkowski
am Ende der ‚polnischen Achse‘.
Foto: Berit Pleitner.

Nach der zweiten Teilung Polens 1793 befand sich Großpolen mit Posen unter preußischer Herrschaft. Kurzzeitig dem 1807 von Napoleon errichteten Herzogtum Warschau zugeordnet, gelangte es nach dem Wiener Kongress von 1815 wiederum in preußischen Besitz. Die Stadt Posen blieb eine polnische: Eine kleine deutsche Minderheit regierte über eine mehrheitlich polnische Bevölkerung.

Während der Zeit der Staatenlosigkeit und der zunehmend aggressiven Germanisierungspolitik gab es für die Polen zwei grundsätzliche Handlungsoptionen: Man konnte sich gegen die Fremdherrschaft auflehnen oder sich ihr äußerlich anpassen, jedoch als ‚Staat im Staate‘ die polnische Sprache und Kultur pflegen und sich auf die zu einem späteren Zeitpunkt zu erlangende Eigenstaatlichkeit vorbereiten (so genannte Organische Arbeit).

Der Arzt Karol Marcinkowski, in Posen geboren, verschrieb sich dieser Organischen Arbeit ganz, nachdem er selber im Aufstand von 1830/31 gekämpft und ins Exil hatte gehen müssen.

Nach Posen zurückgekehrt, errichtete er zwischen 1838 und 1842 das *Hotel Bazar*, das zum Zentrum des polnischen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens avancierte. Es steht an der heute nach ihrem Gründer benannten ulica Marcinkowskiego, die die ‚polnische Achse‘ der Stadt Posen darstellt.

Hier befinden sich nämlich noch weitere Orte, die eigens der Aufrechterhaltung polnischer Identität und Kultur dienen: Etwas weiter die Straße hinunter, am Plac Wolności (Platz der Freiheit) stehen die Raczyński-Bibliothek und das Polnische Nationalmuseum. Es gibt außerdem ein aus Spendengeldern finanziertes polnisches Theater, ein Casino und die Polnische Wissenschaftliche Gesellschaft (*Towarzystwo Pomocy Naukowej*). Zum Gedenken an den engagierten Kampf Marcinkowskis für seine Nation steht an der Kreuzung Marcinkowskiego / 23 Lutego (Straße des 23. Februar) eine Statue Marcinkowskis, die, so scheint es, die gesamte polnische Achse überblicken kann.

Der Herrschaftsanspruch Preußen-Deutschlands sollte sich ebenfalls im Stadtbild zeigen. Um den in Posen ansässigen Deutschen ein Gefühl von ‚Heimat‘ zu geben, wurde unter kaiserlicher Krone ein ganzes Viertel nach deutschem Vorbild erbaut: das so genannte Kaiserviertel bzw. Deutsche Viertel in Posen.

Rund um den Schlossplatz entstanden das Kaiserschloss (*zamek cesarski*), das Opernhaus (*teatr wielki*), die Ansiedlungskommission, die Postdirektion und die königlich-preußische Akademie. Die Gebäude umschließen diesen Platz und bilden als urbanes Ensemble eine in sich abgeschlossene Einheit. Sie bewirkten aufgrund ihres monumentalen Baustils eine Verkörperung des deutschen Machtanspruchs in ursprünglich polnischem Gebiet. Durch den Bau der ‚deutschen‘ Gebäude in der polnischen Stadt wurde sowohl eine formale als auch eine inhaltliche Abgrenzung zu den polnischen Posenern geschaffen (vgl. SCHWENDEMANN/DIETSCHKE 2003).

Die Architektur des deutschen Viertels in Posen charakterisiert das Bestreben nach der Ausbreitung und der ‚Festigung des Deutschtums‘ in Polen. Federführend bei der Stadtplanung war Joseph Stübgen aus Berlin. Kaiser Wilhelm II. besuchte seine deutsche Residenz in Posen insgesamt nur zwei Mal. Er mied die Stadt Posen um sich dem Nationalitätenkonflikt der Stadt zu entziehen.

Polnische und deutsche Geschichte im Stadtbild: Das Polnische Königsschloss



Überreste des ehemaligen Piastenschlosses und Kunstgewerbemuseum. In naher Zukunft soll das Schloss hier wieder aufgebaut werden. Foto: Berit Pleitner.

Nach der Neugründung Posens auf dem linken Wartheufer im Jahr 1253 entstand die herzogliche Burg (etwa um 1280) als Wehranlage und Residenz der Herzöge von Großpolen. Im späten 13. Jahrhundert ließ Herzog Przemystaw II., der auch König von Polen war, die Burg ausbauen und wollte sie zum Königsschloss erheben. Sein plötzlicher Tod 1296 (er wurde ermordet) hatte jedoch ungeahnte Folgen: 1308 verlegte Kasimir der Erneuerer die Hauptstadt Polens von Posen nach Krakau. Die Burg in Posen, obwohl eines der größten weltlichen Gebäude im damaligen Polen, sollte nie die Bedeutung

bekommen, die Przemystaw ihr zuge-dacht hatte.

Im Laufe der Jahrhunderte erlitt das Schloss immer wieder schwere Zerstörungen, zuletzt während des Zweiten Weltkriegs. Heute steht nur noch ein Gebäude aus dem 18. Jahrhundert, in dem das Kunstgewerbemuseum untergebracht ist. Nicht zuletzt durch die Arbeit des Bürgerkomitees für den Wiederaufbau des Königsschlosses ist dieser Ort jedoch zu einem Politikum geworden. Der Wiederaufbau ist beschlossene Sache und soll durch Spenden und öffentliche Gelder finanziert werden.

Die Kaiserburg – *zamek cesarski*

Die wilhelminische Burg bildet das deutsche Gegenstück zum Piastenschloss (SCHWENDEMANN 2003). Im weiteren Verlauf des Textes wird ihre Geschichte genauer erläutert.



Kaiserschloss (zamek cesarski).

Das Polnische Theater – *teatr polski*

Da das Deutsche Opernhaus nur für die Deutschen vorgesehen war, mussten sich die Polen mit dem kleinen Polnischen Theater begnügen. Es wurde 1873–1875 auf Grundlage von Privatspenden Posener Bürger errichtet. Es diente der Erhaltung der polnischen Kultur zur Zeit der aggressiven Germanisierungspolitik. Über seinem Eingang steht programmatisch *Naród sobie* – „Das Volk sich selbst“.



Polnisches Theater (teatr polski).

Das Opernhaus – *teatr wielki*

Das deutsche Theater diente vor allem der deutschen Bevölkerung und den preußischen Beamten. Das Gebäude wurde nach dem Entwurf von Max Littmann im neoklassizistischen Stil mit sechs imposanten Säulen und einer dreieckigen Überdachung mit einer Pegasusfigur auf dem Giebel errichtet.



Deutsches Opernhaus (teatr wielki).

Alle drei Fotos: Elena Wolf.

Der Klassizismus

Die architektonische Stilrichtung des Klassizismus beruht auf den Prinzipien antiker Bauweisen. Hierbei dient vor allem der antike Tempel als Vorbild.

Die Griechen legten großen Wert auf eine streng symmetrische Architektur. Als höchstes Ziel galt es, durch Maß und Ordnung eine perfekte und strenge Harmonie zu schaffen. Zudem sollte die monumentale und beeindruckende Ausstrahlung des Gebäudes seine Funktion widerspiegeln. Die alten Griechen widmeten die sakralen Bauten ihren Göttern, die sie verehrten. Als bekanntestes Beispiel dient noch heute der auf der Akropolis thronende Parthenon, welcher der Göttin Athene Parthenos gewidmet ist und ihren göttlichen Status repräsentiert.

Durch die Jahrhunderte fand der antike Baustil immer wieder großen Anklang bei den bekannten Architekten ihrer Zeit. Im 16. Jahrhundert griff der italienische Humanist und Architekt Andrea Palladio (Andrea di Pietro) im Zeitalter der Renaissance (Renaissance = Die Wiedergeburt der Antike) die wichtigsten Bauelemente wieder auf. Palladio konzentrierte sich auf Villen, die ihre gut betuchten Auftraggeber repräsentieren sollten, und prägte damit die gesamte europäische Baukunst. Andrea Palladios Werk gilt als Basis für die moderne klassizistische Baukunst.

Im 19. Jahrhundert findet sich auch in der Provinz Posen die klassizistische

Baukunst wieder. Am Nordhang des Mickiewicz-Platzes thront das deutsche Theater, welches sich im ehemaligen Kaiserviertel befindet. Das Theater erfüllt alle Kriterien des klassizistischen Baustils und vermittelt selbst aus der Ferne noch einen monumentalen Eindruck.

Die wichtigsten Merkmale klassizistischer Bauten sind die genau vermessenen Verhältnisse von Höhe, Breite und Tiefe des Gebäudes. Als Grundsatz zählt der Gedanke der perfekten Abstimmung der Dimensionen, um eine harmonische und stimmige Fassade zu erschaffen. Des Weiteren gelten die sich nach oben verjüngenden Säulen, die meist am Eingang, bei einigen Gebäuden auch umlaufend aufgestellt sind. Zum einen dienen die Säulen als stützendes Element in der Konstruktion und zum anderen als Schutz des Gebäudeinneren.

Der Zugang zum Gebäude soll nicht offen dargestellt werden, sondern hinter den Säulen verborgen bleiben. Der Besucher ist somit gezwungen den gewaltigen und imposanten Säulenkranz zu durchschreiten um den Gebäudekomplex zu betreten.

Insgesamt soll die klassizistische Stilrichtung der Architektur beim Betrachter Ehrfurcht hervorrufen. Er fühlt sich vergleichsweise klein und unbedeutend neben dem mächtigen und monumentalen Bau.

Die Raczyński-Bibliothek

Graf Edward Raczyński ließ dieses Gebäude zwischen 1822 und 1829 im neoklassizistischen Stil errichten.

Es war die erste polnische öffentliche Bibliothek überhaupt. Graf Raczyński bemühte sich um die Erhaltung der polnischen Kultur und schenkte 1829 der Stadt Posen seine große Büchersammlung mit vielen Altdrucken und Handschriften (etwa 10 000 Bände). Während des Zweiten Weltkriegs wurde ein Großteil der Sammlung ausgelagert und überlebte dadurch den Großbrand des Jahres 1945. 1956 wurde die Raczyński-Bibliothek wieder aufgebaut und gilt noch immer als die größte Bücherei Großpolens.



*Raczyński-Bibliothek.
Foto: Elena Wolf.*

Die politische Situation in Posen ab 1918

Nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik in Berlin am 9. November 1918 herrschte auch im preußischen Großpolen keine politische Einheit mehr. Die Polen wollten die Chance ergreifen, die Region dem wieder entstandenen Staat Polen anzugliedern, die Deutschen wünschten einen Verbleib im deutschen Staat (ab 1919: Weimarer Republik). In der Stadt Posen rückte das deutsche Militärkommando ab und der polnische Volksrat konnte eine eigene militärische Abwehr in Form einer Bürgerwehr aufbauen. Als diese Nachricht

Berlin erreichte, schickte die oberste Heeresleitung unverzüglich 6000 Soldaten nach Posen um die Kontrolle über die Provinz zu behalten. Der Konflikt gipfelte in dem so genannten Großpolnischen Aufstand (auch: Posener Aufstand), der vom 27. Dezember 1918 bis 16. Februar 1919 dauerte.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Grenzen des Staates Polen noch nicht festgelegt und die Bevölkerung spaltete sich in zwei politisch unterschiedlich orientierte Flügel. Das östliche Polen stand unter der Führung von Józef Piłsudski,

das westliche Polen unter der von Roman Dmowski. Der Gründungsvater der polnischen sozialistischen Partei PPS, Józef Piłsudski, hatte seinen politischen Sitz in Warschau und stand in der Tradition der polnisch-litauischen Union. Er wollte Polen als Führungsmacht gegenüber Russland etablieren. Die ehemals zum polnisch-litauischen Staat, nun zur Sowjetunion gehörigen Gebiete um Wilna (heute Litauen) und Lemberg (heute Ukraine) sollten zurückerobert werden. Polen befand sich aus diesem Grund ab 1920 im Krieg mit der Sowjetunion.

Zeitgleich verhandelte der Nationaldemokrat Roman Dmowski mit den Westmächten über die Grenzen Polens. Er forderte die Wiederherstellung frühmittelalterlicher Grenzen, welche Großpolen als Kernland Polens kennzeichneten. Aufgrund des Nationalitätenkonflikts in Posen und der daraus resultierenden ‚geteilten Stadt‘ saß die politische bürgerlich-nationaldemokratische Führung in ‚Konfliktherd‘ Posen, um auf die politischen Ereignisse und Konflikte vor Ort schnellstmöglich reagieren zu können.

Die im Jahr 1919 im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen waren für die polnischen Nationaldemokraten nur mäßig zufriedenstellend. Posen und Großpolen waren zwar wieder polnisch, jedoch erfüllten die Westmächte den Polen nur die Hälfte ihrer Forderungen territorialer Ausbreitungen. Die vertraglich festgelegten Grenzen verhärteten die deutsch-polnischen Konflikte, woraus sich in Posen eine Abwanderungswelle deutscher

Ansässiger abzeichnete. Nach einem Jahr sank die Zahl der deutschen Einwohner in Posen von 42 Prozent auf knapp 6 Prozent (URBAN 2000, S. 73).

Im Osten Polens wurden die polnischen Truppen nach anfänglichem Kriegserfolg von der Roten Armee zurückgedrängt. Angespornt durch das ‚Wunder an der Weichsel‘ im Sommer 1920, als eine zahlenmäßig unterlegene polnische Armee einen Sieg über Russland errang, brachen die polnischen Truppen erneut gen Osten auf. Im Vertrag von Riga trat Russland 1921 die weißrussischen, litauischen und ukrainischen Gebiete, welche von den Bolschewisten besetzt waren, an Polen ab. Auch an der östlichen Grenze Polens verstetigte sich damit das Konfliktpotential zwischen den beiden Nachbarländern.

Im westlichen Polen erblühte unterdessen die Stadt Posen. Ab dem Jahr 1921 fanden hier regelmäßig Messen statt, wodurch die Stadt zur Handelshauptstadt des Landes aufstieg. Die Stadt entwickelte sich zu einer Metropole des kulturellen Lebens (KAISERSCHLOSS 2003, S. 141). Sie sollte auch äußerlich wieder eine polnische werden. Das Stadtbild wurde ‚entdeutsch‘, z.B. durch Vergabe polnischer Straßennamen. Größere architektonische Veränderungen wurden jedoch nicht vorgenommen. Das Kaiserviertel blieb bestehen, allerdings wurden der Preußenadler und das Bismarckdenkmal von der Kaiserburg entfernt (SCHWENDEMANN 2003b, S. 122).

Anfang der 1920er Jahre wurde die Burg zum Sitz der polnischen Staatsoberhäupter und zum politischen Handlungsstützpunkt, von dem aus die Repolonisierung betrieben wurde. Dass ausgerechnet das von Kaiser Wilhelm II. erbaute Schloss als politische Handlungsachse genutzt

wurde, demonstrierte den polnischen Widerstand gegenüber deutscher Macht-symbolik. Der preußisch-deutschen Architektur wurde eine schlichte polnische Bauweise entgegengesetzt, um die deutschen Bauten zu entschärfen und ein ‚polnisches‘ Zeichen zu setzen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen 1921-1939

Die Lage Polens verschärfte sich zusehends. Hans von Seeckt, Chef der Deutschen Reichswehr, erklärte 1922, dass die Existenz des Landes Polens „unerträglich“ sei und Polen „verschwinden“ müsse, „durch eigene Schwäche und durch Russland – mit unserer Hilfe“ (zitiert nach STREITER 1986, S. 12).

Zwischen den Jahren 1922 und 1933 behielten die Deutschen ihre Taktik der radikalen Verbreitung des ‚Deutschtums‘ in Polen bei – dennoch wanderten viele Ansässige Deutsche aufgrund des Nationalitätenkonflikts aus den polnischen Gebieten ab. Ab dem Jahr 1933 änderte sich dies. Viele der noch in Posen ansässigen Deutschen begrüßten die nationalsozialistische Regierung in Berlin und hofften auf Veränderungen und Verbesserungen ihrer Lebensumstände durch Adolf Hitler.

Hitler führte nach seiner Machtübernahme 1933 jedoch zunächst eine polenfreundliche Politik in Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Präsidenten Józef Piłsudski. Deutschland wollte Polen als Rohstofflieferant nutzen, während Polen die Annäherung guthieß, um nicht mehr von zwei Seiten bedroht zu werden. So schlossen die beiden Staaten 1934 einen Nichtangriffspakt.

Die Forderungen der Abtretung der Freien Stadt Danzig an die Deutschen lehnte die polnische Regierung jedoch ab. Das Naziregime seinerseits arbeitete zusehends unverhohlen auf sein Ziel der ‚Gewinnung deutschen Lebensraumes im Osten‘ hin. Die polenfreundliche Politik erwies sich als Farce, als Spiel auf Zeit, in der Deutschland aufrüstete. Im April 1939 erklärte Adolf Hitler den Nichtangriffspakt für aufgehoben. Im September brach der Zweite Weltkrieg aus.

Das Deutsche Viertel im Zweiten Weltkrieg

Das Fähnchen drehte sich zum dritten Mal im Wind: Nun sollte Posen wieder eine deutsche Stadt werden. Arthur Greiser, der Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP im ‚Mustergau Wartheland‘, hatte die Aufgabe erhalten, die Stadt Posen umzugestalten und ‚einzudeutschen‘. Greiser wollte das gesamte Deutsche Viertel zu einem „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“ (zitiert nach URBAN 2000, S. 79) umgestalten. Durch die klassizistische, geradlinige und monumentale Architektur sollte die ewige Präsenz des ‚Deutschtums‘ ausgedrückt werden. Die Burg im neoromanischen Stil sollte eine direkte Verbindung zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation suggerieren und auch den Anspruch auf die vermeintlich deutschen Ostgebiete deutlich machen. Die Straße vor der Kaiserburg sollte zu einer Repräsentationsachse ausgebaut werden.

Greiser ließ die Kaiserburg umgestalten und nach den persönlichen Wünschen Hitlers ausbauen. Ein Balkon mit integrierter Fußbodenheizung wurde eigens für Besuche des Führers angebaut. Dieser kam jedoch nicht nach Posen. Stattdessen nutzte Arthur Greiser selbst die Burg als Arbeitsplatz und Repräsentationssitz. Die hochtrabenden Pläne für die Burg und die Umgestaltung der gesamten Stadt Posen mussten jedoch aufgrund der hohen Kriegskosten aufgegeben werden.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 war die Kaiserburg weitgehend zerstört und die Posener diskutierten darüber, was mit diesem Ort geschehen sollte. Sie entschlossen sich die Burg wieder aufzubauen – ohne die demonstrativ ‚deutschen‘ Elemente. Noch immer sind die Renovierungsarbeiten nicht vollständig beendet.

Trotz der Zerstörung und dem anschließenden Wiederaufbau nach polnischen Wünschen und Vorstellungen sind die Gebäude Zeugen ihrer Zeit – ein Erinnerungsort, der noch immer von hoher Bedeutung ist. Rund um den Mickiewicz-Platz, mitten im ehemaligen Kaiserviertel, befinden sich zahlreiche polnische Denkmäler, wie beispielsweise das Denkmal zum Aufstand 1956 und das Mickiewicz-Denkmal, um den deutschen Erinnerungsorten etwas entgegenzusetzen. In der Kaiserburg ist heute das Kulturzentrum der Stadt untergebracht. Hier gibt es Theater, Ausstellungen und das Museum zum Gedenken an den Posener Aufstand 1956 (*siehe: Das Denkmal zum Posener Aufstand*).

Literaturnachweis

Kaiserschloss Posen. Von der „Zwingburg im Osten“ zum Kulturzentrum „Zamek“, hrsg. von Janusz Pazder u.a., Potsdam/Posen 2003.

Schwendemann, Heinrich: Das Posener Schloss. Von der Kaiser- zur Führerresidenz, in: Annexion et nazification en Europe. Actes du colloque de Metz, 7.-8.3.2003a, hrsg. von Sylva Schirmann, http://www.memorial-alsace-moselle.com/f/fiches/colloque_metz/MEMORIAL_COLLOQUE_basse_reso.pdf, letzter Zugriff am 10.01.2011.

Schwendemann, Heinrich/Dietsche, Wolfgang: Hitlers Schloss. Die „Führerresidenz“ in Posen, Berlin 2003b.

Streiter, Karl Heinz: Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815-1848), Bern 1986.

Urban, Thomas: Von Krakau bis Danzig. Eine Reise durch die deutsch-polnische Geschichte, München 2000.

Das Denkmal zum Posener Aufstand von 1956

... und was es über das Geschichtsbild der Polen verrät

von Britta Lammers

I. Der Posener Juni 1956

Vom Arbeiterstreik zum „Kampf um die Freiheit“ – Chronologie eines Aufstandes

Im Herbst 1956 gährte der Unmut unter den Posener Arbeitern bereits seit Längerem, nicht nur, aber vor allem unter den Beschäftigten der damaligen Stalin-Werke (zuvor und danach Cegielski-Werke, kurz *Zispo*). Die Versorgungslage mit Lebensmitteln in der Bevölkerung war allgemein schlecht und in dem Maschinenbaubetrieb beklagte man sich zudem über die Erhöhung der Produktionsnormen und die schlechte Arbeitsorganisation. Im Frühling des Jahres 1956 sah sich die Belegschaft gezwungen, zur Planerfüllung zwölf bis sechzehn Stunden am Tag zu arbeiten, doch die Bereitschaft der Arbeiter hierzu schwand und die Gespräche einer Belegschaftsdelegation mit den zuständigen Behörden brachten nicht die erhofften Ergebnisse.

Mittlerweile hatten auch die Belegschaften anderer Posener Fabriken ihre Solidarität mit den *Zispo*-Arbeitern bekundet. Man verabredete zudem ein Signal: Sollte die Fabrik-Sirene nach sechs Uhr morgens ertönen, sei das Zeichen gegeben, die Arbeit niederzulegen und einen Protestzug Richtung Stadt zu bilden. Die Forderungen sollten nun endlich Gehör finden.

Am Morgen des 28. Juni 1956 war es soweit: Die Sirene ertönte. Um 6.30 Uhr verließen die Arbeiter der *Zispo*-Fabrik ihre Werkshallen, entfernten am Eingang des Betriebsgeländes den ‚J-Stalin-Werke‘-Schriftzug und machten sich auf den Weg in das Stadtzentrum. Unterwegs schlossen sich Arbeiter anderer Posener Betriebe, wie zum Beispiel die Straßenbahnfahrer, an. Auch wenn Büroangestellte schwerer für den Protest zu gewinnen waren, ließen sich an diesem Tag circa 70 bis 80 % der arbeitenden Bevölkerung Posens mobilisieren (MACHCEWICZ 2009, S. 99). Ähnlich wie auf den vorangegangenen Werkkundgebungen in den Fabriken wurden zunächst vor allem Forderungen wirtschaftlicher Natur laut, man skandierte: „Wir fordern Lohnerhöhung!“, „Wir wollen wie Menschen leben!“ oder auch „Wir haben Hunger!“, „Wir wollen Brot!“. Nachdem die Demonstranten sich einen Übertragungswagen einer örtlichen Radiostation angeeignet hatten, war bald im gesamten Stadtzentrum zu vernehmen: „Wer Existenzverbesserungen will, soll zum Schloss kommen“, „Weniger Paläste, mehr Wohnungen!“ (MACHCEWICZ 2001, S. 150).



Die Demonstranten halten ein Schild mit der Aufschrift: „Wir fordern Brot.“ Foto: IPN, IPNBU-3-18-2-144.

Zu den wirtschaftlichen Forderungen gesellen sich politische

Der friedlichen Demonstration hatten sich mittlerweile auch Studenten und Passanten angeschlossen, sodass sich in den Vormittagsstunden etwa 100 000 Menschen auf dem Stalin-Platz (heute: Adam Mickiewicz-Platz) versammelt hatten. Zu den bislang eher ökonomischen Losungen gesellten sich nun auch politische wie „Nieder mit dem Bolschewismus!“, „Wir verlangen Freiheit!“ und „Wir fordern freie Wahlen!“.

Von Beginn an bediente sich die Protestbewegung nationaler Symbolik, was sich in dem Schwenken weiß-roter Fahnen und dem Singen der Nationalhymne und anderer patriotischer Lieder äußerte. Diese nationalen Emotionen wandten sich in aller Schärfe gegen die Russen und so war nicht nur aus dem Funkwagen zu hören „Weg mit den Russkis!“ und „Iwans raus aus unserer Stadt!“ (MACHCEWICZ 1996, S. 22).

Auf der symbolischen Ebene spielte jedoch nicht nur das polnische Nationalgefühl eine Rolle, ebenso bedeutsam war die religiöse Komponente. So wurden Rufe laut wie „Wir wollen Gott!“, „Wir verlangen Religion an der Schule!“ und Kirchenlieder ertönten. Eine Szene illustriert ganz anschaulich die Bedeutung des Bekenntnisses zur Religion für die Protestierenden: Als die Spitze des Protestzuges die Sankt-Martin-Kirche passierte, liefen zwei Männer vor und fielen vor den Treppen der Kirche auf die Knie. Der Rest der Gruppe tat es ihnen nach (MACHCEWICZ 2009, S. 102). Religiöse und nationale Symbolik bildeten damit für die Menschen ein Identifikationsangebot und stärkten das emotionale Zusammengehörigkeitsgefühl. (siehe: „Weil er Papst ist.“)

Die Stadt in der Hand der Aufständischen

Noch forderte die friedlich versammelte Menge, zuständige Partei- und Staatsvertreter mögen kommen, um ihre Forderungen anzuhören – doch niemand kam. Als sich zudem die Gerüchte verbreiteten, Arbeiter der *Zispo*-Fabrik seien festgenommen worden und in anderen Städten begehre man ebenfalls auf, glaubte man, Teil eines nationalen Aufstandes zu sein, an dessen Ende vielleicht die Befreiung Polens von der sowjetischen Vorherrschaft stehen könnte (MACHCEWICZ 2009, S. 105). Die Stimmung erreichte eine neue, aggressive Qualität. Aus den einstmals streikenden Demonstranten für faire Löhne wurden Aufständische mit dem Ziel der ‚Befreiung‘ Polens.

Die Besetzung des Gebäudes der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) stellte zweifelsohne einen Wendepunkt dar. Das Militär, welches sich zum größten Teil aus Polen rekrutierte, leistete weitgehend keinen Widerstand und versorgte die Aufständischen darüber hinaus in vielen Fällen mit Waffen, was die Menschen dazu veranlasste, zu rufen „Das Militär mit uns!“ (MACHCEWICZ 2009, S. 105). Wenig später wurde auch das Gebäude des Stadtrates eingenommen.

Im Gebäude der PVAP richtete sich die Gewalt der Aufständischen auch gegen die Angestellten der Behörde: So wurde beispielsweise ein Mitarbeiter arg zuge richtet, weil er eine rote Krawatte trug. Die rasche Einnahme der Gebäude heizte die revolutionäre Masse weiter an.

Man probte den nationalen Aufstand. Die Menschenmengen besetzten das Gefängnis und befreiten die Gefangenen, nahmen das Gerichtsgebäude in Beschlag und demolierten die Störsender, mit deren Hilfe sie zuvor am Empfang ausländischer Radiosendungen gehindert worden waren. Um das Sicherheitsamt der Woiwodschaft entbrannte ein erbitterter Schusswechsel.

Als das emotionale, national-patriotische Moment des Aufstandes Überhand gewann, radikalisierte sich die Masse weiter und man versuchte die Mitarbeiter des Sicherheitsamtes auf der Straße auszumachen, die nun als quasi von der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen galten. Ein Kampf zwischen ‚Polen‘ und ‚Nicht-Polen‘ oder, nicht ‚richtigen‘ Polen schien in der Vorstellung mancher im Gange zu sein (MACHCEWICZ 2009, S. 114). Die Mitarbeiter des Sicherheitsamtes wurden verprügelt und es gab ein Todesopfer. Während sich die Panzer des Militärs am Vormittag den Demonstranten noch relativ schnell ergeben hatten, gingen die Soldaten am Nachmittag brutaler vor, weshalb das Gerücht um sich griff, nun würden sowjetische Soldaten verkleidet in polnischen Uniformen kämpfen. Eine Vermutung, die sich später als richtig herausstellen sollte. Trotz der Schüsse und Angriffe seitens des Militärs setzten die Aufständischen knapp ein Dutzend Panzer in Brand, was eindrücklich ihre Entschlossenheit belegt.

Allein mit den Kräften der vor Ort stationierten Soldaten konnte der Aufstand nicht unter Kontrolle gebracht werden, dazu bedurfte es der Unterstützung durch weitere Divisionen von außerhalb, sodass sich gegen Abend die enorme Anzahl von über 400 Panzern, beinahe 900 Wagen und über 10 000 Soldaten in der Stadt befanden, die mit Feuerkraft gegen die kaum bewaffneten Zivilisten vorgingen (MACHCEWICZ 2009, S. 117). Trotz dieser militärischen Übermacht dauerten die Kämpfe bis in die Morgenstunden des

30. Juni an, also insgesamt fast zwei Tage und Nächte. Bei der Bilanz der Kämpfe ist von 73 Getöteten auszugehen, 64 unter ihnen Zivilisten, der Rest Soldaten; zusätzlich hatte man etwa 250 Verwundete zu verzeichnen und einige hundert Verhaftungen. Dieser erste antikommunistische Arbeiteraufstand in Polen blieb zugleich der radikalste der gesamten Nachkriegszeit, nie wieder danach wurde so erbittert Widerstand geleistet, bilanziert der Historiker Machcewicz (2006, S. 1).



Junge Posener haben einen Panzer unter ihre Kontrolle gebracht und hissen auf diesem die polnische Flagge.

Foto: IPN, IPNBU-3-18-2-788.

Wie konnte es so weit kommen?

Welche Faktoren sorgten dafür, dass die zunächst friedliche Demonstration für ökonomische Verbesserungen sich in einen Aufstand verwandelte, der für die nationale Unabhängigkeit Polens kämpfte – zumal in einem Staat, dessen Sicherheitsapparat sein unbarmherziges und gewaltsames Vorgehen gegen Andersdenkende (z.B. Geistliche) bereits zuvor unter Beweis gestellt hatte?

Die Ursachen für den Ausbruch des Posener Aufstandes lassen sich auf zwei verschiedenen Ebenen ansiedeln. Zum einen gab es einen gesellschaftlichen Druck ‚von unten‘, der gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen sowie gegen die Politik des Regimes insgesamt (Unterdrückung der Kirche, Zwangskollektivierung, Sowjetisierung aller Lebensbereiche) aufbegehrte. Der Protest hatte

somit gleich mehrere Dimensionen – eine ökonomische, politische, nationale und religiöse zugleich. Diese verschiedenen Motive trugen sicherlich dazu bei, dass die Demonstrationen ihre ganz spezifische Eigendynamik entfalteten. Diese wurde durch die Gerüchte, ganz Polen befände sich im Zustand eines nationalen Aufbegehrens, und die anfänglich doch relativ geringen Schwierigkeiten bei der Einnahme staatlicher Gebäude noch verstärkt.

Zum anderen muss darüber hinaus eine zweite Ebene in den Blick genommen werden, um die explosive Kraft des Protests und deren Intensität tatsächlich nachvollziehen zu können. Nach dem Tod Stalins 1953 und dem des obersten Mannes in der Volksrepublik Polen, Bolesław Bierut, im Februar 1956, ging die Periode des Stalinismus langsam in eine Zeit über, die mit dem Begriff ‚Tauwetter‘ bezeichnet wird: Politische Gefangene wurden aus den Gefängnissen entlassen, die Presse übte offen Kritik an der politischen Führung und selbst die Verbrechen des Sicherheitsapparates wurden in einer Rede des Ersten Staatssekretärs des sowjetischen Zentralkomitees, Nikita Chruschtschow, verurteilt. Konnte sich zuvor der Unmut der Bevölkerung kaum einen Weg in die Öffentlichkeit bahnen, sahen die Menschen nun die Chance gegeben, Forderungen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kund zu tun (DUDEK 1999, S. 27).



Museum des Posener Aufstandes 1956.
Foto: Berit Pleitner.

Alles umsonst?

Indes bleibt die Frage, ob das Aufbegehren der Posener Bevölkerung zu einer anschließenden faktischen Verbesserung ihrer Lebensumstände geführt hat. Wurden ihre Forderungen erfüllt? Die überraschende Antwort – gerade wenn man sich den Umgang der sowjetischen Führung mit anderen Volksaufständen wie den in der DDR 1953 oder Ungarn 1956 vor Augen hält – lautet: Ja, in Teilen durchaus. Nicht genug, dass den Posenern Solidaritätsbekundungen aus dem gesamten Land entgegen gebracht wurden und auch die westlichen Medien anerkennend auf die polnischen Freiheitskämpfer blickten. Höher zu bewerten ist der Umstand, dass im sogenannten ‚Frühling im Oktober‘ weitere Proteste in ganz Polen dazu beitrugen, dass sich innerhalb der PVAP diejenigen Kräfte durchsetzen konnten, die Reformen und einen ‚polnischen Weg zum Sozialismus‘ befürworteten – allen voran Władisław Gomułka, der zum Ersten Staatssekretär der Volksrepublik gewählt wurde. In ihn setzten die Polen gewaltige

Hoffnungen, denn er war als Gegenspieler Moskaus bekannt und hatte für seine antistalinistische Haltung bereits mit einem Gefängnisaufenthalt bezahlt.

So gelang es, die systemfeindlichen und revolutionären Bestrebungen des polnischen Volks innerhalb des politischen Systems zu kanalisieren. Auch wenn die sowjetische Vorherrschaft durch die Aufstände der Posener im Juni 1956 nicht beendet werden konnte, begannen nun zumindest die ‚gemäßigeren‘ Jahre der Volksdemokratie, in denen Geistliche aus der Haft entlassen, der Religionsunterricht an den Schulen wieder gestattet und die Kollektivierung der Landwirtschaft beendet wurde. Der polnische Kommunismus erschien in der Folgezeit erträglicher, wengleich von freier Meinungsäußerung oder gar nationaler Unabhängigkeit natürlich keine Rede sein konnte und das kurzzeitige Tauwetter nicht von Dauer war.

II. Das Denkmal des Posener Juni 1956

‚Monumental‘, ‚erhaben‘, auf jeden Fall ‚gewaltig‘ und alle umliegenden Gebäude überragend – diesen ersten Eindruck vermittelt das Denkmal zum Posener Juni 1956 auf dem weitläufigen Adam-Mickiewicz-Platz. Das Denkmal zum Posener Aufstand 1956 ist nicht einfach ein Bau- oder Kunstwerk, sondern wirklich ein

Denkmal(!). Mit seiner Positionierung im öffentlichen Raum will es den Betrachter zur dauerhaften Erinnerung an Ereignisse und/oder Personen auffordern. Nicht nur die Vergangenheit wird so gedeutet und erinnert, damit einher geht ein Appell an die Gesellschaft, in Gegenwart und Zukunft die im Denkmal repräsentierten



1981: Verhängung des Kriegszustandes
 1980: Streiks an der Ostseeküste,
 Gründung der Solidarność
 1976: Proteste und Streiks in vielen
 Städten im Juni
 1970: Arbeiteraufstände im Dezember
 1968: Studentenunruhen

*Denkmal zum Posener Aufstand 1956.
 Foto: Britta Lammers.*

Werte zu achten und weiter zu tradieren. Schauen wir uns das Denkmal einmal genauer an: Zwei Stahlkreuze werden durch einen Querbalken verbunden und von zwei Tauen zusammengehalten. Mit dem Bild des polnischen Adlers zu ihrer Rechten enthalten sie eine Symbolik, die auf Polen relativ eindeutig wirken muss. Die auf den Kreuzen angebrachten Jahreszahlen 1956, 1968, 1970, 1976, 1980 und 1981 dürften den meisten Polen bekannt sein. Gleiches gilt für die Textzeilen ‚Für Gott‘, ‚Für Freiheit, Recht und Brot‘ sowie ‚Juni 1956‘.

Für den deutschen Betrachter ist es ungleich schwerer, die dargestellten Jahreszahlen mit einem konkreten Ereignis in der polnischen Geschichte in Zusammenhang zu bringen. Die linke, höhere Stele trägt die Jahreszahl ‚1956‘ und rekurriert damit auf die Arbeiterunruhen im Juni 1956 in Posen. Auf der rechten, niedrigeren Stele sind die Jahreszahlen verschiedener anderer, bedeutender Proteste, Streiks und Unruhen angebracht. 1968 wirkten die Reformbestrebungen des Prager Frühlings als Anstoß für große Studentendemonstrationen in Polen, denen nur mit Waffengewalt Einhalt geboten werden konnte. 1970 breiteten sich, nach einer drastischen Erhöhung der Lebensmittelpreise, Unruhen aus. Danzig bildete dabei das Zentrum der Proteste, die auch Forderungen nach einer unabhängigen Gewerkschaft und Pressefreiheit beinhalteten. Auch diese Bewegung endete blutig. Nach einer erneuten An-

hebung der Lebensmittelpreise im Jahre 1976 reagierte die Bevölkerung Polens abermals mit Streiks und Unruhen, die wiederum gewaltsam niedergeschlagen wurden. Im Jahre 1980 erzwangen die Arbeiter der Danziger Leninwerft durch Arbeitsniederlegungen die Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*. Die gesellschaftlichen Konflikte schwelten in der Folge weiter an, sodass die politische Führung sich Ende 1981 gezwungen sah das Kriegsrecht zu verhängen, vorgeblich um einer sowjetischen Invasion zuvorzukommen. Die *Solidarność* wurde verboten, Gewerkschafter und Oppositionelle verhaftet, eine scharfe Zensur eingeführt und die Außengrenzen Polens abgeriegelt.

Zwischen dem regionalen Aufstand 1956 in Posen und den polenweiten Protesten und Unruhen zieht das Denkmal also eine Verbindungslinie, an deren chronologischem Anfang die Ereignisse in Posen stehen. Erst durch die Verbindung der beiden Stelen durch einen Querbalken und die Taue, welche der Konstruktion Stabilität und ‚Zusammenhalt‘ verleihen, werden die Stelen tatsächlich zum Kreuz. Nicht zum ersten Mal im polnischen Denkmalbau verbindet sich die religiöse Symbolik mit dem Gedenken an Protest und Aufstand: Bereits ein Jahr zuvor (1980) wurde in Danzig vor der Werft, die 1970 zum Schauplatz von Unruhen geworden war, ein Denkmal eingeweiht, das aus drei Kreuzen besteht, die hoch in den Himmel ragen (*siehe*: „*Weil er Papst*

ist.“). Die Kreuze des Posener Denkmals weisen bewusst eine große Ähnlichkeit zu ihnen auf. Die Zusammengehörigkeit zwischen Posen und den Städten an der Ostseeküste soll nicht zuletzt durch die Taue demonstriert werden, welche Assoziationen zur Schifffahrt wecken (PIOTROWSKI 2002, S. 251).

Die religiöse Symbolik wird in Gestalt des polnischen Adlers um die nationale ergänzt und ruft noch einmal konkret die Hauptforderungen der Aufständischen von 1956 ins Gedächtnis: Diese kämpften „Für Gott, Für Freiheit, Recht und Brot, [im] Juni 1956.“

Die Aussage des Denkmals wird auch in den Worten deutlich, mit denen es am 28. Juni 1981, genau 25 Jahre nach den Ereignissen, eingeweiht wurde.

Zur Einweihung des Denkmals hielt Anna Strzałkowska, deren Sohn während des Aufstandes im Juni 1956 umgekommen war, folgende Rede:

„Am 23. Mai 1981, 1015 Jahre nach Polens Taufe, 190 Jahre nach der Verabschiedung der Mai-Verfassung, 63 Jahre nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, 36 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Gründungsakt in das Denkmal gemauert in Dankbarkeit und Ehrerbietung für jene, die vor 25 Jahren für Freiheit und Brot ihr Leben gaben, vor 13 Jahren Verfolgungen erlitten, als sie Wahrheit und nationale Kultur verteidigten, vor 11 Jahren ermordet wurden, als sie es wagten, gegen Ungerechtigkeit zu protestieren, vor 5 Jahren misshandelt wurden, weil sie ihre Arbeiterwürde verteidigten, vor einem Jahr zum wahren Garanten wurden, dass kein Pole mehr einen anderen Polen ausnutzt.

Dieses Denkmal (...) soll Ausdruck der Einigkeit bei der Schaffung einer besseren Zukunft des Volkes sein, deren Anfang die Posener Arbeiter am 28. Juni 1956 machten. Diesen Gründungsakt setzen wir hierher zum Ewigen Gedenken und in dem Vertrauen, dass Christus, der dem Kreuz erlösende Würde verlieh, auch jenen zur Quelle der Würde und Kraft wird, die vor diesem Denkmal innehalten.“

(zitiert nach: FABIAŃSKA, Barbara: Der Posener Juni 1956. Eine Stadt im Aufstand. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Großpolnischen Museum für Freiheitskämpfe in Posen 2006, S. 31)

Fassen wir zusammen: In unmittelbarer Nähe zum Denkmal des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz, umgeben von Gebäuden, die die ehemalige deutsche Vorherrschaft (Kaiserschloss) sowie die sowjetische Macht (Stalin-Platz) in Polen repräsentieren, erhob sich im Jahr 1981 ein Denkmal, das an die polnischen Aufständischen erinnert, die nicht nur für ‚Brot‘ und ‚Gott‘, sondern auch für ‚Freiheit‘ und ‚Recht‘ demonstriert und somit faktisch auf nationale

Selbstbestimmung gedrängt hatten. Bis dahin war die offizielle kommunistische Geschichtsschreibung eher Geschichtsklitterung gewesen, öffentlich der Gegner zu gedenken, schien unmöglich. Daher muss das Denkmal für den Aufstand von 1956 einem nahezu unglaublichen Affront gegen die amtierenden Machthaber gleichgekommen sein. Wie war die Errichtung dieses Denkmals dennoch möglich?

Historischer Kontext der Entstehung des Denkmals

Die historische Chance schien einmalig und das Zeitfenster kurz. Lange Zeit hatte man sich darauf beschränken müssen, die ‚inoffizielle‘ Geschichte in einem ‚zweiten Kreislauf‘, also in der Familie oder durch die Weitergabe von Büchern und Zeitschriften im geheimen Untergrund (genannt ‚fliegende Universitäten‘), zu erinnern. Jetzt kam es einer Form des Widerstands gleich, mit einem Denkmal an das zu erinnern, was die herrschende Macht bislang zum Vergessen verurteilt hatte (RUCHNIEWICZ 2009, S. 227).

Im Jahre 1980 erweckte das Regime den Anschein von Schwäche: Der Papstbesuch 1979 ließ die Kirche endgültig zu einer Gegenmacht im Staate anwachsen, in der Wirtschaft wuchs die Abhängigkeit vom Westen und im August 1980 führten die Streiks auf der Danziger Leninwerft zur offiziellen Gründung der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* (siehe: „*Solidarität mit Solidarność*“).

Der Parteichef der PVAP, Edward Gierek, wurde im September 1980 abgelöst durch den wenig bekannten Stanisław Kania – ein weiteres Indiz für die Ratlosigkeit der Machthabenden.

Am 10. Oktober 1980 nutzte die Posener *Solidarność* die Chance und beantragte, ein Denkmal für die Opfer des Aufstandes vom Juni 1956 zu errichten, welches anlässlich des 25. Jahrestages, also am 28. Juni 1981, eingeweiht werden sollte. Die Zeit drängte und so wurde bereits am 22. November 1980 ein Wettbe-

werb für das Denkmal ausgeschrieben. Nach zahlreichen Debatten entschied man sich für den Entwurf *Einheit* des Bildhauers Adam Graczyk und des Architekten Włodzimierz Wojciechowski. Er sollte auf dem (damaligen) Stalin-Platz realisiert werden. Die nächsten großen Herausforderungen bestanden darin, an das Material für den Bau zu gelangen und die Erlaubnis der Behörden einzuholen. Die Hauptarbeit an dem Denkmalbau wurde in der knappen Zeit von 41 Tagen von der Belegschaft der Cegielski-Werke ausgeführt, die erst am 26. Juni 1981 (zwei Tage vor der geplanten Einweihung) mit der positiven Entscheidung der Behörden die endgültige Gewissheit darüber hatte, dass das von ihnen gefertigte Denkmal auch errichtet werden würde.

Am 28. Juni 1981 war es dann soweit: 200 000 Menschen versammelten sich auf dem Stalin-Platz und sahen in Anwesenheit von Lech Wałęsa dabei zu, wie das Denkmal von dem informellen Anführer der Juni-Proteste, Stanisław Matyja, und der Mutter eines während der Aufstände 1956 getöteten Jungen, Anna Strzałkowska, enthüllt wurde; Bischöfe der römisch-katholischen Kirche segneten das Denkmal, man verlas einen Brief von Papst Johannes Paul II. und feierte zusammen die Messe – die Symbiose von nationaler und religiöser Symbolik setzte sich während der Einweihungszeremonie fort (PIOTROWSKI 2002, S. 258).

Was für ein Denkmal wollen wir? Nationalreligiöse Symbolik vs. Zurückhaltung

Wirklich spannend wird es erst, verlässt man die Ebene der ‚oberflächlichen‘ Entschlüsselung der Symbolik, indem man die in zweierlei Hinsicht (kontroverse) Entstehungsgeschichte des Denkmals offen legt und die Weiterentwicklung und Anpassung des Denkmals in den Jahren nach seiner Enthüllung 1981 in den Blick nimmt. Sichtbar wird sodann ein Prozess, an dem sich in Teilen erahnen lässt, wie die Posener bzw. die Polen über regionale bzw. nationale Symbolik und Identität streiten und welche Bedeutung die vom Denkmal aufgegriffenen Ereignisse im kollektiven Gedächtnis spielen.

Denn die Denkmalbefürworter mussten nicht nur gegen die Behörden kämpfen, sie waren sich auch untereinander uneinig darüber, welchem Entwurf der Vorzug zu geben sei. Die Wettbewerber standen vor der Herausforderung, die Präsenz des Adam-Mickiewicz-Denkmal auf dem Platz mit zu berücksichtigen. Die Jury entschied sich zunächst für einen Entwurf, der aus einer zwischen zwei Balken gespannten Leinwand bestand, die die Jahreszahlen 1956, 1968, 1970, 1976 und 1980 sowie den polnischen Adler trug. Das Ziel der Künstler lag nach eigenem Bekunden darin, durch diese horizontale Lösung, „die Botschaft des Denkmals zu 1956 in die Nachbarschaft des Mickiewicz-Denkmal zu bringen“, um die „Autonomie hinsichtlich Ausdruck und Bedeutung“ der beiden Denkmäler zu wahren“ (PIOTROWSKI 2002, S. 256).

Doch das positive Urteil der Wettbewerbsjury, die hauptsächlich aus Bildhauern bestand, konnte den Bedenken des Denkmalkomitees, zusammengesetzt aus Solidarność-Aktivisten, nicht stand halten. Moniert wurde das Fehlen religiöser Symbolik in Gestalt eines Kreuzes sowie die horizontale Ausrichtung des Entwurfs, die den Heroismus der Posener Arbeiter von 1956, nach Meinung der Komiteemitglieder, nicht angemessen zu würdigen vermochte. Die Gewinner des Wettbewerbs zogen ihren Entwurf zurück und man entschied sich für den Entwurf *Einheit* des bis dahin relativ unbekanntes Künstlers Adam Grazcyk. Den ästhetischen Vorstellungen der Solidarność-Mitglieder entsprechend, überragt das Kreuzmotiv alle umliegenden Gebäude, wirkt geradezu pathetisch und ist zudem in seiner Aussage unmissverständlich. Piotr Piotrowski (2002, S. 258) erkennt in dem Denkmal die „ideologische Ausrichtung der polnischen Solidarność, die Vermischung nationaler und religiöser Motive, die Heroisierung der Geschichte, den Primat des allgemeinen, des nationalen Interesses“ und kritisiert, das Denkmal setze einen Konsens in der polnischen Gesellschaft darüber voraus, dass der Katholizismus konstituierend für die polnische Nation sei.

Demokratische Werte wie der Konflikt und die Anerkennung des Anderen fänden in diesem Entwurf keine Entsprechung.

Stattdessen sei das Denkmal lediglich „ein Spiegelbild der kommunistischen Ideologie“, gleichsam der Versuch, die dominante kommunistische Ideologie nun durch eine „andere dominante Ideologie, die national-katholische“ (EBD.) zu ersetzen, um die Einheit der Menschen in ihrem Widerstand nicht zu gefährden. Ist das Denkmal zum Posener Juni 1956,

wie Piotrowski mit seiner Kritik nahelegt, höchst undemokratisch und wird es eventuell sogar wegen seiner „ideologischen Vereinheitlichung der polnischen Gesellschaft mittels patriotischer und christlicher Werte“ (EBD.) von den Posenern abgelehnt? Die Antwort darauf lautet: Nein, wie der folgende Abschnitt zur Rezeption und Wirkung des Denkmals zeigt.

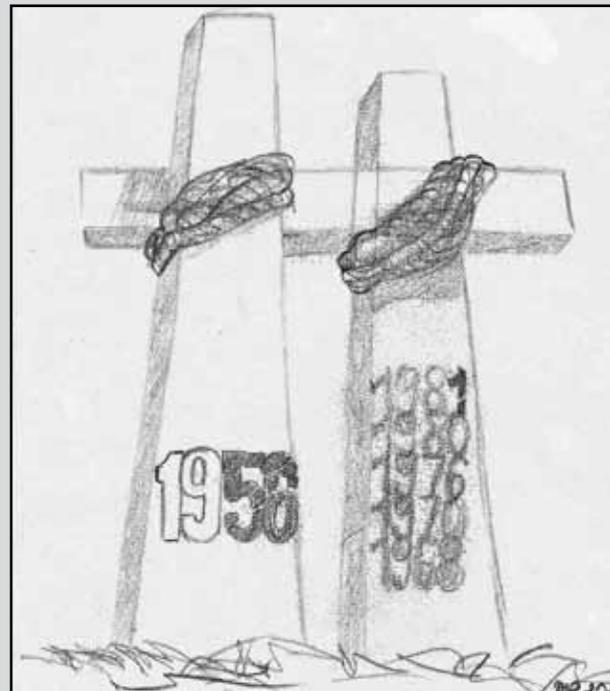
Rezeption des Denkmals: „Bedeutungsvergessene Wegmarke“ oder „Kristallisationspunkt kollektiver Erinnerung“?

Ein Denkmal, einmal im öffentlichen Raum platziert, übt zweifellos eine – wie auch immer geartete – Wirkung auf seinen Betrachter aus. Dabei macht es jedoch einen großen Unterschied, ob es von den Menschen ‚angenommen‘ und die Erinnerung durch bestimmte Rituale, wie zum Beispiel Kranzniederlegungen, wach gehalten wird, oder ob es ‚nicht angenommen‘ wird und, quasi unsichtbar, einer ‚bedeutungsvergessenen Wegmarke‘ gleichkommt.

Gilt letzteres auch für das *Denkmal zum Posener Juni 1956*? Wohl eher nicht, denn selbst Piotrowski (2002, S. 258) kommt zu der Feststellung:

„Das Denkmal zum Posener Juni spielte eine bedeutende Rolle im politischen Bewusstsein der Einwohner Posens. Es wurde zum Symbol des Widerstands gegen den Kommunismus und stellte einen sehr wichtigen Bezugspunkt während der Zeit des Kriegsrechts dar, das am 13. Dezember 1981 durch General Jaruzelski

verhängt wurde, nur einige Monate nach der Enthüllung des Denkmals.“



Zeichnung: Melanie Robinet.

Die Wirkungsgeschichte des Denkmals liefert eine Reihe weiterer Hinweise darauf, dass das Aufstands-Denkmal eine wichtige Rolle in der Praxis kollektiver Erinnerung der Posener spielt. Während der Zeit der Volksrepublik Polen wurde es zum Symbol des Widerstandes gegen den Kommunismus: Solidarność-Aktivistinnen und Oppositionelle riefen an kirchlichen Festtagen zu Kundgebungen und Manifestationen auf und an den Jahrestagen des Juni-Aufstandes wurden Blumen und Kränze vor dem Denkmal niedergelegt. Im Jahre 1982 kamen zwei Demonstranten durch die Gewalt der Sicherheitskräfte ums Leben. Von da an wurde das Denkmal erst recht zu einem mit dem Widerstand identifizierten Motiv, das auf Flugblättern, Plakaten und Briefmarken wiederkehrte.

Eng verbunden mit dem Widerstand wurde die katholische Kirche: Noch im Jahr 1983 war es Papst Johannes Paul II. verboten worden, seine Messe vor dem Denkmal abzuhalten; dies konnte erst im Jahre 1997 nachgeholt werden. Und auch die von Piotrowski geäußerte These, das Denkmal lasse Möglichkeiten zur Interaktivität vermissen und sei daher undemokratisch, darf zumindest angezweifelt werden, schaut man sich an, wie es in den Jahren nach 1981 von Posener Bürgern ‚weiterentwickelt‘ wurde. Während der Zeit des Kriegsrechts brachte ein Unbekannter die Jahreszahl 1981 auf dem rechten Kreuz an, welche jedoch schnell mit weißer Farbe überdeckt

wurde. Erst zehn Jahre später, zur Denkmalrenovierung im Jahr 1991, wurde die Ergänzung 1981 vorgenommen. Vermutlich wäre dies ohne den Vorstoß des Unbekannten im Jahre 1981 nicht passiert.

Eine weitere Änderung wurde anlässlich des 50. Jahrestags des Posener Aufstandes im Juni 2006 umgesetzt. Dieser wurde als nationaler Feiertag zelebriert, begleitet von Dokumentationen und Berichten über die Ereignisse 1956 in den Medien und dem Besuch des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński sowie ausländischer Staatsgäste (wie zum Beispiel dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler oder dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus) in Posen. Der Schriftzug ‚o boga‘, der in diesem Zusammenhang vielleicht am ehesten mit ‚Für Gott‘ übersetzt werden kann, wurde im Zuge der Feierlichkeiten durch den Erzbischof von Posen, Stanisław Gądecki, angebracht. Ob dies Wohlwollen oder Unmut in der Bevölkerung auslöste, lässt sich aus der Ferne schwer nachvollziehen, wahrscheinlicher scheint jedoch Ersteres.

Reiner Kunze
 POSEN, DENKMAL DER AUSTÄNDE
 1956/68/70/76/80/81

Zwei kreuze,
 aneinandergeseilt
 und am himmel vertäut:

Posen Danzig
 Mir aber war, als schlügen
 Polen und Deutschland
 gemeinsam das kreuz,
 und der polnische adler
 halte den flügel
 schützend

Und nicht nur Polen scheinen eine emotionale Beziehung zu dem Denkmal entwickeln zu können, wie das Gedicht des Schriftstellers und DDR-Dissidenten Reiner Kunze, veröffentlicht im Jahre 1998 in dem Gedichtband *ein tag auf dieser erde*, zeigt. Das lyrische Ich des Gedichts schlägt hier nicht nur eine Brücke der ‚Solidarität‘ zwischen Posen und Danzig, sondern sieht im Gedenken an die Aufstände auch Polen und Deutsche nach dem Mauerfall 1989 in der Sache des Widerstandes vereint, so eine mögliche Interpretation.

Auch wenn es offensichtlich kein Gegen-Denkmal gibt und die bisherigen Ausführungen scheinbar für die These sprechen, es handele sich bei dem Denkmal um einen Kristallisationspunkt kollektiver

Erinnerung, täuscht diese Einmütigkeit. Die Bedeutung des Denkmals für verschiedene gesellschaftliche Akteure und Gruppen muss differenzierter betrachtet werden.

Das Graffiti auf dem Foto unten legt die Vermutung nahe, nicht jedem Posener sei das Gedenken an die Aufständischen von 1956 ‚heilig‘ – anders kann man es sich kaum erklären, dass eine mutmaßlich in der Subkultur der Stadt beheimatete Person oder Gruppe die Aufschrift *BATS* auf eines der Kreuze sprüht. Über die Bedeutung dieses Schriftzuges, der auf Englisch *Schläger*, aber auch *Fledermaus* bedeutet und vermutlich ein tag (Namenskürzels der Sprayer) ist, lässt sich nur spekulieren – eine Provokation ist es allemal.

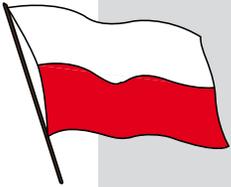


Graffiti. Foto: Britta Lammers.

Spricht man über das Denkmal mit jungen Posener Studenten, bestätigt sich ebenfalls die Annahme, das Denkmal spiele in der Erinnerungspraxis verschiedener Gruppen und Generationen eine ganz unterschiedliche Rolle:

Adam Soszyński

Ich denke, das Denkmal hat eher für die Posener eine starke emotionale Bedeutung, da es betont, dass der Widerstand nicht nur in Danzig stattgefunden hat, sondern in Posen begann. Seit etwa fünf Jahren beschäftigt man sich generell wieder stärker mit Geschichte, da langsam auch viele Zeitzeugen aussterben. Auf mich wirkt das Denkmal zwar imposant, aber ich verbinde keine persönliche Beziehung mit ihm.



Samanta Ormińska

Die Geschichte hat mich nicht selbst betroffen, deshalb habe ich auch keine emotionale Bindung zu dem Denkmal. Für die Familien aus Posen ist das bestimmt etwas anderes. Es gibt auch Studenten, die sich jedes Jahr auf dem Platz treffen, sich verkleiden und den Aufstand von 56 nachstellen. Auf dem Platz war ich allerdings schon, als der Papst gestorben ist. Alle haben sich da versammelt und es war eine besondere Stimmung. Auf den Widerstand bin ich schon irgendwie stolz, aber er spielt vor allem für die Älteren eine Rolle.

Diese unterschiedlichen Betrachtungen führen zu der Frage, ob sich überhaupt ein gemeinsames Geschichtsbild der Polen bzw. ein kollektives Gedächtnis der Nation identifizieren lässt?

Die Interpretation des Aufstand-Denkmal lässt dies vermuten – oder geht man dabei lediglich einem oft bemühten Stereotyp des ‚katholischen‘ und ‚patriotischen‘ Polen auf den Leim?

III. Ein polnisches Geschichtsbild?

Die Polen – „glühende Patrioten“ ?

Auf den ersten Blick scheint die Diagnose einfach und das Denkmal zum Posener Juni 1956 liefert scheinbar die letzte Gewissheit: Das patriotische Polen, sich selbst in der Rolle des unschuldigen Opfers als ‚Christus der Völker‘ gefallend, tradiert eine Geschichte der Aufstände gegen die Unterdrückung und der Kämpfe für die Unabhängigkeit, bei denen es selten einen wirklichen Sieg davontrug, aber zumindest als moralischer Sieger aus der Geschichte hervorging. Wen wundert es da noch, dass zur Stärkung der nationalen Identität ein „Kult der gefallenen Helden, verlorenen Führer und der vielen Niederlagen“ (RUCHNIEWICZ 2009, S. 223) mit märtyrerhaften Zügen entstand? Bis hierhin wurde von dem Polen im Singular gesprochen und die Frage stellt sich, ob diese Verallgemeinerung zulässig ist. Spricht man über die polnische Kultur und das Verhältnis der Polen zu ihrer Geschichte, fallen schnell die Begriffe Sarmatismus, Messianismus und Märtyrertum. Der Sarmatismus geht auf die *Szlachta* (polnischer Landadel) zurück, die die Sarmaten als ihre mythischen Vorfahren begriffen und für sich in Anspruch nahmen, genuin polnische Werte und Tugenden wie Mut, Ehre und Patriotismus zu verkörpern. Diese wurden von unterschiedlichen Kulturschaffenden wie Adam Mickiewicz weiter tradiert. Letzterer entwickelte den Sarmatismus

zum polnischen Messianismus weiter (*siehe: „Weil er Papst ist.“*).

In dieser Geschichtsdeutung lässt sich eine Kontinuität zwischen verschiedenen historischen Ereignissen ziehen – von den Aufständen des 19. Jahrhunderts zur Zeit staatlicher Nichtexistenz bis zum Widerstand der *Solidarność* gegen die kommunistischen Machthaber.

Die polnische Realgeschichte kann vor diesem Hintergrund „als Geschichte von Aufständen und Kämpfen um die kollektive Freiheit“ (HAHN 2008, S. 35) gedeutet werden. Dass die Historie anhand der Konstanten Freiheit und Unabhängigkeit erinnert wird, erfüllt dabei eine ganz bestimmte Funktion; sie ist in Zeiten der staatlichen Nichtexistenz oder der Okkupation als geistige Gegenposition eine Form des Widerstandes, wie Barbara Szacka (zitiert nach RUCHNIEWICZ 2005, S. 19) veranschaulicht:

„Keine staatliche Macht kann dauerhaft auf die Beherrschung des gesellschaftlichen Gedächtnisses und der gesellschaftlichen Vergeßlichkeit verzichten. Deshalb ist eine Form des Widerstandes gegen eine Regierung auch die Erinnerung an das, was diese zu vergessen befehlen möchte, und das Vergessen dessen, was diese im Gedächtnis bewahren möchte, oder sich daran anders zu erinnern, als diese sich das wünscht.“

Wie diese widerständige Erinnerungspraxis aussehen kann, hat das Beispiel der Errichtung des Denkmals für die Opfer des Aufstandes von 1956 in Posen während der Zeit des Kommunismus gezeigt: Das Denkmal erfüllte hier eine integrierende, die nationale Identität verstärkende Funktion und schuf somit ein Identifikationsangebot. Die für den Bau verantwortlichen Solidarność-Aktivist*innen wünschten, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen zu festigen, um sie im Kampf für die Freiheit zu stärken.

Rudolf Jaworski (1998, S. 40) geht so weit zu behaupten, zur Zeit des Kommunismus seien die Polen der „Geschichtsdroge“ regelrecht verfallen, ja sogar auf der Suche nach Zusammenhalt „in die Geschichte geflüchtet“. Nach dem Systemumbruch von 1989 bemühte man sich darum, Traditionslinien der Demokratie aufzuzeigen. Im Zuge dessen kam es zu einer so genannten „re-invention of history“ (GARSZTECKI, 2008, S. 341) mit dem Ziel, über Denkmäler und Museen die eigene Geschichte zurückzugewinnen. Diese Wiedergeburt des Patriotismus noch zu befördern, machten sich die Brüder

Lech und Jarosław Kaczyński, von 2005 bis 2007 in Regierungsverantwortung, zur Aufgabe: Sich selbst als Teil einer moralischen Mission verstehend (*siehe: IPN – Spaltung der Gesellschaft?*), setzten sie sich zum Ziel, die Geschichtspolitik zu intensivieren und ein nationales Geschichtsbild zu etablieren, welches sich vor allem auf die Verdienste im Kampf gegen Nazi-Deutschland und gegen den Kommunismus berief.

Auch wenn ein Großteil der Polen Patriotismus und Nationalstolz für unverzichtbare Faktoren ihrer Existenz halten mögen, läßt eine verkürzte Darstellung des polnischen Geschichtsbildes dazu ein, es sich mit dem Stereotyp des ‚glühenden Patrioten‘ zu einfach zu machen (HAHN 2008, S. 35). Ein Geschichtsbild ist von bestimmten veränderlichen Rahmenbedingungen abhängig und somit dynamisch. Das begriffliche Instrumentarium für einen zweiten, differenzierteren Blick auf das polnische Geschichtsbild liefert das Konzept der ‚Erinnerungskultur‘ (RUCHNIEWICZ 2009, S. 256) (*siehe: Polnische Erinnerungskultur*).

Nationale Identität als vorläufig, artifiziell und zerbrechlich oder: Die Pluralität des Gedächtnisses

Für den Historiker Rudolf Jaworski (1998, S. 33 f.) steht fest: Das öffentliche Interesse an historischen Themen in Polen hat nachgelassen und gerade die Jugend leidet an „einer gewissen Übersättigung an nationalgeschichtlicher Selbstbespiegelung.“ Die im postkommunistischen Polen

sich neu ergebenden Chancen, Gegenwart und Zukunft aktiv selbst zu gestalten, lasse die Fixierung auf die Vergangenheit der Nation unattraktiv erscheinen. Eine Gesellschaft, in der sich die Lebensstile immer stärker ausdifferenzierten, die einem steten Wertewandel und moderner

Schnellebigkeit unterliege und die mehr denn je die regionale sowie die transnationale Zugehörigkeit betone (Beispiel Europäische Union), passe eventuell gar nicht mehr „in das Korsett einer historisch begründeten nationalen Identität“ (EBD.).

Und tatsächlich scheinen die Polen verstärkt über ihr Selbstbild zu debattieren, wobei dieses auch einige ‚Kratzer‘ davontrug. So wurden zum Beispiel Verfehlungen im Zuge von Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als Folge des Zweiten Weltkrieges thematisiert und der Blick auf den nicht immer rühmlichen Umgang mit anderen Minderheiten wie den Ukrainern, Litauern oder Weißrussen gerichtet. Der eigenen Rolle als ‚Opfer der Weltgeschichte‘ wird so eine abnehmende Bedeutung zugemessen; vielfach kann diesem Selbstbild sogar mit einer großen Portion Selbstironie begegnet werden.

Obwohl gut die Hälfte der Polen laut einer Umfrage keine speziellen Charakteristika ihrer Nation benennen mag, ist man sich einig, dass die Herzlichkeit und die Religiosität zwei grundlegend polnische Eigenschaften sind (JÄGER-DĄBEK 2006, S. 201). Dieses Selbstverständnis setzt jedoch nicht voraus, dass die Rolle und Einflussnahme der katholischen Kirche in Polen nicht kritisch reflektiert und debattiert werden könnte, wie an den Beispielen des Karikaturisten Andrzej Mleczko augenfällig wird: Ein kleiner Pinguin, der einer Nonne hinterherrennt und „Mama“ ruft; ein Priester, der unter den



Karikatur ‚Polak i Katolik‘ von Andrzej Mleczko‘.

Rock einer Engelsstatue lugt – das sind die unzweideutigen Karikaturen des Krakauer Künstlers, der mit seinen antiklerikalen, erotischen Grafiken großen Erfolg in Polen hat. Gekonnt nimmt er das polnische Selbstbild des ‚guten‘ Katholiken auf die Schippe, wenn er die Scheinheiligkeit des Polen kritisiert, der werktags raucht und trinkt, sich jedoch am Sonntag mit dem Gebetbuch unter dem Arm in seriöser Montur ‚brav‘ auf den Weg zur Kirche begibt.

Eine etwas ernsthaftere Diskussion um christliche Symbolik im öffentlichen Raum und damit auch um die nationale Identität hat sich an den Flugzeugabsturz des Präsidenten und seiner Begleiter am 10. April 2010 auf dem Weg zur Gedenkveranstaltung im russischen Katyń angeschlossen.

Für Präsidenten Lech Kaczyński errichteten Pfadfinder vor dem Präsidentenpalast ein Holzkreuz. Dies stieß auf das Missfallen vieler Polen, auch wenn die Trauer um die Opfer des Absturzes die nationale Gemeinschaft zuvor gestärkt hatte. Der neue Präsident Komorowski berief sich in seiner Kritik auf die in der Verfassung verankerte Trennung zwischen Kirche und Staat. Viele Bürger bezweifeln, dass Lech Kaczyński für die Stilisierung zum polnischen Nationalhelden taugt und befürchten, das Kreuz stehe stellvertretend für den Versuch, dem nationalkatholischen Weltbild im öffentlichen Raum sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Am 16. September 2010 wurde das Kreuz in die Palastkapelle gebracht. Die Diskussion darüber, inwieweit sich die katholische Kirche in Belange der Politik einmischen darf und ob der

Katholizismus „als symbolische[r] Grundbestand und Fundament“ (KRZEMIŃSKI 2010, S. 37) des Staates genutzt werden soll, ist sicherlich noch nicht beendet.

Ambivalent ist auch die Bewertung der *Solidarność*, deren Leistung dreißig Jahre nach ihrer Gründung keineswegs ausschließlich als positiv erachtet wird (*siehe: Der Aufstieg der Solidarność 1980*). Manche gehen sogar so weit, das ‚Erbe‘ der *Solidarność* als verspielt anzusehen, da eine Abrechnung mit den Eliten des alten Systems vermieden worden wäre (GARSZTECKI 2008, S. 367 f.). Die Ausführungen zeigen, dass das polnische Geschichtsbild sich dynamisch gestaltet. Wird die eher starre Aussage des Denkmals zum Posener Aufstand mit diesen Entwicklungen Schritt halten können?

Ausblick – eine Zukunft lebendigen Erinnerens

Welche Bedeutung kann das Denkmal für den Posener Aufstand 1956 unter diesen veränderten Vorzeichen noch haben?

Die Zeitzeugen des Aufstandes werden in naher Zukunft sterben und für die Unabhängigkeit braucht heute niemand mehr kämpfen. Mit Aleida Assmann (1998, S. 113) fragen wir: „Lässt sich ein obligatorisches Gruppengedächtnis überhaupt in einer liberalen (...) und individualistisch geprägten Zivilgesellschaft verankern?“

Das hier vorgestellte Denkmal bietet in seiner plakativen Symbolik kaum Spielraum für unterschiedliche Deutungen. Vielleicht liegt in seiner klaren Bot-

schaft, ‚Du sollst nicht vergessen‘, aber auch eine Stärke. Es offeriert zumindest die Möglichkeit der Vergewisserung der eigenen Identität und befördert nationales Bewusstsein. Ob es darüber hinaus für zukünftige Generationen als Lernort fungieren, durch Irritation der erinnerten Gewissheiten inspirieren oder einen Aufschwung historischer Erinnerung bewirken kann, ist fraglich.

Ein Anschauungsort für den Kampf um die Symbole in der öffentlichen Sphäre und die Auswirkungen, die Geschichtspolitik zeitigen kann, bleibt das Denkmal für den Posener Aufstand von 1956 allemal.

Literaturnachweis

- Assmann, Aleida:** Wozu »nationales Gedenken«?, in: Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas (Hg.): erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen, Wiesbaden 1998, S. 110-120.
- Dudek, Antoni:** Der politische Umbuch von 1956 in Polen, in: Heinemann, Winfried/Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 27-43.
- Garsztecki, Stefan:** Belarussische und polnische Diskurse über die Vergangenheit - Dekonstruktion, Mythologisierung oder Wahrheitssuche?, in: Krasnodębski, Zdzisław/Garsztecki, Stefan/Ritter, Rüdiger (Hg.): Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa, Hamburg 2008, S. 331-381.
- Hahn, Hans Henning:** Erinnerungskulturen. Überlegungen zu Heimat, kollektivem Gedächtnis und einem deutsch-polnischen Vergleich, in: Herget, Beate/Pleitner, Berit (Hg.): Heimat im Museum? Museale Konzeptionen zu Heimat und Erinnerungskultur in Deutschland und Polen, München 2008, S. 25-39.
- Jaworski, Rudolf:** Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Gedächtniskulturen seit Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas (Hg.): erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen, Wiesbaden 1998, S. 33-53.
- Jäger-Dąbek, Brigitte:** Polen. Eine Nachbarschaftskunde, Bonn 2006.
- Krzemiński, Ireneusz:** Masse, Zivilgesellschaft und Nationalkirche. Der polnische Streit um nationale Identität des Jahres 2010, in: DIALOG 93 (2010), S. 35-43.
- Machcewicz, Paweł:** Massenbewegung 1956 in Polen, in: Hahn, Hans Henning/Olschowsky, Heinrich (Hg.): Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996, S. 21-31.
- Machcewicz, Paweł:** Der Posener Juni und polnische Oktober 1956, in: Zeitgeschichte online, Themenportal Ungarn 1956, 2006, http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_ungarn1956/documents/machcewicz_posen.pdf, letzter Zugriff: 5.9.2010.
- Machcewicz, Paweł:** Rebellious Satellite. Poland 1956, Washington D.C. 2009.
- Mattenklott, Gert:** Editorial, in: Daidalos 49 (1993), S. 25-26.
- Musil, Robert:** Denkmale, in: Frisé, Adolf (Hg.): Robert Musil. Gesammelte Werke, Bd. 2, Reinbek 1978, S. 506-509.
- Piotrowski, Piotr:** Zwischen Totalitarismus und Demokratie. Das Denkmal zum Posener Juni 1956, in: Jaworski, Rudolf/Molik, Witold (Hg.): Denkmäler in Kiel und Posen, Kiel 2002, S. 250-265.
- Ruchniewicz, Krzysztof:** Die historische Erinnerung in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6 (2005), S. 18-26.
- Ruchniewicz, Krzysztof:** Polen, in: Buchstab, Günter/Uertz, Rudolf (Hg.): Geschichtsbilder in Europa, Freiburg im Breisgau 2009, S. 223-261.

Das Denkmal für Jan III. Sobieski in Gdańsk

von Piotr Klauze

Übersetzung: Artur Biernat, Magdalena Walentowska, Adam Sobek, Aleksandra Kaliszewska, Samanta Ormińska, Anna Mencil, Ann Cathrin Trautmann, Ewa Miśkiewicz

Die Taten sind vergangen, aber die Denkmäler bleiben
factum abiit; monumenta manent
(Ovid)

Dieser Satz von Ovid antwortet deutlich auf die Frage, was ein Denkmal ist. Die lexikalische Definition beschreibt ein Denkmal als bildhauerisches Kunstwerk oder architektonisch-bildhauerisches Werk in Form einer Statue, eines Obelisken, einer Tafel oder eines Gebäudes, das zu

Ehre einer Person oder zum Gedenken an ein Ereignis errichtet wurde.

Es ist ein Gegenstand, der als Zeuge dienen soll, dass etwas Wichtiges in der Vergangenheit geschehen ist; es soll repräsentativ für seinen Bereich sein; es ist ein Andenken.

Oft spielt es eine bedeutende Rolle im Panorama einer Stadt. Das Denkmal ist aber nicht nur eine bildhauerische oder architektonische Form, es soll vor allem die Nation um eine gemeinsame Idee herum konsolidieren. Es kommt oft vor, dass ein Denkmal die regionale Gesellschaft vereinigt, indem es an die vergangenen Ereignisse und wichtigen Personen in der Geschichte der gesamten Nation erinnert, die von lebenden Menschen nicht vergessen werden sollen.

Denkmäler evozieren viele Emotionen, deshalb wurden sie in der Geschichte so oft zerstört oder sogar abgetragen (DZIKOWSKA 1998, S. 12). Ein Beispiel hierfür ist das Denkmal für Jan III. Sobieski auf dem Targ Drzewny (Holzmarkt) in Gdańsk.



Das Denkmal für Jan III. Sobieski.
Foto: Vera Hilbich.

Das ehemalige preußische Kriegerdenkmal auf dem Holzmarkt

Dort, wo sich heute auf dem Holzmarkt das Denkmal für Jan III. Sobieski erhebt, stand früher ein Obelisk zum Gedenken an die preußischen Soldaten aus Danzig und Umgebung (SCHLEUNING 1992, S. 87 f.). Das Kriegerdenkmal wurde 1904 enthüllt. Zu dieser Zeit gehörte Danzig zu Preußen bzw. zum Deutschen Reich. Ziel der Politik Bismarcks und seiner Nachfolger war die Beseitigung aller Formen der politischen und kulturellen Autonomie der Polen. Die systematische Germanisierungspolitik bedeutete in der Konsequenz die Verdrängung des Polentums. Danzig war davon in geringerem Umfang betroffen, weil die Polen hier sowieso eine Minderheit waren: In der Stadt Danzig lebten um 1900 132 000 Deutsche, 4800 Polen und 2500 Juden.

Das Denkmal, vom Verband der Veteranen *Borussia Danzig* initiiert, war ein monumentales Werk: ein vierzehn Meter hoher Obelisk aus Kalkstein, der in der Mitte einer sechseckigen Fontäne stand. Am Sockel saßen drei germanische Gestalten, die die preußischen Kriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich symbolisierten. Sie sollten auch die Tapferkeit der preußischen Soldaten und die Gründung des Deutschen Reiches unvergesslich machen. Das Denkmal sollte zudem die ‚germanischen Wurzeln‘ in der Stadt an der Mottlau markieren. Die Enthüllung des Denkmals fand am 8. Mai 1904 statt, an dem Ereignis nahmen viele Einwohner der Stadt Danzig teil.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Denkmal beschädigt, aber nicht ganz zerstört. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als Resultat der Konferenz von Potsdam, wurde Danzig – nun wieder Gdańsk – dem polnischen Staat angeschlossen. Das kommunistische Regime wollte aus Polen einen ethnisch homogenen Staat machen und alle Erinnerung an die deutschen Einflüsse in der Vergangenheit tilgen. Der Stadtrat von Gdańsk fasste daher den Beschluss, das Kriegerdenkmal zu sprengen. Der Holzmarkt blieb bis zum Jahr 1965 leer.

Die Zerstörung des Denkmals ist ein Beispiel dafür, wie stark die Überzeugung in der Gesellschaft und den politischen Kreisen war, dass ein Akt der Entgermanisierung durchgeführt werden musste. In diesem Kontext ist wichtig daran zu erinnern, dass die deutsche Okkupationspolitik der Jahre 1939–1945 Polen nachhaltig geprägt hat. Die Polen waren beispiellosem Terror ausgeliefert und nahmen die Deutschen als Volk der Täter wahr (*siehe: Feindliche Rivalität*).

Das Verlangen, nicht nur alle Deutschen aus den Grenzen Nachkriegspolens auszusiedeln, sondern auch ihr kulturelles Erbe zu entfernen, war dementsprechend stark.

So wurde das Kriegerdenkmal in Gdańsk eines der ersten ‚Opfer‘ der neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten. Fast das gesamte kulturelle Erbe Pommerns erfuhr ein ähnliches Schicksal. Man zerstörte deutsche Denkmäler und verarbeitete die Überreste zu Kultstätten (Kapellen

oder Kreuze) oder zu polnischen Denkmälern. Einzelne neue Steine oder Denkmäler mit der Inschrift *Byliśmy – Jesteśmy – Będziemy* (Wir waren – Wir sind – Wir werden sein), die mit Wissen und Zustimmung der Staatsverwaltung gelegt wurden, stehen in vielen Ortschaften Polens.

Jan III. Sobieski und sein Denkmal

Die Mechanismen des Handelns funktionierten auf analoge Art und Weise in Bezug auf das von der Lemberger Bevölkerung gestiftete und 1898 errichtete Denkmal für Jan III. Sobieski. Dieses in Bronze gegossene Werk des Lemberger Bildhauers Tadeusz Barącz war zunächst in der Mitte der Grünanlage am Platz des Heiligen Geistes in Lemberg platziert, bevor es eine lange Reise durch Europa antrat.

Jan III. Sobieski wurde am 17. August 1629 in Olesko bei Lwów (Lemberg) geboren. Gut ausgebildet und über eine hohe Kultur verfügend, erwies er sich gleichzeitig als begabter militärischer Anführer und Politiker, was ihm den Weg zu verantwortungsvollen Stellen und letztendlich zu dem höchsten Amt im Staat öffnete.

Nach dem Sieg über das Osmanische Heer bei Chotyn 1673 verkörperte er die Hoffnungen der von zahlreichen Kriegen geplagten Gesellschaft und wurde 1674 zum König gekrönt. Die hohen Erwartungen, die in ihn gesetzt wurden, erfüllte er als erneuter Sieger über die Türken bei Wien 1683. Er erlangte Ruhm als Nationalheld, als Verteidiger des Vaterlands und des

ganzen Christentums (ODYNIEC/OSTROWSKI 1983, S. 23).

Der Mythos von Sobieski entstand, als der einst mächtige polnische Staat an Bedeutung verlor und schließlich von seinen Nachbarstaaten Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt und geschluckt wurde. Nach dem Verlust der Eigenstaatlichkeit stärkte die Erinnerung an die militärischen Erfolge der polnischen Armee die polnische Nation. Das Denkmal hatte eine besondere Bedeutung für die Lemberger Bevölkerung, denn es gab ihnen Kraft und Hoffnung auf die Wiedererlangung der Unabhängigkeit.

Ab 1918 entwickelte sich Lemberg innerhalb des neugegründeten polnischen Staates zu einem wichtigen Zentrum der polnischen Kultur und Wissenschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Lemberg jedoch in die UdSSR eingegliedert und seine polnische Bevölkerung in die so genannten wiedergewonnenen Gebiete Westpolens umgesiedelt. Lemberg unterlag einer umfangreichen Sowjetisierung. Alle Erinnerung an die polnische oder ukrainische Nationalität sollte getilgt werden. Straßen und Plätze erhielten neue

Namen, Denkmäler wurden abgetragen oder zerstört. 1950 transportierte man das Denkmal für Jan III. Sobieski nach Warschau und ließ es zunächst herrenlos im Park des Schlosses Wilanów liegen. Erst zehn Jahre später begannen mehrere polnische Städte sich für das Denkmal zu interessieren – besonders Krakau und Breslau. Den Zuschlag erhielt, zur Verwunderung vieler, schließlich Gdańsk. Jan Sobieski hatte Landbesitz in Pommern und war oft hier zu Besuch gewesen. Die Pommern sahen ihn als ‚ihren König‘. Einer seiner Söhne ist in Danzig geboren. Es scheint also, dass der Standort des Denkmals völlig gerechtfertigt ist. Nach der feierlichen Einweihung auf dem Holzmarkt 1965 folgten in den Neunzigerjahren umfangreiche Renovierungs- und Reinigungsarbeiten.

Das Denkmal stellt den König Jan III. Sobieski auf einem kämpfenden Ross in einer ungewöhnlich dynamischen Pose

dar. Das Pferd stützt sich auf zwei Hinterbeine. Zwei vordere Beine schildern, indem sie nach oben gerichtet sind, den Zeitpunkt, da das Pferd über eine zerstörte Kanone springt. Der König wird in traditioneller Adelstracht – langärmelige Schoßweste, Kontusch (eine besondere Mantelform) und Mütze mit Feder – dargestellt. In der rechten, gehobenen Hand hält er den Marschallstab als Zeichen des militärischen Anführers. Sowohl die Höhe (fünf Meter) als auch das Gewicht (sieben Tonnen) zeugen vom monumentalen Charakter des Werks, das aus Bronze hergestellt wurde. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die unrealistischen Verhältnisse des Rosses und des Reiters sowie die Größe des Sockels, der über die Hälfte des Gesamtdenkmals ausmacht. Den Sockel zieren eine Tafel mit einer Inschrift und eine Tafel mit den Namen der Schlachtorte unter dem Kommando des Königs.

Die gesellschaftliche Funktion des Denkmals

Der Holzmarkt war in der Zeit der Volksrepublik Polen mehrmals Schauplatz stürmischer und patriotischer Demonstrationen, die Werftarbeiter und Studenten anlässlich des Jahrestages der Verfassung vom 3. Mai 1791 organisierten. Viele der regimekritischen Teilnehmer wurden von der Miliz geschlagen oder verhaftet. Gdańsk ist eine Bühne des Kampfes gegen Kommunismus und Totalitarismus geworden. Seine engagierten

Bürger haben dazu beigetragen, dass das verhasste System gefallen und Polen ein von der UdSSR unabhängiges Land geworden ist. Der Mythos von dem siegreichen polnischen König hat die Danziger Bevölkerung inspiriert und im Kampf gegen das totalitäre System beflügelt.

Seit dem Jahr 2002 ist der Holzmarkt der Endpunkt der Unabhängigkeitsparade. Hier, vor dem Denkmal für Jan III. Sobieski, halten Staats- und Gemeindevertreter

Reden, überreichen Blumensträuße und singen mit Orchester- und Chorbegleitung die Nationalhymne. Die Zahl der Teilnehmer steigt von Jahr zu Jahr. Somit erfüllt das Denkmal eine wesentliche Funktion, weil es den Polen die Bedeutung ihrer nationalen Identität bewusst macht. Wenn man das preußische Kriegerdenkmal und das für Jan III. Sobieski vergleichend analysiert, fällt auf, dass beide geschaffen wurden, weil die lokale Gemeinschaft ihrer bedurfte. Als sich aber die Staatszugehörigkeit Danzigs veränderte, passten die Denkmäler nicht mehr in den Kontext. Sie erfüllten die ideologischen Grundvoraussetzungen nicht mehr, die mit dem Gedenken an eine Person oder an ein wichtiges historisches Ereignis verbunden sind.



Das Denkmal für Jan III. Sobieski.
Foto: Ewa Miśkiewicz.

Es stellt sich folglich die Frage: Ist ein Denkmal Tradition, Legende oder erforderliches Element bei der Erschaffung der nationalen Identität? Auf diese Frage antwortete schon treffend Marschall Józef Piłsudzki, der warnte: *Naród, który nie szanuje swój przeszłości nie zasługuje na szacunek terażniejszości i nie ma prawa do przyszłości.*

Was so viel heißt wie: *Die Nation, die ihre Vergangenheit nicht achtet, verdient keine Achtung in der Gegenwart und hat kein Recht auf Zukunft.*

(zitiert nach DZIKOWSKA 1998, S. 10)

Für uns Polen ist das Denkmal, auf dessen Sockel man die Tafel mit der Aufschrift „Dem König Jan III. – Lemberg/Lwów“ angebracht hat, eine Brücke, die das Schicksal tausender von Menschen miteinander verbindet. Nur von uns hängt es ab, ob das Denkmal für Jan III. Sobieski für immer auf seinem Platz bleibt, oder ob er das Schicksal des Obelisken vom Jahr 1904 teilen wird. Einer der besten Bildhauer und Spezialisten im Bereich monumentaler Skulptur, Gustaw Zemła, sagte in einem Interview:

Nie wolno stawiać pomników, które ranią, rozbijają naród. Pomnik ma wyrażać jego godność, musi trwać i jednoczyć.

Man darf keine Denkmäler aufstellen, die verletzen oder die Nation zerstören. Das Denkmal soll seine Würde ausdrücken, es muss andauern und vereinen.

Literaturnachweis

Dzikowska, Elżbieta: Gniazdo orłów, in: Pomnik czynu Polaków, hrsg. von K. Kozłowski, Szczecin 1998.

Loew, Peter Oliver: Danzig und seine Vergangenheit 1793–1997. Die Geschichte einer Stadt zwischen Deutschland und Polen, Osnabrück 2003.

Odyniec, Wacław/Ostrowski, Jan K.: Sobieski na Pomorzu. Prawda i legenda, Gdańsk 1983.

Schleuning, Horst: Danzig. Geschichte einer Stadt im Spiegel ihrer Denkmäler, Bremen 1992.

Denkmäler

Bedeutungsvergessene Wegmarken oder Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung?

von Britta Lammers

Begriffsklärung

Ein Denkmal ist ein Kunstwerk, dessen Hauptfunktion im öffentlichen Erinnern, z.B. an eine bestimmte Person oder Personengruppe oder etwa ein historisches Ereignis, begründet liegt. Diese ‚enge‘ Definition hilft, es gegenüber privatem Eigentum oder anderen Kunstwerken und Bauten abzugrenzen, die unabhängig von der Intention ihres Urhebers als schützenswert erachtet werden, weil

sie beispielsweise einen speziellen Baustil repräsentieren (Denkmalpflege). Die Fokussierung auf Kunstwerke macht zudem deutlich, dass nicht Institutionen der Gedenkkultur, wie etwa Museen oder Gedenkstätten, gemeint sind – auch wenn der Übergang zuweilen sicherlich fließend verlaufen kann. Gebündelt werden all diese Aspekte in der Definition Schmidts (2009, S. 51):

Als Denkmal wird im Folgenden ein künstlerisch gestaltetes, mit einer allgemeinen Sinnstiftung verbundenes materielles Zeichen der kollektiven Erinnerung im öffentlichen Raum verstanden.

Warum lohnt die Beschäftigung mit dem Denkmal?

„Denkmale sind Formen des Nachlebens“, befindet Gert Mattenklott (1993, S. 25) und geht davon aus, dass die Denkmale gar nicht in erster Linie Auskunft über die Menschen und Ereignisse geben, an die sie erinnern sollen, sondern – viel spannender – vor allem über die Gegenwart und deren Anspruch an die Zukunft: Mit der Aufstellung eines Denkmals definiert eine Gesellschaft (oder zumindest eine

Gruppe von gesellschaftlichen Akteuren), was sie als erinnerungswürdig anerkennt und vermittelt somit Werte, die sie auch zukünftig realisiert sehen will.

Das Medium Denkmal ist auf einen dauerhaften Bestand ausgelegt und so wird von ihm erwartet, auch noch bei den zukünftigen Zeitgenossen eine bestimmte Wirkung hervorzurufen.

Als geschichtliche Quelle gelesen, gibt das Denkmal daher nicht nur über die normativen Wertsetzungen ihrer Erbauer Auskunft, sondern auch darüber, wer gerade im öffentlichen Diskurs über so viel Macht verfügt, diese Wertsetzungen vornehmen zu können. Der häufig geführte Streit um die Aufstellung und die Konzeption eines Denkmals bestätigt dabei die These, Denkmäler fungierten „als Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und als Schauplätze rituellen Gedenkens.“ (SCHMID 2009, S. 52).

In ihnen spiegelt sich wider, welche Teile der Vergangenheit bewusst gehalten und vergegenwärtigt werden sollen.

Konkret lassen sich also Aussagen darüber treffen, welche Ereignisse und Menschen der Geschichte als sinnstiftend begriffen werden und über welche Rituale (z.B. Feiern von Jahrestagen) und Symbole (z.B. das Kreuz) im Zusammenhang mit dem Denkmal Identität geschaffen wird.



*Kotwica (Anker) auf dem Hügel des Warschauer Aufstandes, Warschau.
Quelle: Wistula 2010.*

Versuch der Formulierung eines Analyserasters

Bis hierhin sollte eines sehr deutlich geworden sein: Mit jedem Denkmal verbindet sich auch eine bestimmte Funktion.

Diese zu ergründen, ist das Ziel der folgenden Fragen, die helfen sollen das Denkmal zu analysieren.

Was wurde mit der Wahl des Standortes intendiert?

Zunächst bietet es sich an, das Denkmal auf sich wirken zu lassen und auch die Umgebung mit in die Wahrnehmung einzubeziehen. Die Wahl des Standortes spielt eine große Rolle bei der Wirkung

eines Denkmals: Steht es mitten im Stadtzentrum auf einem Marktplatz und ist täglich präsent? Wurde es quasi als ‚Gegendenkmal‘ gegenüber von einem anderen Denkmal positioniert?

Auf welche Wirkung lassen Material und Bauform schließen?

Nicht unerheblich ist in diesem Zusammenhang, ob das Denkmal aus einem eher günstigen Baustoff wie Stein oder aus einem eher teuren wie Bronze gefertigt wurde; eventuell lässt dies sogar Schlüsse auf den Urheber zu. Zu beachten ist ebenfalls die Gestalt und Form des Denkmals; handelt es sich um einen Obelisken, eine Säule oder vielleicht eine Wand? Wurde eher in die Horizontale gebaut, kann damit zum Beispiel eine ganz

andere Wirkungsabsicht verbunden sein, als wenn ein Denkmal stark in die Vertikale ausgerichtet ist und noch andere Bauwerke überragt. Lässt sich die Darstellungsart eher als abstrakt bezeichnen oder wurde eine naturalistische Darstellung gewählt? In erstem Fall soll eventuell mehr Raum für die subjektive Deutung des Betrachters gelassen werden, während bei Letzterem der Deutungsspielraum wesentlich geringer ausfällt.

Wie lassen sich Symbole entschlüsseln?

Bei der Verwendung von allgemein geteilten Symbolen, wie zum Beispiel dem Adler, dem Kreuz oder der gestreckten Faust, kann der Urheber des Denkmals weitgehend sicher gehen, dass die Aus-

sageabsicht des Kunstwerkes verstanden wird und es damit gleichsam ein Identifikationsangebot darstellt. Bei der Entschlüsselung unbekannter Symbole können häufig Kunstlexika helfen.

Welche Auskunft geben Inschriften?

Noch eindeutiger als die Interpretation von Symbolen ist das Lesen von Inschriften, auf denen der Urheber zumeist direkt seine Wirkungsabsicht offen legt und

darüber informiert, woran erinnert werden soll. Geboten ist eine kritische Herangehensweise: Will der Autor lediglich informieren, will er beeinflussen?

Wer ist/sind der/die Urheber des Denkmals und wie verlief der Entstehungsprozess?

Das Wissen über den Urheber und seine gesellschaftliche Stellung lässt zugleich begründete Vermutungen über die beabsichtigte Funktion des Denkmals zu. Auch das Nachvollziehen des Entstehungsprozesses kann enorm spannend sein:

Gab es eine öffentliche Diskussion über den Denkmalbau? Wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, in dem die Künstler ihren Entwurf begründen mussten? Gab es Vorbilder für den Bau? Wie und aus welchen Mitteln wurde das Denkmal finanziert?

Wirkung und Rezeption des Denkmals?

Dahinter verbirgt sich die Frage, ob das Denkmal tatsächlich einen Stellenwert für die kollektive Erinnerung einer Gruppe oder Gesellschaft besitzt oder nach einiger Zeit lediglich eines von vielen wenig beachteten Bauwerken im Stadtbild darstellt. Um Antworten hierauf zu finden, bieten sich spontane Passantenbefragungen an, aber auch eine Recherche, die eventuell Gedichte zum Denkmal, Postkarten, Zeitungsartikel oder ähnliche Quellen zu Tage fördern könnte. Blumen- oder Kranzniederlegungen sowie das Aufsuchen des Denkmals zu konkreten Anlässen wie Jahrestagen sind selbstverständlich ebenfalls ein Zeichen

dafür, dass Erinnerung weiter praktiziert und lebendig gehalten wird. Nicht zuletzt ein Graffiti am Denkmal kann Spannendes über dessen Rezeption erzählen.

Stolperfallen – Was man im Hinterkopf behalten sollte

Die letzte Frage des Analyserasters deutete es bereits an: Bevor man sich daran wagt, aus der Beschäftigung mit dem Denkmal Aussagen über die kollektive Erinnerung einer Gesellschaft abzuleiten, sollte man noch einmal überprüfen, ob und für welche gesellschaftliche Gruppe dem Denkmal de facto eine Bedeutung in ihrer Erinnerungspraxis zukommt – hier ist also Vorsicht vor zu schnellen Verallgemeinerungen geboten.

Das Gleiche gilt für die Interpretation von Symbolen, welche das Denkmal offeriert; mehrere Möglichkeiten der Deutung sollten in die Überlegungen einbezogen werden, da Symbole (Sinnbilder, Zeichen) und Allegorien (bildhafte Darstellung eines Begriffs) stets einen letzten Spielraum von Interpretationsoffenheit gewähren – steht die Göttin Victoria in den meisten Fällen für den ruhmreichen Sieg, kann ein kleines Detail, wie das Herabfallen ihres Lorbeerkranzes, bereits einen Hinweis auf die genau entgegengesetzte Aussageabsicht liefern.

Das Denkmal bietet immer eine unter vielen möglichen Deutungen von Geschichte an, welche häufig mit spezifischen Interessen verbunden ist, geht es doch nicht nur um das Bild von Vergangenheit, sondern auch um eine Prägung von Wertvorstellungen und somit um eine Beeinflussung der Zukunft. Geschichte spielt sich demgemäß im Kopf von Menschen ab und ein Denkmal ist eines der Instrumente, mit denen der Filter historischer Wahr-

nehmung beeinflusst werden kann. Aufgabe desjenigen, der sich mit der Analyse des Denkmals befasst, ist es folglich, sich die Interessen der Akteure und die Funktion des Denkmals zu vergegenwärtigen, damit eine eigenständige Urteilsbildung über das im Denkmal Dargestellte möglich wird. Worin der Mehrwert dieser ‚Distanzierung‘ liegt, bringt Steinbach (2008, S. 2) abschließend noch einmal auf den Punkt:

„Geschichtspolitik lässt sich nicht abschaffen oder überwinden.

Sie bestimmt die Deutung der Vergangenheit in der alltäglichen Politikdarstellung.

Aber sie lässt sich durchdringen und auch durchschauen – und so in ihrer verführerischen Brisanz durch suggerierte Schlüssigkeit und politisch instrumentalisierbare Analogiebildung korrigieren.

Das ist nicht wenig.“

Literaturnachweis

Jaworski, Rudolf/Molik, Witold (Hg.): Denkmäler in Kiel und Posen. Parallelen und Kontraste, Kiel 2002.

Mattenklott, Gerd: Editorial, in: Daidalos 49 (1993), S. 25-26.

Mittig, Hans-Ernst: Das Denkmal, in: Busch, Werner (Hg.): Funkkolleg Kunst. Eine Geschichte der Kunst im Wandel ihrer Funktionen, München 1987, S. 532-559.

Reeken, Dietmar von: Denkmäler, in: Lernbox Geschichte. Das Methodenbuch, Seelze/Velber 2000, S. 34-37.

Schmid, Hans-Dieter: Denkmäler als Zeugnisse der Geschichtskultur, in: Horn, Sabine/Sauer, Michael (Hg.): Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen, Göttingen 2009, S. 51-61.

Steinbach, Peter: Politik mit Geschichte – Geschichtspolitik?, Bonn 2008, <http://www.bpb.de/themen/OBSIGO.html>, letzter Zugriff: 13.02.2011.

Würfel, Maria: Denkmäler im Geschichtsunterricht, in: Geschichte für heute, 1 (2009), S. 5-20.



Kaum sind wir aus dem Zug ausgestiegen und aus dem Danziger Bahnhof getreten, da leuchtet es uns schon entgegen: Das Schild der Gewerkschaft Solidarność. Mit einem Schlag war klar, dass wir nicht nur einer historischen Begebenheit auf der Spur sind, sondern einem lebendigen Bestandteil der polnischen Gesellschaft. Gdańsk ist Solidarność – überall stoßen wir auf Symbole, Denkmäler, historische Orte. Nicht alle erschließen sich uns sofort, einige irritieren uns sogar. Insbesondere die omnipräsente religiöse Symbolik ist für uns ungewöhnlich.

Der Widerspruch zwischen der lebendigen Erinnerung einerseits und dem verlassenen, öden Werftgelände andererseits ist bedrückend. Vielleicht schafft diese Stimmung aber auch erst die nötige Voraussetzung dafür, dass unsere Imagination angeregt wird. Eine schicke Hafenbebauung, ein Künstler- oder Büroviertel hätten uns auf die Gegenwart verwiesen – das weiträumige Gelände, die gespenstisch anmutenden Kräne und die halb verfallenen Gebäude hingegen lassen sich gedanklich mit den Bildern kombinieren, die 1980 um die Welt gingen: streikende Arbeiter und Arbeiterinnen, Verhandlungen mit der Regierungsdelegation, Gottesdienste unter freiem Himmel.

Dieses Thema zeigt uns vielleicht am deutlichsten, wie wenig wir über unsere Nachbarn wissen: Natürlich haben wir alle schon einmal den Begriff Solidarność gehört, und dass aus dieser Bewegung der spätere Präsident Lech Wałęsa hervorging, ist uns auch bewusst. Aber da hört es auch schon fast wieder auf. Die Beschäftigung mit der Thematik verhilft uns nicht nur zu einem tieferen Einblick in die Geschichte Polens, sie gibt uns auch neue Impulse für unser Demokratiebewusstsein.

„Solidarität mit Solidarność“?

Hintergrund: Die Gewerkschaft Solidarność

Drastische Preiserhöhungen, Lebensmittelknappheit und schlechte Arbeitsbedingungen waren ausschlaggebend für die landesweite Streikbewegung in Polen im August 1980. Insgesamt 17 000 Arbeiter auf der Danziger Lenin-Werft, einem der größten Betriebe des Landes, traten in den Streik. Innerhalb weniger Tage folgten weitere Betriebe in anderen Küstenstädten und Industriegebieten dem Danziger Beispiel. Zur Vertretung der Arbeiterinteressen wurde auf der Lenin-Werft ein überbetriebliches Streikkomitee unter der Führung Lech Wałęsas beauftragt, die Forderungen der Streikenden gegenüber der Regierung zu vertreten. Die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften konnte im Abkommen von Danzig (30. August 1980) durchgesetzt werden. Die Folge war die Gründung der ersten unabhängigen Arbeitervertretung innerhalb des kommunistischen Machtbereichs *Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“* (Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft, ‚Solidarität‘) im September 1980. Zwei Monate später waren von 16 Millionen werktätigen Polen bereits rund 10 Millionen der Solidarność beigetreten.

Gesellschaftlicher Widerstand war in Polen kein unbekanntes Phänomen. Vorangegangene Aufstände, wie z. B. der Posener Aufstand 1956, die Studentenproteste von 1968 oder die Streiks in den Werften der Küstenregionen 1970, wurden von der polnischen Staatsmacht brutal niedergeschlagen. Die Auguststreiks in

Danzig 1980 waren wohl auch deshalb von Erfolg gekrönt, da in diesem Fall Arbeiter und Intellektuelle zusammen agierten.

Ein Jahr nach Unterzeichnung des Abkommens von Danzig trat zum ersten Mal der Landeskongress der Solidarność zusammen. Während dieses Kongresses wurde die erste offensiv-politische Forderung gestellt: Freie Parlamentswahlen mit unabhängigen Kandidaten. Forderungen wie diese verschärfen das politische Klima, in dessen Folge General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 den Kriegszustand über Polen verhängte. Neben zahlreichen Internierungen von Solidarność-Funktionären wurde die Gewerkschaft im Oktober 1982 verboten und operierte im Untergrund weiter.

Nach erneuten landesweiten Streiks Ende der 1980er Jahre kam es zu Gesprächen am „Runden Tisch“ zwischen der illegalen Solidarność und der Regierung. Ein Ergebnis war die Legalisierung der Solidarność. Am 18. Juni 1989 erhielt die sie in halbfreien Wahlen eine deutliche Mehrheit der Stimmen. Im Dezember 1990 wurde Lech Wałęsa mit 74 % der Stimmen zum polnischen Staatspräsidenten gewählt und blieb fünf Jahre im Amt. Die Gewerkschaft existiert bis heute, hat sich jedoch in mehrere Flügel gespalten, welche sich nur schwer auf eine gemeinsame Linie einigen können.

von Dominik Lindemann,
Daniel Müller-Betke & Wiebke Wetzell

Die 21 Forderungen der Streikenden auf der Lenin-Werft in Gdańsk/Danzig im August 1980 (Auszug):

- Nr. 1 Anerkennung freier, von Partei und Arbeitgebern unabhängiger Gewerkschaften auf der Grundlage der Konvention Nr. 87 der internationalen Arbeiterorganisation (IAO), die von Polen ratifiziert worden ist.
- Nr. 2 Streikrecht und Sicherheitsgarantie für Streikende und deren Angehörige.
- Nr. 3 Gewährleistung der vom polnischen Grundgesetz garantierten Freiheiten: Rede-, Presse-, Versammlungsfreiheit.
- Nr. 4 Wiederanerkennung der entzogenen Rechte für die Streikenden, die nach den Unruhen 1971 und 1976 von der Arbeit entlassen wurden und die Studenten, die ihren Studienplatz verloren haben. Freilassung aller politischen Gefangenen. Streichung des Gesetzes über Verfolgung aufgrund politischer Überzeugung.
- Nr. 9 Garantie der automatischen Lohnerhöhung parallel zu Preiserhöhungen und Senkung des Geldwertes.
- Nr. 12 Einführen der Anstellungspolitik für Leitungsposten nach den Prinzipien der Kompetenz und nicht der Parteizugehörigkeit; keine Privilegien für Miliz, Sicherheitsdienstfunktionäre und Parteimitglieder.
- Nr. 16 Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Medizinbereich, um eine bessere medizinische Versorgung der Bevölkerung zu erreichen.
- Nr. 19 Kürzung der Wartezeiten für den Erwerb einer neuen Wohnung.
- Nr. 21 Einführung des arbeitsfreien Samstags.



Wir werden uns dem Kommunismus nicht ergeben! Illegale Demonstration in Danzig, 3. Mai 1982. Foto: Antoni Filipkowski, Forum Pomorskie.

„Der Pole bringt's fertig.“

Die mediale Rezeption der Solidarność im deutschen Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL

von Wiebke Wetzel

Deutsche und Polen sind Nachbarn, ihre historische Verbundenheit seit Jahrhunderten ein unerschöpfliches Thema.

Bis heute prägt die gemeinsame Vergangenheit, die von friedlichem Austausch und binationalen Entwicklungen ebenso wie von Konflikten, Bedrohungen und Unterdrückungen beeinflusst wurde, unsere nachbarschaftlichen Verhältnisse.

Besonders vor diesem Hintergrund überrascht die Reaktion der deutschen Politik auf die Ereignisse in Polen 1980/1981 – denn diese fehlte fast gänzlich. Erst im Kontext der so genannten Entspannungspolitik, die seit den späten Sechzigerjahren die internationale Politik bestimmte, wird diese offiziell eingennommene Haltung nachvollziehbar: Das Handeln der westlichen Regierungen basierte maßgeblich auf der ‚neuen Ostpolitik‘. Man hoffte, die kommunistischen Machthaber mit einer angestrebten dauerhaften Kontaktaufnahme zu einem langsamen Aufweichen des kommunistischen Kurses bewegen zu können. Eine offizielle Unterstützung der polnischen Arbeiter hätte, so meinte die deutsche Regierung, diesen Prozess gefährden können. Es hätte einen symbolischen Akt gegen das System dargestellt, mit dem man sich



Titelbild SPIEGEL 34 / 1980.



12.12.1970



Arbeiterstreiks in Polen werden gewaltsam niedergeschlagen.

gutstellen wollte – vor allem, um es indirekt zu schwächen. Aus diesem Grund wurde hiervon Abstand genommen (*siehe: Der Aufstieg der Solidarność*).

Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung begegnete den spontan gegründeten polnischen Gewerkschaften jedoch mit Sympathie. Auf deutscher Seite wur-

den so genannte Unterstützungskomitees gegründet, in denen Bundesbürger Lebensmittel, Medikamente und Geldspenden für die polnische Bevölkerung organisierten. Diese zivilgesellschaftliche Hilfe für Polen hat nach Schätzungen von Albrecht Riechers (2006 S. 9 & 14) mindestens eine Milliarde DM betragen.

Die Berichterstattung im SPIEGEL

Die Dichte und Intensität der Berichterstattung in deutschen Nachrichtenmagazinen zeigt, dass das Interesse der Leserschaft an der polnischen Streikbewegung groß war. Der SPIEGEL stellte ab Mitte des Jahres 1980 bis zum Frühjahr 1982 die Ereignisse und Entwicklungen in

Polen kontinuierlich dar. Im Untersuchungszeitraum gab es 116 Veröffentlichungen zu diesem Thema, davon 47 im Jahr 1980, 59 im Jahr 1981 und zehn im Jahr 1982. Insgesamt waren die Situation in Polen und die daran beteiligten Personen sieben Mal Titelthema, allein fünf Mal im Jahr 1980.

DER SPIEGEL

ist ein politisches Nachrichtenmagazin, das nach dem Vorbild der englischen THE TIMES am 16.11.1946 als *Diese Woche* von Offizieren der britischen Informationskontrolle unter der Leitung deutscher Redakteure gegründet wurde. Seit dem 4.1.1947 wird es unter eigenständiger Leitung als DER SPIEGEL geführt. Mit einer derzeitigen Auflage von 994 960 Exemplaren ist es das bedeutendste wöchentliche Nachrichtenmagazin Deutschlands. Nicht mehr nur als Printmedium im In- und Ausland vertrieben, präsentiert es sich ebenso im Internet und bietet dort ein frei zugängliches Archiv an, welches bis 1947 zurückreicht. (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/>).

15.02.1971



Der Streik in Łódź veranlasst die Regierung zur Zurücknahme der Preiserhöhungen.

Grundsätzlich wird der SPIEGEL als eher links orientiert eingestuft. Seinen Herausgebern wurde jedoch wiederholt vorgeworfen, sie seien nur am Profit orientiert und es fehle ihnen an einem Programm, einer politischen Linie; statt aufzuzeigen, was für besser oder richtig gehalten wird, beeile der Spiegel sich vielmehr, grundsätzlich dagegen zu sein (EICHHOLZ 1979, S. 61).

Bereits 1965 gehörte nicht nur die kaufkräftige Schicht der Gesellschaft zu den Lesern, sondern vor allem die so genannte ‚meinungsbildende Gruppe‘, also Lehrer, Journalisten, Akademiker und Politiker im In- und Ausland. Sie beziehen ihre Meinung, soziale Normen und Verhaltensweisen zum Teil aus Medien wie dem SPIEGEL und orientieren sich an solchen. Es ist eine interessierte Lesergruppe, die sich nicht allein mit dem SPIEGEL begnügt: Oft wird von ihnen parallel zumindest eine Tageszeitung bezogen. Als Wochenmagazin verzichtet der SPIEGEL darauf, Tagesnachrichten zu bringen. Eher versucht er, den im Wesentlichen bekannten Ereignissen ergänzende Aspekte hinzuzufügen, sie neu zu beleuchten und ‚tiefer zu graben‘ – es bleibt der Zwang etwas Neues und Originelles zu drucken. Eben diese Ausgangslage machen die Artikel des SPIEGELS zu einer interessanten Quelle.

Medien informieren, nehmen Stellung, erlauben und beeinflussen gleichsam die Meinungsbildung der Rezipienten. Rückwirkend erlauben uns diese „Träger weltanschaulicher Überzeugungen“ (PANDEL 2006, S. 52), Aussagen über Vorstellungen und Denkweisen einer Zeit zu treffen.

Welche Haltung nahm nun der SPIEGEL zu den Geschehnissen in Polen 1980/1981 ein? Findet sich hier eher die inhaltlich scheinbar neutrale Haltung, wie es die Bundesrepublik auf politischer Ebene anstrebte, oder die bürgernahe Solidarität mit dem polnischen Volk? Oder schürten die Artikel gar die Angst vor einer möglichen militärischen Auseinandersetzung auf Grund der Streikbewegung?

25.06.1976



Die Inflation der polnischen Wirtschaft veranlasst die Regierung abermals zu Preiserhöhungen, die aufgrund von Streiks am selben Tag zurückgenommen werden.



Wie die Presse Geschehnisse und Personen darstellt, muss nicht immer mit der angestrebten Zielsetzung und dem Selbstbild der daran beteiligten Individuen übereinstimmen. Besonders interessant erscheint daher die Frage, wie die Solidarność im SPIEGEL präsentiert wurde: vornehmlich als Gewerkschaft oder eher als politische Opposition innerhalb des kommunistischen Systems?

Bei der Auswertung der Zeitschrift muss berücksichtigt werden, dass ein einzelner Bericht im SPIEGEL zumeist sehr umfangreich ist. Er wiederholt, erweitert und intensiviert häufig an mehreren Stellen gleiche oder ähnliche Themenschwerpunkte. Dies macht die Erhebung unübersichtlich. Aus diesem Grund wird hier auf zwei für die Berichterstattung im SPIEGEL charakteristische Textsorten zurückgegriffen: die Features und die Interviews bzw. Gespräche.

Bei dem Feature handelt es sich um eine knappe Zusammenfassung der behandelten Fakten am Anfang eines längeren Berichtes. Da dieses stark in die so genannte Story integriert ist, „deutet [es] die Richtung der Geschichte an und lässt erkennen, ob den Persönlichkeiten oder der Sache die größere Bedeutung beigemessen wird.“ (JUST 1967, S. 123). Interviews ihrerseits „sind in allen Me-

dien eine geschätzte Form, um Sachverhalte näher zu bringen, Personen in der Öffentlichkeit zu präsentieren oder Informationen zu erklärungsbedürftigen Themen darzustellen. Ein ergänzendes Interview zu einem Vorfall wirkt authentisch und stellt einen näheren Bezug zu den Ereignissen her als ein einfacher Bericht.“ (FICHTEL 2010). Ursachen und Folgen der Ereignisse werden aus dem Blickwinkel der Akteure transparent gemacht, da diese für das Geschehene zumindest partiell verantwortlich sind.

Während bei Interviews die Meinung des Journalisten bzw. der Redaktion im Hintergrund stehen sollte, rückt sie bei den sogenannten Gesprächen in den Vordergrund. Diese Gespräche können sogar in eine Art Diskussion oder Streitgespräch ausarten und haben sich vor allem in Nachrichtenmagazinen immer mehr durchgesetzt. Gespräche und Interviews sind eine typische Arbeitsform des SPIEGELS – neben den Titelgeschichten und Serien sind sie das dritte bedeutende Element der Berichterstattung (HALLER 2001, S. 57). Als Untersuchungszeitraum wurde die Zeitspanne von Mai 1980 bis zum Frühjahr 1982 festgelegt: von zwei Monaten vor Beginn der Streikwelle bis nach dem Ausruf des Kriegsrechts und dem offiziellen Verbot der Solidarność.

16.10.1978



Kardinal Karol Wojtyła wird
Papst Johannes Paul II.

02.-10.06.1979



Papst Johannes Paul II.
besucht erstmals Polen.

Zwischen Mitgliedern der Solidarność, Kritikern und Parteiangehörigen – Die Expertenstimmen

Insgesamt 41 der 116 untersuchten Beiträge sind Gespräche, Interviews oder authentische Berichte und Einschätzungen. Betrachtet man nun die Verteilung hinsichtlich der herangezogenen Gesprächspartner, so ist eine deutliche Fokussierung auf einzelne Gruppen festzustellen. Mitgliedern der Streikbewegung wurde mit zehn Beiträgen schon relativ häufig die Möglichkeit zur Stellungnahme geboten. Andere Bürgerrechtler und Regimekritiker aus Osteuropa (21 Beiträge) wurden sogar doppelt so oft zur Berichterstattung herangezogen. Unter ihnen befanden sich z.B. Schriftsteller, Historiker und Oppositionelle – allgemein gesprochen Intellektuelle aus verschiedenen Staaten des Ostblocks, deren tatsächliche Bedeutung, Position und Verhältnis zur Solidarność für den Leser jedoch häufig kaum nachvollziehbar ist. Die Meinungsäußerung durch Mitglieder der kommunistischen Partei (vier Interviews, ausschließlich 1980) fällt im Vergleich hierzu gering aus, die Darstellung ist somit einseitig.

Diese Ergebnisse weisen zwar ein klares Ungleichgewicht zugunsten der Regimekritiker auf, sind aber darüber hinaus

nicht einfach zu deuten. Da bei vielen der Oppositionellen nicht eindeutig gesagt wird, ob und in welcher Form sie mit der Solidarność in Verbindung standen, gibt es aus Lesersicht mindestens zwei Möglichkeiten der Interpretation.

Die Gruppe der Regimekritiker könnte als ‚ein großes Ganzes‘ wahrgenommen werden – Streikende und Oppositionelle sind eins. Allerdings waren nicht alle Interviewpartner, gleichwohl sie ähnliche Missstände anprangerten wie es die Gewerkschaft tat, auch automatisch Unterstützer der Solidarność. Eine kritische Haltung gegenüber der Solidarność kann z.B. nicht ausgeschlossen werden. Die von ihnen vertretenen Ziele und Ideale müssen nicht immer mit dem Bestreben der Gewerkschaft eins gewesen sein.

Denkbar ist aber auch, dass der Eindruck entsteht, es handle sich bei den Aussagen der Oppositionellen um unparteiische Darstellungen durch Dritte, quasi um ‚Expertenstimmen‘, die die Geschehnisse deuten. Die streikenden Arbeiter und die intellektuellen Kritiker würden dann nicht als gemeinsam agierende Kraft gesehen, wie sie es seit der Gründung der KOR (*Komitet Obrony Robotników*,

25.07.1980

Erste offizielle Solidaritätserklärung der französischen Gewerkschaft CFDT mit den Streikenden.

14.08.1980

Beginn der Auguststreiks auf der Danziger Leninwerft.

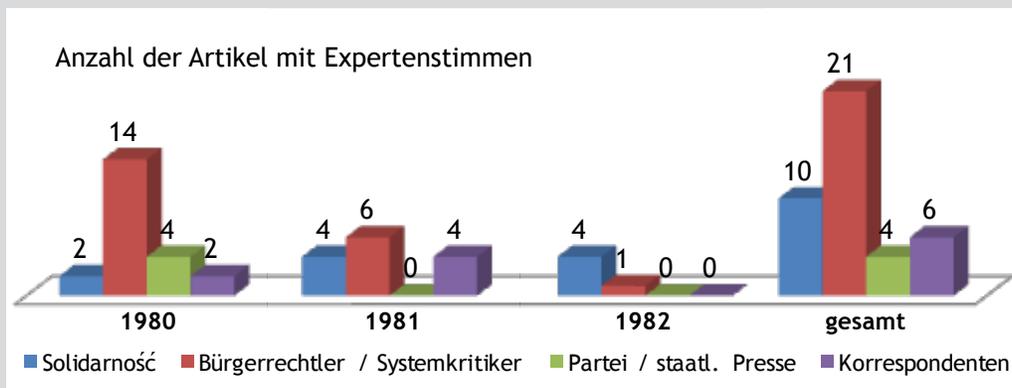


Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) 1976 waren. Festgehalten werden kann, dass der SPIEGEL mit seiner Wahl der Gesprächspartner den kritischen Stimmen viel Raum gab.

Der teilweise entstehende Eindruck, der SPIEGEL zeige selber eine kritische Haltung gegenüber der Solidarność, revidiert sich mit dem Wissen über das methodische Vorgehen der Interviewer. So ergibt sich beim Lesen des Gespräches mit dem Solidarność-Führer Lech Wałęsa, in dem dessen Einschätzung zur politischen Bedeutung der Solidarność vehement in Frage gestellt wird, eindeutig der Eindruck

von Kritik (vgl. folgenden Abschnitt). Das Einnehmen einer konträren Position ist jedoch ein für dieses Nachrichtenmagazin typisches Phänomen taktischer Art: Im SPIEGEL-Gespräch ist der Journalist ein „genau informierter und sorgfältig vorbereiteter Gegenspieler, der eine geistige Auseinandersetzung provoziert (...). Nicht selten nehmen die Redakteure – zwar nicht aus eigener Überzeugung, sondern aus taktischen Erwägungen – eine antithetische Haltung ein, um ihren Gesprächspartner zu Widerspruch und profilierter Aussage zu zwingen.“ (JUST 1967, S. 86).

Expertenstimmen



Grafik: Expertenstimmen. Wiebke Wetzel.

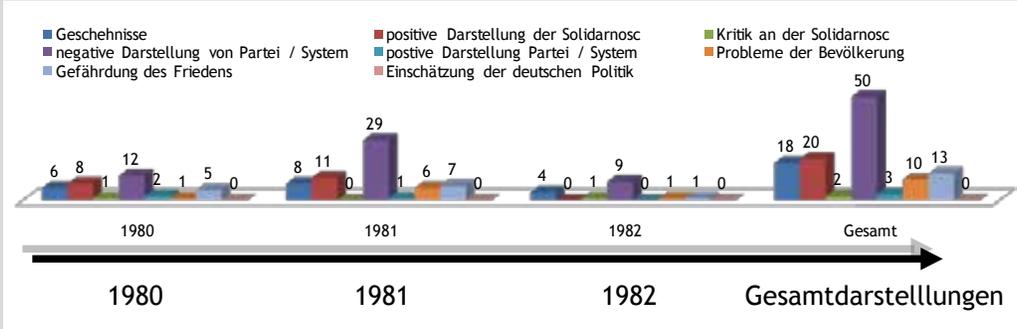
15.08.1980

Solidaritätsstreiks weiterer Werften und der Verkehrsbetriebe in Danzig.

23.08.1980

Aufnahme der ersten Gespräche zwischen der Danziger Regierungskommission und dem überbetrieblichen Streikkomitee der Leninwerft.

Thematische Schwerpunkte der Artikel



Grafik: Thematische Schwerpunkte. Wiebke Wetzel.

Inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Berichterstattung

Die Verteilung der ausgewerteten Themenbereiche bestätigt eine deutliche Unterstützung der Solidarność durch den SPIEGEL. Zwei Drittel der anhand der Features ermittelten thematischen Schwerpunkte sind so ausgerichtet, dass eine solch deutliche Einschätzung vorgenommen werden kann.

Wie bei den Interviews ergibt sich dieser Eindruck aus der auffällig häufigen negativen Darstellung der Partei, die mit einer positiven Darstellung der Solidarność einhergeht. Bei dieser stehen vor allem ihre Entwicklung, Erfolge und die Strukturen der Gewerkschaft im Vordergrund. Die ne-

gative Wahrnehmung der Partei und die positive Sicht auf die gewerkschaftliche Bewegung werden ergänzt durch die Darstellung der schweren Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie die Warnung vor einer möglichen Gefährdung des Friedens durch das militärische Eingreifen der Sowjetunion.

Interessanterweise ging mit dem Ausruf des Kriegsrechts (13. Dezember 1981) eine Kehrtwende in der Berichterstattung des SPIEGELS einher – die Solidarność wurde ab sofort fast nicht mehr berücksichtigt. Sie stand nur so lange im Fokus, wie sich ihr Erfolg deutlich abzeichnete.



25.08.1980

Erste offizielle Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den Streiks in Polen, in der unabhängige Gewerkschaften begrüßt und das kommunistische System abgelehnt werden.

Die gesamte negative Berichterstattung inklusive der Darstellungen der Partei (1980: zwölf, 1981: 29, 1982: neun) und der problematischen Lebensbedingungen der Bevölkerung (1981: acht der zehn Darstellungen) konzentrieren sich auf das Jahr 1981. Dies überrascht, da die „heimlichen Preiserhöhungen und die Versorgungsschwierigkeiten, die schlechte medizinische Versorgung, der Zusammenbruch des Wohnungsbaus, die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter durch erzwungene Überstunden, die Vertiefung der Kluft zwischen den sozialen Schichten“

(HOLZER 1985, S. 95) das polnische wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bereits 1980 und auch noch 1982 maßgeblich bestimmten. 1980 hatten eben diese Probleme zum Ausbruch der Streikwelle geführt. Das Kriegsrecht schuf weitere Versorgungsengpässe. Die Solidarność wurde verboten, ihre Mitglieder in die Illegalität gedrängt oder gleich verhaftet. War es zu diesem Zeitpunkt zu schwer, an Informationen aus Polen zu kommen, oder wurde das Thema in dem Moment uninteressant, da den Gewerkschaftern die Hände gebunden waren?

Die Ausrichtung der Solidarność: politisch-gewerkschaftlich oder revolutionär?

Gewerkschaften sind „Organisationen lohn- oder gehaltsabhängiger Arbeitnehmer, die das Ziel einer bestmöglichen Interessenvertretung ihrer Mitglieder in allen Bereichen der Gesellschaft verfolgen, vor allem auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten.“ (BROCKHAUS, 20. Auflage 1997, Band 8, S. 508).

Man kann unterscheiden in Gewerkschaften in Wirtschaftssystemen, die demokratisch sind, und solchen in kommunistischen Staaten. In ersteren treten die Gewerkschaften als unabhängige Arbeitnehmerorganisationen auf, die ein Mindestmaß an politischer Bewegungsfreiheit aufweisen und zumeist den Streik als Kampfmittel bejahen.

In kommunistischen Staaten setzen sie im Sinne des Prinzips des demokratischen Zentralismus die Beschlüsse der jeweiligen Partei auf Ebene der betriebs- und sozialpolitischen Praxis um. Sie stehen also für die Politik der Partei und verzichten demnach zumeist auf ihr Streikrecht.

30.08.1980

01.09.1980



Unterzeichnung des „Abkommens von Danzig“.

Wiederaufnahme der Arbeit in den bestreikten Betrieben.

„Was wir wollen ...“ –

die Solidarność in der Wahrnehmung Adam Michniks und Lech Wałęsas

Betrachtet man die in der Definition angeführten Charakteristika von Gewerkschaften in kommunistischen Staaten, so erfüllte die Solidarność diese nicht, da sie aus einer Streikbewegung heraus entstand und das Recht auf Streik ein-

forderte. Diese Tatsache allein kann jedoch nicht ausreichen, um der Solidarität auch eine revolutionäre Zielsetzung zuzuschreiben. Welche politische Dimension schrieben die Anführer selber der Solidarność zu?

Lech Wałęsa, geboren am 29.9.1943 in Popowo. Als Elektromonteur auf der Danziger Werft wurde er bereits im Jahr 1976 auf Grund seiner Beteiligung an der Gründung der illegalen „Freien Gewerkschaft“ entlassen. Die Arbeiter auf der Werft forderten erfolgreich seine Wiedereinstellung. Bekannt wurde er mit der Übernahme des Vorsitzes des Streikkomitees der Lenin-Werft in Danzig. Bald stand er an der Spitze des überbetrieblichen Streikkomitees und war an den Verhandlungen zum Danziger Abkommen beteiligt. Mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wurde Wałęsa bis November 1982 unter Hausarrest gestellt. Die anhaltende Bedeutung seiner Person spiegelt sich in der Verleihung des Friedensnobelpreises (1983) und in seiner Wahl zum polnischen Staatspräsidenten (1990–1995) wieder.

Adam Michnik, Publizist, geboren am 17.10.1956 in Warschau. Auf Grund seines Einsatzes für das Recht auf öffentliche Kritik geriet er frühzeitig ins Visier des Regimes, wurde 1968 der Universität verwiesen und für drei Jahre inhaftiert. Im Jahr 1977 trat er der KOR bei und fungierte ab August 1980 als Berater der Solidarność. Wegen dieses intensiven Engagements wurde er am 13.12.1981 zu weiteren drei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Darlegungen und Reaktionen auf politische Prozesse finden sich heute in mehreren Sammlungen der für ihn typischen Essays. (MICHNIK 1985, 1992).

05.09.1980

Erste offizielle Solidaritätserklärung des britischen Gewerkschaftsbundes Trade Union Congress (TUC) zur Unterstützung der polnischen Arbeiter.



Rückblickend sprach Michnik der Gewerkschaft eine politische Bedeutung zu:

„Bisweilen wurde sogar die Auffassung vertreten (...) die Gewerkschaft sei daher von Leuten durchsetzt, die nichtpolnischen Interessen dienen‘. (...) Solidarność, die nach den Massenstreiks 1980, war eine Art Konföderation der Polen für nationale und individuelle Freiheit (...) das war der Kampf um Freiheit, um nationale Identität, Menschenrechte, Religionsfreiheit und kulturelle Unabhängigkeit.“

(MICHNIK 1992, S. 29 & 45)

In der weit verbreiteten Charakterisierung der Solidarność durch Wałęsa heißt es dagegen:

„[W]ir werden immer eine Gewerkschaft bleiben. Eine Gewerkschaft muss für mich unpolitisch sein – in dem Sinne, dass sie sich nicht von einer Gruppe mit politischen Zielen dominieren lässt. Wie ich von Anfang an gesagt habe, bin ich kein Politiker. Ich bin Gewerkschafter. (...) Polen braucht Veränderung. Keine Veränderung in der Politik, sondern eine Veränderung im Verhältnis der Menschen zueinander. (...) Die Solidarność soll eine Gewerkschaftsbewegung sein und bleiben, auch wenn man heute noch so oft behauptet, es sei schon Politik, was wir hier machen. Wenn die Vertretung der Interessen unserer Mitarbeiter und die Sorge um die Zufriedenheit der Menschen am Arbeitsplatz Politik ist,

dann und nur dann ist das, was wir machen, Politik.“

(WAŁĘSA 1981, S. 7 f.)

Zwei Wahrnehmungen der gewerkschaftlichen Ausrichtung, die nur auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Berücksichtigt werden müssen vor allem die unterschiedlichen Zeitpunkte, an denen die Aussagen getroffen wurden. Während Wałęsas Einschätzung aus dem Februar 1981 stammt, machte Michnik die angeführte Aussage 1991 rückwirkend. Das Kriegsrecht, zehn Jahre der politischen Veränderungen und letztendlich die Befreiung vom kommunistischen System stehen zwischen den Geschehnissen und deren nachträglicher Deutung.

17.09.1980

16.12.1980

Offizielles Gründungsdatum der Solidarność.

Feierliche Enthüllung des Werftarbeiter-Denkmal vor der Danziger Werft.

Betrachtet man eine Äußerung Michnik aus dem Jahr 1981, so wird deutlich, dass er zwar die Politik der Partei offen kritisierte, aber den Bemühungen der Solidarność keine revolutionären Bestrebungen beimaß:

„Meiner Meinung nach kann das [Respektieren der führenden Rolle der Partei] nur so viel bedeuten, dass in unserem Land angesichts der geopolitischen Lage Polens in Europa eine kommunistische Partei regieren muss. (...) Ich glaube wirklich, dass wir lernen müssen, mit dieser Macht zu koexistieren. Und wir müssen den Machthabern beibringen, mit uns zu koexistieren.“

(MICHNIK 1985, S. 29 f.)

„Solidarność war [seit Beginn] alles auf einmal: eine Gewerkschaft, die die Interessen der Werktätigen im Betrieb verteidigte; eine Behörde, die die Verbrechen im Machtapparat verfolgte; eine Verteidigerin von Rechtsstaatlichkeit und unabhängiger Kultur; eine Art Repräsentantin der Gesellschaft gegenüber dem Machtapparat. Nur eines war sie nicht: sie war keine politische Partei, die nach Übernahme der Macht strebt – auch wenn man ihr vor allem dies vorwarf.“

(MICHNIK 1985, S. 60)

Demnach herrschte zwischen Wałęsa und Michnik eine deutliche Einigkeit bezüglich der grundsätzlichen Ziele, die weniger auf einen politischen Umsturz zielten als vielmehr auf generelle Verbesserung der Lebensumstände. Sie ergaben sich aus dem wirtschaftlich-gesellschaftlichen Kontext selber. Dies verdeutlichen auch folgende Stellungnahmen von Polen, die sich mit den Streikenden solidarisierten:

„Solidarität, sagte eine Frau, ‚haben sie überhaupt eine Ahnung, was hier bei uns los ist? Wir brauchen Essen für unsere Kinder, für unsere Männer. So kann man nicht weiterleben. Mich werden sie hier bis zum bitteren Ende finden.‘ Ein alter Mann im Ruhestand (...): ‚Seit sie drinnen sitzen, habe auch ich meinen Platz hier nicht verlassen. Von diesen Renten kann doch kein Mensch leben. Wir sind keine Halbstarke, wir alle sind Polen. Wir werden hier nichts kaputt schlagen, wir alle bleiben ruhig. (...) Sozialismus ja, aber nicht dieser. Gleichheit für alle, und nicht nur für bestimmte Leute.‘“

(GATTER-KLENK 1981, S. 20 f.)



13.12.1981

Verhängung des Kriegsrechts über Polen.

08.10.1982

Verbot der Solidarność.

Es herrschte relative Einigkeit über die Ausrichtung der Solidarność: Man wollte Veränderungen erzielen, die zwar einen gewissen Kurswechsel der Partei bedeuteten, vor allem aber auf die Bedürfnisse der nahen Lebenswelt ausgerichtet waren. Wertet man diese Zielsetzung als politisch, wie Michnik es nachträglich tat, so war die Grundhaltung der Solidarność eine politische. Sah man erst in einem revolutionären Umsturz eine politische Veränderung, wie Wałęsa, so war die Gewerkschaft frei von politischen Zielen. Einig war man sich jedoch darüber, dass das Bestreben keinesfalls auf einen politischen Umbruch ausgerichtet war. Es

waren persönliche und gesellschaftliche Veränderungen, die angestrebt wurden, eine Revolution im eigentlichen Sinne stand nicht auf der Agenda. Dennoch veränderte sich bereits durch diese Bestrebungen die politische Situation, wie Kneip und Mack (2007, S. 100) in ihrem Werk über die deutsch-polnische Geschichte feststellten. Denn „obwohl die Solidarność mit ihrer Taktik (mit Rücksicht auf die Interventionsandrohung der Sowjetunion) der ‚sich selbst beschränkenden Revolution‘ weiterhin die Vorherrschaft der Partei anerkannte, wurde die Legitimation der Partei von Tag zu Tag mehr in Frage gestellt.“

„Was sie wollen ...“ –

die Wahrnehmung einer politischen Ausrichtung der Solidarność im SPIEGEL

Der SPIEGEL stellt die Solidarność nicht nur als berechtigte und zu unterstützende Gewerkschaft dar, sondern als politische Opposition.

Von den Redakteuren auf den Erfolg der Gewerkschaft angesprochen, äußerte sich Wałęsa wie folgt: „Was geht mich denn die Geschichte an, mich interessieren unsere 21 Forderungen, und die erste und wichtigste realisieren wir jetzt,

unsere Gewerkschaft. Ich kämpfe nicht für die Historie, ich kämpfe für die Leute.“ (SPIEGEL 37/1980, S. 118).

Mit dieser Äußerung wird die selbstgewählte Positionierung der Gewerkschaft deutlich aufgezeigt – und im Folgetext als „fast hilflos“ gewertet. Wałęsa scheint sich, so der Tenor des Beitrags, der politischen Bedeutung seiner Person entweder nicht bewusst zu sein oder sie minimieren zu wollen.

16.–23.06.1983



Papst Johannes Paul II. besucht zum zweiten Mal Polen.

19.10.1984



Jerzy Popiełuszko wird von der Staatssicherheit ermordet.

Diese Einschätzung wird in einem Artikel aus dem Februar 1981 wiederholt und erweitert:

„Der Arbeitermacht steht die Staatsmacht gegenüber. Aber im Gegensatz zu den Sowjets von 1917 möchten die Arbeitervertreter 1980 auf keinen Fall die Staatsmacht stürzen. Wir beten schon für das Leben der Partei, witzelte ein oppositioneller Beobachter.“

(SPIEGEL 7/1981, S. 124).

Die grundsätzlich unpolitische Ausrichtung der Solidarność wird hier durch den SPIEGEL-Redakteur erneut revidiert und durch das Bild einer ‚Doppelmacht‘ ersetzt. In Polen steht, so seine Einschätzung, nun der eigentlichen Staatsmacht die Macht der Arbeiter gegenüber. Er sieht einen Staat, umkämpft von zwei Führungsgruppen. Die Tatsache, dass die Solidarność das Regime auf keinen Fall stürzen will, wird überzogen und somit der Lächerlichkeit preisgegeben. Dadurch wird der Gewerkschaft implizit doch eine politische Zielsetzung zugesprochen.

Eine Implikation, die sich mehrfach findet: In einem Interview fragte der SPIEGEL „War Danzig nicht schon eher ein Schritt in Richtung Revolution?“ (SPIEGEL 37/1980, S. 120); laut Artikelüber-

schriften handelte es sich von Anfang an um „Streiks in Polen – gegen die Partei“ (SPIEGEL 34/1980 S. 90); in „Polens Revolution“ (SPIEGEL 41/1981, S. 136) hieß das Ziel „Demokratie statt Wodka“ (SPIEGEL 45/1980, S. 157).

In den untersuchten SPIEGEL-Gesprächen ist die konträre Wahrnehmung von SPIEGEL-Journalisten und polnischen Beteiligten allgegenwärtig. Während Mitglieder und Unterstützer der Solidarność angeben, gesellschaftliche Veränderungen ohne Absicht auf einen politischen Umschwung etablieren zu wollen, beharren die Journalisten in ihren Fragen auf dem Sturz des Systems als Zielsetzung. Dies zeigt ein Auszug aus dem Interview mit dem polnischen Schriftsteller und späteren Außenminister Władysław Bartoszewski über das Verbot der Gewerkschaft:



06.02.1989



Vertreter der regierenden Partei, der „Solidarność“, der katholischen Kirche und anderer gesellschaftlicher Gruppen treffen sich zu Verhandlungen am „Runden Tisch“.

- „SPIEGEL: Viele in der ‚Solidarität‘ jedenfalls wollen den Kommunismus nicht reformieren, sondern weghaben.
- BARTOSZEWSKI: Die ‚Solidarität‘ wollte über die Betriebe mitbestimmen, aber nicht über die Regierung.
- SPIEGEL: Die ‚Solidarität‘ wollte die ‚führende Rolle‘ der Partei nicht anerkennen und das heißt: Sie wollte nicht die Diktatur der Partei.
- BARTOSZEWSKI: Führende Rolle heißt nicht Diktatur. Die Partei kann ihre Führungsrolle auch ausüben, ohne in alle Einzelheiten des Wirtschaftslebens und der Betriebe einzugreifen. Sie führen auch, wenn sie im großen politischen Rahmen das Land zum Sozialismus führt.“
- (SPIEGEL 42/1982, S. 154)

Aus einem Interview mit dem polnischen Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa:

- „SPIEGEL: Herr Walesa, ihr Verhältnis zur Partei ist naturgemäß weiter gespannt...
- WAŁĘSA: Was erzählen sie da! Es ist ein Liebesverhältnis ...
- SPIEGEL: ... wovon wenig zu spüren war.
- WAŁĘSA: Ich bin in diesen Dingen immer sehr um Diskretion bemüht. (...)
- SPIEGEL: Was also sind jetzt die Ziele ihrer Gewerkschaft?
- WAŁĘSA: Sie will vor allem erst einmal eine Gewerkschaft sein. Im Augenblick sind wir noch dabei, uns zu konsolidieren.
- SPIEGEL: Aber die ‚Solidarität‘ ist in der gegenwärtigen Lage Polens eben nicht nur eine Gewerkschaft ...
- WAŁĘSA: Fangen sie nicht schon wieder an! Auch in Polen, auch in der heutigen Lage ist es nicht die Aufgabe einer Gewerkschaft, Programme auszuarbeiten, dafür ist die Regierung da. Wir können nur zu den von ihr vorgeschlagenen Programmen Stellung nehmen, sie beurteilen.
- SPIEGEL: Und trotzdem hat die ‚Solidarität‘ für viele Neuerungen den Anstoß gegeben. (...) Die Regierung hat diese Forderungen erfüllt.

05.04.1989

04.06.1989

Staatliche Wiederanerkennung der
„Solidarność“.

Erste teilweise freie Wahlen in Polen.

WALĘSA: *Ja, schon, aber wir haben das nicht als unsere Aufgabe betrachtet, sondern mehr als Nebenbeschäftigung. (...) Wir aber sind unabhängig.*

SPIEGEL: *Von ihren Arbeitern, die sie gewählt haben, sind sie doch auch abhängig. Die haben Sie gewählt, weil sie erwarten, Sie würden auch dafür sorgen, dass sich die wirtschaftliche Lage endlich bessert.*

WALĘSA: *Das ist wahr. Aber das heißt doch nicht, dass wir die Regierung zu ersetzen haben. Es tut mir leid, dass ich Ihre Frage nicht so beantworten kann, wie Ihnen das wahrscheinlich lieber wäre. Aber es geht halt nicht anders, wirklich nicht. (...) Soll ich etwa der Regierung vorschreiben, wie die Reform auszusehen hat?“*

(SPIEGEL 25/1981, S. 115-117)

Die Berichterstattung im SPIEGEL zielt nicht darauf ab, die selbstgewählte Position der Solidarność und ihre Besonderheit als freie Gewerkschaft in einem kommunistischen System herauszuarbeiten. Es scheint, als wäre die Motivation der polnischen Arbeiter entweder nie gänzlich verstanden oder zumindest nicht als solche akzeptiert worden. Metaphorisch verdeutlicht sich die unterschiedliche Wahrnehmung in dem SPIEGEL-Interview mit dem Solidarność-Funktionär Seweryn Blumszajn. „Lieber tot als rot?“ wurde dieser gefragt. Wie zu erwarten revidiert er, weist wiederholt darauf hin, dass es nicht der politische Umschwung ist, der sie antreibe: „Die Polen wollen leben, mindestens in der Farbe Rosa.“ (SPIEGEL 1/1982, S. 71).

Nach Einschätzung von Harald Bilger (1982, S. 47) ist eine solche Wahrnehmung der Solidarność typisch für den Westen: „Die westlichen Medien neigten aus der freiheitlich-westlichen Atmosphäre heraus dazu, die polnischen Verhältnisse im Sinne in den Westen ausgewiesener polnischer Illusionisten zu interpretieren.“ Die Situation „Rosa“ wäre weder für die westdeutschen Journalisten noch für die Regierung der BRD akzeptabel gewesen. Letztendlich hätte deren Toleranz impliziert, dass der Kommunismus und folglich auch die Existenz der DDR vertretbar wären.

18.06.1989



Stichwahlen. Die Solidarność erhält eine eindeutige Mehrheit der Stimmen.

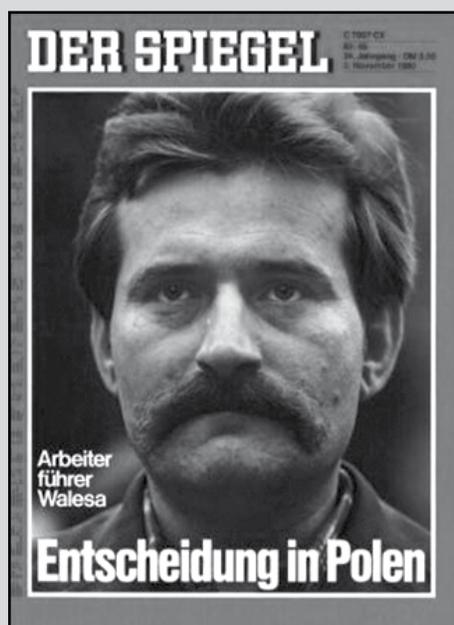
Von dem „Aufstand in Polen“ zur „Revolution im Ostblock“ – die Titelbilder

Auf zwei der hier im Fokus stehenden Abbildungen ist es Wałęsa, der stellvertretend für die Solidarność, für die gesamte streikende Arbeiterschaft steht. Da dieser bereits früh die Position des Gewerkschaftsführers übernommen hatte, überrascht dies wenig. Zu bedenken ist allerdings, dass diese Personifizierung eine Vorstellung impliziert, die so keine Gültigkeit hat: Wałęsa war nicht die Solidarność, und die Solidarność lässt sich nicht auf Wałęsa reduzieren.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Titelbilder die Wahrnehmung der Solidarność durch den Leser in genau diese Richtung lenken.

Verglichen mit der ersten Abbildung, welche die Arbeiter noch als eine orientierungslose Gruppe darstellt, die grau und namenlos – wenn auch nicht gewaltbereit – wirkt, wird durch die Herstellung eines Verantwortlichen eine gewisse Ordnung, Zielgerichtetheit und Entscheidungsfähigkeit suggeriert. Doch die Darstellung Wałęsas als Repräsentant der Solidarność wandelt sich im Verlauf der Berichterstattung. Im November 1980 ist er ein einfacher Werftarbeiter, einer von vielen: menschlich, hoffnungsvoll,

volksnah, dabei gleichzeitig zielgerichtet und zentrales Element der Bewegung. Ein einfacher Mann, der Verbesserungen anstrebt. Da der Titel von „Entscheidungen“ spricht, ist er es, der einfache Mann, der für den Kampf und das Erwirken von Verbesserungen für die Gruppe steht, aus der er emporkam: die Arbeiterschaft.



SPIEGEL Titelbild 45/1980.

24.08.1989



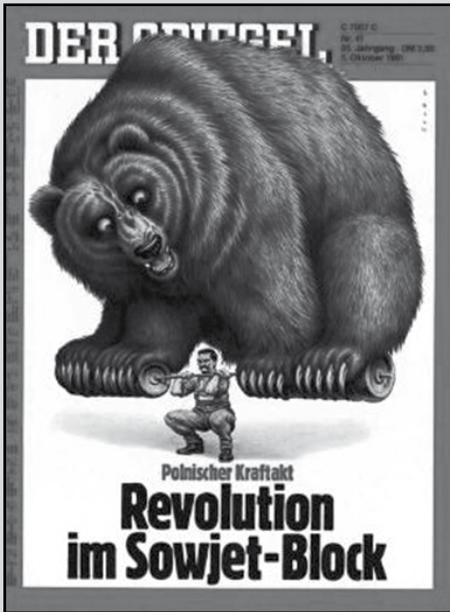
Tadeusz Mazowiecki wird zum ersten nichtkommunistischen polnischen Ministerpräsident seit dem Zweiten Weltkrieg gewählt.

09.11.1989



Fall der Berliner Mauer.

Ein Jahr später, im Oktober 1981, erscheint er in einer symbolisch aufgeladenen Karikatur auf dem Deckblatt.



SPIEGEL Titelbild 41/1981.

Hier repräsentiert Wałęsa, nachdem er bereits zuvor lange zum Sinnbild des Aufstands stilisiert wurde, nicht nur die Solidarność, sondern gleichsam das gesamte polnische Volk. Letzteres impliziert die auf seiner Brust prangende polnische Flagge. Es sind seine Muskeln, die schier übermenschliche Kraft eines gestählten Mannes, die der Solidarność und dem Rest des polnischen Volkes eine überragende Macht und Handlungsfähigkeit geben.

Hier stehen weder die polnische Arbeiterschaft noch das polnische Volk im Fokus. Auch ist es nicht mehr die Staatspartei Polens, die vordergründig herausgefordert wird. Hier tritt ein kampferprobter, starker Mann symbolisch dem gesamten kommunistischen System entgegen. Dabei ist es auf Grund seiner Symbolkraft nicht nur Wałęsa, sondern durch ihn ein ganzes Volk, dass hier allegorisch die Politik des Ostblocks in die Hand nimmt.

Ein Bild ist nicht gleich ein Bild. Eine Karikatur z.B. ist mit einem Foto nicht gleichzusetzen, da sie keine realistische Widerspiegelung der Wirklichkeit darstellt. „Caricare“, von dem sich die Bezeichnung Karikatur ableitet, bedeutet „beladen“ oder „überladen“.

„Der Gegenstand der Karikatur ist weit gefasst: Nationale und internationale Politik werden kommentiert und kritisiert, Politiker, aber auch Künstler und andere Berufsgruppen, gesellschaftliche Schichten und Stände werden porträtiert, gesellschaftliche Konventionen auf Korn genommen.“



03.10.1990

Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR).

[Sie ist] aktuell und situationsbezogen, ergreift Partei, ist mitunter verletzend und aggressiv gegenüber dem Dargestellten. Die Karikatur kann ebenso Mittel oppositioneller Kritik wie Medium politischer Propaganda sein.“ (BUSKE 2006, S. 99 f.).

Für den Betrachter stellt sie eine Herausforderung dar, denn sie muss unter Berücksichtigung des gesellschaftlich-politischen Kontextes interpretiert werden. Nur wer über ein genügend großes Sachwissen verfügt, ist in der Lage dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Diese Implikation findet sich nicht nur im Hefttitel, welcher die „Revolution im Sowjet-Block“ propagiert. So wie Wałęsa die Solidarność metaphorisch repräsentiert, versteht man den Bären bis heute als symbolische Personifikation Russlands – zu damaliger Zeit des besagten „Sowjet-Blocks“. Dabei wird, so die Symbolik, das ‚Schultern‘ dieses Bären noch erschwert. Zusätzliche Gewichte an der Hantel, welche für den Parteiapparat im eigenen Land stehen, unterstützen den Bären mit ihrem Gewicht. Im übertragenen Sinne wendet der SPIEGEL das vorausgegangene Zitat „Lieber tot als rot“ erneut an: Der tapfere Mann, der mit der Flagge auf der Brust als Repräsentant für das polnische Volk steht, stemmt sich gegen das sowjetische System. Mit der Konsequenz, dass er den gefährlichen, aber dem Gesichtsausdruck nach scheinbar verstörten Bären entweder besiegt, in-

dem er diesen von sich schleudert, oder von ihm erschlagen wird. Für das polnische Volk gibt es im Sinne der Darstellung nur die Freiheit im Sieg oder den Niedergang im kommunistischen System. Symbolisch wird der Sieg als wahrscheinlicherer Ausgang impliziert, immerhin hat der Symbol-Wałęsa das schier unglaubliche Gewicht schon überraschend hoch gestemmt, hat den Bären seines Machtbereiches soweit enthoben, dass dieser nur noch erstaunt dreinblicken kann. Unsicherheit statt Kampfgeist steht in den Augen des einst starken Tieres. Entgegen der Einschätzung des SPIEGELS trat vorerst jedoch letzteres Szenario ein, der Ausruf des Kriegsrechts warf die Gewerkschaft weit zurück. Sinnbildlich hat der Bär Wałęsa und mit ihm die Gewerkschaft begraben. Jahre-lang mussten sie im Untergrund agieren. Erschlagen jedoch wurden sie nicht.

09.12.1990



Lech Wałęsa wird polnischer Staatspräsident
und bleibt fünf Jahre im Amt.

„Die Solidarität lebt“ – Sympathien und westliche Werte in der Berichterstattung. Eine abschließende Betrachtung

Der SPIEGEL stellte die Geschehnisse in Polen in unerwarteter Dichte und großem Umfang dar. Anders als die Bundesregierung hat der SPIEGEL nicht versucht neutral zu agieren, vielmehr wurde ein deutlicher Standpunkt eingenommen: Solidarität mit Solidarność.

Die Sympathie fand ihren Höhepunkt im Jahr 1981. Gesprächspartner wurden eher einseitig ausgewählt und zum Teil undifferenziert vorgestellt. Weiterhin zeigten die Schwerpunktthemen der Artikel vorrangig das Leid der Bevölkerung und die Untaten der Parteien, sodass die gewerkschaftlichen Ziele legitimiert und die Empathie der Leserschaft mit der volksnahen Gewerkschaft geweckt werden konnten. Der SPIEGEL stilisierte die Solidarność immer deutlicher zu einer erfolgreichen politischen Opposition. Sie wurde als politisch ausgerichtete, mitunter revolutionärsorientierte Gruppierung vorgestellt, nicht aber als Arbeitergewerkschaft, der es primär um die Verbesserung der Lebensverhältnisse und um Mitspracherechte ging.

Vermutlich etablierte genau diese Politisierung bei den westlichen Lesern die Sympathie für die ‚polnische Sache‘. Für sie, die im Kalten Krieg sozialisiert worden waren, mussten das Verlangen nach Freiheit und der Kampf gegen das kommunistische System im Vordergrund stehen. Das Streben nach Verbesserungen innerhalb dieses Systems war aus west-

licher Sicht schwer nachvollziehbar. An der Positionierung des SPIEGELS überrascht also nicht die grundsätzliche Ausrichtung, sondern vielmehr, wie deutlich und durchgängig diese im Kontrast zu der Entspannungspolitik und der zurückhaltenden Unterstützung durch die westlichen Regierungen steht. Es scheint, als wurde im SPIEGEL das dargestellt, was man sich von der Solidarność und für das polnische Volk wünschte – einen ersten Schritt hin zum Befreiungsschlag. Nicht auszuschließen ist auch, dass die SPIEGEL-Redakteure mit ihrem emotionalen, politischen und geographischen Abstand sahen, was den Beteiligten verborgen blieb – zielgerichtete Hoffnung der Massen, die das kaum handlungsfähige System aufweichen würden, um schlussendlich politische Geschichte zu schreiben. Im SPIEGEL wurde die Situation recht einseitig interpretiert. Man hob hervor, was man auf Grundlage des westlichen Wertesystems für den einzig richtigen Weg hielt – Solidarność wurde zu einem Kampf für die westliche Freiheit und gegen den Kommunismus stilisiert. Somit übernahm der SPIEGEL etablierte Deutungsmuster und repräsentiert gleichsam, wie unverstündlich vieles für die deutsche Seite blieb, wie sehr die hiesige Wahrnehmung vom eigenen gesellschaftlichen System geprägt war und dass das spezifisch Polnische nicht wirklich fassbar werden konnte.

Literaturnachweis

Eichholz, Anita: Der Vietnamkrieg im SPIEGEL. Eine inhaltsanalytische Untersuchung, Berlin 1979.

Fichtel, Kathrin: Das journalistische Interview, http://www.dfjv.de/uploads/tx_eleonartikel/53--fichtel_interview1.pdf, letzter Zugriff: 20.09.2010.

Gatter-Klenk, Jule: Vielleicht auf Knien, aber vorwärts! Gespräche mit Lech Wałęsa, Königstein 1981.

Haller, Michael: Das Interview. Ein Handbuch für Journalisten, 3. Aufl., Konstanz 2001.

Holzer, Jerzy: Solidarität. Die Geschichte der freien Gewerkschaft in Polen, München 1985.

Just, Dieter: Der Spiegel. Arbeitsweisen – Inhalt – Wirkung, Hannover 1967.

Kneip, Matthias/Mack, Manfred (Hg.): Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Darstellungen und Materialien für den Geschichtsunterricht, Berlin 2007.

Michnik, Adam: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstandes, Berlin 1985.

Michnik, Adam: Der lange Abschied vom Kommunismus, Hamburg 1992.

Pandel, Hans-Jürgen: Quelleninterpretation. Die schriftliche Quelle im Geschichtsunterricht, 3. Aufl., Schwalbach 2006.

Riechers, Albrecht: Hilfe für Solidarność. Zivilgeschichtliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982, Bonn 2006.

Wałęsa, Lech: Vorwort, in: Gatter-Klenk, Jule: Vielleicht auf Knien, aber vorwärts! Gespräche mit Lech Wałęsa, Königstein 1981.

Gespräch mit Antoni Filipkowski

Solidarność-Aktivist der ersten Stunde

Übersetzung: Marłgorzata Grzywacz

Textredaktion: Stefanie Nord

Wie würden Sie die Stimmung in den Jahren 1980/81 beschreiben?

Die Gründung der Solidarność 1980/1981 war eine Zeit großer Hoffnungen. 1981 kam mit dem Kriegsrecht die versuchte Zerschlagung und weitgehende Unterdrückung dieser Hoffnungen und des gesamten Widerstands. Die weiteren 80er Jahre waren dadurch geprägt, dass das Kriegsrecht zwar aufgehoben wurde, aber die Repressalien weiter andauerten. Im August 1988 entluden sich die angestauten Emotionen dieser Situation in einem weiteren Streik. Noch im Frühling waren andere Streikversuche gescheitert; die kommunistische Macht existierte noch in voller Stärke.

Vor 1980 hatten sich die Arbeiter und die Intellektuellen in ihren Widerstandsbestrebungen gegen die kommunistische Führung kaum zusammengeschlossen. Aber 1980 sandten die Intellektuellen aus Posen und vielen anderen polnischen Städten Unterstützungsbriefe an die streikenden Arbeiter der Solidarność. Schon in den 1970ern hatten die Intellektuellen mit verschiedenen kleineren Organisationen begonnen, die Arbeiter zu unterstützen, insbesondere mit dem das KOR (*komitet obrobę robotników*), den Arbeitern nach den Streiks von 1976 rechtlichen Beistand gab. In dieser Zeit

wurde man sich bewusst, dass es internationale rechtliche Grundlagen gab, um sich gegen die eigene schlechte Situation zu wehren. Der polnische Widerstand und sein Informationsfluss profitierten von internationalen Sendern wie der amerikanischen *Stimme Polens* oder dem Sender *Freies Europa*. Der Staat bemerkte die Annäherung zwischen den Intellektuellen und den Arbeitern, konnte aber nicht immer dagegen vorgehen, weil die Organisationen offiziell so ausgerichtet waren, dass sie vor dem Zugriff der Regierun- gstellen geschützt waren. Es kam trotzdem immer wieder vor, dass Mitglieder verhaftet und lange inhaftiert wurden. Der Effekt solcher Inhaftierungen war jedoch nicht eine Schwächung des Widerstandes, sondern seine Stärkung, weil immer mehr Menschen sich den Gruppen anschlossen. Im Untergrund kursierten Flugblätter und Broschüren darüber, wie man Verhaftungen vermied und wie man sich verhalten sollte, falls man doch verhaftet wurde, damit man niemanden zusätzlich gefährdete.

Unabhängig davon, ob jemand selbst gläubig war oder nicht, war es von großer Bedeutung, dass die katholische Kirche das kommunistische Regime nie aner-

kannt hatte (und umgekehrt). Als dann ein Pole zum Papst gewählt wurde, war das ein sehr starkes Symbol: Er wurde zu einem freien Menschen. Man entzog ihm damals die polnische Staatsbürgerschaft, doch als Papst wurde er in aller Welt gehört und konnte für die Polen sprechen. Und weil er zu den Streikenden hielt, war Johannes Paul II. der geistige Beistand und die Stärkung, die nötig waren, um den Kampf für die Freiheit nicht auf-

zugeben. Man wusste, dass die Freiheit kommen würde, aber man wusste nicht, wie lange es dauern würde. Auch als die Solidarność verboten wurde, gehörten ihr über zehn Millionen Menschen an, das waren zehn Mal mehr als die Mitglieder der kommunistischen Partei. Durch diese Größe und durch die gute Organisation konnte die Kommunikation aufrecht und die Widerstandsbewegung damit am Leben erhalten werden.

Gab es ausländische Unterstützung für die Solidarność? Wie sah sie aus und wie wurde sie eingeschätzt?

Die Solidarność profitierte davon, dass die kommunistische Regierung polnische Intellektuelle ausreisen ließ. Daraus ergab sich ein internationales Netzwerk zwischen Polen im In- und Ausland. Darüber hinaus genoss die Solidarność die Unterstützung ausländischer Journalisten. Die Küche meiner winzigen Wohnung fungierte als TV-Studio für einen amerikanischen Sender, der trotz der häufigen Hausdurchsuchungen erfolgreich Interviews und Berichte sendete. Meine Wohnung gehörte zu den Orten, an denen sich schon vor 1980 Menschen trafen, die den Wunsch nach mehr Freiheit hatten. So hatte man die Möglichkeit, Zeitungen auszutauschen und sich über die aktuelle Situation und die Möglichkeiten des Widerstands zu unterhalten. In der Danziger Bevölkerung und unter den Arbeitern gäbe schon lange der Unmut und daraus

entstand der Wille, Widerstand zu leisten.

Das alles bereitete den Streik mit vor. Warum der Streik in den Hafenstädten entstand? Ganz einfach, weil man durch die Seeleute, die von überall her kamen, Kontakt zur freien Welt hatte. Die Seeleute brachten Zeitungen und Bücher aus anderen, nicht kommunistischen Ländern mit und einige hatten auch Kontakte zur freien polnischen Kultur im Ausland.

Wie würden Sie die Solidarność charakterisieren?

Die Forderung nach einer freien, selbstverwalteten Gewerkschaft war in einem kommunistischen Staat ungeheuerlich. Auch wenn diese Gewerkschaft nach ihrem Zustandekommen am 31.08.1980 nicht ausdrücklich antikommunistisch ausgerichtet war, war allen Beteiligten klar, dass dies der erste Hebel war, mit dem man das System langsam zu Fall bringen konnte.



*Antoni Filipkowski.
Foto: Witold Wyrwa.*

Die Solidarność war nicht nur eine Gewerkschaft, sondern eine breite gesellschaftliche Bewegung, in der die Gewerkschaft nur einen Teil darstellte.

In dieser breiten Bewegung waren auch linksorientierte Gruppen vertreten, die eine andere, freie Idee vom Kommunismus hatten.

Was die Solidarność aus dem Ausland brauchte, war gewissermaßen eine Anleitung, wie man eine freie Organisation aufbaut und führt, da man das im kommunistischen, diktatorischen Polen nicht lernen konnte.

Die Beziehungen zu westlichen Gewerkschaften gestaltete sich teils schwierig, weil diese traditionell links gerichtet waren, während die Solidarność als Gegenbewegung zum Kommunismus rechts gerichtet – das heißt in diesem Fall zentralistisch – war. Die westlichen Gewerkschaften waren in ihren Ansichten über die Solidarność gespalten; viele verstanden nicht, warum sich die polnischen Arbeiter gegen ihren kommunistischen Arbeiterstaat auflehnten, während sie selbst sich einen solchen wünschten. Die Solidarność wollte ihrerseits nicht von allen Gewerkschaften Hilfe annehmen, vor allem nicht von den extrem linken, weil sie sich nicht aus dieser Richtung Vereinbarungen lassen wollte.

Wie bewerten Sie den Runden Tisch von 1989?

Ich bewerte ihn heute positiv, weil dadurch der Domino-Effekt seinen Lauf nahm. Beide Seiten fanden zueinander und man ging vom Kämpfen zum Reden über. Man begann endlich damit, gemeinsame Lösungen zu suchen und Kompromisse zu schließen. Aber diese Kompromisse wurden zu lange aufrecht erhalten, auch als sich die Verhältnisse durch den Abzug der sowjetischen Truppen und die Auflösung der Polnischen Arbeiterpartei grundlegend änderten.

Der runde Tisch beendete die lang andauernden Repressalien gegen die Widerständler und ihre Familien. Sie alle waren durch die ständigen Angriffe sehr erschöpft. Ursprünglich war ich grundsätzlich gegen den Runden Tisch. Ich war der Meinung, dass die Spaltung der Bewegung in einen kompromissbereiten und einen radikalen Flügel dadurch zementiert würde und habe das in der Widmung einer Liedersammlung auch so formuliert. Diese Befürchtung hat sich dann auch bewahrheitet.

Wie beurteilen Sie die Gegenwarts- und Zukunftsperspektiven der Solidarność?

Die Solidarność nahm bei ihrer Gründung die Verantwortung für den Systemwechsel Polens und ganz Europas auf sich. Dazu haben wir teils in (offenen) Briefen, teils auf anderen Wegen Kontakt zu anderen kommunistischen Staaten bzw. deren Bevölkerung aufgenommen. Mit Flugblättern in den jeweiligen Landessprachen versuchten wir in den späten 1980ern, den Systemwechsel z. B. in der DDR, in Tschechien, in der Slowakei und weiteren Staaten vorzubereiten. In einigen weiteren Ländern (z.B. Ungarn) entstanden ebenfalls Widerstandsbewegungen, die mit diesem Namen große Hoffnungen verknüpften. Wäre 1981 die sowjetische Armee einmarschiert, waren wir darauf vorbereitet, die Soldaten mit

russischsprachigen Flugblättern über den Charakter der Solidarność zu informieren, in der Hoffnung, sie so von unserer Sache zu überzeugen.

Die heutige Solidarność hat mit der ursprünglichen nicht mehr viel gemein, da die Probleme und das System, gegen das sie ursprünglich kämpfte, nicht mehr existieren. In meinen Augen muss die Aufgabe einer heute noch wahrhaftigen Solidarność sein, die Probleme der Menschen zu kennen und zu verstehen und das System des Staates der Gesellschaft entsprechend anzupassen.

Dürfen sich heutige Politiker, die aus der Solidarność hervorgegangen sind, mit dem Kampf der Arbeiter schmücken?

Man hätte vielleicht manches besser machen können, aber wer damals nichts versucht hat, darf heute nicht klug daher reden. Die Wirtschaft der frühen 1980er wurde künstlich am Leben erhalten und brach mit dem Ostblock zusammen. Bis heute kosten Regelungen aus der kommunistischen Zeit die polnische Gesellschaft

Geld, das den aktuellen Verhältnissen nicht angemessen ist (z.B. die Pensionen der Bergleute). Das System kann nur langsam neu aufgebaut werden und die Übergangszeit ist nicht einfach.

**Wie würden Sie Ihr Engagement in Ihre Lebensgeschichte einordnen?
Warum haben sie sich trotz aller Risiken so stark in der Solidarność engagiert?**

Ich stamme aus einer ostpolnischen Familie, die die Russen nach dem Zweiten Weltkrieg als Besatzer empfand und immer gegen sie war, genauso wie gegen den Kommunismus. Es hatte bei uns schon Tradition, sich für seine Überzeugungen einzusetzen. Ich habe allerdings nichts gegen die russische Kultur an sich; ich habe russische Literatur gelesen und russische Lieder gehört und daraus einiges gelernt. Ich finde es wichtig, auch die Sprache des Feindes zu verstehen, sonst kann man nicht effektiv gegen ihn vorgehen.

Vor einigen Jahren wurde ich im Internet gefragt, warum die Polen die Russen hasen. Ich denke nicht, dass das wirklich Hass ist, aber die Erinnerungen sind nicht immer einfach. Es muss trotzdem erlaubt sein, sich an die gesamte Vergangenheit zu erinnern und auch wenn

Entschuldigungen manchmal schwer fallen, helfen sie beim Verzeihen und Zueinanderfinden.

In den späten 1970ern hatte ich Kontakt zu Jugendlichen und Studenten in St. Petersburg/Leningrad, die mir 1980, als ich stellvertretender Vorsitzender des Streikkomitees war, Briefe schrieben. In diesen Briefen bedankten sie sich bei mir, aber man habe ihnen befohlen, den Kontakt abubrechen, weswegen sie mich nun bäten, ihnen nicht mehr zu schreiben. Heute habe ich vor allem Kontakt zu Medienvertretern und Künstlern in Weißrussland.

Würden Sie heute im Nachhinein etwas anders machen, auch wenn die Solidarność insgesamt eine Marke und eine Erfolgsgeschichte ist?

Ich bin froh, zu jener Zeit hier gewesen zu sein und dass ich das tun durfte und konnte, was ich getan habe. Ich habe das Land nie verlassen (außer für kürzere Reisen), weil ich es trotz aller „Angebote“ nie wollte. 1987 war ich für zwei Monate in Norwegen, um dort mit Gewerkschaftsvertretern zu sprechen. Für diese Reise brauchte ich einen Reisepass, den ich eigentlich lieber nicht gehabt hätte und als ich wieder nach Polen zurück wollte, stellte sich der Pass als One-Way-Ticket heraus: Man wollte mich nicht wieder einreisen lassen. Sechs Stunden habe ich immer wieder mit den Grenzsoldaten diskutiert. In dieser Zeit versuchten Geheimdienstmitarbeiter, mir die Rückkehr auszureden. Sie haben währenddessen auch – mal wieder – meine Wohnung in Unordnung versetzt. Erst als ein Okay aus Warschau kam, durfte ich dann endlich doch wieder einreisen.

Mir waren die Teilhabe und die Mitarbeit an den großen gesellschaftlichen Umwälzungen wichtig und ich bin stolz und froh, dabei gewesen zu sein. Ich würde alles, was ich damals getan habe, wieder genauso machen, das heißt ich würde mich wieder mit meinen Liedern und Schriften in den kulturellen Bereich des Widerstands einbringen. Ich habe mich immer gefreut, wenn Tausende meine Lieder mitgesungen haben und meine Arbeit ihnen half, die schweren Zeiten

durchzustehen und die Hoffnung zu bewahren.

Heute treffe ich mich mit den Oppositionellen in Kuba, Weißrussland, der Ukraine und anderen Ländern und spreche mit ihnen über Wege, für die Freiheit zu kämpfen. Das ist für mich heute der Geist der Solidarność.

Der Aufstieg der Solidarność 1980

über die „Solidarität mit Solidarność“ der westeuropäischen Gewerkschaften

von Dominik Lindemann

„Wir kämpften darum, wir kämpften um Werte. Wir kämpften um die ganze Welt, um dieses Deutschland, damit es sich vereinigen kann, (...) als die ganze Welt keine Ahnung hatte, wie man sie verändern könnte.“

Lech Wałęsa 1984

Während unseres Aufenthaltes in der Ausstellung *Wege zur Freiheit* in Danzig hatten wir die Gelegenheit, mit Antoni Filipkowski, einem an den Streiks von 1980 maßgeblich beteiligten Werftarbeiter und Solidarność-Mitglied, zusammenzutreffen und ihm einige persönliche Fragen zu stellen. Durch ihn und durch einen Raum in der Ausstellung, der die internationale Vernetzung der Arbeiterbewegung doku-

mentierte, haben wir erfahren, dass die Gewerkschaft Solidarność nicht nur in Polen selbst äußerst wichtig, sondern auch Vorbild und Initiator einer gesamt-europäischen Protestwelle seit 1980/1981 gewesen sei.

Auch der Warschauer Historiker Andrzej Paczkowski teilt diese Auffassung: „Die Solidarność [spielte] eine Schlüsselfunktion in dem gesamten Prozess des System-



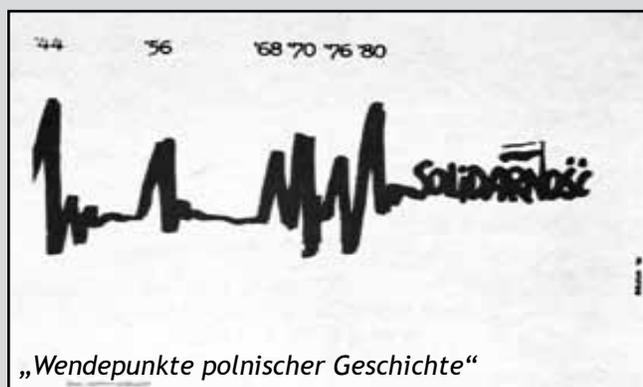
„Freiheit für die politischen Gefangenen“

Forderung der Werftarbeiter auf der Danziger Werft, Ende 1981.

Foto: Antoni Filipkowski, Forum Pomorskie.

Der am 6. August 2010 verstorbene britische Historiker Tony Judt (2006, S. 676) bewertet den Einfluss der Ereignisse in Polen auf das Jahr 1989/1990 folgendermaßen:

„Blickt man von der Warte nach 1989 zurück, so erscheint der Aufstieg der [Gewerkschaft] Solidarität als das Eröffnungsgefecht im Entscheidungskampf gegen den Kommunismus. Doch die polnische ‚Revolution‘ von 1980/81 ist eher als der letzte Paukenschlag eines anschwellenden Crescendos von Arbeiterprotesten zu verstehen, die 1970 begannen und sich gegen repressive und unfähige Wirtschaftspolitik der Partei richteten. (...)“



Doch mehr waren sie nicht. Für sich genommen, kündigten sie nicht den Zusammenbruch der kommunistischen Macht an. (...) Im Kommunismus ging es um Macht, und die Macht befand sich nicht in Warschau, sondern in Moskau. Die Entwicklungen in Polen waren ein aufregender Prolog zur Erzählung vom Zusammenbruch des Kommunismus, aber sie blieben eine Episode.“

zerfalls in Polen und infolge des (...) Lawineneffekts in ganz Mitteleuropa.“ (ÜBER SOLIDARNOŚĆ 2005, S. 84). Allerdings birgt diese Ansicht die Gefahr, die Streiks in Polen von 1980/1981 und den endgültigen Sturz des kommunistischen Systems in Europa 1989/1990 in einen einfachen kausalen Zusammenhang zu stellen. Hierbei entsteht die Frage nach der Kontinuität dieser beiden Ereignisse.

Wie ist die Gründung der Solidarność einzuschätzen in Hinblick auf den Zerfall des kommunistischen Systems und den Fall der Berliner Mauer 1989? Aus der Ausgangsthese, dass Solidarność eine international vernetzte Gewerkschaft mit Partnern in vielen Ländern gewesen sei, ergibt sich eine weitere Frage: Wie sah die Zusammenarbeit mit den westlichen Gewerkschaften wirklich aus und aus welchen

Gründen könnte sie stattgefunden haben? Tatsächlich ist es so, dass es nach dem Ausbruch des Streiks und der Gründung der neuen freien Gewerkschaft im September 1980 Sympathie- und Solidaritätsbekundungen aus fast allen Ländern Europas und darüber hinaus gab. Solidarność konnte sich von Anfang an auf ein breites Fundament internationaler Unterstützung – insbesondere auf Gewerkschaftsebene – verlassen. So einhellig die Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Zusammenarbeit jedoch war, so unterschiedlich waren sowohl die Beweggründe als auch das Ausmaß der tatsächlichen Hilfsleistungen. Anhand des bri-

tischen Gewerkschaftsbundes TUC, des deutschen Dachverbandes der Gewerkschaften DGB und des federführenden Partners aus Frankreich, der CFDT, sollen exemplarisch die Motive aufgezeigt werden, die bei der Bewertung der Situation zugrunde lagen. Hierbei spielen verschiedene Aspekte, wie z.B. Glaube, Ideologie und gemeinsame historische Tradition der Länder eine Rolle. Auch war man sich innerhalb der nationalen Verbände nicht immer einig, welche Maßnahmen man zu ergreifen hatte. An mancher Stelle wird ersichtlich werden, dass die so genannte „Solidarität mit Solidarność“ oft pragmatische und strategische Gründe hatte.

Der britische Gewerkschaftsbund TUC – über Startschwierigkeiten und Kommunikationsprobleme mit Solidarność

Ein Beispiel für eine eher zurückhaltende Zusammenarbeit zwischen Solidarność und einem ausländischen Gewerkschaftsbund war der britische *Trade Union Congress* (TUC). Dieser tat sich mit der Einordnung der Ereignisse im August des Jahres 1980 zunächst schwer. In einem sozialistischen Staat protestierten und streikten die Arbeiter, ohne das Ziel einer politischen Revolution zu verfolgen. Darüber hinaus waren religiöse Töne zu vernehmen, die mit den Forderungen der Streikenden verknüpft wurden. Aufgrund der Neu- und Einzigartigkeit dieser Konstellation musste man also die Situation in Polen völlig neu bewerten und konnte nicht auf vorhandene Erklärungsmuster

zurückgreifen (GARTON ASH 1982, S. 307). Während etwa der Gewerkschaftsbund *American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO) aus den USA sofortige finanzielle Unterstützung zusicherte und auch zügig bereitstellte (DOMBER 2007, S. 277 f.), legte der TUC eine abwartende Haltung an den Tag. Eine offizielle Solidaritätsbekundung gab es direkt nach dem Ausbruch der Streiks in Danzig nicht. Viele Gewerkschaftsmitglieder sowie die breite Öffentlichkeit fragten sich deshalb, welche Position der Vorstand des TUC einnahm. Dieser befand sich in einem Dilemma, da er seit Jahren in regem Austausch mit der regierungsnahen,

offiziellen Gewerkschaftsspitze Polens *Centralna Rada Związków Zawodowych* (CRZZ) stand, diese jedoch allen ausländischen Vertretern den Kontakt zur neuen freien Gewerkschaft *Solidarność* untersagte oder zumindest erschwerte. Nach langer interner Debatte entschied man sich, ein vereinbartes Treffen zwischen TUC und CRZZ abzusagen und *Solidarność* öffentlich zu unterstützen. Diese Entscheidung wurde am 6. Oktober 1980, zwei Monate nach Ende der Streiks in Danzig, getroffen. Aufgrund dieser verspäteten Kontaktaufnahme mit den polnischen Streikenden wurde – sowohl innerhalb als auch außerhalb des TUC – der Unmut über das passive Verhalten immer vernehmbarer. Viele Mitglieder der britischen Gewerkschaften wünschten sich klare Stellungnahmen vom Vorsitzenden des TUC, Len Murray: „It is high time for the Trades Unions to tell the Nation where they stand in the current distressing affairs in Poland. (...) Their persistent silence drives one to believe that they lack the guts and honesty to proclaim their true views.“ (zitiert nach PLEITNER 2009, S. 693) Die Mehrheit der Mitglieder forderte eine Antwort auf die Frage, auf welcher Seite der TUC eigentlich stünde. Steht man an der Seite der polnischen Arbeiter oder lässt man sie allein in ihrem Kampf gegen das kommunistische Regime?

In dem folgenden Brief eines britischen Gewerkschafters vom 29. August 1980 stecken einige Hinweise darauf, welche Probleme die Führung des TUC bei der

Einschätzung der Situation in Polen hatte. Übergeordnete politische Krisen vermischten sich mit der Bewertung der *Solidarność*.

„As an Englishman and trade unionist it is absolutely appalling that the TUC has stood by these past weeks and said nothing in support of the Polish workers. (...) By its total disregard for the Polish people the TUC has shown itself to be more closely aligned with the Communist Party than the British Labour Party. It might be timely to remind the TUC that it is there representing workers, not Parties or Political systems.“

(zitiert nach PLEITNER 2009, S. 693)

Der Kalte Krieg stellte sich für den britischen Gewerkschaftsbund als komplizierte Rahmenbedingung heraus. Deshalb sah sich die Führung des TUC dem Vorwurf seiner Mitglieder ausgesetzt, dass man vergessen habe, eine Vereinigung von Arbeitern zu sein, die vor allem loyal zu den streikenden Kollegen in Polen zu sein habe. Der Konflikt politischer Systeme und Parteien gehöre nicht auf die Agenda der Gewerkschaft. Am 5. September 1980 wurde schließlich die erste offizielle Presseerklärung abgegeben, in der *Solidarność* Unterstützung zugesagt wurde. Inoffiziell wurde Wert darauf gelegt, dass diese „sich möglichst auf organisatorische und humanitäre Hilfe beschränken und keine politischen Untertöne annehmen“ solle (PLEITNER 2009, S. 700).

Die enge Verbindung von Solidarność und katholischer Kirche war ein weiteres Phänomen, welches dem TUC Probleme bei der Bewertung der Situation machte (*siehe: „Weil er Papst ist“*). Dass eine Arbeiterbewegung ihre Kraft aus dem Glauben zog, dazu noch aus dem katholischen, war für viele aufgeklärte und protestantische Beobachter aus Großbritannien ein Problem. Diese gingen so weit, zu unterstellen, dass durch die autoritäre Haltung der Kirche von dieser eine Gefahr ausginge, die die Freiheit der Solidarność einschränke. Antoni Filipkowski verneinte uns gegenüber diese Annahme. Er sagte: „Der gemeinsame Glaube vereinte jeden polnischen Streikenden und gab der Solidarność die spirituelle Kraft, für ihre

Ziele zu kämpfen, ohne sie ideologisch zu beeinflussen.“ Aufgrund der für den TUC in diesem Aspekt unsicheren Sachlage schloss dieser die Versendung der Hilfsleistungen in Zusammenarbeit mit den Kirchen und privaten Hilfsorganisationen zunächst aus und bevorzugte, die Hilfsleistungen über die offizielle Gewerkschaftsebene abzuwickeln. Ende des Jahres 1981, nach Verhängung des Kriegsrechts und während der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise, stellte sich allerdings heraus, dass es effektiver war, die katholische Kirche in die Zusammenarbeit einzubeziehen. Viele internationale Gewerkschaften stellten daher ihre Hilfe um. Der TUC reagierte wiederum erst spät und hatte es dadurch schwerer, eine konstante und effiziente



Gedenkgottesdienst anlässlich des Jahrestages des Kriegsrechts (13.12.1981) im neuen Hafen, 1983.

Foto: Antoni Filipkowski, Forum Pomorskie.

Hilfe für Solidarność und die polnische Bevölkerung zu organisieren.

Bei der Betrachtung der Zusammenarbeit des britischen Trade Union Congress mit Solidarność muss beachtet werden, dass die britische Gesellschaft sich selbst in einer tiefen Krise befand. Inflationsrate und Arbeitslosenquote waren beide auf dem höchsten Stand seit Jahren und der TUC hatte zudem mit der Kritik aus den eigenen Reihen sowie rückläufigen Mitgliederzahlen zu kämpfen. Die Auseinandersetzungen der politischen Systeme des Ostens und des Westens während des Kalten Krieges machten die ohnehin schwie-

rige Situation nicht leichter. Als weiteres Element kam die Rolle der katholischen Kirche hinzu, die überbewertet wurde und schließlich zu der Entscheidung führte, nicht mit ihr zu kooperieren. Diese Faktoren sind ein gutes Beispiel dafür, dass partikulare Probleme der einzelnen westeuropäischen Gewerkschaften die Unterstützung für Solidarność beeinflussen konnten und man deshalb keine voreiligen Schlüsse auf das Ausmaß der Sympathie der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber der neu entstandenen polnischen Gewerkschaft ziehen sollte.

„Eine schöne Seite der deutsch-polnischen Beziehungen“ – der DGB und seine Zusammenarbeit mit Solidarność

Das Engagement der westdeutschen Bevölkerung, der westdeutschen Gewerkschaften und nach Verhängung des Kriegszustandes 1981 auch des westdeutschen Staates wird in Polen und von polnischen Historikern grundsätzlich als erfolgreiches bzw. erfreuliches Kapitel deutsch-polnischer Geschichte angesehen.

„Ganz bestimmt ist eine (...) schöne Seite in den deutsch-polnischen Beziehungen die Hilfe des westdeutschen Staates und der westdeutschen Bevölkerung für die polnische Opposition und die polnische Bevölkerung zu Beginn der achtziger Jahre, insbesondere aber während des Kriegszustandes.“

(ŚWIDER o. J., S. 231)

Dabei muss beachtet werden, dass ein Engagement von deutscher Seite eventuell sogar kontraproduktiv für die Ziele der Solidarność hätte sein können. Die meisten polnischen Regierungen benutzten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 die Erfahrungen während der Besatzungszeit als ein Mittel, die polnische Bevölkerung hinter sich zu vereinigen und ein gemeinsames Feindbild zu erzeugen. In einem polnischen regierungsinternen Papier hieß es schon im Februar 1945: „Die ganze Bevölkerung ist vom Hass auf die Deutschen eingenommen. Dies schafft breite Möglichkeiten, die Bevölkerung zu einer allgemeinen nationalen Front zu vereinen.“ (zitiert nach ŚWIDER o. J., S. 233).

Polen-Hilfe: „Eine echte Volksbewegung“

POLENHILFE 81/82



*„Dziękuję
za pomoc
Kierownik
für ihr gutes
Herz!“*



Sparkasse Bad-Kreuznach
Kto.-Nr. 26 586
Sparkasse Zweibrücken
Kto.-Nr. 612

HELFEN SIE:

Spendenaufwurf des DRK
„Beeindruckende Hilfsbereitschaft“

Berichte über die miserable Versorgungslage in Polen und „elementares menschliches Pflichtgefühl“ verhalfen dem Königsteiner Rentner Friedrich Kroeger zum ungewöhnlichen Einfall. Seine Anzeigenkampagne in westdeutschen Tageszeitungen „Mein polnischer Gast“ (Textauszug: „Wenn jede Familie eine Woche lang symbolisch einen Polen als Gast einlädt und den Gegenwert als Spende einzahlt, wird die Versorgung der Bedürftigen jetzt ermöglicht!“) sprach rund 250 000 deutsche Familien an: 1,3 Millionen Mark gingen aufs Konto.

„Zrzuty“ nennen die Polen die Hilfslieferungen, die pausenlos per Bahn, Schiff und Lkw ins Land strömten – „Fallschirmabwürfe“, ein Begriff, in dem Kriegsrechts-Gegenwart und Okkupations-Vergangenheit zusammenfloss. Per Fallschirm versorgten die Alliierten im Zweiten Weltkrieg Partisanen im von Deutschen besetzten Polen: mit Waffen, Lebensmitteln, Medikamenten.

Das mag mit erklären, warum die Hilfsbereitschaft der Deutschen derart zu wecken war: Die Erinnerung an das den Polen zugefügte Leid ist noch wach; sie sind ein europäisches Nachbarvolk mit ähnlicher Kultur; die Polen lehnen sich auf gegen die Sowjets; viele Spender kennen Polen und seine Gastfreundschaft aus eigenem Erleben.

Dieser Zustand, der als „deutsches Syndrom“ bekannt war, wurde auch vom kommunistischen Regime 1980/1981 als Vorwand genutzt, um gegen jene Oppositionelle vorzugehen, die politische Kontakte zu westdeutschen Organisationen unterhielten.

Zwei Wochen nach Beginn der ersten Streiks in Danzig sprach sich der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) Anfang September 1980 auch offiziell für die Unterstützung der neuen polnischen Gewerkschaft aus. „Das ist eine logische Konsequenz der gesellschaftspolitischen Prinzipien des DGB. Wenn es tatsächlich zur Einführung unabhängiger Gewerkschaften kommt, muss ihre tatkräftige Unterstützung (...) selbstverständlich sein.“ (zitiert nach ŚWIDER o. J., S. 234). Die Reaktion des DGB kam zwar prompt, aufgrund der bereits erwähnten Risiken sollte jedoch zunächst höchste Diskretion gewahrt werden. Am 15. September 1980 fand ein Treffen mit Vertretern der Solidarność in Polen statt, um Kontakte zu knüpfen und sich selbst ein Bild von der Situation machen zu können. Dies schien ein sinnvoller Schritt zu sein, da praktisch niemand die Urheber bzw. Anführer der neuen Arbeiterbewegung kannte: „Die ausländische öffentliche Meinung hatte große Probleme, die Situation und die Menschen einzuschätzen.“ (ŚWIDER o. J., S. 235).

Nachdem die Kontakte hergestellt und die Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit ausgetauscht worden waren, ging

es darum, wie die Unterstützung konkret aussehen könne. Finanzielle Transaktionen gestalteten sich aus zweierlei Gründen schwierig: Zum einen besaß Solidarność kein Bankkonto, da dieses bei den Behörden offiziell beantragt werden musste, zum anderen wollte man beim DGB nicht den Anschein erwecken, das Geld für konspirative Zwecke bereitzustellen. Deshalb besann man sich zu diesem frühen Zeitpunkt auf praktische Hilfe, wie z.B. Kopierer, Druckmaschinen sowie Schreib- und Kopierpapier, da der Bedarf nach Informationen enorm war und diese Ausrüstung dringend benötigt wurde.

Im Sommer 1981 wurde ein Termin für ein Treffen in Westdeutschland zwischen Heinz Oskar Vetter, dem Vorsitzenden des DGB, und Lech Wałęsa vereinbart. Zudem lud man sich gegenseitig zu Kongressen ein, damit ein Ideenaustausch stattfinden konnte (BÉGIN 2005, S. 300). Die Wünsche der Solidarność gingen also über die materielle Hilfe hinaus. Man war auch auf einen spezifischen Wissenstransfer angewiesen, den Antoni Filipkowski uns folgendermaßen beschrieb: „Was die Solidarność aus dem Ausland brauchte, war gewissermaßen eine Anleitung, wie man eine freie Organisation aufbaut und führt, da man das im kommunistischen, diktatorischen Polen nicht lernen konnte.“



Handbetriebene Druckerpresse zur Verbreitung von Flugblättern, ausgestellt bei den Feierlichkeiten zum 30jährigen Bestehen der Solidarność, 15.08.2010.

Foto: Antoni Filipkowski, Forum Pomorskie.

Als nach Verhängung des Kriegsrechts viele Solidarność-Funktionäre verhaftet wurden, ging der DGB dazu über, die kirchlichen Strukturen in Polen zu nutzen, um die Hilfsgüter schneller und zuverlässiger an die Menschen verteilen zu können. Ein eventuell vorhandenes Misstrauen wegen des Einflusses der Kirche als Institution wurde hinter die Interessen des DGB und der Solidarność gestellt. Die Gründe hierfür lagen zum einen in der im Vergleich zu Großbritannien hohen Zahl an Katholiken in Deutschland und zum anderen an der Tatsache, dass sich eine deutsche Gewerkschaft antikatholische Stereotypen nicht leisten kann, da sie ansonsten die Hälfte ihrer Mitglieder verlieren würde. Trotz der bereits erwähnten Diskretion in der Zusammenarbeit blieb der rege Aus-

tausch sowohl dem polnischen Regime als auch der Sowjetunion nicht verborgen. Es formierte sich so etwas wie Widerstand gegen den Widerstand. Miroslaw Wojtkowski, ein Gesandter der polnischen Regierung, sprach eine Warnung aus:

„Mit großer Sorge (...) betrachte seine Regierung gewisse, offene und versteckte Aktivitäten der deutschen Gewerkschaften. (...) Alle diese Maßnahmen, Aktivitäten oder auch nur Ankündigungen zusammengenommen müssten den Verdacht in Polen, aber nicht nur dort, verstärken, dass sehr viele Dinge, die als spontan angesehen würden, von außen gesteuert werden.“

(zitiert nach ŚWIDER o. J., S. 237)

Aus dieser Aussage wird ersichtlich, dass die polnische Regierung das Handeln der deutschen Gewerkschaften als Eingriff in die Souveränität ihres Staates verstand. Auf deutsche Aktivitäten reagierte man aus den anfangs erwähnten Ressentiments sensibler als auf vergleichbare Aktionen anderer europäischer Vertreter: „Die kommunistische Staatsmacht in Polen und in der UdSSR war eher bereit, französische und italienische Solidarität mit ‚Solidarität‘ zu akzeptieren als deutsche. (...) Frankreich war das traditionelle Aufnahmeland polnischer Freiheitskämpfer.“ (BÉGIN 2005, S. 298). Auch die Sowjetunion, die ein vitales Interesse an der Stabilität der bestehenden polnischen Regierung hatte, um ihren Einflussbereich zu sichern, machte ihren Standpunkt gegenüber allen Hilfsorganisationen deutlich. Der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Julij Kwizinski, drohte, „dass jegliche Maßnahmen politischer Formationen zugunsten der Solidarność, selbst die gut gemeinten und neutralen,

den umgekehrten Effekt als beabsichtigt haben würden.“ (zitiert nach ŚWIDER o. J., S. 237). Als sich die Situation in Polen militärisch zuspitzte und am 13.12.1981 durch den Ministerpräsidenten Wojciech Jaruzelski der Kriegszustand verhängt wurde, kamen der humanitären und der politischen Hilfe eine wichtigere Rolle zu als der technischen. Es kam deshalb 1981/1982 in der deutschen Bevölkerung zu umfangreichen, privat organisierten Hilfslieferungen. Die Verhängung des Kriegszustandes bedeutete auch deshalb ein neues Kapitel in der Geschichte der „Solidarität mit Solidarność“, da erstmals auch westliche Regierungen, die Europäische Gemeinschaft (EG) und die NATO offene und konkrete Forderungen aufstellen bzw. Maßnahmen beschließen konnten. Wegen des Kalten Krieges und der damit verbundenen Entspannungspolitik der westlichen Regierungen war die politische Unterstützung der Solidarność vorher nicht möglich, um die offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen nicht zu belasten.

Klementyna Lindemann

Während ich diesen Text gelesen habe, kamen meine Erinnerungen an diese Zeit zurück. Wir haben das erlebt und konnten nachts nicht schlafen, weil wir Angst um unsere uns nahe stehenden Personen hatten, die mit den anderen gestreikt haben. In Kraśnik gab's damals eine Waffenfabrik und am 13.12.1981 nachts kamen hunderte Panzer dorthin, um den Streik zu bekämpfen. In der Fabrik waren einige tausend Streikende. Damals standen wir am Fenster und guckten und hörten, was passiert. Na ja. Es ist vorbei und hoffentlich wiederholt es sich nie wieder.





Plakat des DGB, 1982.

Quelle: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die historische Verbundenheit Frankreichs und Polens als gute Voraussetzung – die französische Gewerkschaft CFDT und Solidarność

Der Einsatz der meisten französischen Gewerkschaften für Solidarność wird von vielen Historikern als beispielhaft beschrieben. In Europa hätten sie zu denjenigen Gewerkschaften gezählt, die den polnischen Arbeitern die größte Sympathie entgegengebracht hätten. „The French trade unions undoubtedly were the most sympathetic towards Solidarność.“ (GODDEERIS 2007, S. 312). Allerdings gab es auch Ausnahmen. Als eine solche darf die französische kommunistische Gewerkschaft *Confédéra-*

tion Générale du Travail (CGT) gelten, die zu sehr in innere Richtungskämpfe verstrickt war, als dass sie sich auf eine einheitliche Handlungslinie hätte einigen können und die darüber hinaus auch aufgrund ihrer politischen Ausrichtung wohl keine neue Gewerkschaft unterstützt hätte, die sich gegen den Kommunismus wendet.

Die Gründe für die grundsätzlich positive Wahrnehmung der Unterstützung aus Frankreich sind vielfältig. Einer davon war das hohe Engagement der

Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT), die seit den 1970er Jahren auf der Suche nach programmatischen Veränderungen war und die Erfahrungen mit Solidarność als hilfreich und inspirierend empfand. In einem internen Papier der CFDT heißt es: „Solidarité, c’est aussi pour nous un stimulant (...) pour nous aider à revivifier (...) nos conceptions du socialisme.“ (zitiert nach BÉGIN 2005, S. 307). In diesem Zitat wird Solidarność als stimulierendes Element bezeichnet, das der französischen Gewerkschaft geholfen habe, ihre Konzeption von Sozialismus zu überarbeiten. Auch in Bezug auf andere französische Gewerkschaften nutzte die CFDT die neuen Erfahrungen, um ein politisches Konzept zu entwickeln, das sie von allen anderen abgrenzte. „The CFDT in particular made use of Solidarność to stress its own features and to distinguish itself from the Christian Democratic CFTC (...) and from the communist CGT.“ (GODDEERIS 2007, S. 314). Hierzu sollte man wissen, dass die Gewerkschaftssysteme in den einzelnen Ländern unterschiedlich aufgebaut sind. Während in Deutschland und Großbritannien die Gewerkschaften nach Gewerken eingeteilt sind und der DGB zudem noch der Dachverband fast aller Einzelgewerkschaften in Deutschland ist, sind die Gewerkschaften in Frankreich politisch ausgerichtet und nicht untereinander organisiert.

Die enge Beziehung zwischen katholischer Kirche und Solidarność wurde anfangs eher misstrauisch betrachtet, da man in

Frankreich traditionell die Trennung von Staat und Kirche sehr ernst nimmt.

Unter Federführung der CFDT wurde bereits am 25. Juli 1980 eine Solidaritätserklärung mit den Streikenden in Polen abgegeben. Dies geschah früher als bei DGB und TUC und bezog sich auf die ersten Streiks in Świdnik und Lublin Anfang Juli, die bereits vor den Ereignissen in Danzig stattfanden, jedoch kein so großes politisches Echo hervorriefen. Eine zweite Pressemitteilung folgte am 18. August, in der das tiefe Mitgefühl für die „noblen Ziele“ ausgedrückt wurde. Am 26. August begab sich Claude Sardais zur Kontaktaufnahme und Spendenübergabe von 11 000 Francs nach Danzig und eine Woche später, am 2. September 1980, wurde eine Pressekonferenz zusammen mit polnischen Emigranten veranstaltet. Sardais war damit der erste westliche Gewerkschafter, der die Streikenden in Danzig besuchte. Die äußerst frühe Präsenz in Polen und die mitunter emotionale Vorgehensweise der CFDT machten das Verhältnis zwischen polnischer und französischer Seite sehr intensiv. So dankte Wałęsa einem gerührten Sardais, der Blumen in der Hand und Tränen in den Augen hatte: „Les larmes aux yeux, fleurs à la main, Claude entend Lech Wałęsa remercier la CFDT pour sa présence et pour l’argent qu’elle lui a remis.“ (zitiert nach BÉGIN 2005, S. 305). Marcin Frybes, Solidarność-Aktivist der 1980er Jahre, vertritt die These, „dass durch diese erste Solidaritätsgeste eines französischen Gewerkschafters auch die ganze

Tradition (...) französisch-polnischer Solidaritätsaktionen und Freundschaften wiederbelebt wurde.“ (zitiert nach BÉGIN 2005, S. 305). Besonders im 19. Jahrhundert war Frankreich ein Verbündeter Polens. Nach den fehlgeschlagenen Aufständen 1830/1831 und 1863 gingen viele Polen nach Frankreich ins Exil und ließen sich dort nieder. Die gemeinsamen Wurzeln und die daran verknüpfte positive Erinnerung werden als ein weiterer Grund für die erfolgreiche Zusammenarbeit angesehen. Speziell dieser Aspekt stellt einen gravierenden Unterschied zu der deutsch-polnischen Erinnerung dar, die vornehmlich von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges geprägt war.

Fazit

Solidarność war eine international anerkannte und vernetzte Gewerkschaft, die auf der einen Seite Auslöser einer Welle von politischen Systemveränderungen in Europa und der Welt wurde und auf der anderen Seite auf die Hilfe ihrer Partner angewiesen war. Solidarność suchte direkte Unterstützung. Dabei waren die Wünsche nicht immer gleich, sondern konnten im Einzelfall variieren. Hilfe kam von sehr vielen Gewerkschaften weltweit, wobei die Beweggründe dafür im Detail betrachtet sehr verschieden sein konnten. Dass die Unterstützung von Fall zu Fall unterschiedlich stark ausgeprägt

„A German (on the Left or the Right), with a heavy legacy of guilt towards Poland, naturally reacted differently from a Frenchman (on Left or Right), conscious of the whole nineteenth-century tradition of emotional and intellectual identification with Poland.“

(GARTON ASH 1983, S. 307)

Die Motive auf französischer und auf deutscher Seite mögen unterschiedlich gewesen sein, das Resultat aber war vergleichbar: Aus polnischer Perspektive wurden beide Seiten als wichtiger Partner bei der internationalen Zusammenarbeit angesehen.

„Polen war damals wie ein Radieschen:
Eine dünne rote Schicht und ein großer weißer Kern.“
Antoni Filipkowski

war, lag immer an partikularen Faktoren der einzelnen Partner.

Das teilweise herzliche Vorgehen in Frankreich unter Federführung der CFDT stieß bei den polnischen Arbeitern auf große Sympathien. Die Zusammenarbeit zwischen Solidarność und der CFDT war auch deshalb vergleichsweise unkompliziert, da man sich auf eine gemeinsame Geschichte beziehen konnte, die von beiden Seiten positiv erinnert wurde. Daher waren eine schnelle Kontaktaufnahme und die intensive Hilfeleistung sowohl materieller als auch politischer Art vergleichsweise einfach möglich.



Lech Wałęsa (l.) in einem symbolischen Akt auf der Danziger Werft anlässlich der Feierlichkeiten zehn Jahre nach den ersten teilweise freien Wahlen in Polen, 04.06.1999.



Beide Fotos: Antoni Filipkowski, Forum Pomorskie.



„Das macht nichts, aber dafür haben wir Sozialismus“ – entstanden in der Haftanstalt Strzebielinek 1982.

Quelle: Antoni Filipkowski,
Forum Pomorskie

Wie wichtig dieser Aspekt sein kann, sieht man an dem Verhältnis des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* (DGB) zur Solidarność. Die gemeinsam erinnerte Geschichte des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges in Polen war für beide Seiten eher eine Hürde als eine Hilfe, was zur Folge hatte, dass man sich auf deutscher Seite entschied, nicht so öffentlich vorzugehen, wie auf französischer Seite, sondern mehr Diskretion walten zu lassen.

In diesem Kontext spielt auch die Entspannungs- und Ostpolitik Deutschlands eine wesentliche Rolle. Es ist wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass sich die offiziellen Kontakte beider Seiten vor Ausruf des Kriegszustandes nicht auf Regierungsebene abspielten. Ein ungeschicktes, weil regierungskritisches Vorgehen der Gewerkschaften hätte eine ernste politische Krise zwischen den beteiligten Staaten auslösen können. Hilfe vom DGB erhoffte man sich bei den polnischen Arbeitern vor allem bei technischen Hilfsmitteln wie Druckern, Kopierern, etc. und durch einen Erfahrungsaustausch. Solidarność existierte erst ein paar Monate und hatte im kommunistischen System der frühen 1980er Jahre keine Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu sammeln. Wie dem Auszug des SPIEGEL-Artikels zu entnehmen ist, wurden humanitäre Hilfsgüter vor allem von der Bevölkerung nach Polen geschickt.

Das Beispiel des britischen TUC verdeutlicht, dass historische Traditionen allein nicht den Charakter und das Ausmaß der Unterstützung für Solidarność bestimmt haben. Käme man beim TUC zu dem Ergebnis, dass dieser im Vergleich zu DGB und CFDT eine eher zögerliche Haltung an den Tag gelegt hat, müsste man ihm zugutehalten, dass er mit internen Streitigkeiten um die Führungsschwäche des Vorsitzenden und frustrierenden Inflations- sowie Arbeitslosenzahlen zu kämpfen hatte. Zudem stellte die Rolle der katholischen Kirche ein Rätsel dar, welches der TUC nicht zu lösen vermochte und daher auf der Zusammenarbeit auf offizieller Gewerkschaftsebene beharrte.

päischen Partner zunächst unerheblich. Sie hatte konkrete Wünsche und hoffte auf Unterstützung in allen Bereichen. Außerdem wollte sie sich nicht politisch vereinnahmen lassen. Anfangs kämpften die Werftarbeiter allein für sich und für die Sache: bessere Arbeitsbedingungen, sowie höhere Löhne und Mitspracherecht.

Anna Mencil



Die Solidarność und alles, was mit ihr zu tun hat, hat für mich eine große Bedeutung. Dank ihr haben wir Freiheit in Polen. Der Kommunismus war eine schlechte Zeit. Unter der Regierung der Sowjetunion ging es der polnischen Gesellschaft schwer. Damals war mein Vater Polizist, also wurde er automatisch als Kommunist angesehen, aber es war nicht wahr. Das war für ihn nur eine Arbeit, um die Kinder zu erziehen. Meine Mutter und ihre Familie sind katholisch, also haben meine Eltern damals meine drei Geschwister im geheimen zur Kommunion geschickt. (...)

Die Bedeutung für die Öffentlichkeit in Polen ist sehr groß. Und Polen ist sehr stolz darauf. Man kann sagen, dass die Solidarnośćbewegung der Anfang von der Befreiung vom Kommunismus war. Natürlich war es auch für die Politik wesentlich, weil Lech Wałęsa im Anschluss Präsident geworden ist. (...) Man widmet dem Thema Solidarność in der Schule viel Zeit.

Die Politisierung der Solidarność fand erst im Laufe des Jahres 1981 statt. Da auch die Bevölkerung für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen im kommunistischen System kämpfte, erklärt sich, warum Solidarność viele Anhänger fand und schnell wuchs.

Der Aspekt der Politisierung ist bei der Beantwortung der Frage nach der Kontinuität der Ereignisse 1980/1981 bis 1989/1990 nicht unerheblich. War es tatsächlich von Anfang an das große Ziel Lech Wałęsas, eine Bewegung in Gang zu setzen, an deren Ende der Sturz des kommunistischen Regimes in ganz Europa und der Fall der Berliner Mauer stand? Oder kam diese politische Dimension erst im Laufe der Zeit hinzu, weil der polnische Staat die Stärke der Solidarność fürchtete und deshalb Ende 1981 das Kriegsrecht ausrief? Ruft man sich die Gründe für die Streiks im Sommer 1980 und den ursprünglichen Zweck der Gründung dieser Gewerkschaft ins Gedächtnis, muss man für die ersten beiden Jahre ihres Bestehens wohl Letzteres annehmen.

Die Leistung und die Verdienste der Solidarność sind nicht hoch genug einzuschätzen. Durch die Proteste der Arbeiter und die weiteren Entwicklungen wurde Enormes erreicht. Man sollte jedoch vorsichtig sein, in Bezug auf die Jahre 1989/1990 und das Ende des Kommunismus von einer Kontinuität zwischen diesen beiden Ereignissen auszugehen. Vom Ergebnis her gesehen ist diese vorhanden. Ob sie auch von Anfang an seitens der Vertreter der Solidarność intendiert war, ist offen.



*Denkmal für die Werftarbeiter
in Gdańsk, Detailaufnahme.
Foto: Witold Wyrwa.*

Literaturnachweis

- Bégin, Natalie:** Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von Solidarność in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 45 (2005), S. 293-324.
- Domber, Gregory F.:** The AFL-CIO, the Reagan Administration and Solidarność, in: The Polish Review 3 (2007), S. 277-304.
- Garton Ash, Timothy:** The Polish Revolution. Solidarity 1980–82, London 1983.
- Goddeeris, Idesbald:** Western Trade Unions and Solidarność: A Comparison from a Polish Perspective, in: The Polish Review 3 (2007), S. 305-329.
- Holzer, Jerzy:** Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985.
- Judt, Tony:** Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2006.
- Kubik, Jan:** The power of symbols against the symbols of power. The rise of Solidarity and the fall of state socialism in Poland, University Park/PA 1994.
- Kühn, Hartmut:** Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980-1990, Berlin 1999.
- Pleitner, Berit:** „Berechen Sie Ihr Schweigen, Mr. Murray!“. Die Gründung der Solidarność und die Krise des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, in: Dmitrów, Edmund/Weger, Tobias (Hg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften, Frankfurt am Main 2009, S. 683-702.
- Świder, Małgorzata:** Zwischenmenschliche Brücken. Deutsche „Hilfe für Solidarność“ als Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen in den achtziger Jahren, ohne Jahresangabe, <http://www.library.fes.de/pdf-files/netzquelle/a09-05236-swider.pdf>, letzter Zugriff 14.09.2010.
- Über Solidarność,** das Kriegerrecht als ‚geringeres Übel‘ und das Ende der Volksrepublik Polen. Der Warschauer Historiker Prof. Andrzej Paczkowski im Gespräch mit Karolina Fuhrmann, in Inter Finitimos 3 (2005), S. 84-98.
- Solidarity Center Foundation:** <http://www.fcs.org.pl>
- European Solidarity Center:** <http://www.ecs.org.pl>
- Ausstellung Wege zur Freiheit in Gdańsk:** <http://www.ecs.gda.pl/ausstellung>
- Interaktive Diashow zur Solidarność:** <http://www.solidarnosc.gov.pl/index.php?document=49>

„Weil er Papst ist.“ Kirche und Solidarność

von Daniel Müller-Betke

„Weil er Papst ist“

Das Tor zur Danziger Werft ist auffällig mit christlicher Symbolik dekoriert. Wenn man dem Klischee, dass alle Polen erzkatholisch seien, Glauben schenkt, mag das nicht zwangsläufig verwunderlich sein. Auch das Portrait vom ‚polnischen Papst‘ Johannes Paul II. scheint demnach als Schmuck des Tores nichts Besonderes. Spätestens das daneben hängende Bild von Joseph Alois Ratzinger, eher bekannt als Papst Benedikt XVI., wirft dann doch die Frage auf, warum gerade sein Bild neben dem von Johannes Paul II. hängt. Antoni Filipkowski (*siehe: Gespräch*), ein Zeitzeuge, der unsere Gruppe in der Ausstellung *Wege zur Freiheit* und auf dem Werftgelände begleitete, gibt als Begründung an, dass das Amt des Papstes

Grund genug dafür sei. Für uns eine erstaunliche Aussage. Neben dem geschmückten Tor zur Danziger Werft steht das wesentlich auffälliger und monumentale Werftarbeiterdenkmal, das am 16.12.1980 eingeweiht wurde und ebenfalls christliche Symbolik trägt. Drei Betonkreuze ragen 42 Meter in die Höhe. An jedem dieser Kreuze wurde ein Anker ‚gekreuzigt‘. Allgemein wird der Anker als Symbol der Hoffnung verstanden.

Die Inszenierungen vor dem Tor zur Danziger Werft vermitteln das eindeutige Bild, dass die Kirche für die Solidarność-Bewegung sehr bedeutend war. Ist also ein Blick auf die Besonderheiten des polnischen Katholizismus in diesem Zusammenhang unumgänglich?



Das Tor zur ehemaligen Lenin-Werft in Gdańsk. Foto: Witold Wyrwa.

Toleranz der Majorität

Die katholische Kirche spielte in Polen seit der Gründung des Staates eine bedeutende Rolle. Mit der Taufe des Piastenfürsten Mieszko I. werden sowohl die Gründung des Staates als auch die der Kirche auf dem Staatsgebiet 966 n. Chr. assoziiert. Von den späteren Kriegen der Reformationszeit war Polen kaum betroffen. Man konnte Polen als tolerant gegenüber anderen Religionen und Nationen charakterisieren, was sich besonderes darin zeigte, dass Polen für die in der Diaspora lebenden Juden als Zufluchtsstätte galt (*siehe: Polen und Juden*). In Polen wurden zunächst nur deutschsprachige Gruppen von reformatorischen Gedanken erfasst. Erst in der folgenden Generation verbreiteten sich diese Ideen auch unter dem polnischen Volk. Man spricht in diesem Fall von der Spätreformation, deren Folgeerscheinung ein uneinheitliches Auftreten der reformierten Glaubensgemeinschaft war. In Deutschland standen sich die verschiedenen Glaubensrichtungen unversöhnlich gegenüber.



*Denkmal für die Werftarbeiter
in Gdańsk.*

Foto: Vera Hilbich.

Die Verehrung der Maria im polnischen Katholizismus

Der Marienkult findet seinen Ursprung in Częstochowa, einem Pilgerort, an dem Maria, die Gottesmutter, verehrt wird. Der Sage nach konnte dank ihrer Hilfe an diesem Ort die Invasion der Schweden 1656 abgewehrt werden. Als Dank wurde sie von König Jan Kazimierz (1648-1668) zur Königin der Krone Polens und Patronin des Landes erklärt. Besonders der polnische Landadel frönte einem ausgeprägten Marienkult.

In Polen kam es stattdessen 1570 zum Konsens von Sandomierz, in dem sich die Glaubensgemeinschaften untereinander die Rechtsgläubigkeit bestätigten, „ohne ihre Eigenständigkeit als gesonderte Kirche preiszugeben“ (SCHRAMM 1992, S. 40). Polen war der erste Staat, der den Frieden zwischen den Glaubensparteien rechtlich absicherte. Als Sigismund II. 1572 starb, hatte der Adel in der Zwischenregierungszeit die Zügel in der Hand und traf wichtige Entscheidungen für die polnische Kirche. Man war sich sicher, dass der Frieden nur mit einem katholischen König zu sichern war. Darüber hinaus wollte man innerhalb der adeligen Reihen Konflikte im Blick auf konfessionelle Fragen unterbinden, weswegen man den konfessionellen Friedensgrundsatz, den der König hochzuhalten hatte, schon aus eigenem Interesse zu wahren versuchte. Die Bewahrung des Friedens zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinden wurde zu einer Verpflichtung jedes neu gewählten Königs. Die konfessionelle Toleranz Polens war nahezu vorbildlich und fortschrittlich für das restliche Europa.

Mit Sigismund III. zog auch die Gegenreformation in Polen ein. Das hatte das Ende der friedlichen Koexistenz zur Folge, denn in mehreren Städten wurden protestantische Einrichtungen niedergebrannt. Da die vom Adel und König zugesicherte Glaubensfreiheit nicht mehr gewährleistet war, erhoben oppositionelle Adelige, unter denen ein hoher Anteil Protestanten zu verzeichnen war, in der Konföderation von Zebrzydowski 1606/1607 ihre Waffen gegen die Herrschenden. Durch eine rasche Zerschlagung des Aufstandes war den Protestanten auf der einen Seite das politische Rückgrat gebrochen, auf der anderen Seite wurde verhindert, dass die religiös motivierten Schlachten des Dreißigjährigen Krieges auf Polen übergriffen. Die Protestanten machten fortan im Adel und auch unter Bauern und Bürgern eine Minderheit aus.

Neben einem gut organisierten Netzwerk von Bistümern und Pfarrern hatte die katholische Kirche einen festen Platz in der Politik des Landes. Die Bischöfe

waren Mitglieder des Senats. Die polnischen, durchweg katholischen Könige ließen nicht zu, als „Verfassungsbrecher auf einem absolutistischen Kurs“ (SCHRAMM 1992, S. 40) dargestellt zu werden, was letzten Endes die Protestanten daran hinderte, sich in einer „Protestbewegung politisch Enttäuschter“ (EBD.) zusammenzufinden. Erst zur Zeit der Aufklärung sollte Polen zu früherer Toleranz zurückkehren, zumindest in den gehö-

benen Schichten. Dennoch gehörte die überwiegende Mehrheit der Polen dem römisch-katholischen Glauben an. Die religiöse Zugehörigkeit diente als wichtiges Abgrenzungsmerkmal zu den Nachbarländern. Polen, ein überwiegend katholisches Land, sah sich umzingelt von Protestanten im Westen, den Orthodoxen im Osten und dem Islam im Süden (HOLZER 2007, S. 131).

Fremdherrschaft und polnische Identität

1720 verständigten sich Russland und Preußen zum ersten Mal darüber, den inneren und äußeren Schwächezustand Polens aufrechtzuerhalten. 1732 schlossen die drei späteren Teilungsmächte Preußen, Russland und Österreich einen Vertrag, um die in Polen anstehende Königswahl nach ihren Interessen zu beeinflussen. Differenzen untereinander schienen niemals so bedeutend gewesen zu sein wie das gemeinsame Ziel der Zerschlagung der polnischen Souveränität.

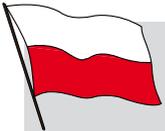
Die innen- und außenpolitische Schwäche Polens entsprang dem Einspruchsrecht der Szlachta (polnischer Adel), welches jedem einzelnen Abgeordneten ermöglichte, Beschlüsse im Reichstag zu blockieren. Die konfessionelle Toleranz dehnte sich nicht auf den Landadel aus. Anderen Glaubensgemeinschaften gegenüber war man unduldsam. Juden wurden

zum Beispiel als Christusmörder diffamiert. Zunehmende politische Einsprüche aus den Reihen der Szlachta hinderten den 1768 gekrönten Stanisław Poniatowski, den Niedergang Polens aufzuhalten. Nach den Teilungen Polens wurde besonders der Landadel, der von der Aufklärung weitgehend unberührt geblieben war, zum Träger des so genannten Messianismus. Dieser vermittelt die Idee, ein auserwähltes Volk unter dem Schutz der Mutter Gottes zu sein. Im Kern vergleicht er das Leid, das der polnischen Nation widerfährt, mit dem Leid Jesu Christi. Das messianistische Selbstverständnis tritt besonders in Zeiten historischer Katastrophen, kollektiver Verfolgung oder des Zusammenbruchs von Hoffnungen auf Veränderungen zum Vorschein. Polen muss als Nation ‚sterben‘, denn das Leid wird als Bedingung der geistigen und realen Wiedergeburt Polens verstanden.

Dieses Selbstbild machte die Teilungen des Landes, das Leben unter Fremdherrschaft und die vielen Niederlagen nach Aufständen gegen die Fremdherrschaft erträglicher.

In der polnischen Geschichte findet man fortlaufend Bestätigungen für das messianistische Selbstverständnis (GAREWICZ 1992). Der Novemberaufstand von 1830 bzw. dessen Zerschlagung im September 1831 gelten als besonders prägend für das polnische Nationalgefühl. Der Aufstand war gegen die russische Fremdherrschaft gerichtet. Seine Zerschlagung zog Russifizierung und Repressionen nach sich, woraus sich schließlich der Januaraufstand 1863 entwickelte.

Dieser wurde ebenfalls niedergeschlagen, da zum einen das russische Militär hart durchgriff und zum anderen Unterstützung aus dem Westen ausblieb. In der Konvention von Alvensleben 1863 beschlossen Preußen und Russland ihre Zusammenarbeit, was die polnischen Aufständischen infrastrukturell maßgeblich einengte. Das russisch-preußische Zusammenwirken und Bismarcks polenfeindliche Position kreierten eine Antipathie der Polen gegenüber den Deutschen (HOENSCH 1998, S. 218 f.) (*siehe: Ursachenforschung*).



Anna Mencil

Mein persönliches Verhältnis zur Kirche ist sehr skeptisch. Als ich Kind war, habe ich die Kirche gemocht, bin jeden Sonntag mit meiner Mutter in die Kirche gegangen. Natürlich hatte ich Kommunion. Als ich ungefähr 14 war, habe ich meine Augen geöffnet und habe angefangen die Kirche zu beobachten. Damals wollte der neue Pfarrer nur Geld und war unhöflich. Es gab auch viele Affären in der Kirche, z. B. ein Pfarrer hat sexuellen Missbrauch an Frauen ausgeübt. (...) Meine Mutter ist sehr katholisch, glaubt an Gott und geht in die Kirche. Die Familie meines Vaters ist auch katholisch, aber praktiziert nicht. Ich persönlich bin Atheistin. Die Kirche hat eine große Bedeutung für die polnische Gesellschaft und für den Staat. Ca. 90 % sind katholisch. Ich vermute, die Hälfte davon geht nicht in die Kirche. Immer mehr Leute haben Toleranz zu anderen Religionen und sagen offen ihre Meinung.

Repressionen gegen die polnische Identität und die katholische Kirche

Die grundlegende Veränderung der Toleranz gegenüber anderen Konfessionen hängt mit den Teilungen Polens zusammen. Die Unterdrückung nationaler Identität ging mit Repressionen gegenüber der katholischen Kirche einher. Während der Teilungen Polens im späten 18. Jahrhundert durch Preußen, Russland und Österreich war die polnische Kirche besonders dann Repressionen ausgesetzt, wenn sie als Verteidiger der nationalen Identität auftrat. Die Besatzungsmächte wurden als politische und geistliche Fremdkörper empfunden. Im polnischen Volk generierte sich dadurch das Verständnis, dass die Teilungsmächte einen Kampf sowohl gegen die katholische Kirche als auch gegen die nationale Identität führen würden. Die Vision vom Stereotyp Polen, welche besagt, dass ein Pole auch gleichzeitig Katholik sei (*siehe: Das Denkmal zum Posener Aufstand 1956*) findet seinen Ursprung in diesen nationalen Bewegungen. Den Katholizismus haben die polnischen Nationalisten als einen Grundpfeiler nationaler Identität interpretiert (LANDGREBE 2003). Die Kirche unterstützte die Nationalisten in dem Ziel, die polnische Sprache und Kultur trotz zahlreicher Verbote und Unterdrückungen während der Fremdherrschaften zu bewahren.

Bedeutsam ist hier, dass der auf Polen angewandte Begriff des Nationalismus eher für die kulturelle Selbsterhaltung als für die aggressive Ausgrenzung anderer zu

verstehen ist, obwohl sich natürlich Feindbilder gegen die Unterdrücker entwickelt haben.

Durch Bismarcks Kulturkampf, der sich auf preußisch-protestantischem Boden im Großen und Ganzen gegen die katholische Kirche richtete, wurde die Antipathie gegenüber anderen Nationen bestärkt. Bismarck sah in der katholischen Kirche einen Gegner, dem er vorwarf, das preußisch-protestantische Kaisertum bekämpfen zu wollen. In den preußisch beherrschten Gebieten Polens beinhaltete die Idee des Kulturkampfes gleichermaßen eine Germanisierungspolitik. Diese bedeutete u.a. die Abschaffung der katholischen Schulaufsicht und der polnischen Sprache als Unterrichtsfach sowie die Festlegung der deutschen Sprache als Amtssprache (*siehe: Ursachenforschung*).

Während des Zweiten Weltkrieges sahen die Besatzungsmächte Deutschland und Russland in der katholischen Kirche einen Gegner, den es in Schach zu halten bzw. zu vernichten galt. Man war sich der Bedeutung der Kirche für die polnische Identität bewusst und wollte polnisch-nationalistische Initiativen unbedingt unterbinden (KARP 2001).

Die deutschen Besatzer versuchten die katholische Kirche einzuschüchtern und gefügig zu machen, indem sie weltlich-politische und/oder katholische Funktionäre in Konzentrationslagern einsperrten. Diese Art der Repression sollte signalisieren, dass polnisch-nationalistische Initiativen zwecklos seien. Radikalere Repressionen wurden unterlassen, weil man erstens einen offenen Konflikt mit dem Vatikan vermeiden und zweitens den polnischen Widerstandswillen nicht stärken wollte.

Das Ziel, den Widerstandswillen zu schwächen, wurde verfehlt, da man die Geistlichen in die Arme der im Untergrund operierenden Widerstandsgruppen trieb. Diesen Widerstandsgruppen aus Geistlichen und Nationalisten wurde im Zweiten Weltkrieg die Hilfe durch die Rote Armee verweigert. Schon in den durch das offiziell atheistische Russland besetzten Gebieten Polens wurden Geistliche in Lager gesperrt oder weiter nach Osten deportiert. Die Rote Armee hatte zunächst die Schwächung der Aufständischen am Weichselufer abgewartet, nicht zuletzt, um hinterher leichtes Spiel beim Aufbau eines Satellitenstaates zu haben (*siehe: Warschauer Aufstand*). Ein aus linkssozialistischen und kommunistischen Persönlichkeiten zusammengesetztes sogenanntes *Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego PKWN)* hatte ein von Stalin präpariertes Manifest unterzeichnet, das die politische

und sozioökonomische Umstrukturierung Polens beinhaltete. Somit entstand schon vor der Gründung der Volksrepublik Polen eine Basis, die geprägt war von Differenzen zwischen Regierung und Kirche. Das während der Besatzungszeit Erlebte sollte in der Nachkriegszeit die polnische Auffassung stabilisieren, dass die katholische Kirche ein Symbol der nationalen Identität sei (HOLZER 2007, S. 134 f.).

Die Praxis der Deportation von Geistlichen aus den polnischen Gebieten gen Osten wurde nach Kriegsende, wenn auch weniger rigoros, beibehalten. Nach dem Krieg gab es zwar erneut einen polnischen Staat, welcher sich aber ohne den militärischen Schutz des Nachbarn Sowjetunion kaum hätte etablieren können. Folglich war Polen in seiner Souveränität eingeschränkt. Die Machtübernahme und die allumfassenden Machtansprüche der Kommunisten ließen Diskrepanzen zwischen Staat und Kirche voraussehen.

Der Staat versuchte eine atheistische Weltanschauung nach sowjetischem Vorbild zu installieren. Die Kommunisten hatten in Polen als absolute Minderheit die Macht übernommen, genossen aber sowjetische Rückendeckung. Die staatlichen Ämter waren zwar von polnischen Staatsbürgern besetzt, dennoch wurde durch Moskaus Einfluss die Regierung als eine Art Fremdherrschaft empfunden.

Repressionen gegen die katholische Kirche blieben in der Volksrepublik Polen an der Tagesordnung. Den Herausgebern des *Allgemeinen Wochenblatts* (*Tygodnik Powszechny*) wurde nach Weigerungen, Stalins Tod 1953 offiziell zu betrauern, die Unabhängigkeit verwehrt. Parallel übernahm die Regierung per Dekret die Oberaufsicht bei der Besetzung kirchlicher Ämter. Der Primas von Polen, Stefan Wyszyński, nahm dieses Dekret zum Anlass, Widerstand in Form einer schriftlichen Ablehnung des Aufsichtsrechts zu leisten. Er wurde zu zwölf Jahren Haft verurteilt, aber 1956 wieder entlassen, als die Parteiführung ausgewechselt wurde (*siehe: Das Denkmal zum Posener Aufstand 1956*).

Unter Władysław Gomułka wurde die Unabhängigkeit des *Allgemeinen Wochenblattes* wiederhergestellt und die Möglichkeit eröffnet, auf legalem Weg Klubs der Katholischen Intelligenz zu errichten. Dennoch „verzichteten die Kommunisten nicht auf ihr ideologisches Monopol und versuchten (...) die Tätigkeit der Kirche zu behindern – vor allem durch das Verbot in neuen Siedlungen Gotteshäuser zu errichten“ (HOLZER 2007, S. 138). Daraus resultierte ein weiterer Popularitätszuwachs, da die Kirche weiterhin die ‚Opferrolle‘ innehatte.

Die Diskrepanzen zwischen Staat und Kirche nahmen in den 1960er Jahren stark zu. Als die Kommunisten das Jahrtausend der ersten schriftlichen Erwähnung

eines polnischen Staates feiern wollte, zog die Kirche Feierlichkeiten zum tausendsten Jahrestag der Einführung des Christentums in Polen vor. Der Konflikt wurde durch eine Initiative der polnischen Bischöfe verschärft. Sie agierten gegen die antideutschen Haltung des Staates und luden mit den Worten „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ die deutschen Kollegen zu den Feierlichkeiten ein (KERSKI/KYCIA/ZUREK 2006). Man versprach sich davon eine bessere Verständigung zwischen den entzweiten Völkern. Nationalistische und antideutsche Parolen, wie sie darauffolgend von der Regierung propagiert wurden, ließen sich zwar allgemein dazu benutzen, dem Kommunismus mehr gesellschaftlichen Zuspruch zu verschaffen, dennoch zogen die kirchlichen Veranstaltungen letzten Endes riesige Menschenmassen an. Der katholischen Kirche schien bisher immer eher eine defensive Rolle zugeschrieben worden zu sein, doch durch die Einladung der deutschen Bischöfe wurde sie selber aktiv und lieferte Zündstoff für die Verschärfung der Auseinandersetzung.

Kardinal Stefan Wyszyński

Wyszyński wurde wegen seiner Rolle als Bewahrer der polnisch-katholischen Identität zu Zeiten, als die katholische Kirche Repressionen ausgesetzt war, zu einer Symbolfigur des polnischen Katholizismus. Schon während des Zweiten Weltkriegs schloss er sich der Untergrundarmee des Warschauer Aufstandes an (*siehe: Der Warschauer Aufstand*). In den 1960er Jahren stand er im Briefkontakt zum deutschen Episkopat und machte sich für die Versöhnung der Völker stark, versetzte aber gleichzeitig die Regierung in Empörung, da in diesem Briefwechsel die Vergebungsbitte veröffentlicht wurde. 1980 war er ein bedeutender Vermittler zwischen der Regierung und der Solidarność. Er forderte das Recht auf freie Gewerkschaften, rief aber auch die Oppositionsbewegung zu Besonnenheit und Mäßigung ihrer Forderungen auf.

Wachsende Begeisterung für den Katholizismus

Obwohl die Regierung während der Ereignisse der 1970er Jahre versuchte, die Konfrontation mit der Kirche zu meiden, und man sogar in beidseitigem Einvernehmen Zugeständnisse machte, um die Situation im Land zu stabilisieren, war man weiterhin darauf bedacht, die katholische Macht einzuschränken und ihren Stellenwert beim Volk zu schwächen.

1978 wurde der polnische Kardinal Karol Wojtyła zum Papst Johannes Paul II. gewählt. Im Juni 1979 besuchte er als Amtsinhaber zum ersten Mal Polen. „Alle Begegnungen, die nicht aus protokollarischen Gründen zwingend erforderlich waren“ (HOLZER 2007, S. 139), wurden von Regierungsseite aus gemieden.

Dadurch wuchs die mentale Distanz zwischen Regierung und Volk. Das Volk besuchte euphorisch die Gottesdienste im Rahmen des Papstbesuches. Mehrere Millionen Menschen nahmen an den Veranstaltungen teil. In seinen Reden äußerte Papst Johannes Paul II. Kritik am politischen System. Seine Kritik wurde von der Regierung aber als „korrekt“ und „anständig“ eingestuft.

Nicht nur als moralische Ermutigung konnten seine Worte interpretiert werden, sondern vielmehr als „eine Ermutigung, die bis zur politischen Handlungsanweisung verstanden werden konnte“ (ZIEMER 1987, S. 367).

Das Volk konnte daraus ein neues Gefühl von Sicherheit und Stärke schöpfen. Man war darüber hinaus „stolz auf die eige-

nen organisatorischen Fähigkeiten und die Selbstdisziplinierung“ (ZIEMER 1987, S. 366) und darauf, dass es nicht zu nennenswerten Zwischenfällen gekommen war. Mit der Wahl des polnischen Papstes, seinem Heimatbesuch und dem daraus resultierenden neuen Selbstwertgefühl schien der Grundstein für die Ereignisse im August 1980 gelegt.

Magdalena Walentowska



Der polnische Papst Jan Paweł II hatte auch einen großen Einfluss auf die polnische Geschichte. Seine Worte waren immer richtig zu verschiedenen Situationen formuliert, auch direkt gesprochen, wenn der Papst auf etwas die Aufmerksamkeit lenken wollte. Meine Familie ist auch katholisch und wir diskutieren sehr viel darüber. Manchmal gibt es auch Diskussionen, wo jeder einer anderen Meinung ist!

Solidarität der Kirche

Am 14. August 1980 begannen die 17 000 Arbeiter der Danziger Werft zu streiken, nachdem bereits in ganz Polen seit Juli vermehrt Arbeiter einzelner Betriebe als Reaktion auf die Preiserhöhungen für Fleischwaren kurzzeitig die Arbeit niedergelegt hatten. Als weiterer zentraler Grund für die Streiks wird bis heute die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz genannt. Weitere Betriebe der Region schlossen sich dem Streik an. Auf der Danziger Werft wurde ein überbetriebliches Streikkomitee gegründet, dessen Vorsitzender Lech Wałęsa wurde.

Die Kirche solidarisierte sich erstmals ab dem 17. August. „Kardinal Stefan Wyszyński forderte in einer Predigt (...) das Recht auf freie Rede und die Anerkennung der moralischen, religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Landsleute.“ (KRIWANEK 1981, S. 89). Die Bevölkerung zeigte sich solidarisch und versorgte die Streikenden mit Lebensmitteln. Das Tor zur Werft wurde mit Blumen, Marien- und Papstbildern geschmückt. Darüberhinaus feierte man Gottesdienste zusammen mit den Arbeitern vor und hinter dem Tor.

Anna Walentynowicz

Anna Walentynowicz, Kranführerin auf der Danziger Lenin Werft, wurde 1980 im Alter von 51 Jahren entlassen. Daraufhin traten die Werftarbeiter in den Streik. Mit dem Dienstwagen des Werftdirektors holten sie Walentynowicz zu Hause ab, damit sie zu ihnen sprechen konnte, denn sie hatte sich seit den Aufständen von 1970 immer wieder für Arbeiterrechte stark gemacht. Als sie die Werft erreichten, sprach bereits Lech Wałęsa. Am 10. April 2010 kam Anna Walentynowicz während der Reise mit einer polnischen Delegation um Staatspräsident Lech Kaczyński zum siebzigsten Jahrestag des Massakers von Katyń bei dem Flugzeugabsturz von Smolensk ums Leben.

Der Stellenwert der Religion nahm während des Streiks an Bedeutung zu. Es wurden christliche Symbole angebracht und Gottesdienste gehalten. Beispielhaft für die religiöse Motivation ist hier die Errichtung des Holzkreuzes, an dessen Stelle im Dezember 1981 das Werftarbeiterdenkmal trat. Diese Szene wurde später in *Der Mann aus Eisen* von Andrzej Wajda (1981) filmisch inszeniert: Während einige Werftarbeiter das Holzkreuz aufstellen, ruft Anna Walentynowicz zum Gebet für die Gefallenen von 1970 auf. Die Kirche hielt den Mut und das Durchhaltevermögen der Streikenden aufrecht. Sie war aber nicht der Motor der Arbeiterschaft, sondern jene trieb die Kirche zu neuer, nationaler Aktivität an. Bis zur Unterzeichnung des Abkommens von Danzig trat die Kirche als Berater auf. In den großen Betrieben gab es geistliche Seelsorger. Auch die Regierung profitierte vom Einsatz der Kirche, denn in Konfliktsfällen stand sie als Vermittlerin zur Seite.

Der Kriegszustand im Dezember 1981 ließ der Kirche eine noch höhere Bedeutung zukommen als zuvor. Sie mahnte einerseits zur Ruhe, vertrat aber andererseits weiterhin die Standpunkte der Solidarność. Man stand den Internierten zur Seite und half verfolgten Solidarność-Funktionären Unterschlupf zu finden. Darüber hinaus wurden der illegalisierten Solidarność Räume für Versammlungen und Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Besonders mutige Geistliche äußerten dem Machtapparat gegenüber scharfe Kritik. Der bekannteste Regimekritiker und zugleich Seelsorger der Solidarność war Jerzy Popiełuszko. Im Oktober 1984 von der Staatssicherheit getötet, wurde er zur Symbolfigur der Oppositionsbewegung. Während der sich verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Krise begann die Regierung immer häufiger das Gespräch mit katholischen Vertretern in der Vermittlerrolle zu suchen.

Als es 1989 zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ kam, waren dort geistliche Vertreter als Beobachter und Vermittler anwesend.

In gewisser Hinsicht war die Rolle der Kirche somit auch eine politische (PLUMBERGER 1989, S. 140 f.).

Seelsorge und Beistand lieferte neben der Kirche auch die Musik, wie das Lied *Grudzień '81* (Dezember '81) zeigt:

Dezember '81

*Deine Schwestern in Trauerkleidern
Mancher kam nicht mehr nach Hause
zurück.
Brüder tragen Armbänder
Jemand weint heimlich.*

*Sie bereiteten Euch solche Weihnachten
So viele leere Plätze am Tisch
Für diese, die keine Oblate mehr brechen
die für immer unten geblieben sind.*

*Sie stiegen in die letzte Schicht
herunter,
und wurden mit dem Abschied nicht fertig
da sie alle bis ans Ende glaubten,
es gäbe nur eine Wahrheit.*

*Für diese, die zu früh heimgegangen,
die auch in Deinem Namen von uns
gingen,
Für diese, die nicht flüchten wollten,
Zünden wir eine Kerze an.*

*Vor die Mauer stellen wir schweigend
diese
Auf den Schnee, der damals weiss-rot war
Zusammen werden wir mit ihnen warten
bis jemand wieder mal läutet.*

*Wenn das Volk seinen Kopf emporhebt,
ermüdet, erschöpft aber hochmütig,
Wenn Gummiknüppel, Munition, Gas und
Petarden
keine Freiheit mehr niederschlagen.*

Grudzień '81

Filipkowski, Antoni (Musik) / Futek, Wojciech (Text)
Więcek, Mariusz / Grzywacz, Małgorzata (Übersetzung)

*Siostry Twoje w żałobnych sukienkach,
Znów ktoś nie powrócił do domu.
Bracia z opaskami na rękach
Ktoś płacze po kryjomu.*

*Takie święta wam zgotowali
Tyle miejsc jest pustych przy stole.
Dla tych, którzy nie złamią opłatka,
Bo zostali na zawsze na dole.*

*Już zjechali na szychtë ostatnią
Nie zdążyli się z Wami pożegnać
Bowiem wszyscy wierzyli do końca,
Że prawda jest tylko jedna.*

*Za tych, którzy za wcześnie odeszli,
Bo odeszli i w Twoim imieniu,
Za tych, którzy nie chcieli uciekać
Zapalimy świeczkę w milczeniu.*

*Postawimy pod murem na śniegu,
Który był wtedy biało-czerwony,
Razem z nimi będziemy czekali,
Kiedy znowu ktoś uderzy w dzwony.*

*Kiedy naród podniesie swą głowę,
Utrudzony, zmęczony lub hardy,
Gdy wolności już nigdy nie zgłuszą
Pałki, kule, gazy, petardy.*



*Jerzy Popiełuszko, Ausstellung „Wege zur Freiheit“, Gdańsk.
Foto: Christine Pleus.*

Jerzy Popiełuszko (1947–1984)

Jerzy Popiełuszko hielt als erster Freiwilliger eine Messe in der Warschauer Stahlhütte, die im August 1980 während eines Solidaritätsstreiks von Arbeitern besetzt wurde. Nach Einführung des Kriegsrechts in Polen verlas er Messen, in denen er die Regierung stark kritisierte. 1983 wurde er der Sabotage angeklagt, die Klage dann aber fallen gelassen. Da er als wichtiger Seelsorger der im Untergrund operierenden *Solidarność* galt, bangte diese um sein Leben. Man bat ihn um einen Studienaufenthalt in Rom, den er ablehnte. Nach einem gescheiterten Anschlag auf Popiełuszko wurde er am 19. Oktober

1984 von Staatssicherheitsbeamten in Polizeiverkleidung angehalten, misshandelt und mit Steinen beschwert in einen Stausee bei Włocławek geworfen. Nach dem Fund seiner Leiche sollte das aufgebrachte Volk beruhigt werden, indem man schnell Schuldige benannte und verurteilte. Wer die verantwortlichen Hintermänner des Mordes waren, konnte bis heute nicht aufgeklärt werden. Zu seiner Beerdigung erschienen ca. 250 000 Gläubige, 100 Bischöfe und 1600 Priester, die im Anschluss mit Reliquien Popiełuszkos durch Warschau zogen.



v.l.n.r.: Henryk Jankowski, Jerzy Popiełuszko, Lech Wałęsa.
Foto: Antoni Filipkowski, Forum Pomorskie.

Henryk Jankowski (1936–2010)

Als ‚Solidarność-Pfarrer‘ ist er bekannt geworden, als Prediger mit antisemitischen Untertönen in Misskredit geraten: Kaum ein Pfarrer in Polen ist so umstritten wie Henryk Jankowski. Als Probst der Brigittenkirche in Danzig hielt er während des Streiks 1980 Messen auf dem Gelände der Leninwerft, um die Arbeiter in ihrem Kampf gegen das Regime zu unterstützen. Als Lech Wałęsa während des Kriegszustandes unter Hausarrest stand, wurde Jankowski zum Bindeglied zwischen ihm und der Öffentlichkeit. Nach 1990 jedoch machte er Schlagzeilen anderer Art: Antisemitische Aussagen und Alkoholexzesse

mit Jugendlichen führten im Jahr 2004 zu seiner Amtsenthebung. Bei seinem Tod im Juli 2010 kamen dennoch zahllose Gläubige zur Brigittenkirche, um dem ‚Prediger der Werft‘ die letzte Ehre zu erweisen.

Resümee

Der Blick auf die Geschichte der katholischen Kirche in Polen zeigt deutlich, dass diese schon immer eine bewusstseinsprägende Bedeutung und maßgeblichen Einfluss auf das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben in Polen hatte. Sie war immer Befürworterin bzw. Vertreterin der nationalen bürgerlichen Initiativen, aber im Grunde nicht der Indikator für Auflehnungen gegen den Machtapparat. Seit der Papstwahl 1978 nahm die Bedeutung der Kirche kontinuierlich zu, da der polnische Papst den nationalen Katholizismus eng mit dem Vatikan verband. Zudem lieferte der Vatikan während des herrschenden Kriegsrechts moralische Unterstützung. Im historischen Verlauf wird somit klar, warum das Bild von Papst Johannes Paul II. sowie weitere katholische Symbole bis heute das Tor zur Danziger Werft zieren: Dem Amt des Papstes wird durch die enge Verbindung Polens zum Vatikan ein hoher Stellenwert beigemessen, womit die Antwort Filipkowskis schon als Erklärung ausreichen könnte. Das Bild von Papst Benedikt XVI. hängt neben Johannes Paul II. am Werfttor, „weil

er Papst ist“. Neben dieser ideologischen Begründung kann man aber auch versuchen, rational zu erklären, warum das Bild dort hängt. Als Papst Johannes Paul II. gewählt wurde, geschah dies auf Initiative deutschsprachiger Kardinäle. Joseph Ratzinger galt seit jeher als Vertrauter des polnischen Papstes, und somit war in Polen neben der Trauer um Johannes Paul II. die Freude über den bereits bekannten Nachfolger groß. Ratzinger hatte schon früher Polen besucht und während des Kriegszustandes Gottesdienste für Polen gehalten. Welche Erklärung nun die naheliegendere ist, hängt letztendlich vom Auge des Betrachters ab. Vermutlich ist die rationale Erklärungsweise für einen nationalistischen, gläubigen Polen vollkommen irrelevant und es bleibt einfach dabei, dass die katholische Kirche in Krisenzeiten Träger der polnischen Identität und das Amt des Papstes spätestens seit Johannes Paul II. für Polen sehr bedeutend waren. Deswegen reicht die Begründung aus und Ratzingers Bild zielt das Tor zur Werft neben dem von Wojtyła, „weil er Papst ist“.

Kirchen- und Glaubensgemeinschaften in Polen

95 % aller Gläubigen in Polen sind in der katholischen Kirche (ca. 35 Mio. Mitglieder). Die evangelisch-augsburgische Kirche bildet mit ca. 85 000 Mitgliedern die größte protestantische Gruppe. Etwa 5000 Juden leben in Polen. (Stand: 1998) (vgl. z.B.: http://www.info-polen.com/portal/staat/kirchen_religion.php)

Literaturnachweis

- Garewicz, Jan:** Messianismus, in: Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas/Stephan, Rüdiger (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992, S. 152-160.
- Hoensch, Jörg K.:** Geschichte Polens, Stuttgart 1998.
- Holzer, Jerzy:** Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität, Bonn 2007.
- Karp, Hans-Jürgen (Hg.):** Katholische Kirche unter nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur. Deutschland und Polen 1939–1989, Köln 2001.
- Kerski, Basil/Kycia, Thomas/Zurek, Robert:** „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965 und seine Wirkung, Osnabrück 2006.
- Kriwanek, Gerd:** Polen. Solidarität als Hoffnung, Zürich 1981.
- Landgrebe, Alix:** „Wenn es Polen nicht gäbe, dann müsste es erfunden werden.“ Die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im europäischen Kontext von 1830-1880, Wiesbaden 2003.
- Pumberger, Klaus:** Solidarität im Streik. Politische Krise, sozialer Protest und Machtfrage in Polen 1980/81, Frankfurt am Main 1989.
- Schramm, Gottfried:** Reformation und katholische Erneuerung, in: Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas/Stephan, Rüdiger (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München 1992, S. 39-43.
- Ziemer, Klaus:** Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der Ära Gierek, Frankfurt am Main 1987.

Filme

Der Mann aus Mamor von Andrzej Wajda (1977)

Der Mann aus Eisen von Andrzej Wajda (1981)

Drei Freunde von Anna Fernes (2008)

Popieluszko. Die Freiheit in uns von Rafał Wierzyński (2009)



Nationale Identitäten werden nicht ausschließlich, aber auch mithilfe der Geschichte konstruiert. Wie sehr diese uns alle beeinflusst, haben wir deutlich gespürt: Unsere Konzentration auf Leid und Konflikt zu Beginn der Reise ist wohl das direkte Ergebnis des ‚Holocaust als negativer Gründungsmythos‘ der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland zu denken heißt immer auch, den Nationalsozialismus zu denken.

In der Erinnerung der Polen spielt dieser ebenfalls eine Rolle, doch unter anderen Vorzeichen: Sie waren die Opfer, nicht die Täter. Und obwohl es in seiner Tragweite alles vorher Dagewesene übertraf, war die Rolle an sich den Polen nicht neu: Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert sahen sie sich als Opfer fremder Mächte, deren Eroberungsgelüste unermesslich schienen. Der Messianismus des 19. Jahrhunderts wies Polen die Rolle des Christus der Völker zu – Polen leidet, um andere zu retten.

Diese unterschiedlichen Selbstkonstruktionen sind aus ihrem jeweiligen historischen Kontext heraus erwachsen. Und dieser scheint sich gerade richtungsweisend zu verändern. Die jungen Polen richten ihren Blick nach vorne: Polens Wirtschaft wächst, der europäische Arbeitsmarkt bietet neue Chancen. Die Kirche verzeichnet einen Rückgang der Gläubigen. In Deutschland hat sich spätestens mit der WM 2006 ebenfalls ein Wandel vollzogen – das fröhliche Bekenntnis zur eigenen Nation wäre noch ein Jahrzehnt vorher kaum denkbar gewesen. Chancen für eine Annäherung unter neuen Bedingungen?

**Erinnerung –
gemeinsam, aber nicht gleich**

Die polnische Erinnerungskultur zwischen Gestern und Heute

von Romy Starke

Polen ist kein Land wie jedes andere. Dies zeigt sich in vielen Facetten. Zwei wichtige unter ihnen sind das kollektive Gedächtnis und die daraus resultierenden Erinnerungskulturen. Wie werden sie von der polnischen Gesellschaft gelebt und praktiziert? In welchen Formen und Dimensionen? Und welche Rolle spielt Deutschland dabei? Polen und Deutschland sind durch ihre gemeinsame Grenze an der Oder und Neiße zwar eng miteinander verbunden, stehen sich aber aufgrund ihrer gemeinsamen Geschichte oftmals sehr fern.

Verschiedene Mechanismen haben das deutsch-polnische Gedächtnis bewegt – vom „Miteinander im Mittelalter (...) über ein Nebeneinander im Zeichen des aufkommenden Nationalbewusstseins bis zum krassen Gegeneinander“ während und nach dem Zweiten Weltkrieg (URBAN 2004, S. 11). Heutzutage nehmen wir wiederum eine wachsende Verständigung über die nationale Grenze hinweg wahr. Der folgende Text soll zeigen, dass die Beschäftigung mit dem kollektiven Gedächtnis unserer Nachbarn ungeheuer spannend sein kann. Speziell aus historischer Sicht eröffnet diese Art der Auseinandersetzung eine Möglichkeit, die Mentalität der Polen (besser) zu verstehen. Zunächst wird eine kurze theoretische Definition der Begriffe ‚Erinnerungskultur‘ und ‚kollektives Gedächtnis‘ gegeben. Anschließend soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden, wie Inhalte des kollektiven Gedächtnisses Polens unter Beachtung jenes wissenschaftlichen Gedankengerüsts aussehen können. Das komplexe und vor allem impulsive Moment des kommunikativen Gedächtnisses in Polen soll den roten Faden fortsetzen und mit einem Blick in die Zukunft des Erinnerens abschließen. Dabei soll anhand des Gedenkens an das Massaker von Jedwabne veranschaulicht werden, wie sehr Erinnerungsgemeinschaften bis in die heutige Zeit hinein divergieren können.



*Fahnen der Solidarność anlässlich des Todes von Henryk Jankowski, Juli 2010.
Foto: Adam Soszyński.*

Was ist überhaupt Erinnerungskultur?

An erster Stelle steht das individuelle, also vor allem private und subjektive Gedächtnis. Erinnern? Das macht man doch jeden Tag, was ist daran besonders? Das individuelle Gedächtnis ist durch wechselseitigen Kontakt mit bestimmten Gruppen und deren jeweiligen kollektiven Gedächtnis stets sozial geprägt. Das bedeutet nach Maurice Halbwachs (1985, S. 23) Folgendes: „[D]as Individuum [erinnert] sich (...), indem es sich auf den Standpunkt der Gruppe stellt“. Das Gruppengedächtnis realisiert und spiegelt sich wiederum in den individuellen Gedächtnissen. Das eine kann ohne das andere nicht existieren (ERLL 2005, S. 16).

Die Wechselwirkung des Individuellen mit der Gesellschaft kann jedoch durchaus verschieden ausfallen: Manchmal gehen beide miteinander konform, manchmal nicht. Das kollektive Gedächtnis selbst reicht über das Private hinaus und ist, wie bereits erwähnt, an eine Gruppe gebunden. Es besteht nach Jan Assmann (1988) aus zwei Sphären. Das kommunikative Gedächtnis beruht auf informeller Alltagskommunikation zwischen Individuen und Gruppen. Seine Inhalte sind beliebig veränderlich und werden mit keiner festen, dauerhaften Bedeutung belegt. Es beinhaltet jeweils „die Geschichtserfahrungen der Zeitgenossen (...) und bezieht sich daher immer nur auf einen (...) ‚mitwandernden‘ Zeithorizont von ca. 80 bis 100 Jahren.“ (ERLL 2005, S. 28).

Das heißt, wenn beispielsweise ein Überlebender mit einer besonders eindrucksvollen Anekdote stirbt und jene nicht ausreichend gesichert worden ist – z.B. durch Niederschreiben oder das Vorhandensein nachfolgender Generationen, die die Tradierung weiter aufrechterhalten –, kann sie für immer ins Vergessen geraten. Das kulturelle Gedächtnis dagegen umfasst „ein kollektiv geteiltes Wissen (...) über die Vergangenheit, [welches] inhaltlich von Kultur zu Kultur, aber auch von Epoche zu Epoche verschieden“ (ASSMANN/HÖLSCHER 1988, S. 15 f.) ist, aber – innerhalb der jeweiligen Kategorie – dennoch „einen festen Bestand an Inhalten und Sinnstiftungen“ (ERLL 2005, S. 28) mit sich führt. Begrenzt ist dieses Gedächtnis durch bestimmte „Fixpunkte“, also „schicksalhafte Ereignisse der Vergangenheit, deren Erinnerung durch kulturelle Formung (Texte, Riten, Denkmäler) und institutionalisierte Kommunikation (Rezitation, Begehung, Betrachtung) wachgehalten wird.“ (ASSMANN/HÖLSCHER 1988, S. 12). Kurz gesagt: Ersteres stützt sich auf kommunikativen Austausch, Letzteres enthält abgespeicherte Inhalte, die immer wieder neu abgerufen werden können.

Das kollektive Gedächtnis „als Gesamtheit [betrachtet] findet seine jeweilige Ausprägung in Erinnerungskulturen.“ (ERLL 2005, S. 101).

Dass dieser Begriff nicht unumstritten ist, zeigen mittlerweile Definitionen von mehreren Wissenschaftlern (vgl. WELZER 2001).

Als Synthese ließe sich daraus konstatieren: Erinnerungskultur bezeichnet die soziokulturelle Dimension des Erinnerens. Individuen agieren in unterschiedlichen Erinnerungsgemeinschaften und sind so an der diskursiven Konstruktion von Erinnerungskulturen beteiligt.

Erinnerungskulturen kann eine Pluralität der kulturellen Erinnerung immanent sein und somit auch ein gewisses Konfliktpotential, was Aspekte wie Dynamik, Kreativität und Prozesshaftigkeit, aber ebenso Stagnation bedeuten kann.

Eine eng zusammenhängende Gruppe, die neben der Erinnerung kollektive Werte und Ideen teilt und ihre Anliegen meist gemeinsam in einer Öffentlichkeit konsolidiert, scheint wirkungsreicher als eine etwas lose Gemeinschaft.

Die Schlacht von Tannenberg / von Grunwald 1410

Es handelt sich dabei um die größte Schlacht des Mittelalters, in der die vereinigten polnisch-litauischen Kampftruppen das Heer des Deutschen Ordens besiegten. Herzog Konrad von Masowien hatte sich 1226 Hilfe vom Deutschen Orden erbeten, um die östlich der Weichsel beheimateten Pruzzen effektiv zu christianisieren. Die Kreuzritter eroberten das Pruzzenland und sicherten dort ihre Macht mithilfe zahlreicher Ordensburgen. Ein zentrales Konfliktpotenzial zwischen dem Orden und den polnischen Territorien barg das von beiden begehrte Herzogtum Pommerellen. Die Lage „war verlockend. Polen ging es um einen freien Zugang zum Meer, der Orden erstrebte eine Landverbindung zum Deutschen Reich“ (JÄGER-DĄBEK 2003, S. 30). Schließlich erhielt der Orden 1309 das Gebiet und vertrieb die dort ansässigen Polen daraus. Im späten 14. Jahrhundert kam es durch Heirat zur polnisch-litauischen Union. Die territorial und konfessionell (nach Polen war nun auch Litauen christlich) erstarkte Macht stellte sich gegen den Orden. Der Sieg über ihn in der Schlacht bei Grunwald und der Zweite Thorner Frieden im Jahr 1466 markierten schließlich die erungene Vormachtstellung der Polen gegenüber dem Deutschen Orden – sowohl territorial als auch die Souveränität Polens betreffend.

Das Gedächtnis Polens

Was aber bedeutet das nun konkret für den polnischen Erinnerungsdiskurs?

In der nationalen Erinnerungskultur Polens gibt es erstaunlich viele historische Ereignisse, über die fast jeder Bürger etwas zu berichten weiß. Ein derartiges Ereignis ist die Schlacht bei Grunwald aus dem Jahre 1410. Der Sieg Polen-Litauens über die Kreuzritter ist seitdem im polnischen Gedächtnis zum Mythos stilisiert, im deutschen jedoch marginalisiert worden. „Das Gedächtnis einer Nation nimmt keine Notiz davon, dass jenseits der Grenze andere historische Bezugspunkte gewählt [werden] und dieselben historischen Ereignisse in einem ganz anderen Licht erscheinen.“ (ASSMANN 2008). Auch heute besitzt der Mythos noch eine starke Präsenz in der offiziellen Erinnerungskultur Polens: Jährlich findet am 15. Juli mit der Grunwaldfeier eines der größten Historienspiele Europas statt. „[M]it Tausenden von Ritterdarstellern“ wird die Schlacht vor „mehr als 40 000 Zuschauern“ nebst „Treffen des polnischen und litauischen Präsidenten“ inszeniert. Indes blieb jedoch das Bild des „landraubenden, mordenden und expansionslüsternen Kreuzritterordens“ als Deutschlandbild erhalten (JÄGER-DĄBEK 2003, S. 91-93).

Dieses Stereotyp (*siehe: Ursachenforschung*) wurde im Verlaufe der Geschichte durch verschiedene Ereignisse wieder virulent: Da wären zum einen die drei Teilungen Polens durch Preußen, Öster-

reich-Ungarn und Russland im ausgehenden 18. Jahrhundert. Zum anderen trugen auch der Einmarsch der deutschen Truppen am 1. September 1939, der Zweite Weltkrieg allgemein und schließlich die Selbstinszenierung des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, der 1958 die Insignien eines Ordens-Hochmeisters erhielt, zur Festigung des Stereotypes bei. Beide Aspekte zusammen, der Siegesakt und das Feindbild, wurden immer wieder einem Bedeutungsschleier gleich über ähnliche neu aufkommende Ereignisse gelegt. Sie wurden über lange Zeit tradiert und in verschiedenen Gruppengedächtnissen dauerhaft festgeschrieben.

Schließlich fanden beide Aspekte auch eine beispielhafte Versinnbildlichung am Jan-Sobieski-Denkmal in Danzig (*siehe: Das Denkmal für Jan Sobieski in Gdańsk*). Der Tradierung zufolge hatte jener polnische König im Jahr 1683 das christliche Abendland vor dem Islam bewahrt. Jan Sobieski sitzt mit dem ausgestreckten Zepter in der Hand auf einem sich bäumenden Pferd – wie ein Held. Da das Denkmal auf ein historisch weit entferntes Thema verweist und sowohl den Ersten als auch den Zweiten Weltkrieg unbeschädigt überstanden hat, verkörpert es bildhaft die unvergängliche Tapferkeit des polnischen Volkes.

Generell bieten Denkmäler oft die Kulisse für Gedenkstunden, anlassgebundene kirchliche Messen und die bereits ge-

nannten Historienspiele. All diese Faktoren steuern enorm zur Festigung des kulturellen Gedächtnisses bei, indem sie ihm eine konstante Orientierung verleihen (KASCHUBA 2003, S. 191). Auch im Denkmal für die gefallenen Werftarbeiter in Danzig, einem Relikt der Zeitgeschichte, sind Sieg und Feindbild versinnbildlicht worden (*siehe: „Weil er Papst ist“*): Die Arbeiter kämpften bereits 1970 gegen das kommunistische Regime. Die freie Gewerkschaft Solidarność markierte 1980 einen ersten Sieg. Ein endgültiger Wendepunkt vollzog sich jedoch erst mit den Gesprächen am Runden Tisch und der politischen Wende 1989.

Diese Beständigkeit zeigt, dass das Ringen um Freiheit und kulturelle Identität, also der ursprüngliche Funke des polnischen Nationalismus immer noch eine große Relevanz hat. Jarworski (1998, S. 38-40) schreibt den Polen dabei ein „offensichtlich durch nichts zu erschütternde[s] historische[s] Langzeitgedächtnis“ sowie eine „ausgeprägte historische Erinnerungsfähigkeit“ zu. Jene beruht „auf einer patriotischen Grundeinstellung breitester Bevölkerungsschichten, den volksaufklärerischen Ambitionen einer geschichtsbewussten, zum Teil oppositionellen Intelligenz und dem historischen Repräsentationsbedürfnis von Kirche und Staat“.

Auffällig ist, dass positive Stereotype, wie z.B. die Tapferkeit des polnischen Volkes und der Heroismus, sowohl bei Siegen als auch bei Niederlagen stets im Vordergrund stehen. Siege, wie der bei

Grunwald, sind demnach „Bezugspunkte in der Geschichte, die das positive Selbstbild [der Nation] stärken und im Einklang mit bestimmten Handlungszielen stehen“ (ASSMANN 2008). Daneben haben aber auch Niederlagen einen Platz im nationalen Gedächtnis, denn sie verweisen unmissverständlich auf die Opfer- bzw. Verliererrolle Polens. Es gilt, fortwährend an diesem Bewusstsein festzuhalten, „um Widerstand zu legitimieren und heroische Gegenwehr zu mobilisieren“ (ASSMANN 2008). Heldentum und positiv besetzte Niederlage, beides fügt sich adäquat in das ‚heroische Bild‘ ein und sieht sich somit im Vergleich zu anderen Begebenheiten nicht dem Vergessen ausgesetzt. Im kulturellen Gedächtnis sind sie meist unumstritten verankert; über sie besteht kollektive Einigkeit.

Anders sieht es mit manchen Inhalten des kommunikativen Gedächtnisses der Polen aus. Die Zeit der Solidarność und der Wende ist bisher nur im kleineren Kreis konsolidiert worden, da die Erinnerung daran u.a. viel mehr Konfliktpotenzial birgt. In der öffentlichen Erinnerungskultur wird meist das Positive jener Zeit hervorgehoben, kritische Stimmen dagegen tabuisiert. Zudem ist jener Gedächtnisinhalt noch sehr lebendig, da zahlreiche Zeitzeugen ihre Erfahrungen kundgeben können.

Die Rolle der Intelligenz

Die Intelligenz ging aus dem katholischen Adel hervor und war maßgeblich an der Prägung gesellschaftlicher Wertmaßstäbe beteiligt. Als eine „spezifisch osteuropäische Gesellschaftsschicht (...), die in Polen bereits während der Zeit der Teilungen und um so mehr beim Aufbau der wiedergeborenen Staatlichkeit die intellektuellen Eliten und Führungskader lieferte“ (SIEMEK 2003, S. 263), orientierte sie sich stets am Patriotismus und dem Unabhängigkeitsgedanken. Daneben gab es die starke Bindung an eine hohe geistige Kultur. Die Intelligenz identifizierte sich aber auch mit „den freiheitlichen Idealen des europäischen Humanismus [und war demzufolge] offen für moderne Werte wie Demokratie, Fortschritt, Menschen- und Bürgerrechte sowie soziale Gerechtigkeit“ (SIEMEK 2003, S. 263 f.). Dass diese Gesellschaftsschicht, deren Anhänger größtenteils bürgerlichen Berufen nachgingen, sich stets als geschichtsbewusst und oft als oppositionell erwies, äußerte sich während der Teilungen im 18. Jahrhundert in einer liberalen und demokratischen Gesinnung hinsichtlich der nationalen Identität.

Die Intelligenz wurde mit der Zeit zu einem zentralen Element der polnischen Gesellschaft. Bei Versuchen, ihre politische Meinung kundzutun, geriet sie jedoch immer wieder in das Visier der jeweiligen staatlichen Kontrollmacht: Im Zweiten Weltkrieg wurden etwa 40 Prozent ihrer Anhänger liquidiert. Auch in Zeiten der Volksrepublik Polen wurden ihre Aktivitäten kontrolliert und niedergeschlagen. Jedoch zeichnete sich hier eine Besonderheit ab: „Hatten sich seit dem 19. Jahrhundert große Teile der Intelligenz von der Kirche entfremdet, so entdeckten in den achtziger Jahren viele ihr früher fernstehende Künstler und Intellektuelle die christlichen Wurzeln der polnischen Kultur wieder.“ (ZIEMER 2003, S. 424).

Ein Lichtblick inmitten der Repressionen war der Zusammenschluss von Intellektuellen und Arbeitern in der KOR und der Solidarność (*siehe: Hintergrund*). Mit ihr sympathisierten auch viele Soldaten und Milizangehörige. Kurzum: Die Intelligenz schien wieder eine weitreichende Wirkung zu haben. Heutzutage lässt sich beobachten, dass „ihr einstiges hohes Prestige als geistige Führungsschicht und kulturelle Elite schwindet“. Ersetzt wird sie durch „Funktionseliten“, das bedeutet: „Macher statt Denker“ (KOESTLER 2003, S. 371).

Erinnerungskultur im Wandel

Zeitzeugen und ihre Erfahrungen spielen stark in die Erinnerungskultur nach 1945 mit hinein. Inhaltlich erlangt das kommunikative Gedächtnis somit eine stetige Präsenz neben dem weiterhin bedeutsamen kulturellen Gedächtnis. Diese Präsenz besteht allerdings nicht unreflektiert fort, da Erinnerung hierbei eine Generationsfrage ist und folglich Dynamik, viele unterschiedliche Sichtweisen sowie mögliche Zündstoffe innehat (DMITRÓW 1998, S. 56). In Polen gab es nach dem Krieg zunächst eine von oben verordnete ‚kollektive Amnesie‘. Einzelne, im öffentlichen Bewusstsein unsichtbare Makel waren z.B. das von Staatshand aufgezwungene Schweigen über den Verlust der östlichen Gebiete Polens an die UdSSR und die Vertreibung der Polen aus diesen Gebieten. Dieser Umstand sowie die Eingliederung ehemals deutscher Gebiete in Westpolen wurden terminologisch umgekehrt und verfälscht, z.B. mit Begriffen wie ‚Rückkehr ins Heimatland‘ oder ‚wiedergewonnene Gebiete‘. Entgegengesetzte individuelle Erinnerungen wurden demnach unter dem Mantel kollektiver Sichtweisen verborgen. Die politische Wende 1989 brachte jenes polnische Selbstverständnis zum Bröckeln. Damit traten zwei weitere, bisher tabuisierte Themen im öffentlichen Diskurs auf: die nationalen Minderheiten sowie der Antisemitismus in der eigenen Gesellschaft.

Da waren zum einen die „in Polen verbliebenen Deutschen, die es doch gemäß Staatsdoktrin gar nicht gab.“ (JÄGER-DĄBEK 2003, S. 201). In Polen begann man, nicht mehr ein Entweder-oder der korrekten Erinnerungen zu diskutieren, sondern sich allmählich den Gedanken einer gemeinsamen Heimat zu Eigen zu machen. Althergebrachte Muster konnten durch hier neu entstehende Identifikationsbilder aufgelockert werden.

Zum anderen gab es das Massaker von Jedwabne im Jahr 1941 (*siehe: Polen und Juden*). Jüdische Landsleute wurden in jenem Ort von Polen zusammengetrieben und bei vollem Bewusstsein verbrannt. Eine Trennung zwischen Opfern und Siegern erwies sich in dieser Diskussion als kompliziert. Bisher war der Holocaust ein eher randständiges Thema gewesen. Es herrschte einzig die „kollektive Übereinkunft, dass kein Volk so unter der Nazizeit gelitten hätte wie das polnische“ (JÄGER-DĄBEK 2003, S. 205). Doch nun – ab 2001 – folgte eine umfassende Debatte über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust, dabei insbesondere über die antisemitische Haltung der Polen gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern. War das Selbstverständnis der Polen bis dato von einem derartig kollektiven Bruch verschont geblieben, so wirkte sich dieser nun besonders intensiv aus. Es entstand eine Art Tabula rasa.

Das Geschichtsbild der Polen und ihre Erinnerungskultur bezüglich des Zweiten Weltkriegs erfuhren teils ästhetische, teils inhaltliche Neustrukturierungen. Von nun an sind Themen aufgekommen, die früher nicht besprochen werden durften. Ein neuartiger politischer und geschichtlicher Diskurs scheint sich geöffnet zu haben. Die kollektiv sichere Selbstwahrnehmung scheint einer gewissen Unsicherheit zu weichen. Jener Prozess auf der horizontalen Ebene verschiebt sich zusätzlich durch den Generationenwechsel auf der vertikalen Ebene: „Es liegt nahe, dass Menschen, die zwei oder drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, sich seiner Verbrechen anders erinnern werden als die Kriegsgeneration.“ (WOYCICKI 2003, S. 80).

Laut Aleida Assmann ist eine der „wichtigsten Neuerungen, dass nunmehr Vergessen und Vergessen ebenso entkoppelt sind wie Erinnern und Rächen. Vielmehr gilt, dass zwischen Tätern und Opfern heute gemeinsames Erinnern eine wesentlich bessere Grundlage für eine friedliche und kommunikative Zukunft bildet als gemeinsames Vergessen.“ (ASSMANN 2008).

Neben dem gemeinsamen Erinnerungsbestreben vieler Menschen gibt es aber auch eine andere, vergessen geglaubte Seite der Erinnerung, welche zeigt, dass der Antisemitismus noch längst nicht passé ist. Der einen großen Erinnerungsge-

meinschaft, die den obig beschriebenen Wandlungsprozess verkörpert, steht eine zweite entgegen. Sie konstituiert sich aus heutigen wie damaligen Bewohnern des Ortes Jedwabne sowie bekannten polnischen Revisionisten, wie z.B. Robert Jerzy Nowak, und einigen Politikern, wie z.B. Jarosław Kaczyński. Ihre Meinung tun sie kund über landesweite populäre, meist katholisch-nationalistische Medien, so u.a. über den Rundfunksender *Radio Maryja*. Die bis heute tradierte Überzeugung, damals das Richtige getan zu haben, äußert sich exemplarisch wie folgt: Am sechzigsten Jahrestag des Massakers sollte eigentlich eine große Gedenkfeier stattfinden, aber „[d]as erwies sich als unmöglich. Als die von Präsident Alexander Kwaśniewski persönlich anberaumte Gedenkfeier begann, läutete der Priester von Jedwabne aus Protest die Glocken. Die meisten Anwohner kamen erst gar nicht, manche hatten nur Spott für die Hinterbliebenen der Opfer.“ (BIKONT 2006). Parallel dazu befestigten die Einwohner Zettel an ihren Fenstern mit der Aufschrift: *Wir bitten nicht um Verzeihung. So wahr uns Gott helfe.*

Ausblick

Das Beispiel von Jedwabne veranschaulicht beispielhaft, wie schwer ein ‚unheroisches‘ Ereignis Eingang in das kollektive Gedächtnis Polens findet. Es verkörpert eine „gebrochene Erinnerung“, die dem „einheitliche[n] historische[n] Gedächtnis“ (OLSCHOWSKY 2003, S. 282) entgegensteht. Wie weit sich ein derartiges Erinnern oder Lossagen von der eigenen Opferrolle innerhalb der polnischen Gesellschaft durchsetzt, scheint wesentlich von dem Thema, dem

regionalen Umkreis und offensichtlich auch von der ethnischen Herkunft abhängig zu sein. Aber auch die jeweilige Erinnerungsgemeinschaft hat Einfluss auf die Frage, inwieweit die bisher gefestigte kollektive Identität überdacht werden sollte oder nicht. Kritische Stimmen und eine zunehmende Geschichts- und Traditions müdigkeit in der jungen Generation stehen hier suggestiv anmutenden Vertretern des Messianismus gegenüber.



*Denkmal der Helden des Ghettos,
Warschau.*

Foto: Christine Pleus.

Literaturnachweis

- Assmann, Aleida:** Kollektives Gedächtnis, in: Dossier: Geschichte und Erinnerung, 26.8.2008, <http://www.bpb.de/themen/6B59ZU.html>, letzter Zugriff: 19.11.2010.
- Assmann, Jan/Hölscher, Tonio (Hg.):** Kultur und Gedächtnis, Frankfurt/Main 1988.
- Bikont, Anna:** Die Stadt der Geister, in DER SPIEGEL vom 1.5.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,409054,00.html>, letzter Zugriff: 19.11.2010.
- Dmitrów, Edmund:** Die Bedeutung der Erinnerung für den deutsch-polnischen Dialog, in: Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas (Hg.): erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen, Wiesbaden 1998, S. 53-65.
- Erl, Astrid:** Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, Stuttgart 2005.
- Lesser, Gabriele:** Die „Jedwabne-Diskussion“ in antisemitischen und rechtsextremen Medien, <http://www.dpg-brandenburg.de/nr23/lesser.pdf>, letzter Zugriff: 19.11.2010.
- Halbwachs, Maurice:** Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt/Main 1985.
- Jäger-Dąbek, Brigitte:** Polen. Eine Nachbarschaftskunde, Berlin 2003.
- Jaworski, Rudolf:** Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Gedächtniskulturen seit Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas (Hg.): erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen, Wiesbaden 1998, S. 33-52.
- Kaschuba, Wolfgang:** Einführung in die Europäische Ethnologie, München 2003.
- Koestler, Nora:** Soziale Schichtung: Zwischen Stadt und Land, in: Lawaty, Andreas/Orłowski, Hubert (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, München 2003, S. 370-375.
- Olschowsky, Heinrich:** Stereotype der „langen Dauer“ und Prozesse der Nationsbildung, in: Lawaty, Andreas/Orłowski, Hubert (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, München 2003, S. 279-288.
- Siemek, Marek J.:** Kultur und Zivilisation. Zwischen Tradition und Modernität, in: Lawaty, Andreas/Orłowski, Hubert (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, München 2003, S. 256-269.
- Urban, Thomas:** Von Krakau bis Danzig. Eine Reise durch die deutsch-polnische Geschichte, München 2004.
- Welzer, Harald:** Das soziale Gedächtnis, in: Welzer, Harald (Hg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001, S. 9-21.
- Wóycicki, Kazimierz:** Der Holocaust im Bewusstsein der Deutschen und der Polen, in: Lawaty, Andreas/Orłowski, Hubert (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, München 2003, S. 78-88.
- Ziemer, Klaus:** Kirche, in: Lawaty, Andreas/Orłowski, Hubert (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, München 2003, S. 418-425.

Des Pudels Kern

Das polnische Selbstbild „Volk der Helden und Opfer“ und die Erwartungen der Polen an die Deutschen

von Christine Pleus

An einem der ersten Tage unserer Polenexkursion haben wir das *Muzeum Sopotu* besucht und sind im Anschluss in ein kleines Kaffee namens *blękitny pudel* (blauer, betrunkenener Pudel) eingekehrt (siehe: Ort der Sehnsucht). Bei Kaffee und in einer gemütlichen Atmosphäre, mit lauter blauen Pudeln um uns herum, haben wir unsere Eindrücke ausgetauscht. Marta, eine polnische Studentin, hat den Museumsbesuch als sehr erfrischend empfunden, da nicht wie gewöhnlich die schicksalhaften Ereignisse der polnischen Geschichte, sondern die allgemeine Geschichte der Stadt Zopot und das Zusammenleben der unterschiedlichen Nationalitäten in der Stadt ausgestellt werden. In Polen stünden vor allem die tragischen Ereignisse der eigenen Geschichte im Mittelpunkt der allgemeinen und öffentlichen Aufmerksamkeit. Tapferkeit, Leid und Unrecht, welches dem polnischen Volk in den vergangenen Epochen widerfahren ist, würden oft den Schwerpunkt historischer Ausstellungen bilden, so Marta.

Museen und Denkmäler Polens und Deutschlands mögen sich optisch nicht so stark voneinander unterscheiden, dafür aber inhaltlich. Geht es um die erfolgreichen Menschen einer Nation – Wissenschaftler, Erfinder, Staatsmänner und

andere Vorreiter der Kunst, Wissenschaft oder Politik –, so ähnelt sich die Form ihrer Würdigung in Polen und in Deutschland. Ob Nikolaus Kopernikus oder Albert Einstein, Jan Paweł II oder Benedikt XVI, Fryderyk Chopin oder Wolfgang Amadeus Mozart, ob Adam Mickiewicz oder Johann Wolfgang von Goethe, an alle wird mittels Texten, Bildern, Denkmälern, Jahrestagen, Filmen, Museen, Straßennamen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen in ähnlicher Weise erinnert.

Anders ist es mit gescheiterten Helden der jeweiligen Nation, besonders in Bezug auf die beiden Weltkriege. Es beginnt bereits mit der Frage, ob es in Deutschland überhaupt Helden des Krieges gibt? Welche deutschen Protagonisten haben sich für die Verteidigung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie eingesetzt und inwieweit werden ihre Taten im Krieg heute geehrt? Die einzigen erinnerungswürdigen nationalen Helden des Zweiten Weltkrieges sind die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Die Erinnerung an diese kleine Gruppe tritt aber kaum aus dem Schatten der kollektiven Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hervor. Mit dem Zweiten Weltkrieg werden primär die Verbrechen, das eigene Versagen und die deutsche Schuld verbunden.

Das Vermächtnis der deutschen Widerstandskämpfer wird hierzulande nur ungenügend gewürdigt, uns fallen ad hoc kaum Namen ‚mutiger Deutscher‘ ein. Anders werden in Polen seit der Teilungszeit im 19. Jahrhundert kontinuierlich die tragischen Akteure polnischer Historie in der Literatur gerühmt.

Hinter der Errichtung von historischen Gedenkorten und der Erinnerung an spezielle Ereignisse und Personen steckt bei den Polen eine andere Motivation als bei den Deutschen. Auch unter den Bürgern beider Nationen werden Maßnahmen diesbezüglich mit einem unterschiedlichen Interesse verfolgt. In Deutschland sind die meisten nach 1945 errichteten Denkmäler im Gedenken an die Opfer oder als Mahnung für die Zukunft angefertigt worden, in Polen werden zu einem großen Teil die eigenen Schicksalsschläge, die Aufstände und ihre gescheiterten Helden erinnert und geehrt.

Die unterschiedlichen Einstellungen bezüglich der Frage, welche Erinnerung an den Krieg erhalten werden soll, sind grundlegend für den Umgang beider Staaten mit der Vergangenheit (vgl. THIE-MEYER 2010). In Deutschland zielt die Erinnerung an den Krieg hauptsächlich darauf die Menschen zu erziehen und die Haltung zu prägen, den Krieg als inakzeptables Mittel der Politik anzusehen. In Polen verdeutlicht die Thematisierung des Krieges die Durchhaltekraft und den Zusammenhalt der Nation sowie die Notwendigkeit von kriegerischer Gegenwehr zum Nutzen des eigenen Volkes.

Im Laufe der Studienreise und während der Gespräche mit den Studenten ist die Aussage Martas immer greifbarer geworden. Angesichts der Flut von Eindrücken an unterschiedlichen Erinnerungsorten wie Museen, öffentlichen Plätzen, an historischen Orten und Denkmälern in Danzig, Zoppot, Warschau und Posen ist deutlich geworden, welche geschichtlichen Situationen die öffentliche Erinnerungskultur Polens bestimmen.

Im blauen Pudel ist es daneben zu einer weiteren Aussage Martas gekommen, welche die deutschen Studenten ins Grübeln gebracht hat. Demnach erwarten die Polen immer noch, dass sich Deutschland auf offizieller Ebene fortwährend für die Verbrechen an Polen entschuldigt. Deutsche Politiker sollen sich an geschichtsträchtigen Jahrestagen wie dem 1. September, an dem sich der deutsche Angriff auf Polen jährt, öffentlich zu Wort melden. Die würdevolle Achtung von historischen Ereignissen und die öffentliche Anerkennung ihrer Relevanz werden als Zeichen des Respekts den Polen gegenüber gewertet (*siehe: Kriegsausbruch und Erinnerung*). Auch auf privater Ebene wird dies laut Adam, dem polnischen Dozenten, mit Interesse verfolgt. Noch mehr Anklang findet es seiner Einschätzung nach jedoch, wenn sich deutsche Touristen höflich und zukommend verhalten und beispielsweise versuchen sich auf Polnisch zu verständigen und nicht mit einer Selbstverständlichkeit polnische Bürger auf Deutsch anzusprechen.

Sich vorstellen: *Jestem Christine.* – Ich bin Christine.

Nach dem Weg fragen: *Przepraszam, gdzie jest dworzec?* –
Entschuldigen Sie, wo ist der Bahnhof?

Nach Deutschkenntnissen fragen: *Cześć! Czy mówisz po niemiecku?* –
Hallo! Sprichst du Deutsch?

Es hat uns erstaunt, wie intensiv sich die jungen Polen mit der polnischen Vergangenheit beschäftigen. Während der Gespräche wurde deutlich, wie viel Beachtung der aktuelle Umgang mit der Geschichte sowohl in Polen als auch in Deutschland bei den jungen Polen findet.

Überraschend war, in welchem Maße sie sich mit der Vergangenheit verbunden fühlen und trotz versöhnlicher und eindrucksvoller Gesten ehemaliger deutscher Politiker weiterhin auf das politische Verhalten der Deutschen schauen.



Zu den bekannten symbolträchtigen Gesten zählen:

- der Kniefall Willy Brandts 1970,
- die Versöhnungspolitik und Anerkennung der Grenzen durch Helmut Kohl 1990,
- das Bitten um Vergebung durch den Bundespräsidenten Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes 1994, nachdem er diesen unwissentlich mit dem jüdischen Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 verwechselt hatte,
- das Gedenken an die Opfer durch den Bundeskanzler Gerhard Schröder 2004.

Denkmal für den Warschauer Aufstand am Krasiński-Platz, Warschau.

Foto: Berit Pleitner.

Speziell der Warschauer Aufstand stellt für die Polen eines der wichtigsten Symbole ihres Freiheitswillens dar und ihre Helden gelten nicht nur innerhalb der betroffenen Generation als Identifikationsfiguren (*siehe: Der Warschauer Aufstand*).

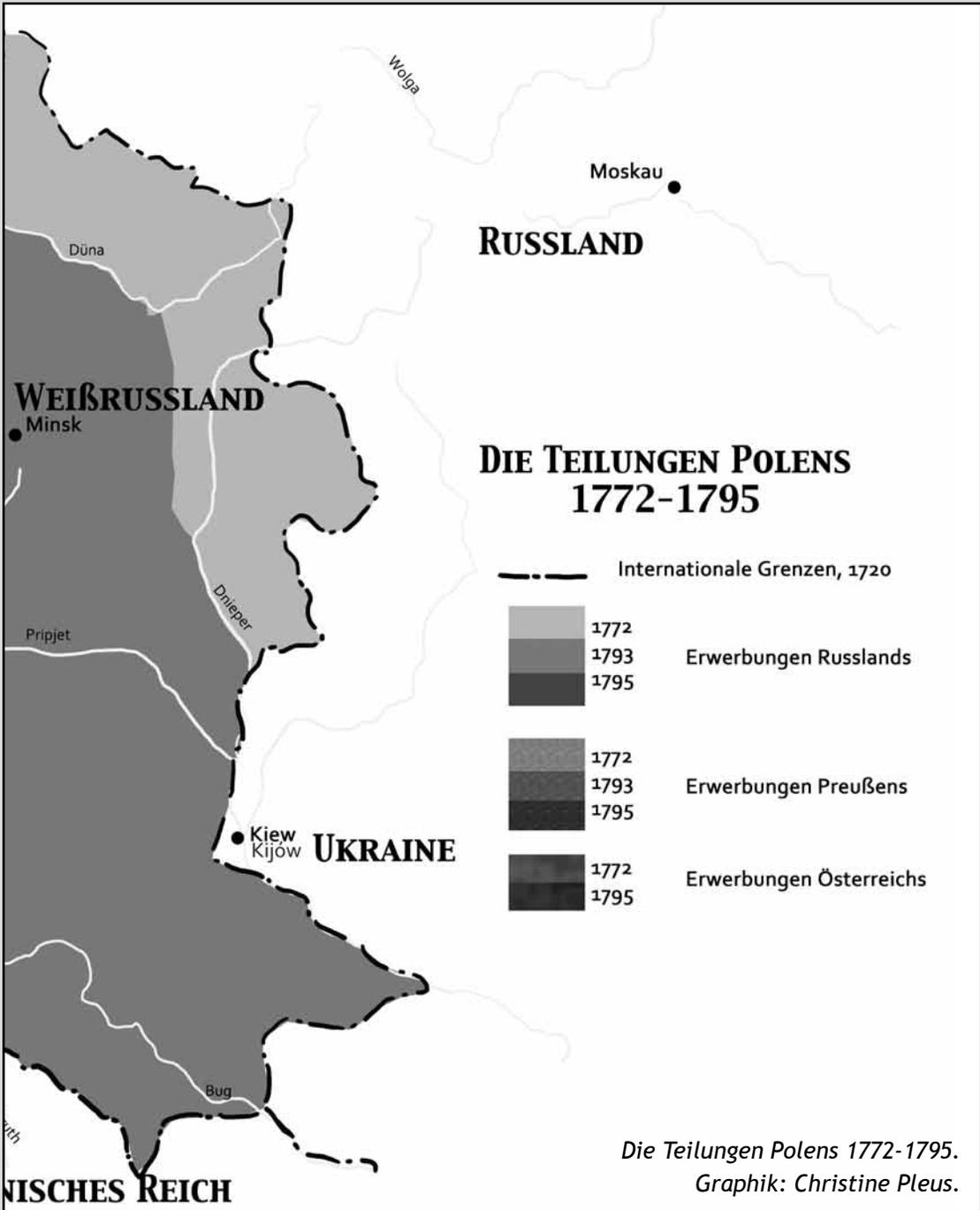
In Deutschland gibt es seit dem Zweiten Weltkrieg kaum vergleichbare historische Identifikationsfiguren. Die bekanntesten Namen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus sind kleine Gruppen wie z.B. die Weiße Rose, der hochstilisierte Oskar Schindler und der umstrittene Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Über diese Einzelfiguren hinaus besteht kaum Kenntnis in der deutschen Bevölkerung zu aktiven Widerstandsgruppen. Diskutierbar ist in diesem Zusammenhang, ob einzelne Person bedenkenlos als ‚Widerstandskämpfer‘ oder ‚Helden‘ bezeichnet werden sollten. Eine Identifikation fällt schwer, da nicht immer klar erkennbar ist, was einzelne (vermeintliche) Widerstandskämpfer geleistet haben. Es bedarf eines kritischen Umgangs mit dieser Bezeichnung und eine genaue Betrachtung der Biographie angeblicher Widerstandskämpfer.

Als Idole werden in Deutschland gegenwärtig überregionale Künstler, Musiker, Schauspieler oder Sportler gesehen. Nationale Idole gibt es kaum, lediglich bei den Spielen der deutschen Fußballnationalmannschaft kann man einen gewissen Nationalstolz feststellen. Daneben ist in Deutschland das Wissen über politisches und historisches Geschehen im eigenen

Staat unter den jungen Erwachsenen nicht so ausgeprägt wie in Polen. Es lässt sich jedoch ein Trend feststellen, dass einzelne Epochen wie das Mittelalter eine Renaissance erleben. In den Fokus des Interesses rücken Musik, Kleidung, Ausstattung, Bräuche und Lebensweisen vergangener Zeiten. Bei der Beachtung stehen mehr die kulturellen als die politischen Phänomene der Vergangenheit im Vordergrund. Ein allgemein anwachsendes Interesse an der Vergangenheit ist ein sich anscheinend kollektiv entwickelndes Phänomen.

Motivation, Antrieb sowie Art und Weise, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, sind in Polen und Deutschland nicht identisch. Im Hinblick auf die beiden Weltkriege identifizieren sich deutsche Jugendliche nicht mit den deutschen Protagonisten der Kriege. Anders ist es hingegen bei unseren polnischen Nachbarn. Auch die Nachkriegsgenerationen in Polen identifizieren sich mit den Opfern und Helden der Besatzungszeit. In Polen herrscht ein großes Interesse für die tragischen Figuren der Vergangenheit. In den Gesprächen mit unterschiedlichen historisch interessierten polnischen Bürgern, ob Stadtführern, Museumsmitarbeitern oder Zeitzeugen, ist besonders die Emotionalität aufgefallen, mit der die Polen von ihrer Geschichte erzählen und auch heute noch von sich als dem Volk der ‚Helden und Opfer‘ sprechen.





Die Teilungen Polens 1772-1795.
Graphik: Christine Pleus.

Der Goethe Polens: Adam Mickiewicz

Litauen! Wie die Gesundheit bist du, mein Vaterland!
 Wer dich noch nie verloren, der hat dich nicht erkannt.
 In Deiner ganzen Schönheit prangst du heut' vor mir,
 So will ich von dir singen, – denn mich verlangt nach dir!

Litwo! Ojczyzno moja! Ty jesteś jak zdrowie.

Ile cię trzeba cenić, ten tylko się dowie,

Kto cię stracił. Dziś piękność twą w całej ozdobie

Widzę i opisuję, bo tęsknię po tobie.

(Adam Mickiewicz: *Pan Tadeusz*, Paris 1834)

Der polnische Dichter Adam Mickiewicz (1798-1855) gilt als Idol der Polen, als Patriot der unterdrückten Nation des 19. Jahrhunderts. Noch heute genießt er hohe Popularität und in vielen Städten stehen Statuen zu seinem Gedenken. Seine Werke sind Symbol der nationalen Widerstandskraft. Am berühmtesten ist sein Werk *Pan Tadeusz*, welches eine Liebeserklärung an seine litauische, damals innerhalb der polnischen Grenzen liegende Heimat darstellt. Von 1569 bis 1795 bildeten das Königreich Polen und das Großfürstentum Litauen den Staat Polen-Litauen, der aus der 1384 gegründeten Personalunion hervorgegangen war. Die Zeit zwischen dem 15. und 16. Jahrhundert wird als das ‚goldene Zeitalter Polens‘ umschrieben, da Polen wirtschaftliche, kulturelle, politische und territoriale Erfolge feiern konnte. Das Werk Mickiewicz' ist bis heute Pflichtlektüre in den polnischen Schulen und viele Polen kennen die ersten Zeilen auswendig. Der Nationalepos handelt von der Sehnsucht nach der Wiederherstellung des eigenen Staates und dem Kampf gegen das verfeindete Russland.



Denkmal für Adam Mickiewicz, Posen.

Foto: Christine Pleus.

Alfred Jarry ließ sein Werk *König Ubu* (1896) in „Polen, das heißt nirgendwo“ spielen – und drückte damit treffend den Zustand dieser Nation aus.

Polen ist eine europäische Landschaft, an der sowohl der Osten als auch der Westen stets Interesse gehabt haben. Die polnische Nation muss in ihrer Geschichte viele Teilungszeiten überstehen. In drei Gängen teilen sich die gefräßigen Nachbarn Polens, Preußen, Österreich und Russland, 1772, 1793 und 1795 den Staat und verschlingen ihn letztendlich komplett. 123 Jahre, bis 1918, besitzen die Polen keinen eigenen Staat und sind Bewohner der drei Teilungsstaaten. In der Nationalhymne Polens verkörpert die Zeile *Noch ist Polen nicht verloren* diesen geschichtlichen Zeitraum und den Überlebenswillen des polnischen Volkes. Die polnische Bevölkerung beweist Ausdauer und Willensstärke und feiert nach vielen Jahren der Ungewissheit und nach dem Verlust vieler Opfer 1918 ihre zurückgewonnene Unabhängigkeit. Lange währt dieses Glück jedoch nicht: Mit dem Angriff der Nationalsozialisten am 1.9.1939 wird Polen trotz tapferer Gegenwehr, beispielsweise in der Danziger Post, von der Landkarte ausradiert (**siehe: Kriegsausbruch und Erinnerung**).

Worin liegt die besondere Achtung vor der Geschichte, die Hervorhebung ihrer Helden und der Nationalstolz der Polen begründet und wie lässt sich das ungebrochene Interesse von allen Seiten der Nation erklären?

Die Polen haben oft um ihre Existenz und Staatlichkeit kämpfen, viele Rückschläge und Krisen, Teilungszeiten und fremde Vorherrschaften überwinden müssen.

Die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert haben bei vielen Polen einen starken Patriotismus ausgelöst. Unzählige Romantiker haben dies thematisiert und so für ein demokratisches Solidaritätsgefühl gesorgt. Die Nachkriegsgenerationen sind nachhaltig geprägt durch die Passivität der Verbündeten Frankreich und Großbritannien bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Zu enttäuschend war das Ausbleiben ihrer Hilfe gegen den deutschen Angriff. Oft haben sich die Polen in ihrer Geschichte furchtlos und unermüdlich für die Unabhängigkeit kämpfend gezeigt. Das Schicksal hat es aber selten gut mit ihnen gemeint und häufig ist die Sehnsucht nach einem freien Polen nicht in Erfüllung gegangen. Die polnische Heimatarmee gilt als größte militärische Untergrundorganisation im besetzten Europa. Viele Menschen haben für den Glauben an eine freie Zukunft ihr Leben gelassen. Diese Akteure sind für die Polen Nationalhelden, an sie und die Ereignisse wird vielerorts erinnert. Die größte Gegenwehr gegen aufgezwungene Verhältnisse hat der bewaffnete Untergrund 1944 in Warschau geleistet.

Warschauer Aufstand 1944

Nachdem sich Polen ohne die Hilfe der Verbündeten Frankreich und England dem deutschen Angriff 1939 ergeben muss, fliehen rund 85 000 polnische Soldaten und viele Politiker aus dem Land. In dem darauf folgenden Monat wird Polen zum wiederholten Male in seiner Geschichte als Kriegsbeute vom Deutschen Reich und der Sowjetunion aufgeteilt und verschwindet als Staat von der Landkarte. Die Nationalsozialisten sehen in dem Landgewinn neuen ‚Lebensraum‘ für die Deutschen und führen umfangreiche Umsiedlungsaktionen durch. Neben dem Verlust ihrer Souveränität entreißt man den Polen auch ihre Kunstschätze und Kulturgüter. Jede politische, kulturelle und intellektuelle Tätigkeit der Polen wird gnadenlos unterdrückt.

Die Gewaltherrschaft geht bis zur gezielten Auslöschung der Elite des Landes. Unmittelbar nach der Septemberrückeroberung entsteht unter der Führung von General Władysław Sikorski eine Exilregierung und es bildet sich in dem von den Deutschen besetzten Gebieten ein polnischer Untergrundstaat.

Am 1.8.1944 beginnt die ca. 50 000 Mann starke polnische Heimatarmee (Armia Krajowa, AK) in Warschau den militärischen Aufstand gegen die deutschen Besatzungstruppen, auch im Hinblick auf die immer näher rückende Rote Armee.

Der Warschauer Aufstand dauert bis zum 2.10.1944. Über 200 000 Menschen lassen ihr Leben und die siegreichen Deutschen zerstören zielgerichtet die komplette Stadt (*siehe: Der Warschauer Aufstand*).

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Polen setzt 1944 die Besatzungszeit unter der Sowjetunion ein. Nun muss sich das Bedürfnis nach einer öffentlichen Erinnerung an die Heimatarmee gegen ein Regime behaupten, das nur den kommunistischen Widerstand würdigen, die Heimatarmee hingegen totschweigen will. Die kommunistischen Behörden nehmen nachhaltig Einfluss auf das polnische Volk. Sie stehen der Erinnerung an den Warschauer Aufstand ablehnend gegenüber

und wollen die Bemühungen bezüglich der Errichtung von Denkmälern unterbinden. Grundlegend dafür sind zwei Aspekte, die mit dem Warschauer Aufstand zusammenhängen. Die Kommunisten sind nicht gewillt, eine militärische Leistung der Polen anzuerkennen und daran zu erinnern, dass deren Ziele die Einrichtung einer von der Sowjetunion unabhängigen Regierung und einer demokratischen Staatsform gewesen sind.

Dazu kommt, dass mit der Erinnerung an die Ereignisse unter Umständen auch das

unrühmliche Verhalten der Roten Armee verbunden werden könnte. Zum Zeitpunkt des Warschauer Aufstandes war die Befreiung von der deutschen Herrschaft durch die Rote Armee bereits absehbar. Während der Niederschlagung des Aufstandes und der kompletten Zerstörung Warschaus durch deutsche Truppen haben sich die sowjetischen Truppen tatenlos in unmittelbarer Nähe am Ostufer der Weichsel aufgehalten (*siehe: Der Warschauer Aufstand*).

Das Verlangen nach öffentlicher Erinnerung bleibt trotz fehlender Zustimmung bestehen. Die Zeit des kommunistischen Regimes ist geprägt durch den ungebrochen Willen und das Durchhaltevermögen der Polen für ihre Erinnerung zu kämpfen. Besonders den Überlebenden liegen kurz nach dem Ende des Krieges die Beleuchtung der wirklichen Geschehnisse sowie die Errichtung würdiger Grabstätten für die Toten am Herzen. Viele stellen eigenmächtig Blumen, Kerzen und provisorische Erinnerungstafeln an Orten öffentlicher Exekutionen auf (MARKIEWICZ 2009).

Die Kommunisten können diesen Wunsch nicht länger ignorieren und versuchen ihn, unter Berücksichtigung ihres Systems, kontrolliert zu befriedigen. Sie betrachten die einfachen Soldaten und zivilen Opfer und deren Taten als heldenhaft und werfen daneben der polnischen politischen Elite eine verantwortungslose und für das Volk nachteilige Führung vor. In diesem Zusammenhang ist es den Kommunisten möglich, sich selbst als die

wahren Vertreter der Interessen des polnischen Staates präsentieren zu können und der Jahrestag des Warschauer Aufstandes darf offiziell gefeiert werden. Von kommunistischer Seite wird jedoch nie konkret von der Heimatarmee, sondern von „den Helden der Hauptstadt“ gesprochen. So sorgen sie für eine Neutralisierung der Ereignisse. An zentralen Stellen Warschaus darf bis in die 70er Jahre nicht des Aufstandes gedacht werden. Anders verhält es sich mit Plätzen öffentlicher Exekutionen oder Friedhöfen, an denen Zeichen des Gedenkens erlaubt sind. 1948 werden eine einheitliche Inschrift und das Grunwald-Kreuz als Gestaltungselement der Gedenktafeln festgelegt.



*Denkmal der Helden von Warschau
1939–1945 Nike, Warschau.*

Foto: Christine Pleus.



*Denkmal des kleinen Aufständischen, Warschau.
Foto: Witold Wyrwa.*

Auf den Tafeln ist zu lesen: „Ein Ort, geweiht durch das heldenhaft vergossene Blut von Polen“, die Anzahl der Hingetrichteten sowie der Zusatz, dass Deutsche die Tat begangen haben. Die Bezeichnung Warschauer Aufstand ist nicht verwendet worden, erst in den vergangenen Jahrzehnten sind einzelne Tafeln umgearbeitet worden, um über spezielle Ereignisse während des Warschauer Aufstandes zu informieren.

Das erste von den Behörden genehmigte Denkmal für die Helden des Aufstandes, *Nike*, wird 1964 in Warschau errichtet, nachdem fünf Millionen Złoty zusammengetragen wurden. Die Behörden wissen auch dieses Mal den konkreten Bezug an den Warschauer Aufstand zu verhindern, indem sie die Statue in Gedenken an alle Helden Warschaus aufstellen lassen. Neben der *Nike* gehört auch das *Denkmal des Kleinen Aufständischen*, welches 1983 zu Ehren der jüngsten Kämpfer eingeweiht wird, zu einem Etappensieg auf dem Weg zum lang ersehnten großen Denkmal und zum Museum. Erst 1989 wird endlich das *Denkmal für den Warschauer Aufstand* auf dem Krasiński-Platz errichtet. An jenem Ort hat sich Bundespräsident Roman Herzog im August 1994 im Namen des deutschen Volkes für die erlittenen Kriegsleiden und die Niederschlagung des Aufstandes entschuldigt. Zu den größten Wünschen der Überlebenden gehörte die Errichtung eines Museums, welches am 31. Juli 2004 eröffnet wird.

Museum des Warschauer Aufstandes, Muzeum Powstania Warszawskiego

Im Mittelpunkt dieses Museums stehen die Ereignisse vom 1. August bis 2. Oktober 1944 in Warschau sowie die Grauen der vorangehenden Besatzungszeit. Am 31. Juli 2004, einen Tag vor dem 60. Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstandes, wird es vom damaligen Warschauer Stadtpräsidenten Lech Kaczyński eröffnet (JASIŃSKI/UKIELSKI 2007).

Das multimediale Museum des Warschauer Aufstandes gilt als das modernste Museum Polens. Es wartet mit einem großen technischen und gestalterischen Aufwand auf. Eindrucksvolle Inszenierungen, ein umfangreiches multimediales Angebot, unzählige Interaktionsmöglichkeiten und ein abwechslungsreiches und zielgruppenorientiertes museumspädagogisches Programm werden dem Besucher geboten.

Dazu zählen viele Innovationen der aktuellen Museumspädagogik und der Ausstellungsgestaltung. Die in der Ausstellung behandelten über 40 Unterthemen sind ästhetisch ansprechend aufgearbeitet. Ringsum sind originelle Besonderheiten integriert. Mit den aufwändig rekonstruierten Abwasserkanälen und

vielen Nachbauten, z.B. von einem Flugzeug, versuchen die Kuratoren den Besuchern möglichst viele Informationen zu vermitteln und unterschiedliche Sinne anzusprechen. Es sind offensichtlich keine Kosten und Mühen gescheut worden, den Einsatz der Warschauer Aufständischen mit der besten und modernsten Technik zu inszenieren. Der hohe Geräuschpegel, die Besuchermenge und die moderne ästhetische Gestaltung lösen das Gefühl eines besonderen Erlebnisses aus. Die Ausstellungstexte sind im Präsens verfasst und lassen die Besucher mitten in die Ereignisse eintauchen. Für eine Orientierung und ein Zeitgefühl sorgen 63 Kalenderblätter, die die 63 Tage des bewaffneten Widerstandes vom 1. August bis 2. Oktober näher bestimmen und mit Inhalten füllen.

Die finanzielle Aufwand lässt keinen Zweifel darüber, dass dieses Thema für die Polen von besonders großer Bedeutung ist. Das Museum zählt zu den meist besuchten Museen des Landes. Auch die polnischen Studenten waren von der Darstellung angetan.

Paweł Soboń



*Das Museum machte auf mich einen sehr großen Eindruck.
Was ich sehr interessant fand, waren die authentischen Aufnahmen von den
Aufständischen, die uns ihre Erinnerungen erzählen.
Ich hab eine Nähe dazu empfunden, wie die Aufständischen für die Freiheit
Polens gekämpft haben.*

Das Warschauer Museum ist in jeder Hinsicht imposant und aufregend. Hinter der Gestaltung der einzelnen Themen steckt viel Ideenreichtum und Kreativität.

Mit Ausstellungen lassen sich unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Betrachtung der Inhalte, der Darstellung, der Biographie der Kuratoren sowie des gesellschaftlichen und politischen Kontextes während der Entstehungsphase

der Ausstellung können Anhaltspunkte über die Intention der Errichtung und die geplante Wirkung des Museums geben. Während des Gangs durch das Museum und in einem anschließenden Gespräch sind Vermutungen geäußert worden, welche Ziele mit diesem imposanten und zum Teil überladen wirkenden Großaufgebot an visuellen, akustischen und medialen Angeboten verfolgt werden könnten.



Im Eingangsbereich der Ausstellung werden die Erinnerungen ehemaliger Aufständischer ausgestellt. Eine kleine Inszenierung, bestehend aus originalen Fragmenten des Schlosses, soll stellvertretend an die systematische Zerstörung Warschaus durch die Nationalsozialisten erinnern.

Im Zentrum der Ausstellung steht ein stählernes, sieben Meter hohes Monument. Es symbolisiert das schlagende Herz der kämpfenden Warschauer. Jeder Tag des Aufstandes ist darauf vermerkt und durchsetzt von Einschusslöchern. Teilweise kann man durch diese Öffnungen Originalgeräusche des Aufstandes, wie z.B. Bombeneinschläge, hören.



Chronologisch und thematisch geordnet werden der deutsche Angriff, die Besatzungszeit, die Organisation des Untergrundstaates, das Ghetto, die Vorgeschichte des Aufstandes und schließlich dessen Ausbruch visualisiert.

Unterschiedliche Ansätze lassen sich diesbezüglich hinterfragen:

- Welche Erinnerung an den Warschauer Aufstand sollen erhalten werden?
- Was wird wie ausgestellt / thematisiert, was wird weggelassen?
- Inwieweit beeinflussen das exponierte Bild und die Art der Darstellung die Erinnerung und Wahrnehmung des Warschauer Aufstandes?

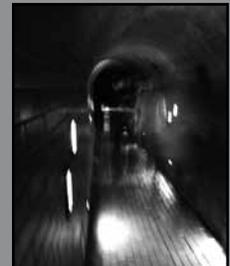
- Wie wird in der Ausstellung mit Fotos umgegangen?

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen Ende des Kommunismus ist es den Polen erstmals erlaubt, frei an den Warschauer Aufstand zu erinnern. Lech Kaczyński setzt sich während seiner Amtszeit als Warschauer Bürgermeister für den Bau des



Thematisiert werden das Presse- und Druckwesen sowie der Informationsfluss durch Post und Radio. Im Zwischengeschoss geht es um das Schicksal und Engagement der Zivilbevölkerung sowie Aspekte ihres Alltag wie Verpflegung, Kultur, Religion und Krankenpflege.

Durch eine Nachbildung des Warschauer Abwasserkanals kommt der Besucher in den nächsten Teil der Ausstellung.



Museum Warschauer Aufstand, Warschau. Alle Fotos: Christine Pleus.



Weiter wird visualisiert: die Notlage der Bevölkerung, die Kapitulation, die Verschickung in Kriegsgefangenschaft und die Plünderung der Stadt.

Museums ein. Er befriedigt damit den Wunsch vieler Polen nach einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen des Warschauer Aufstandes. Kaczyński ist aus großer Überzeugung Antikommunist und hat 2001 zusammen mit seinem Bruder die nationalkonservative *Partei für Recht und Gerechtigkeit* (PiS) gegründet. Der Kampf der Eltern im Warschauer Aufstand hat die Brüder geprägt. Kaczyński hegt Zeit seines Lebens eine misstrauische Haltung gegenüber Deutschland und Russland (LESSER 2010). Bis kurz vor seinem tragischen Tod am 10. April 2010 hält er an der Opferrolle der Polen fest.

Während der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 2009 sagt Kaczyński in seiner Rede: „Nicht Polen muss sich in Demut üben, dafür haben wir keinen Grund. Das müssen andere tun: Jene, die den Krieg führten und ihn ermöglicht haben.“ (zitiert nach HABICHT 2009).

In der Ausstellung lassen sich mögliche Einflüsse durch Kaczyński bzw. konservative und antikommunistische Strömungen erahnen. Die Geschichte des Warschauer Aufstandes wird relativ einseitig dargestellt und vermittelt dadurch ganz bestimmte Inhalte: den Heldenmut der Polen, ihren Zusammenhalt, Vorbehalte gegenüber dem Kommunismus sowie die Verurteilung der deutschen Verbrechen. Fraglich ist, inwieweit die Ästhetik eine eigene Imagination der historischen Ereignisse und die technischen Raffinessen eine kritische Betrachtung des Aufstands

verbauen? Unter Umständen ist die Gestaltung beeindruckender als die Inhalte selbst, welche deshalb eventuell nicht mehr differenziert hinterfragt werden.

Die museale Aufarbeitung dient dem Transport eines bestimmten Geschichtsbildes: „Die Polen als Volk der Helden und Opfer“. Selbstkritische oder reflektierende Aspekte und Probleme, z.B. das Verhalten der polnischen Bevölkerung während des Aufstandes im Warschauer Ghetto, werden nicht berücksichtigt. Das Museum hält an der traditionellen Opferrolle der Polen fest, übergeht die seit längerem geführte Debatten über den Sinn und Unsinn des Warschauer Aufstandes. Offen bleibt die Möglichkeit einer Selbstkritik, z.B. die Frage inwieweit der Aufstand überhaupt als erfolgreich bezeichnet werden kann, da er so viele Todesopfer gefordert hat, und ob eine Entscheidung gegen den Aufstand weniger gravierend für Polen hätte sein können? Das Museum lässt die Option aus, Anreize für die Polen zu schaffen, auch die eigene Rolle im Krieg zu überdenken. In seinem 2010 erschienenen Werk *1939. Noch war Polen nicht verloren. Ein Gespräch im Hause Hitler mit dem Gesandten Polens* wägt der polnische Autor Tomasz Łubieński diese ungeschehenen Varianten der polnischen Geschichte ab.

Des Pudels Kern

Der Jahrhunderte währende Kampf der Polen um Selbstständigkeit und staatliche Souveränität und der unerschütterliche Freiheitswille einer ganzen Nation haben zu einem nachhaltigen Nationalbewusstsein geführt, welches bis heute die gesamte Bevölkerung durchdringt.

Anders als die Deutschen halten die Polen gemeinsam und mit viel Gefühl ihre Erinnerungen an die Vergangenheit fest, die sie nach langen Jahren der Entbehrungen endlich ausleben können. An vielen Orten wird deutlich, welche historischen Ereignisse die öffentliche Erinnerungskultur Polens bestimmen.

Die öffentliche Erinnerungskultur Polens transportiert oft Werte wie Zusammenhalt, Durchhaltevermögen, Einigkeit, Tapferkeit oder Mut. Diese Attribute schreiben die Polen ihrem Volk zu. Die Erinnerung an die Vergangenheit sorgt für die Vermittlung von Werten, die ihrerseits die Entwicklung der Identität und die Handlungsmöglichkeiten beeinflussen. Identität basiert auf der Bestimmung des eigenen Standortes in der Welt. Der Zusammenhalt Polens und die Verbindung der Bürger mit dem Staat liegen unter anderem im Gedenken an die Vergangenheit begründet. Aufgrund der positiven Wirkung auf das Volk ist die öffentliche Erinnerungskultur geprägt durch die besagten historischen Ereignisse. Die Existenz der eigenen Nation wird als gut und



Foto: Christine Pleus.

berechtigt wahrgenommen und man kann sich unbefangen mit ihr identifizieren. In Zeiten der Europäisierung und im Hinblick auf ein friedliches Miteinander und nicht Nebeneinander europäischer Staaten kann so etwas wie Nationalstolz und eine zu national-egoistische Sichtweise auch als problematisch angesehen werden. Auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wirkt eine zu starke nationale Prägung belastend. Das von Marta kritisierte Geschichtsbild der ‚Polen als Helden und Opfer‘ erschwert bisweilen einen freien Umgang mit dem Nachbarn, da es sehr viele Vorurteile und Erwartungen auf beiden Seiten hervorruft.

Die Aufmerksamkeit der Polen bezüglich des deutschen Umgangs mit der deutsch-polnischen Geschichte liegt wohl nicht zuletzt darin begründet, dass die Deutschen in der Vergangenheit allzu oft eine abwertende Haltung gegenüber Polen eingenommen haben und mehrfach versucht haben sich das Land in einer Menschen verachtenden Weise anzueignen. Trotz der grundsätzlich guten Beziehungen wird Polen auch heute noch nicht von allen als gleichberechtigter Nachbar anerkannt. Es gibt weiterhin viele Klischees und Vorurteile dem anderen Land gegenüber (WEILAND 2004) (siehe: **Polen und Deutschland**).

Gemeinschaft und Verbindung wird durch kollektive Erinnerung geschaffen und gefestigt. Ein europäisches Geschichtsbild und gemeinsame Erinnerung kann für mehr Einigkeit und Zusammenhalt der Nationen sorgen, indem es europäische Identität stiftet.

Vor allem in der kommenden Generation vermag sich das Verhältnis dann richtig zu entwickeln und zu festigen, wenn man gemeinsam die europäische Geschichte betrachtet und etwas vom nationalen Standpunkt abrückt. Das Verständnis dem anderen Volk gegenüber mag umso mehr wachsen, wenn man die unterschiedliche Sicht auf ein historisches Ereignis berücksichtigt und dieses als europäische und nicht nationale Geschichte behandelt.

Uns haben die Exkursion nach Polen und der Besuch der Polen in Deutschland gezeigt, dass die gemeinsame Besichtigung von Erinnerungsorten und vor allem der persönliche Austausch für den größten Abbau von Vorurteilen und Erwartungen sorgen. Obwohl die Erinnerungsorte teilweise abweichende oder gegensätzliche Erinnerungen hervorriefen, sorgt gerade die Tatsache, dass diese Orte für beide Nationen von großer Bedeutung sind, für eine starke Verbindung.

Jeder hat ein Recht auf seine eigene Geschichte. Die Beschäftigung mit dieser ist wichtig für die Souveränität eines Landes. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und der Vergleich mit weiteren Sichtweisen auf die Geschehnisse fördert dabei die Verbindung mit anderen Ländern. Der Aufbau einer transnationalen Geschichtsschreibung kann sich positiv auf die Festigung einer europäischen Gemeinschaft auswirken.

Literaturnachweis

Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens, Bonn 2005.

Habicht, Claudio: 70 Jahre nach Kriegsausbruch: Die Polen wollen immer noch Helden sein, in: Baseler Zeitung vom 2.09.2009, <http://bazonline.ch/ausland/europa/70-Jahre-nach-Kriegsausbruch-Die-Polen-wollen-immer-noch-Helden-sein/story/13292237/print.html>, letzter Zugriff: 17.02.2011.

Jasiński, Grzegorz/Ukielski, Paweł: Guidebook to the Warsaw Rising Museum, Warsaw 2007.

Krzemiński, Adam: Polen im 20. Jahrhundert. Ein historisches Essay, München 1993.

Lesser, Gabriele: Nachruf Lech Kaczynski. Der tragische Held, in: taz Online. Politik. Europa, 14.10.2010, <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/der-tragische-held>, letzter Zugriff: 4.01.2011.

Łubieński, Tomasz: 1939. Noch war Polen nicht verloren, 2010.

Markiewicz, Tomasz: Die Erinnerung an die Heimatarmee am Beispiel Warschaus, in: Kochanowski, Jerzy/Kosmala, Beate (Hg.): Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung, Warschau/Potsdam 2009, S.91-100.

Thiemeyer, Thomas: Zwischen Helden, Tätern und Opfern. Welchen Sinn deutsche, französische und englische Museen heute in den beiden Weltkriegen sehen, in: Geschichte und Gesellschaft 36 (2010), S. 462-491.

Weiland, Severien: Deutsche und Polen. Jahrmarkt der Vorurteile, in: Spiegel online. Politik. 27.07.2004, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,310755,00.html>, letzter Zugriff: 29.01.2011.

Spiel- und Dokumentarfilme

Asche und Diamant von Andrzej Wajda (1958)

Konspirantinnen von Paul Meyer (2006)

Der Kanal von Andrzej Wajda (1957)

Warschauer Aufstand 1944 von Krzysztof Lang (1994)

Museen -

identitätsstiftend, informierend, emotionalisierend, manipulierend?

von Christine Pleus

Definition

In Deutschland existiert, trotz einer reichhaltigen Museumslandschaft mit über 6000 Museen, zurzeit keine verbindliche Definition für den Begriff Museum. Er ist ungeschützt, was zur Folge hat, dass die Bezeichnung Museum auch für rein kommerzielle Zwecke benutzt werden könnte.

Der International Council of Museums definiert:

Ein Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“.

(http://www.museumbund.de/de/das_museum/geschichte_definition/definition_museum/)

Museen als Kommunikationsraum

Ausstellungen sind Produkte gestalterischer Arbeit. Es gibt zum Beispiel Kunst-, Geschichts-, Technik-, Völkerkunde oder Heimatmuseen. Die weiteren Überlegungen beziehen sich primär auf das Geschichtsmuseum.

Museen und Ausstellungen werden von Menschen kuratiert, es sind also Produkte der Gegenwart, die die Vergangenheit zum Inhalt haben. Eine Ausstellung stellt kein exaktes Abbild der Wirklichkeit dar, denn die Kuratoren und ihre Wahrnehmung sind geprägt durch den kulturellen

und räumlichen Kontext, der sie umgibt. Es ist unvermeidbar, dass in einer Ausstellung (un-)bewusste subjektive Einflüsse der Kuratoren enthalten sind. Ausstellungen bilden demnach einen Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse und Wissensformen, innerhalb derer sie produziert worden ist.

In einer Ausstellung wird nicht die vergangene Situation selbst wiederhergestellt, sondern sie wird mithilfe von Objekten, Relikten, Texten usw. repräsentiert. Die Ausstellung ist ein Medium, welches sich

unterschiedlicher Formen der Visualisierung in vielfältiger Weise bedient. Neben den Museumsobjekten haben alle andern Präsentationsmedien wie die architektonische Konstruktion, das Licht, Geräusche, die Vitrinen, Wandfarbe, Texttafeln oder bewegliche Elemente und Bilder eine Vermittlungs- und Verweisfunktion und wirken aufgrund ihrer Beziehungen zueinander. Die Anordnung von Dingen im Raum, die Gestaltungsmittel und Präsen-

tation von Objekten können Erkenntnisse und Wahrnehmung bzw. Einstellungen zu einem Thema fördern und beeinflussen.

In Ausstellungen findet Kommunikation statt. Anhand der einzelnen Elemente, ihrer Anordnung und ihren konkreten Inhalten erkennt und erzeugt der Besucher bestimmte Bedeutungen. Der folgende Fragenkatalog bildet eine Hilfestellung zur kritischen Betrachtung einer Ausstellung.

Leitfragen an eine historische Ausstellung

Vorinformation:

1. Welche Erwartungen habe ich an die Ausstellung und warum?
Plakate, Flyer, Internetauftritt, Werbung allgemein machen auf eine Ausstellung aufmerksam, indem sie informieren, schockieren oder das ästhetische Empfinden ansprechen.
2. Handelt es sich um eine Dauer- oder Sonderausstellung?
3. Wer hat die Ausstellung gemacht und in welchem Kontext steht sie?
Antworten auf diese Frage können Anhaltspunkte bezüglich der Art und Weise der Darstellung eines Themas liefern. Private Museen, beispielsweise eines Automobilkonzerns, beabsichtigen die Repräsentation der eigenen Produkte, ein ehemaliges staatliches Museum der DDR hatte eher die Verbreitung der kommunistischen Weltanschauung zum Ziel.

Erster Eindruck:

1. Was fällt mir zuerst auf?
2. Fühle ich mich angesprochen?
3. Wo zieht es mich hin?

Unterschiedliche Aspekte beeinflussen den ersten Eindruck, z.B. das Gesamtarrangement, die Architektur, die Räumlichkeiten, die Lichtverhältnisse, die Farbgebung und die generelle Anordnung der Exponate.

Als Besucher nimmt man die Ausstellung als kühl oder warm war, als sachlich oder verspielt. Der erste Eindruck ist häufig davon abhängig, in welcher Art und Weise das eröffnende Objekt ausgestellt wird.

Inhalt:

1. Welche Erinnerungen sollen provoziert oder erhalten werden?
2. Gibt es besondere Reizpunkte, Thesen, Kritiken, Verurteilungen?
3. Welche Haltung wird zu den Ereignissen eingenommen?

Die Auswahl des Themas, die bewusste Darstellung einzelner Aspekte sowie das Unterschlagen anderer machen deutlich, welche Aussage die Kuratoren mit ihrer Darstellung verfolgen. Ausstellungen bilden nicht die Wirklichkeit ab, sie sind eine Interpretation des Geschehenen. Mit der bewussten Visualisierung wird Stellung zu einem Thema bezogen. Die Perspektive

ist häufig ausschlaggebend für eine Ausstellung. Deutlich wird dies beispielsweise am Umgang mit der Frage nach der Notwendigkeit von Kriegshandlungen. In den Museen der Länder der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wird der Krieg eher als legitimes Mittel dargestellt, wohingegen in Deutschland vornehmlich die Aussage „Nie wieder Krieg“ verbreitet wird.

4. Werden Opfer und/oder Täter erinnert? Was ist sichtbar?

Bleibt man bei dem Gegenstand Krieg, dann ist die Betrachtung der Art der Darstellung von Tätern und Opfern interessant. Werden sie individuell oder als Kollektiv dargestellt, autobiographisch oder in ihrer Rolle als Täter bzw. Opfer?

Diese Darstellungsoptionen nehmen Einfluss auf die Wahrnehmung des Betrachters. Bleibt der Mensch ein anonymes Individuum, oder bekommt man individuelle Einblicke in sein Leben?

Objekte

1. Welche Objekte/ Motive werden gezeigt?
2. Sind die Objekte Illustration oder Ausgangspunkt der erzählten Geschichte?
3. Werden die Objekte kontextualisiert? In welcher Weise?

Die verschiedenen Elemente einer Ausstellung, vom Licht über Farbe bis zum Ausstellungsobjekt, bilden zusammen ein Display. Die dargestellte Szenerie vermittelt verschiedene Aussagen, wobei alle Elemente eine Verweisfunktion haben

und besonders in ihrer Beziehung zueinander wirken. Durch gestalterische Mittel wie Lichtspots, aufsehenerregende Vitrinen oder Podeste werden Objekte aufgewertet. Die Kuratoren beeinflussen so die Wahrnehmung der Besucher.

Konzept

1. Will die Ausstellung Informationen vermitteln oder die Sinne und Emotionen ansprechen?
2. Inwieweit beeinflusst die Art der Darstellung die Einstellung zum Thema?
3. Schafft die Ausstellung Identitätsangebote? Fördert die Ausstellung eine Selbstreflexion? Wenn ja, wie?

Das Museum kann durch seine objektbasierte Repräsentation den Blick auf die Vergangenheit beeinflussen, indem bewusst Aspekte fehlen oder eine eindimensionale Betrachtung vorgenommen wird. Die Erinnerung des Menschen spielt eine zentrale Rolle für die Identitätsbildung von Individuen und Kollektiven. Mittels spezieller sozialer Anhaltspunkte versucht sich der Mensch an Ereignisse zu erinnern.

Kulturelle Objekte, Riten, Feste oder Dinge in Museen können Erinnerungen lebendig halten. Diese Erinnerungszeichen verweisen auf die eigene Geschichte und rufen Empfindungen hervor. Man fühlt sich zugehörig, als Teil des Gefüges und/oder hinterfragt seine eigene Persönlichkeit.

Literaturnachweis

Baur, Joachim: Museumsanalyse: Methoden und Konturen eines neuen Forschungsfeldes, Bielefeld 2010.

Deutscher Museumsbund (Hg.): Standards für Museen, 2. Aufl., Berlin 2006.

Flügel, Katharina: Einführung in die Museologie, Darmstadt 2005.

Jäger, Jens: Fotografie und Geschichte, Frankfurt u.a. 2009.

Korff, Gottfried: Museumsdinge. Deponieren- Exponieren, 2. Aufl., Wien 2007.

Scholze, Jana: Medium Ausstellung. Lektüre musealer Gestaltung in Oxford, Leipzig, Amsterdam und Berlin, Bielefeld 2004.

Thiemeyer, Thomas: Zwischen Helden, Tätern und Opfern. Welchen Sinn deutsche, französische und englische Museen heute in den beiden Weltkriegen sehen, in: Geschichte und Gesellschaft 36 (2010), S. 462- 491.

„Rädchen im NS-Vernichtungssystem“

Die Lager Poggenburg, Posen-Lenzingen und Fort VII und ihre Gedenkstätten

von Vera Hilbich & Karen Stubbemann

„Gedenkstätten sind Orte der Trauer und des Rememberns an die Ermordeten. Gedenkstätten sind auch Orte, die die Aufgabe haben diesem Schwur der ehemaligen Häftlinge („Nie wieder Faschismus!“) Nachdruck zu verleihen. Sie kommen dieser Aufgabe nach, indem sie die Geschichte des Nationalsozialismus dokumentieren und darüber aufklären.“
(HÖFLICH ERHARDT KLARENBACH 2005, S. 307)

Nach dem Aufstehen frühstücken wir und beeilen uns, die Straßenbahn zu erreichen. Sie fährt uns aus dem Zentrum von Poznań in die Außenbezirke, wo wir schließlich in einen Bus umsteigen. Der Bus fährt über Land: Heute besuchen wir gemeinsam die Gedenkstätte und das Museum Żabikowo (Muzeum Martyrologiczne w Żabikowie). Der Weg von der Bushaltestelle zur Gedenkstätte führt uns über eine breite Autobahnbrücke. Dann sind wir da. Wie die meisten BesucherInnen einer Gedenkstätte, kommen auch wir mit unterschiedlichen Vorkenntnissen hierher. Wir haben bewusste oder unbewusste Erwartungen an die Ausstellung, Bilder im Kopf, wie dieser Ort aussehen und bestimmte Vorstellungen, wie er auf uns wirken wird. Am Anfang steht die Frage, was hier geschehen ist. Wir tasten uns an die Thematik heran, indem wir möglichst viel über diesen Ort lesen, hören und erfahren. Am heutigen Ort Żabikowo befanden sich zwei NS-Lager in unmittelbarer Nähe zueinander: das „Reichsautobahnlager Poggenburg“ für jüdische ZwangsarbeiterInnen sowie das „Polizeigefängnis der Sicherheitspolizei und Arbeitserziehungslager Posen-Lenzingen“.



Oktober 1939

Mit Fort VII wird in Posen das erste Konzentrationslager auf vormals polnischen Gebiet in Betrieb genommen.

„Reichsautobahnlager Poggenburg“

Bereits vor dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen im September 1939 planten die NationalsozialistInnen Berlin mit Posen und schließlich mit Warschau durch eine Autobahn zu verbinden. Sie sollte in erster Linie verkehrs- und bevölkerungspolitischen Zwecken dienen. Daneben spielten aber auch militärische Gesichtspunkte, wie die Möglichkeit schneller Truppentransporte, eine Rolle.

Posen und die größere Umgebung (der überwiegende Teil Großpolens und einige zentralpolnische Gebiete) wurden nach Kriegsbeginn von den NationalsozialistInnen annektiert und als „Reichsgau Wartheland“ bezeichnet. In diesem Gau mit Reichsstatthalter Arthur Greiser als oberstem Verwaltungsbeamten waren „die Parallelstrukturen von Territorial- und Parteiverwaltung weitgehend aufgehoben“ (BÖMELBURG/KOCHANOWSKI 2009, S. 44). Das bedeutete, dass die NSDAP und die SS einen leichteren „Zugriff auf die Zivilbevölkerung“ (EBD.) hatten.

Nachdem die Nazis im November 1939 die genaue Erfassung der jüdischen Bevölkerung im „Reichsgau Wartheland“ anordneten und den Juden und Jüdinnen untersagt wurde den Wohnort zu

wechseln, begannen die NationalsozialistInnen bald darauf mit der Errichtung von Ghettos für die jüdische Bevölkerung. Die nationalsozialistischen BesatzerInnen zwangen diese zur Arbeit mit dem Zweck sie zu drangsalieren, sie ihrer Widerstandskraft zu berauben und sie letztendlich umzubringen (ZIÓŁKOWSKA 2010, S. 180).

Im Jahre 1940 errichteten die Nazis mindestens 173 Arbeitslager für jüdische ZwangsarbeiterInnen im „Reichsgau Wartheland“.

Vier der Arbeitslager waren so genannte Reichsautobahnlager für jüdische Gefangene in und um Posen, von denen wiederum eins am Rande der Ortschaft Lobau (das heutige Luboń) in unmittelbarer Nähe zum späteren „Polizeigefängnis und Erziehungslager Posen-Lenzingen“ lag. Ein weiteres befand sich zwischen Lobau und Posen. Beide Lager verfügten über eine Unterbringungskapazität für jeweils 300 Häftlinge.

Nur kurze Zeit nach Kriegsbeginn starteten die Vorbereitungen für den Autobahnbau. Auf einer Strecke von etwa 100 Kilometern zwischen Frankfurt/Oder und Posen wurden 24 so genannte Reichsautobahnlager gebaut, in denen ab Dezember 1940

November 1939



Die nationalsozialistische Besatzungsmacht ordnet die Erfassung der jüdischen Bevölkerung im „Reichsgau Wartheland“ an.

Schätzungen zu Folge 10 000 jüdische ZwangsarbeiterInnen untergebracht und zur Arbeit an den Autobahnen eingesetzt wurden. Die Juden und Jüdinnen, die zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden, kamen zu Beginn überwiegend aus dem Ghetto in Litzmannstadt (Łódź) und den kleineren so genannten Provinzghettos, die über das gesamte „Wartheland“ verstreut lagen. Ab Mitte 1941 führten die NationalsozialistInnen Transporte mit jüdischen ZwangsarbeiterInnen auch aus anderen Ghettos des „Reichsgau Wartheland“ zu den Reichsautobahnlagern durch.

Am Bau der Autobahn waren private deutsche Unternehmen als Subunternehmen beteiligt, wie z.B. die Firma Hochtief. Diese machten mit der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen teilweise enormen Profit.

Die Arbeitslager dienten zur Unterbringung der ZwangsarbeiterInnen, jedoch nicht als Arbeitsstätte. Die Lebensbedingungen in dem aus Holzbaracken bestehenden Reichsautobahnlager waren geprägt durch Mangel an Lebensmitteln und ärztlicher Versorgung, fehlenden Schutz vor Kälte und Hitze, von Terror (z. B. Prügelstrafen) und extrem harter Arbeit. Dies führte dazu, dass die Sterblichkeits-

rate im Lager sehr hoch war. Tatsächlich dienten die Reichsautobahnlager nicht nur der Ausbeutung von Arbeitskraft, sondern sollten auch zur Vernichtung der Juden und Jüdinnen durch Arbeit führen. Die zur Bewachung der ZwangsarbeiterInnen herangezogene private Sicherheitsfirma „Wach- und Schließgesellschaft Wartheland“ sorgte dafür, dass es keine Fluchtmöglichkeit gab.

Arbeitsunfähige Gefangene des Reichsautobahnlagers wurden in das Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno, zwischen Posen und Warschau gelegen) deportiert und mit Giftgas ermordet.

Als sich 1943 die Niederlagen der deutschen Truppen häuften, wurde der Bau der Autobahn eingestellt. Die Lager wurden nach und nach aufgelöst und die Häftlinge, die die Torturen überlebt hatten, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert (ZIÓLKOWSKA 2010, S. 200).

Dezember 1940



Die ersten jüdischen ZwangsarbeiterInnen werden in so genannte Reichsautobahnlager zwischen Frankfurt/Oder und Posen transportiert, so auch nach Poggenburg.

Fort VII

Am Stadtrand von Poznań befindet sich das ehemalige Konzentrationslager Fort VII, das heute eine Gedenkstätte ist. Fort VII war das erste Konzentrationslager der NationalsozialistInnen auf dem Gebiet Polens und wurde 1939 in einer ehemaligen preußischen Festungsanlage errichtet. Fort VII (offizieller Name: Konzentrationslager Posen) diente von Oktober 1939 bis April 1944 als so genanntes Durchgangslager. In Fort VII hielten die Nazis alle im „Reichsgau Wartheland“ Festgenommenen, vor allem PolInnen, aber auch Deutsche, gefangen. Darüber hinaus nutzte die Gestapo die Gebäude als Untersuchungsgefängnis. Durch die Baukonstruktion und die Bepflanzung war das Konzentrationslager gut getarnt, aber trotzdem leicht von Posen aus zu erreichen. Die Bevölkerung der unmittelbaren Umgebung von Fort VII wurde zwangsweise umgesiedelt, um Wohnraum zu schaffen für Konzentrationslagerfunktionäre und Gestapomitarbeiter sowie deren Familien.

Das Lager war ursprünglich für 2000 Gefangene geplant. Diese Zahl wurde allerdings permanent überschritten. In den dreieinhalb Jahren seines Bestehens waren dort etwa 18 000 Menschen inhaftiert.

April 1943



Um die 400 SS-Männer beaufsichtigten die Gefangenen. Ab 1940 wurden Gerichtsverfahren gegen die Gefangenen eingeleitet. Das häufigste Gerichtsurteil, die Todesstrafe, wurde durch öffentliche Hinrichtung vollzogen. Fort VII war der Ort, an dem die NationalsozialistInnen die ersten Experimente mit Gasexekutionen durchführten. Dabei vergasteten sie psychisch kranke Menschen, die anschließend in Krematorien verbrannt wurden. Diese Art der Beseitigung von Leichen war ebenfalls neu. Im April 1944 wurden die Gefangenen in das Lager Posen-Lenzingen verlegt und Fort VII fortan von der Wehrmacht als Munitionslager genutzt. 1962 hat der *Verbund der Kämpfer für Freiheit und Demokratie* eine „Nationale Gedenkkammer“ auf dem Gelände eingerichtet, die an Jahrestagen geöffnet hatte. Seit 1979 befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Posen eine offizielle Gedenkstätte. Diese verfügt über einen großen Bestand an Briefen, Zeichnungen, Bildern und anderen persönlichen Dokumenten der Gefangenen und der Lagerverwaltung. Die Gedenkstätte legt Personenkarteien von einzelnen Häftlingen an und versucht so ihren Leidensweg zu dokumentieren.

Das „Polizeigefängnis der Sicherheitspolizei und Arbeitserziehungslager Posen-Lenzingen“ wird errichtet.

„Polizeigefängnis der Sicherheitspolizei und Arbeitserziehungslager Posen-Lenzingen“

Das Lager Posen-Lenzingen bestand in den Jahren 1943 bis 1945 als so genanntes Durchgangslager und hieß offiziell „Polizeigefängnis der Sicherheitspolizei und Arbeitserziehungslager Posen-Lenzingen“. Es wurde im April 1943 von den NationalsozialistInnen errichtet und bis 1944 parallel zum Lager Fort VII, welches von 1939 bis 1944 bestand, geführt. Als Fort VII im April 1944 aufgelöst wurde, übernahm man in Posen-Lenzingen das Personal von dort, das 80 bis 100 SS-Männer umfasste. Die Durchgangslager bedeuteten für die meisten Gefangenen eine Zwischenstation auf dem Weg in andere

Konzentrationslager und Vernichtungslager. So führten die Nazis 28 Transporte von Żabikowo nach Auschwitz, Groß-Rosen, Mauthausen, Sachsenhausen und Ravensbrück durch. Die Lager waren ein zentrales Instrument der nationalsozialistischen Besatzungspolitik. „Die deutschen Besatzer wandten in Polen Terror an, um den Widerstandswillen der Bevölkerung zu brechen und um eine bestimmte Gesellschaftsschicht (die polnische Intelligenz) oder Bevölkerungsgruppe (die Juden und Jüdinnen) zu vernichten“ (BÖMELBURG/KOHANOWSKI 2009, S. 429).

In Anbetracht der Tatsache, dass ein voller Zugang zu den Dokumenten nicht möglich ist, ist es sehr schwierig, die genaue Zahl der Gefangenen, die in Posen-Lenzingen inhaftiert waren, zu ermitteln. Es wird geschätzt, dass zwischen 20 000 und 30 000 Häftlinge durch das Lager gingen. Im Register der Häftlinge, welches bis zum 19. Januar 1945 geführt wurde, sind die Namen von 21 624 Gefangenen verzeichnet (vgl. <http://zabikowo.home.pl/index.php/en/history/the-security-police-prison-and-corrective-labour-camp-pozna-junikowo>).



Fotos von in Żabikowo Inhaftierten.
Quelle: Muzeum Martyrologiczne w Żabikowie.

09.08.1943



Heinrich Himmler, „Reichsführer SS“, befiehlt die Auflösung aller Arbeitslager für Juden und Jüdinnen. Alle Überlebenden werden ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert.



Das Lager war sehr gut gesichert. Ein doppelter Hochspannungszaun umgab das gesamte Gelände. Dazwischen war Stacheldraht ausgelegt. Außerdem war es zur Straße durch eine hohe Mauer abgeschirmt. Die Unterbringung der Häftlinge erfolgte in Holzbaracken.

Im Lager gab es getrennte Abteilungen für politische Gefangene und Strafgefangene sowie für Frauen und Männer. Auf diese Weise konnten die einzelnen Gruppen leichter einer unterschiedlichen Behandlung unterzogen werden. So waren beispielsweise die politischen Häftlinge in Posen-Lenzingen den schlimmsten Repressionen ausgesetzt.

Die Haftbedingungen des Polizeigefängnisses und „Arbeitserziehungslagers“ waren mit dem eines Konzentrationslagers vergleichbar und das Lager-Personal war für seine Brutalität bekannt.

In der Regel blieben die Gefangenen einige Tage bis einige Wochen im Durchgangslager, selten mehrere Monate. Von hier aus wurden sie in Konzentrationslager gebracht und nur in einigen Fällen freigelassen. Das Polizeigefängnis diente für die Untersuchungshaft von Gefangenen, die oftmals wegen „reichsfeindlicher Aktivitäten“ von der Gestapo verhaftet wurden.

Die Häftlinge waren in erster Linie PolInnen. Darüber hinaus wurden dort russische und französische Kriegsgefangene sowie geflüchtete ZwangsarbeiterInnen festgehalten. Neben diesen Gefangenen-Gruppen gab es auch LuxemburgerInnen, UngarInnen, SlowakInnen, NiederländerInnen und US-AmerikanerInnen, deutsche Deserteure der Wehrmacht sowie, nach dem Sturz von Mussolini, ItalienerInnen. Einen hohen Anteil (schätzungsweise 1500) der Gefangenen machten polnische WiderstandskämpferInnen aus, unter anderem Angehörige der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*). Viele von ihnen wurden im Lager Posen-Lenzingen erschossen. Da die nationalsozialistische Besatzungsmacht Sterbeurkunden für die ermordeten Häftlinge erstellte, konnten die Namen von 290 ermordeten Häftlingen bestätigt werden.

Als sich die Rote Armee immer weiter in Richtung Westen bewegte, beschlossen die SS-Wachmannschaften, ihre Lager zu räumen, damit die Gefangenen nicht in die Hände der alliierten Truppen gelangten und als Beweis für die Verbrechen dienen konnten. So wurden Häftlinge aus zahlreichen Lagern auf so genannte Todesmärsche geschickt, die viele nicht überlebten. Wenige Tage bevor die

April 1944

Fort VII wird geschlossen und die Gefangenen ins Lager Posen-Lenzingen gebracht.

23.01.1945

Die Rote Armee erreicht Posen. Vom 23.01. bis 21.02. wird um Posen erbittert gekämpft.

Rote Armee Posen am 23. Januar 1945 erreichte, wurden die Lager in den Nächten des 20. und 21. Januar 1945 geräumt und die Lagergebäude in Brand gesteckt. Die Insassen wurden in zwei Gruppen aufgeteilt. Die erste Gruppe setzte sich aus den politischen Gefangenen zusammen und wurde per Bahn in das KZ Sachsenhausen transportiert. Von ihnen erreichten 408 Häftlinge das Ziel. Die zweite Gruppe musste den Weg nach Sachsenhausen zu Fuß zurücklegen. Zahlreiche Häftlinge, die zu schwach oder erschöpft waren, um die Torturen des Todesmar-

sches durchzustehen, wurden von den SS-Männern unterwegs getötet. Am Zielort angekommen, umfasste diese Gruppe nur noch 208 Gefangene, von denen die Frauen weiter nach Ravensbrück gehen mussten.

Bevor die Rote Armee Posen einnehmen konnte, musste sie vom 23. Januar bis 21. Februar 1945 gegen die deutschen Truppen kämpfen, die Posen vehement verteidigten.

An den Orten, an denen nationalsozialistische Verbrechen geschehen sind, ist heute oftmals wenig ‚Authentisches‘ vorhanden, das die Vorstellung unterstützt und uns die historischen Beschreibungen nachvollziehen lässt. Zwar werden in den Ausstellungen neben Fotos und anderen Dokumentationsformen auch Fundstücke gezeigt. Trotzdem kommt selbst in Gedenkstätten, auf deren Gelände historische Gebäude erhalten oder Massengräber vorhanden sind, gerade von jugendlichen BesucherInnen häufig der geradezu enttäuschte Ausruf: „Man sieht ja gar nichts.“

So stellt sich also in jeder Gedenkstätte immer wieder aufs Neue die Frage, wie man an die Geschichte des Ortes erinnern kann und auf welche Weise die Schicksale der hier Verfolgten sowie das System der Täter vermittelt werden sollten. Dieser Prozess spiegelt sich in den unterschiedlichen Konzeptionen wider, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Gedenkstättenarbeit bestimmt haben.



1979

Die Gedenkstätten Fort VII und Żabikowo werden errichtet.

Die Gedenkstätte Żabikowo

Die Gedenkstätte und das Museum Żabikowo (*Muzeum Martyrologiczne w Żabikowie*) bestehen seit 1979. Żabikowo ist ein Ortsteil von Luboń und befindet sich wenige Kilometer außerhalb von Poznań. Hier wird an die Opfer des nationalsozialistischen Lagers Posen-Lenzingen („Polizeigefängnis der Sicherheitspolizei und Arbeitserziehungslager Posen-Lenzingen“) sowie an die ZwangsarbeiterInnen des „Reichsautobahnlagers Poggenburg“ erinnert. Ein Gedenken an die hier internierten Menschen fand bereits seit den 1950er Jahren, vor Gründung der offiziellen Gedenkstätte, statt. Die Ausstellungs- und Seminargebäude sind auf den

Fundamenten der Lagerbaracken und den Resten der Villa des Lagerkommandanten errichtet. Ziel der Gedenkstätte ist es, das Gelände zu pflegen und die Erinnerung an die NS-Verbrechen durch Dokumentationen, Ausstellungen und Veröffentlichungen aufrechtzuerhalten. Dabei ist ein wichtiger Schwerpunkt der MitarbeiterInnen die pädagogische Arbeit, die in der Regel in Kooperation mit Schulen und der Universität Poznań stattfindet. Neben dem Angebot verschiedener thematischer Workshops soll besonders der Quellenarbeit im Archiv der Gedenkstätte Raum gegeben werden.



Muzeum Martyrologiczne w Żabikowie (Gedenkstätte und Museum Żabikowo). Quelle: Muzeum Martyrologiczne w Żabikowie.

Der Märtyrerbegriff:

Der polnische Name der Gedenkstätte Żabikowo lautet *Muzeum Martyrologiczne w Żabikowie*, der der Gedenkstätte Fort VII *Muzeum Martyrologii Wielkopolan – Fort VII*. Der darin enthaltene Begriff „Märtyrer“ nimmt in Polen eine starke Bedeutung ein. In diesem Kontext sind darunter Menschen zu verstehen, die aufgrund von Verfolgung den Tod erlitten haben. In der hegemonialen Erinnerungskultur Polens gelten diejenigen, die für Polen gekämpft haben und gestorben sind, als Märtyrer (*siehe: Des Pudels Kern*).

Um uns den Begriff verständlicher zu machen, haben wir Ewa Miśkiewicz, eine Studentin aus Poznań, gefragt, was sie unter ‚Märtyrern‘ versteht.

Für sie sind Märtyrer Opfer, die unverschuldet Leiden ertragen mussten. So zeige man in den Museen, die Martyrologiczne heißen, ein Ereignis aus der Sicht der Opfer, die oft bei der Verteidigung ihrer Werte gestorben sind.

Es fällt auf, wie fremd uns dieser Begriff ist. Während wir zunächst immer wieder über die Namen der Gedenkorte stolperten, half auch eine Recherche nur wenig weiter, uns seine Bedeutung näher zu bringen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass die Bundesrepublik Deutschland der Nachfolgestaat des Dritten Reiches und die vorherrschende Erinnerungskultur dadurch geprägt ist. Die Erinnerung der Gesellschaft der BRD ist seit 1945 eng verbunden mit dem Bewusstsein dem ‚Tätervolk‘ zugehörig zu sein. Nach den Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten kämpften in den ersten zwanzig Jahren der BRD nur die Verfolgten des Naziregimes für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen und die Bestrafung der TäterInnen. Ebenso waren sie die einzigen, die eine Erinnerung an die Opfer aufrecht erhielten. Zur gleichen Zeit fand eine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit von Seiten der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft so gut wie nicht statt. Erst Ende der 1960er Jahre begannen Teile der nachfolgenden Generationen, angestoßen von der StudentInnenbewegung, mehr und mehr eine Enttabuisierung und kritische Aufarbeitung des deutschen Faschismus einzufordern. In der Folge entwickelte sich nach und nach ein Bewusstsein für die Schuld der Deutschen im kollektiven Gedächtnis. Dies macht eine ausschließliche Bezugnahme im Erinnern auf die Opfer des Nationalsozialismus unmöglich, da es notwendig ist sich auch mit der deutschen Täterschaft zu befassen.

Die Geschichte Polens ihrerseits ist geprägt von Teilungen und Besatzung. Die Auswirkung dieser historischen Kette von Unterdrückung und staatlicher Nichtexistenz auf die Selbstwahrnehmung Polens (MROŹEK 2007, S. 169) formulierte der Dichter und Nationalheld Adam Mickiewicz bereits im 19. Jahrhundert, indem er Polen als „Christus der Völker“ beschrieb (*siehe: „Weil er Papst ist“*). Die polnische Bevölkerung hat als Folge des deutschen Rassenwahns unglaublich viele Opfer zu beklagen. Die Erinnerung an sie wurde nach 1945 unter der sowjetischen Herrschaft eingeschränkt und das Gedenken an den kommunistischen Widerstand vorgeschrieben. Daher wurden die Zeit der deutschen Besatzung (1939-1945) und auch die Jahrzehnte der sozialistischen Volksrepublik (bis 1989) „als Fortsetzung der historischen Situation im 19. Jahrhundert empfunden“ (SCHORLEMMER 2004). Dieser Aspekt, verknüpft mit dem hohen Stellenwert des Katholizismus, verstärkte die kollektive Selbstwahrnehmung der polnischen Bevölkerung als Gesellschaft, in der Märtyrer die zentralen Rollen einnehmen.

Nach den Führungen durch beide Dauerausstellungen haben wir nur kurz Zeit, um uns noch einmal eigenständig umzusehen, denn wir haben uns entschieden, noch zwei kurze Dokumentationsfilme anzusehen.

Auf der Fahrt zurück nach Poznań und bei der Reflexion zu Hause traten noch viele Fragen auf, die bei einem Tagesbesuch gar nicht alle hätten besprochen werden können. So hat der Besuch bei uns genau das bewirkt, was Ziel einer Gedenkstätte ist: Neue Eindrücke und Impulse zur weiteren Auseinandersetzung geben (PAMPEL 2007, S. 21).

Da wir uns innerhalb der Gruppe mit deutsch-polnischen Beziehungen und Erinnerungskulturen beschäftigen, kommen wir immer wieder zu der Frage, wie die allgemeine Entwicklung von Gedenkstättenarbeit in Polen verlaufen ist.

Kurzer Abriss über die Entwicklung der NS-Gedenkstätten in Polen

Gedenkstätten sind Orte für die Opfer von Verbrechen, an die hier mahnend erinnert wird, und zugleich Spiegelbild der Erinnerungspolitik eines Staates zu einer bestimmten Epoche. Während sich die individuellen Erinnerungen innerhalb von Gesellschaften durchaus unterschiedlich fortsetzen können, wird das offizielle Gedenken und Erinnern immer von der jeweiligen Regierung bestimmt.

Piotr Chruścielski, Mitarbeiter der Gedenkstätte Stutkowo (Stutthof) bei Gdańsk, schildert uns im Gespräch die Entwicklung der polnischen Gedenkstätten in den letzten Jahrzehnten wie folgt: „Nach 1945 standen die NS-Gedenkstätten in Polen lange Zeit im Dienste des Staates. Das hieß, dass die Bildungs- und Ausstellungsarbeit dort nicht nur das Ziel hatte, über die Geschichte des jeweiligen Ortes zu berichten, sondern auch, das Gefühl einer Gefahr von außen (durch die kapitalistischen Staaten) in der Gesellschaft zu verankern und gleichzeitig das sowjetische Regime in Polen und der Sowjetunion selbst zu legitimieren.

In den 1960er und 70er Jahren konzentrierte sich das Bildungsangebot vor allem auf die Wissensvermittlung. Dazu dienten eher passive Bildungsmethoden wie Vorlesungen, Dauer- und Wechsellausstellungen, aber auch Filmvorführungen.

Gleichzeitig spielte die rituelle Erinnerung in Form von Gedenkfeiern weiterhin eine wichtige Rolle im Umgang mit der Vergangenheit und wurde zur Festigung des patriotischen Geistes der BürgerInnen benutzt.

Bis in die 1980er Jahre hinein wurden die Gedenkstätten vornehmlich als Friedhöfe und Orte des „Martyriums des polnischen Volkes“ angesehen und die Ausstellungs-konzepte danach ausgerichtet.¹

Bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde das Bildungsangebot in den einzelnen Gedenkstätten immer differenzierter, wenngleich aktivere Bildungsformen weiterhin noch nicht sehr verbreitet waren.

Die Öffnung Polens ermöglichte einen vermehrten Austausch mit Institutionen und Gedenkstätten in anderen europäischen Ländern, Israel und den USA. Die erleichterte internationale Zusammenarbeit schuf Möglichkeiten für zahlreiche neue Konzepte und wissenschaftliche Ansätze. Heute steht in vielen polnischen NS-Gedenkstätten neben der Archiv- und Ausstellungsarbeit das aktive Lernen mit Jugendlichen im Zentrum.“

¹ So wurde Auschwitz-Birkenau zum weltweit bekannten Symbol für den Holocaust, während es in Polen lange Zeit hauptsächlich als ein Ort des nationalen Martyriums angesehen wurde (WITTMEIER 1997, S. 330).

Auch wir haben unterschiedliche Formen der Gedenkstättenarbeit kennen gelernt und möchten sie kurz vorstellen:

Als wir das Gelände der Gedenkstätte Fort VII betraten, befanden wir uns sogleich inmitten der Festungsanlage des ehemaligen Konzentrationslagers Posen.

Ein Mitarbeiter der Gedenkstätte nahm uns in Empfang und führte uns direkt in das ehemalige Gefängnis, vorbei an einer Statue aus lebend großen Menschenfiguren, die auf uns so wirkten, als würden sie ein Erschießungskommando darstellen. Dann fanden wir uns in einem kalten und dunklen Raum wieder. Dort sahen wir Dokumentarfilme, die US-amerikanische Soldaten bei der Befreiung mehrerer Konzentrationslager aufgenommen hatten. Es waren Bilder von KZ-Überlebenden, die bis auf die Knochen abgemagert waren. Außerdem zeigten die Filme Szenen, in denen die Leute, die in den umliegenden Orten lebten, zum Begraben der Leichen aufgefordert wurden. Die Filmvorführung dauerte etwa 30 Minuten.

Wir fühlten uns alle von diesen Bildern erschlagen, weil uns niemand vorher auf den Inhalt der Filme vorbereitet hatte. Anschließend betrachteten wir die Dauerausstellung, die ebenfalls in einem kalten Raum ohne Tageslicht untergebracht war. Die Exponate waren vor allem persönliche Gegenstände: Dokumente, Briefe, Kleidungsstücke ehemaliger Gefangener.

Einen Tag darauf besuchten wir die Gedenkstätte Żabikowo. Das Gelände besteht aus einer großen umzäunten Freifläche und einem Gebäude für die Dauerausstellungen. Zuerst sahen wir die Ausstellung über das ehemalige „Polizeigefängnis der Sicherheitspolizei und Arbeitserziehungslager Posen-Lenzingen“, im Anschluss die Ausstellung über das ehemalige Reichsautobahnlager für jüdische ZwangsarbeiterInnen. Beide bestanden aus großen Fotos, die Teile des Lageralltags darstellten, und anderen Gegenständen und Dokumenten von ehemaligen Gefangenen und des Lagerpersonals. Außerdem befanden sich dort Grabsteinfragmente vom ehemaligen jüdischen Friedhof in Poznań, den die Nazis zerstört hatten.

Nach der Führung sahen wir uns den Film „Enslaved Poznań“ an. Dieser Film besteht aus Interviews mit Überlebenden des Polizeigefängnisses und „Erziehungslagers“ sowie aus nachgestellten Szenen der letzten Tage vor Auflösung des Lagers. Die DarstellerInnen des Films waren Jugendliche aus Poznań. Im Anschluss sahen wir noch einen kurzen Film, den Wächter des ehemaligen KZ Fort VII über sich machten, während sie Wache hielten.

Wenn wir jetzt die Besuche an beiden Orten und unsere Auseinandersetzung mit ihnen Revue passieren lassen, denken wir, dass es gut ist, dort gewesen zu sein. Beide Orte sind sehr verschieden und so haben wir einen interessanten, wenn auch nur

kleinen Einblick in polnische Gedenkstättenarbeit bekommen. Während in Fort VII auf eine starke emotionale Wirkung des ‚authentischen Ortes‘ gesetzt wird, arbeitet die Gedenkstätte Żabikowo an einem Ort fast ohne erhaltene Originalgebäude mit wählbaren pädagogischen Angeboten. Ohne die unterschiedlichen Konzepte beurteilen zu wollen, stellen wir fest, dass es unserer Gruppe nach dem Besuch in Fort VII wesentlich schwerer fiel, in eine Diskussion einzusteigen, da sich viele völlig überwältigt fühlten. Die Fahrten nach Żabikowo und Fort VII haben nicht nur den Anstoß zu weiteren Recherchen über die polnische Erinnerungskultur gegeben, sie haben uns auch ins Gedächtnis gerufen, wie viele wenig bekannte Orte nationalsozialistischer Verbrechen existieren.

Abschließend möchten wir betonen, dass es für uns nicht nur ein rein wissenschaftlicher Besuch war. Denn diese Orte haben uns berührt. Es waren auch Besuche um den dort Ermordeten und Gequälten zu gedenken und uns in dem Bewusstsein zu stärken, Verantwortung zu übernehmen im Sinne des Schwurs von Buchenwald: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“.

Internationale Workcamps in NS-Gedenkstätten:

In der Gedenkstätte Żabikowo finden internationale Workcamps statt. Dabei haben die TeilnehmerInnen intensiven Kontakt zur Gedenkstätte und können sich auf verschiedenen Wegen historisches Wissen aneignen. Neben der archäologischen Spurensuche sowie Pflege- oder Instandhaltungsmaßnahmen bietet die Arbeit im Archiv die Möglichkeit, einen eigenen Beitrag gegen das Vergessen nationalsozialistischer Verbrechen zu leisten. Hier werden z.B. ausgesuchte Quellen oder bestimmte Schwerpunkte erforscht oder Projekte und Ausstellungen erarbeitet. Vertieft werden können die Erkenntnisse z. B. durch Studien über Aspekte jüdischer Kultur und Geschichte oder die Menschenrechte. Workcamps sind eine gute Gelegenheit, Jugendliche aus anderen Teilen der Welt kennen zu lernen. Darüber hinaus regen diese Begegnungen oftmals zum Austausch über gemeinsame und kontroverse Erinnerungen an und fördern ein besseres gegenseitiges Verständnis. Die gemeinsame Reflexion über die Vergangenheit kann für gegenwärtige gesellschaftliche Konflikte sensibilisieren und soll dem heutigem Antisemitismus und Rassismus etwas entgegensetzen: Die Workcamps wollen auch einen Raum bieten, in dem aktuelle rechte und neonazistische Tendenzen sowie Formen der Diskriminierung, Verfolgung und Ausgrenzung von Menschen in den Herkunftsländern der TeilnehmerInnen benannt und Gegenmaßnahmen diskutiert werden können.

Literaturnachweis

Bömelburg, Hans-Jürgen/Kochanowski, Jerzy: Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939-1945, in: Kochanowski, Jerzy/Kosmala, Beate (Hg.): Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung, Potsdam/Warschau, 2009, S. 41-54.

Flierl, Thomas/Müller, Elfriede (Hg.): Vom kritischen Gebrauch der Erinnerung, Berlin 2009.

Fuchs, Eduard/Pingel, Falk/Radkau, Verena (Hg.): Holocaust und Nationalsozialismus, Wien 2002.

Grosfeld, Jan: Das Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu Shoah und Judentum nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, in: Lenz, Claudia/Schmidt, Jens/Wrochem, Oliver von (Hg.): Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, Hamburg/Münster 2002, S. 67-70.

Höflich, Bettie/Erhardt, Bixi/Klarenbach, Viola: Für eine lebendige Gedenkstätte am authentischen Ort, in: Limbächer, Katja/Merten, Maike (Hg.): Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, Münster 2005, S. 307-316.

Kobylińska, Ewa/Lawaty, Andreas (Hg.): erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen, Wiesbaden 1998, S. 145-162.

Mrozek, Sebastian: Auf der Suche nach der polnischen Identität. Zum romantischen Kulturmuster in Polen, in: Acta Neophilologica IX, Olsztyn 2007, S. 167-174.

Pampel, Bert: „Mit eigenen Augen sehen, wozu der Mensch fähig ist“. Zur Wirkung von Gedenkstätten auf ihre Besucher, Frankfurt am Main 2007.

Schorlemmer, Uta: Krystian Lupas Theater und das „Ende der Romantik“, Leipzig 2004, <http://www.jfsl.de/publikationen/2005/Schorlemmer.htm>, letzter Zugriff: 26.04.2011.

Wittmeier, Manfred: Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Zur Pädagogik der Erinnerung in der politischen Bildung, Frankfurt am Main 1997.

Ziółkowska, Anna: Zwangsarbeitslager für Juden im Reichsgau Wartheland, in: Młynarczyk, Jacek Andrzej/Böhler, Jochen (Hg.): Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, Osnabrück 2010, S.179-202.

Gedenkstätte Żabikowo: www.zabikowo.pl

Gedenkstätte Fort VII: www.muzeumniepodleglosci.poznan.pl

Links zu internationalen Workcamps in NS-bezogenen Gedenkstätten:

Service Civil International: www.sci-d.de/cms/index.php?index

Freiwilligendienste und deren Trägerorganisationen: www.workcamps.de

IPN – Spaltung der Gesellschaft?

von Tobias Kruse

I. Struktur und Auftrag des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN)

Mit der Gründung des Instituts des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej: IPN*) erhielt Polen 1998 eine unabhängige staatliche Institution, die die nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen an Polen im Zeitraum von 1939 bis 1989 untersucht (vgl. BINGEN 2005, UNVERHAU 2005). Die Einrichtung kann als Äquivalent zur deutschen Jahn-Behörde (BStU) angesehen werden. Das IPN fungiert als „Treuhand der Aktenbestände“ (VETTER 2008, S. 26) und nahm 2000 seine Arbeit offiziell auf. Dabei halten sich die Anfragen auf Akteneinsicht im Vergleich zu deutschen Erfahrungen äußerst gering. Wurden in Deutschland seit Gründung der Stelle für den Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen mehrere Millionen Anträge gestellt, so beläuft sich die Zahl in Polen auf mehrere Zehntausend.

Dem IPN steht ein Präsident vor, der für eine fünfjährige Legislaturperiode vom polnischen Parlament – der ersten Kammer, dem Sejm – mit Zustimmung des Senats, der zweiten Kammer, gewählt wird. Warschau ist zentraler Hauptsitz, wobei die Aufarbeitungseinrichtung in elf weiteren Städten Außenstellen unterhält. Das IPN ist für die Aufarbeitung und Erinnerung der jüngeren polnischen Geschichte zuständig. Es erinnert an die

polnischen Verluste während des Zweiten Weltkrieges und befasst sich mit dem Ringen um eine politische Unabhängigkeit zu Zeiten der Volksrepublik Polen. Das IPN möchte die Unrechtstaten des kommunistischen Machtapparates an polnischen Bürgern aufklären und den Opfern einen Ausgleich für das begangene Unrecht sowie eine politische Rehabilitation ermöglichen. Diese Zielsetzungen werden in vier Abteilungen verwirklicht. Sie setzen jeweils einen bestimmten Schwerpunkt in der Aufarbeitung:

- Kommission zur Strafverfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk,
- Büro für den Zugang und die Archivierung von Dokumenten,
- Büro für öffentliche Bildung und
- Büro für Lustration.

Kommission zur Strafverfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk

Die Kommission zur Verfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk untersucht nationalsozialistische, kommunistische und andere Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit sowie Kriegsverbrechen. Bisher sind über 900 Untersuchungen eingeleitet worden, wovon sich 200 mit den Repressionen gegen aktive Solidarność-Mitglieder in den 1980er Jahren befassen. Bekannte juristische Fälle setzen sich u. a mit der Ermordung des oppositionellen Priesters Jerzy Popiełuszko im Jahre 1984 oder den tödlichen Folgen von körperlicher

Misshandlung an dem neunzehnjährigen Abiturienten Grzegorz Przemysk durch Milizionäre auf einer Polizeistation im Jahre 1983 auseinander. Oftmals ergeben sich dabei Neubewertungen des Falles und eine politische Rehabilitation der Opfer, weil vielfach bis dahin unzugängliche Dokumente in den Jahren nach der friedlichen Revolution aufgetaucht sind. Die Untersuchungen können strafrechtliche Verurteilungen nach sich ziehen. Hierfür arbeiten im IPN eigens angestellte Staatsanwälte, die die strafrechtliche Verfolgung der Täter leiten.

Büro für den Zugang und die Archivierung von Dokumenten

Schon der Name des Büros für den Zugang und die Archivierung von Dokumenten verrät, dass diese Abteilung die verbliebenen geheimdienstlichen Akten verwaltet. Das geschieht in Umsetzung eines entsprechenden gesetzlichen Auftrages. Die angestellten Historiker beschäftigen sich mit der Aufnahme, Sammlung, Erstellung, Erhaltung und der Veröffentlichung von Dokumenten, die die nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen umfassen. Leider stehen dieser Abteilung nur ungefähr fünf Prozent des ursprünglich vorhandenen Aktenbestandes zu Verfügung.

Der Großteil wurde während des politischen Umbruchs 1989/1990 durch damalige Mitarbeiter der Staatssicherheit

unwiederbringlich vernichtet. In dieser Zeit wurde die Öffnung der Archive massiv behindert. Trotz dieser widrigen Umstände ist es heute möglich, den Akten Informationen über die Arbeit und die unterschiedlichen Phasen des Geheimdienstes zu entlocken. Zwar sind wichtige Dokumente verschwunden, dennoch lässt sich im Großen und Ganzen ein ungefähres Bild vom Wirken des Inlandgeheimdienstes und den daraus resultierenden Folgen ableiten.

Büro für Öffentliche Bildung

Eine Besonderheit des Instituts für Nationales Gedenken stellt das Büro für Öffentliche Bildung dar. Primäre Aufgabe ist die Erinnerung an die jüngere polnische Geschichte. Die Aufgaben werden in der Zentrale Warschau koordiniert und an die Zweigstellen weitergegeben. Diese Sektion gliedert sich in die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Verlagswesen auf. Das Büro für Öffentliche Bildung organisiert Forschungsprojekte, Konferenzen, Seminare oder auch Schulungen vorwiegend für Lehrer. Weiterhin publiziert es wissenschaftliche Arbeiten.

Kennzeichnend ist die pädagogische Grundausrichtung, da oftmals Schüler

die Adressaten sind. Die pädagogischen Aktivitäten zielen auf eine Förderung des Geschichtsbewusstseins bei polnischen Jugendlichen. Jedoch ruft diese Intention gesellschaftliche Meinungsverschiedenheiten hervor. Befürworter sehen in dem Büro für Öffentliche Bildung ein Werkzeug der Aufklärung und des ‚richtigen‘ Erinnerns an eine Diktatur, während Skeptiker auf eine potenzielle Gefahr der politischen Indoktrination verweisen. Interne und externe Wissenschaftler veröffentlichten über das IPN bis zum Jahre 2010 mehr als 600 Publikationen, die überwiegend in polnischer Sprache erschienen sind (<http://www.ipn.gav.pl/portal/en/6/45>).

Büro für Lustration

Durch das 2010 von der regierenden liberal-konservativen Bürgerplattform eingebrachte und von Staatspräsident Komorowski unterzeichnete Lustrationsgesetz müssen sich bestimmte Berufsgruppen zu einer eventuellen Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Geheimdienst erklären. Die überarbeitete Gesetzesfassung sieht die Lustration von Politikern, Hochschullehrern, Beamten, Offizieren und Personen in Leitungspositionen vor. Das Büro für Lustration ist für die Überprüfung von eben solchen Erklärungen

zuständig. Sie muss sich vergewissern, ob die abgegebenen Stellungnahmen der Wahrheit entsprechen. Verschweigt oder leugnet beispielsweise ein Befragter seine Zusammenarbeit oder seine Tätigkeit als Mitarbeiter der Staatssicherheit, so muss diese Person mit beruflichen Konsequenzen rechnen. Ferner erstellt und veröffentlicht das Büro für Lustration einen Katalog von Personen, gegen die belastende Dokumente erhalten geblieben sind.

Bundesbeauftragte/r für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Während der friedlichen Revolution von 1989/1990 besetzten Demonstranten das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), das viele als Sinnbild für Unterdrückung und Unrecht betrachteten, und bewahrten dadurch die Akten vor ihrer Vernichtung. Insgesamt ergibt die Länge der Archivbestände eine Strecke von annähernd 160 km. Der ehemalige Bürgerrechtler Joachim Gauck nahm ab dem 3. Oktober 1990 die Position des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ein. Ihm folgten 2000 Marianne Birthler und 2011 Roland Jahn. Der Bundesbeauftragte wird auf Empfehlung der amtierenden Bundesregierung vom Deutschen Bundestag gewählt, ist in der Durchführung des Amtes unabhängig und ausschließlich dem Gesetz unterworfen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) regelt die rechtlichen Grundlagen. Insgesamt unterstehen der sogenannten Jahn-Behörde 13 Außenstellen in vormaligen Bezirkshauptstädten der DDR.

Die BStU gibt Auskünfte zur Wiedergutmachung für begangenes Unrecht und zur Rehabilitierung politisch Verfolgter. Weiterhin überprüft sie Abgeordnete, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie Richter und Staatsanwälte hinsichtlich einer eventuellen Mitarbeit bei der Stasi, verfolgt Hinweise auf Straftatbestände und leitet diese an die zuständige Staatsanwaltschaft weiter. In erster Linie können betroffene Bürger Akteneinsicht beantragen. Bis 2010 wurden ca. 2,6 Millionen Anträge auf Einsicht in die Akten gestellt. Mit Verweis auf die Dokumente können Bürger seit 2007 eine staatlich zugesicherte Opferrente einklagen.

Ziel der BStU ist die historische, politisch-juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung des DDR-Regimes. Dazu informiert sie über Strukturen und Methoden des MfS, lässt Wissenschaftler und Journalisten recherchieren und präsentiert Forschungsergebnisse. Der Umgang mit den Stasi-Unterlagen in Deutschland gilt weltweit als einzigartig und avancierte zum Symbol für eine gelungene Aufarbeitung von Diktaturen.

II. Polens mühseliger Weg der Aufarbeitung

Seit Jahren durchzieht ein heftiger innenpolitischer Streit die polnische Nation über den ‚richtigen‘ Umgang mit dem kommunistischen Erbe (vgl. GRAJEWSKI 2007). Polen legte einen langen Weg bis zur Öffnung der verbliebenen Geheimdienstarchive zurück. Durch unterschiedliche Vorstellungen, neue Enthüllungen und Annahmen entwickelte sich ein Klima von gegenseitigen Verdächtigungen und Anschuldigungen. Kennzeichnend dafür sind insbesondere die Entwicklungen rund um die Lustrationsbestimmungen seit Anbeginn der politischen Zäsur 1989/1990.

Zurzeit befasst sich das Institut des Nationalen Gedenkens mit dem ungeliebten Vermächtnis und soll die totalitären Strukturen innerhalb des kommunistischen Regimes aufdecken. Die Lustration bildet dabei aber nur einen der Aufgabenbereiche des IPN (siehe: vorherige Seite). Unter Lustrationsbestimmungen ist eine ‚Durchleuchtung‘ von Menschen auf eine etwaige Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst als offizieller bzw. inoffizieller Mitarbeiter bis 1989 zu verstehen. Die Vorgehensweise des IPN und seiner politischen Unterstützer, die überwiegend aus konservativ und national geprägten Milieus stammen, ruft in weiten Teilen der polnischen Gesellschaft vielfältige und dabei äußerst kontroverse Debatten hervor. So äußern Vertreter konservativer Parteien die Ansicht, dass ihrer Meinung nach

kommunistische Seilschaften (*układ*) immer noch einen meinungsbildenden Einfluss in der Gesellschaft ausüben, weil die durchgeführte Politik des Schlussstrichs (*polityka grubej kreski*) in den Jahren nach der friedlichen Revolution eine ernsthafte Aufklärung verhindert und „kein radikaler und spektakulärer Bruch mit der Vergangenheit, wie das etwa in Tschechien oder in der DDR“ (MACH-CEWICZ 2006) geschah, stattgefunden habe. Der stark politisch aufgeladene Begriff *Układ* avancierte zum entscheidenden Schlüsselwort des Wahlkampfes 2005, in dem Lech Kaczyński mithilfe dieses Terminus versprach, die alten kommunistischen Seilschaften zu beenden und auf diese Weise eine neue vierte Republik zu begründen.

Zwei unversöhnliche Lager

Die Situation wird maßgeblich von zwei polarisierenden Lagern geprägt. Auf der einen Seite gibt es die Befürworter der so genannten Schlusstrichpolitik, während die andere Seite diese vehement kritisiert. Diese Politik findet ihren Ursprung in den Verhandlungen am berühmten Runden Tisch (*okrągły stół*) von April bis Juni 1989. Hier wurde zwischen der Opposition, vertreten durch die Gewerkschaft *Solidarność*, und Vertretern der kommunistischen Regierung die zukünftige Machtaufteilung sowie ein ‚sanfter‘ und friedlicher Übergang vereinbart.

Auch die Brüder Lech und Jarosław Kaczyński, die später bedeutsame staatstragende Positionen bekleidenden sollten, nahmen an den Beratungen des Runden Tisches als Oppositionsvertreter teil. Dennoch werden in diesem Zusammenhang die getätigten Beschlüsse von antikomunistischen Kreisen entwertet bzw. trivialisiert (RUCHNIEWICZ 2007, S. 4). Festzuhalten bleibt, dass die getroffenen Vereinbarungen aus den vorangegangenen und oftmals bitteren Erfahrungen mit den kommunistischen Machthabern resultierten (VETTER 2008, S. 25).

Politischer Neustart mithilfe des Runden Tisches?

Die Vertreter der *Solidarność* und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) beschließen am Runden Tisch ‚eine Politik des Schlusstrichs‘ unter die kommunistische Vergangenheit Polens zu ziehen. Für diesen Entwurf eines Neubeginns waren vor allem die Tugenden des Vergebens und Vergessens prägend. Trotzdem erscheint es naiv zu denken, es handele sich hierbei um ein rein moralisches Anliegen. Ohne Weiteres kann man diesen Deal auch als eine Art politisch motivierten Kuhhandel bezeichnen: als einen Neustart, bei dem den Repräsentanten des Regimes politische Amnestie gewährt wurde. Das Auseinanderbrechen der polnischen Gesellschaft sollte verhindert werden und die Stabilität des Staates Polen erhalten bleiben. Die Opposition

erkaufte sich den gewaltlosen Übergang mit der vertraglich vereinbarten Nichtverfolgung menschlichen Unrechts. Ferner wurden die ersten halbfreien Wahlen unter Beteiligung der *Solidarność* beschlossen. Der Opposition wurden 35 % der Parlamentssitze zugesprochen; die anderen verblieben in der Hand der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und ihrer Blockparteien. Zusätzlich wurde die Bildung eines freien Senats beschlossen, wobei die *Solidarność* 99 der 100 zu vergebenen Sitze bei den ersten Wahlen am 4. Juni 1989 eroberte. Tadeusz Mazowiecki wurde zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten nach 1945 ernannt. General Wojciech Jaruzelski wurde erst 1990 durch den Oppositionsführer Lech Wałęsa als Staatpräsident abgelöst.

Geteilte Meinung

Vor allem die heutigen Postkommunisten, Sozialisten und Anhänger linksliberaler Strömungen begrüßten diesen Kurs nachdrücklich – und das bis heute. Es war der Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa, der nachhaltig diesen umstrittenen Kurs mitbestimmte. Die versöhnlichen Töne und Taten stießen indes nicht bei allen Mitgliedern der *Solidarność* auf Zustimmung. Die Gewerkschaft *Solidarność* war ein breites Sammelbecken unterschiedlicher politischer Ansichten, in dem ehemalige Kommunisten ebenso einen Platz hatten wie Liberale, Konservative oder Rechte. Mit dem Fall des kommunistischen Regimes war das gemeinsame Interesse erfüllt. Es bildeten sich neue Parteien entsprechend der Partikularinteressen.

Aus ihnen gingen auch Parteien hervor, die sich für strikte Lustrationsbestimmungen einsetzten. Dazu zählten in erster Linie rechtsliberale, rechtskonservative sowie nationale Kräfte. Sie fordern eine umfassende Aufarbeitung der jüngeren polnischen Geschichte. Ihr Ziel war und ist es, postkommunistische Seilschaften u. a. in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft aufzudecken und die Opfer kommunistischer Unterdrückungspolitik angemessen zu rehabilitieren.

Die rechtlichen Grundlagen der Lustrationsbestimmungen sind oft geändert worden, abhängig davon, welche politische Kraft in Polen die Regierungsmehrheit stellte. Von daher äußern sich politische

Meinungsunterschiede auch in der betreffenden Gesetzgebung zur Aufgabenfunktion des IPN. 1992 scheiterte der erste Versuch der konservativen Regierung unter Ministerpräsident Jan Olszewski, die Verstrickungen öffentlicher Personen mit dem polnischen Geheimdienst nachzuweisen und somit eine Lustration durchzusetzen. Die Regierung veröffentlichte eine nicht verifizierte Liste mit 66 bedeutenden Politikern und Beamten, die im Verdacht standen, gemeinsame Sache mit den ehemaligen Sicherheitsdiensten gemacht zu haben. Im weiteren Verlauf stürzte die konservative Regierung über dieses Verzeichnis unter maßgeblicher Beteiligung Wałęsas. Da ab 1993 Postkommunisten die Regierungsverantwortung übernahmen, war die ‚Durchleuchtung‘ für die nächsten vier Jahre gebremst (RUCHNIEWICZ 2007, S. 2).

Ein neuer Anlauf 1997... der Anwalt des Öffentlichen Interesses übernimmt

Erst fünf Jahre später, 1997, wurde ein neuerlicher Lustrationsversuch unternommen. Eine Verpflichtungserklärung stellte darin den zentralen Aspekt dar. Der Betroffene musste eine Erklärung abgeben, ob eine Kooperation mit dem kommunistischen Geheimdienst vorgelegen hatte. Wer der falschen Angabe überführt wurde, durfte für zehn Jahre keine öffentlichen Ämter mehr ausüben. Dieses Gesetz erfasste eine Personengruppe von ca. 30 000 Menschen.

Die Bestimmungen galten u. a. für Parlamentarier, hohe Beamte und Rechtsanwälte (VETTER 2008, S. 76). Ein Anwalt des Öffentlichen Interesses (*Rzecznik Interesu Publicznego*: RIP) untersuchte die Angaben. Wenn begründete Zweifel

an der Richtigkeit der Aussagen der Betroffenen bestanden, leitete der RIP die Informationen an das zuständige Gericht weiter. Das Gesetzesmodell sah alle potenziellen Rechte auf Verteidigung vor. Die Beweislast lag beim RIP. Er musste den Nachweis erbringen, dass die der Lustrationslüge beschuldigte Person de facto ein geheimer Mitarbeiter war – also tatsächlich mit dem Geheimdienst kooperiert hatte und nicht nur die Einwilligung zur Zusammenarbeit gegeben hatte. Doch die Vernichtung von Akten im großen Stil erschwerte die Aufklärung erheblich, sodass häufig nicht genügend Beweismittel zusammengetragen werden konnten. Letztendlich galt das Prinzip der Unschuldsvermutung.

Das Verfassungsgericht sieht Änderungsbedarf

Polens mühevoller Weg der Aufarbeitung wurde im Oktober 2005 zusätzlich erschwert. Das Verfassungsgericht betonte in einem Urteil, dass jedem, eingeschlossen die ehemaligen Mitarbeiter des Geheimdienstes, Einsicht in die ihn betreffenden Dokumente gewährt werden müsse. Der richterliche Rechtspruch löste breite Diskussionen aus. Das geltende Lustrationsgesetz konnte in dieser Form daher nicht fortbestehen. Weiterhin bestand Klärungsbedarf über die gesetzlichen Grundlagen des mittler-

weile zuständigen IPN. Logischerweise verlor durch diese Gerichtsentscheidung das bestehende Verfahren seinen Sinn, weil jeder Betroffene seine Dokumente einsehen konnte. Als beweiskräftige Mittel standen überwiegend die Registerinträge zur Verfügung und diese galten eben nicht als ausreichend für eine Verurteilung. Diese Entwicklungen machten 2005 neue Überlegungen zum Lustrationsverfahren notwendig.

Die Chronik der polnischen Lustration

- 1989 Verhandlungen am Runden Tisch.
- 1990 Lech Wałęsa wird zum neuen Staatspräsidenten Polens gewählt.
- 1992 Innenminister Antoni Macierewicz präsentiert dem Sejm eine Liste mit ehemaligen potenziellen Mitarbeitern des kommunistischen Sicherheitsdienstes. Diese Liste enthält 66 Namen mit bedeutenden Politikern und Beamten. Im weiteren Verlauf stürzt die konservative Regierung über diese Liste.
- 1993 Die Lustration wird durch einen Regierungswechsel mit den Postkommunisten an der Spitze nicht weiterverfolgt.
Die Politik des dicken Schlussstrichs setzt sich durch.
- 1997 Durch den Beschluss eines neuen Lustrationsgesetzes im April können etwa 30 000 Menschen auf die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst untersucht werden.
Das betrifft u. a. Parlamentarier, hohe Beamte und Rechtsanwälte.
- 1998 Das Institut des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*) wird gegründet.
- 2000 Lech Wałęsa wird vom so genannten Lustrationsgericht vom Vorwurf der Mitarbeit bei der Stasi freigesprochen. Bei den Wahlen zum neuen polnischen Präsidenten erhält er lediglich ein Prozent der Stimmen.
Das IPN nimmt seine Tätigkeit auf. Erster Präsident wird Leon Kieres.
- 2004 Lech Wałęsa erhält vom IPN den Status eines „Verfolgten des kommunistischen Regimes“.
- 2005 Die Veröffentlichung der Wildstein-Liste löst große innenpolitische Kontroversen aus.
Die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) der Kaczyński-Zwillinge erringt einen Doppelsieg bei den Parlamentschafts- und Präsidentenschaftswahlen.

Der Historiker Janusz Kurtyka übernimmt die Nachfolge von Leon Kieres als IPN-Präsident. Er gilt als Unterstützer der Kaczyńskis.

Im Juni 2005 unterzeichnen Vertreter des IPN und der deutschen Birthler-Behörde (BStU) eine Kooperationsvereinbarung.

Die katholische Kirche wird von Stasi-Enthüllungen und Verwicklungen ihrer geistlichen Würdenträger erschüttert. Daraufhin werden in einigen Diözesen eigene Untersuchungskommissionen eingerichtet.

2007 Im Frühjahr wird ein neues Lustrationsgesetz durch die konservativen Regierungsparteien eingebracht. Staatspräsident Lech Kaczyński unterstützt die Gesetzesnovelle, die die Lustrationsbestimmungen auf 700 000 Personen erweitern würde.

Im Mai erklärt das polnische Verfassungsgericht 39 Punkte des verabschiedeten Lustrationsgesetzes für verfassungswidrig.

Der Warschauer Erzbischof Stanisław Wielgus tritt nach Stasi-Enthüllungen im Juli zurück. Die katholische Kirche setzt daraufhin eine interne Untersuchungskommission ein, die 133 Bischöfe auf ihre Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst hin überprüft.

2009 Lech Wałęsa sieht sich wiederholten Anschuldigungen als Stasi-Spitzel „Bolek“ ausgesetzt. Er erwägt sogar, den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution fernzubleiben und erhebt Anklage gegen den damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński, weil dieser ihm eine Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Geheimdienst unterstellt.

2010 Im März nimmt der Sejm, das polnische Parlament, eine von den liberal-konservativen Regierungsparteien eingebrachte Novelle über eine Reform des Lustrationsgesetzes und der Zuständigkeiten des IPN an. Staatspräsident Lech Kaczyński verweigert seine Zustimmung. Auf dem Weg zu den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages des Massakers von Katyń stürzt am 10. April das Flugzeug mit der hochrangigen polnischen Delegation in Smolensk ab. Unter ihnen befindet sich auch der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński.

Der amtierende Staatspräsident Bronisław Komorowski von der Partei der Bürgerplattform (PO) unterzeichnet am 29. April 2010 trotz Kritik der PiS das neue Lustrationsgesetz.

Die Zeiten ändern sich – die Kaczyński-Zwillinge streben eine „moralische Wende“ an

Seit September 2005 regierte in Polen eine Koalition mit der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*: PiS) an der Spitze. Ministerpräsident wurde Jaroslaw Kaczyński, während sich sein Zwilingsbruder Lech im Oktober 2005 gegen den liberal-konservativen Herausforderer Donald Tusk als Präsident durchsetzte. Diese Konstellation bedeutete einen Rechtsruck in der Politik Polens. Die Kaczyński-Zwillinge strebten nach eigener Wortwahl eine ‚moralische Wende‘ an. Diese Begrifflichkeit implizierte eine Rückbesinnung auf nationale Grundwerte nach einer „Endlosserie von Korruptions-skandalen und Politaffären im Schoße der Linksregierung Leszek Miller“ (RADZYNER 2006, S. 40). Damit sollte eine Ausweitung der Lustrationsbestimmungen und der Befugnisse des IPN einhergehen. Nach vorläufigen Schätzungen konnte mithilfe dieser Gesetzesnovellierung die ‚Durchleuchtung‘ auf 700 000 Personen ausgeweitet werden.

Diese normativ fixierten Überlegungen riefen große Proteste innerhalb der polnischen Gesellschaft hervor, weil vormals nicht erfasste Berufsgruppen wie Journalisten, Wissenschaftler, Bankangestellte, Selbstverwaltungsorgane oder Hochschullehrer Auskunft über etwaige Tätigkeiten leisten sollten.

Das Gesetz berücksichtigte die Möglichkeit, dass die Betroffenen ihr Ansehen vor Gericht verteidigen konnten. Außerdem wurde das Amt des Anwalts des Öffentlichen Interesses abgeschafft und dessen Befugnisse in die Zuständigkeit des IPN – neben den Abteilungen Archiv, Forschung/Bildung und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen – integriert (RUCHNIEWICZ 2007, S. 3). Weiterhin wurde dem Institut gestattet, einen Katalog der Personen zu erstellen, die als Informanten tätig waren. Diese Impulse verschärfen das innenpolitische Klima massiv. Zusätzliche Enthüllungen und Vorwürfe belasteten überdies das Ringen um einen gemeinsamen gesellschaftlichen Lustrationsweg. Gegenseitiges Misstrauen und populistische Anschuldigungen prägten den Alltag und machten eine konstruktive Atmosphäre beinahe unmöglich.

Das Verfassungsgericht sieht wiederholten Änderungsbedarf

Die Kritiker der verschärften Regelungen sahen sich im Mai 2007 bestätigt, als das Verfassungsgericht zum wiederholten Male einschritt und einige Bedenken gegenüber der von Staatspräsident Kaczyński auf den Weg gebrachten Reform bekundete. So kippte die höchste juristische Instanz einige Dutzend Regelungen, die u. a. die Lustrationsausweitung auf Journalisten und Hochschullehrer sowie die Katalogisierung betrafen. Infolgedessen kam das Lustrationsverfahren faktisch zum Erliegen. Die Entscheidung rief vor allem in links-liberalen und sozialistischen Kreisen Erleichterung hervor, während die PiS um die Kaczyński-Brüder dies als Niederlage wertete, weil die angestrebte ‚schonungslose moralische Ordnung‘ gesetzlich nicht fixiert

werden konnte. Dennoch äußerte eine klare Mehrheit der Politiker den Wunsch eine neue Lustrationsnovelle in Angriff zu nehmen, zumal die rechtlichen Rahmenbedingungen deutlicher denn je schienen.

Bei der Diskussion um das IPN und die darum kreisende Aufarbeitung darf nicht vergessen werden, dass sich hier auch meinungsbildende Prozesse abspielen, die vor allem die Sicht und Deutung auf das eigene Geschichtsbild beinhalten. Die Ablehnung von politischen Institutionen steht in enger Beziehung zu der Polarisierung der politischen Landschaft, weil die jeweilige Regierung unabänderlich danach strebt, ihren Einfluss institutionell zu verfestigen (GARSZTECKI 2010, S. 4).

Die Wildsteinliste erregt die polnischen Gemüter

Dieser Punkt wird sehr anschaulich anhand der Kontroversen um das IPN. Das eigentlich unabhängig von politischem Einfluss angesiedelte Institut ist vielfach dem Vorwurf der politischen Instrumentalisierung ausgesetzt (GARSZTECKI 2010, S. 4). Vor allem der Umgang mit heiklen Dokumenten heizt die Situation an. Die so genannte Wildsteinliste repräsentiert am deutlichsten die tiefen Gräben zwischen den beiden unversöhnlichen Lagern. Der der PiS nahe stehende Journalist und

frühere Bürgerrechtler Bronisław Wildstein erregte im Januar 2005 über die polnischen Landesgrenzen hinweg die Gemüter. Auf einer von ihm veröffentlichten Liste, die gleichermaßen, hauptamtliche, informelle und potenzielle Täter sowie Opfer des kommunistischen Regimes umfasste, waren 240 000 Namen aufgeführt (RADZYNER 2006, S. 46).

Wahrscheinlich erhielt Wildstein die Namen aus dem Institut für Nationales Gedenken (SANDER 2005). Tatsächlich sagt diese Aufzählung so gut wie nichts über etwaige persönliche Verstrickungen mit dem Geheimdienst aus, weil sie nachgewiesenermaßen gerade auch Namen

vieler Opfer beinhaltet. Die undifferenzierte Auflistung und die anschließende Veröffentlichung im Internet sorgten für großen Wirbel und schürten ein Klima der gegenseitigen Verdächtigung und Verunsicherung.

Volksheld oder Spitzel? Lech Wałęsa im Fadenkreuz

Auf ebenso große Resonanz stießen die Enthüllungsversuche um eine angebliche Agententätigkeit des Solidarność-Mitbegründers Lech Wałęsa. Diese Anschuldigungen sind nicht neu. Die Vorwürfe begleiten den ehemaligen Elektriker mittlerweile seit über 20 Jahren. Bis heute sind sie nicht nachgewiesen, was ein Lustrationsgericht im Jahr 2000 ausdrücklich bestätigte.

Dennoch erschütterte das Thema 2008 und 2009 die polnische Nachwendegesellschaft. Wałęsa soll der Agent „Bolek“ gewesen sein und mit dem kommunistischen Geheimdienst paktiert haben. Die Ankläger hatten sich jedoch nicht die Mühe gemacht, selbst mit dem Betroffenen zu sprechen. Ihre Behauptungen stützten sich auf Unterlagen des IPN, wodurch sich das Institut wieder Vorwürfen der politischen Parteilichkeit ausgesetzt sah. Für viele Polen erhärtete sich der Verdacht, dass die politischen Parteien des Landes das IPN überwiegend als Austragungsort für politische Meinungsmache und zur Durchsetzung

eigener Interessen benutzen. Die Parteien sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie dadurch nur von den eigentlichen Problemen des Landes ablenken wollten. Eine endgültige Entpolitisierung schien in diesem Klima schwierig. Die Konfrontation wird vor allem durch Lech Wałęsa auf der einen sowie Jarosław Kaczyński und seinen am 10. April 2010 verstorbenen Bruder Lech auf der anderen Seite symbolisiert, die sich von ehemaligen Verbündeten zu unerbittlichen Widersachern gewandelt haben. Immer wieder neue Vorwürfe und Rachegeleüste verhärteten die Fronten (JÄGER-DĄBEK 2009). Für die einen war Wałęsa ein Held – für die anderen ein Verräter. Der Friedensnobelpreisträger drohte sogar, den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Endes der kommunistischen Diktatur 2009 fernzubleiben. Die Suche nach der ‚Wahrheit‘ entpuppt sich als eine Never-Ending-Lustrationsstory über die Meinungshoheit innerhalb der polnischen Gesellschaft.

Normalisierung und Entpolitisierung in der Diskussion?

Von daher scheint es nur folgerichtig, dass sich die aktuelle liberal-konservative Tusk-Regierung um gesetzliche Veränderungen in Bezug auf die Aufgaben des IPN bemüht. Zwei Gesetzesprojekte standen im Jahr 2007 zur Disposition. Die linken parlamentarischen Kräfte (*Klub Poselski Lewica*) fordern in ihrem Entwurf sogar die generelle Abschaffung des IPN, während die Regierungskoalition unter der Führung der PO eine Entpolitisierung der umstrittenen Einrichtung forcierte. Die von der Regierung initiierte Gesetzesnovelle sieht vor, dass die Bürger Einsicht in die archivierten Originalakten über bespitzelte Personen ohne Anonymisierung von persönlichen Angaben erhalten. Im Übrigen steht jedem Bürger weiterhin der Zugang zu seiner eigenen Akte offen, darunter fällt auch der Grundsatz, dass Einsicht in Akten von Personen in hohen öffentlichen Ämtern gewahrt bleiben muss. Schließlich wurde

die Novelle trotz aller Widerstände im März 2010 vom Parlament angenommen (GARSZTECKI 2010, S. 5). Jedoch verweigerte Präsident Lech Kaczyński wegen persönlicher Bedenken die endgültige Ratifizierung. Umso größer war der Aufschrei der Empörung der PiS-Anhänger, als der administrative Interimsnachfolger und jetzige Staatspräsident Bronisław Komorowski wenige Wochen nach dem Tod Kaczyńskis die Novelle unterzeichnete. Dieser abschließende Formalakt scheint fürs Erste der vorläufige Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Zuständigkeiten des Instituts des Nationalen Gedenkens zu sein. Es bleibt zu hoffen, dass die Republik Polen durch das neue Gesetz in ruhigere Gewässer segelt, sich die aufgeheizte Stimmung ein wenig abkühlt und ein Normalisierungsprozess im Sinne eines für die breite gesellschaftliche Mehrheit tragfähigen Konsenses einsetzt.

Paweł Sobon



Das IPN ist eine der wichtigsten Institutionen Polens. Zu seinen Aufgaben gehören z.B. Untersuchungen von geschichtlichen Ereignissen zur Zeit der kommunistischen Macht. Der Kampf um die Wahrheit, wer war wer in der Volksrepublik Polen, hatte verursacht, dass diese Institution einen sehr schlechten Ruf bekam. Vor ein paar Jahren wurde auch ein Buch über Lech Wałęsa von dem IPN verfasst, in dem festgestellt wurde, dass er einige Zeit mit dem Sicherheitsdienst zusammengearbeitet hatte.

Das IPN hat für mich eine sehr große Bedeutung, weil es die Institution ist, die sich richtig mit der Geschichte beschäftigt.

Ein nationales Wahrzeichen wird erschüttert – Geheimdienstspitzel in der katholischen Kirche

Auch die polnische katholische Kirche bleibt von Enthüllungen rund um ihre Diener Gottes nicht verschont (RUCHNIEWICZ 2007, S. 3). Historiker schätzen, dass im Durchschnitt bis zu 15 Prozent des Klerus dem kommunistischen Sicherheitsdienst zugearbeitet haben.

Das muss für die katholische Nation ein zutiefst wirkender Schock sein – gerade weil viele Polen in ihrer Kirche ein moralisches Bollwerk gegenüber dem Kommunismus sahen (*siehe: „Weil er Papst ist“*). Vor allem die Anschuldigungen an den persönlichen Vertrauten von Papst Johannes Paul II., den in Polen sehr bekannten Dominikanerpater Konrad Hejmo, im Jahr 2005 und die an den Warschauer Erzbischof Stanisław Wielgus 2007 lösten intensive Diskussionen um die Rolle der katholischen Kirche in der Volksrepublik Polen aus, wobei sich die Vorwürfe gegenüber Konrad Hejmo als haltlos erwiesen. Insbesondere das Beispiel Hejmos verdeutlicht, dass den Anschuldigungen oftmals Medienkampagnen vorgehen, so dass eine sachliche Diskussion und Auseinandersetzung zusätzlich erschwert wird.

Der Selbstreinigungs- und Aufarbeitungsprozess hierzu hat gerade erst begonnen. Die Glaubwürdigkeit der Kirche steht auf dem Spiel! Um sich aus diesem Dilemma zu befreien, gründete das Episkopat eine zentrale Kirchliche Geschichtskommission und eine Kommissionen auf Diözesanebene. Sie sollen die eigene Vergangenheit in enger Zusammenarbeit mit dem IPN untersuchen (GNAUCK 2007, S. 97).

Erst der massive öffentliche Druck bewegte die kirchlichen Entscheidungsträger zu einer Flucht nach vorne. Welche Früchte in Zukunft wirklich geerntet werden können und inwieweit sie bekömmlich sind, bleibt abzuwarten.

Literaturnachweis

- Bingen, Dieter:** Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, in: Unverhau, Dagmar/Lucht, Roland (Hg.): Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, Band 2, Münster 2005, S. 57-97.
- Unverhau, Dagmar/Lucht, Roland (Hg.):** Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Band 2, Münster 2005.
- Vetter, Reinhold:** Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis, Berlin 2008.
- Gnauck, Gerhard:** Die Kirche „Johannes Pauls“ und ihre Achillesferse, in: Europäische Rundschau 2007, http://www.europaeische-rundschau.at/2007/Inhalt_2007_1.html, S. 97-102, letzter Zugriff am 3.05.2010.
- Grajewski, Andrzej:** Lustration in Polen - der Umgang mit der Volksrepublik, in: Polen-Analysen 17, hrsg. vom Deutschen Polen Institut, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen17.pdf>, S. 2-3, letzter Zugriff am 15.05.2010.
- Garsztecki, Stefan:** Demokratie in Polen – Auf dem Weg zu ‚Good Governance‘?, in: Polen-Analysen 68, Deutsches Polen Institut/Forschungsstelle Osteuropa/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.), <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen68.pdf>, S. 2-6, Zugriff am 8.05.2010.
- Jäger-Dąbek, Brigitte:** Wałęsa will auswandern, in: Das Polen Magazin 2009, <http://www.das-polen-magazin.de/walesa-will-auswandern/>, letzter Zugriff am 3.05.2010.
- Machcewicz, Pawel:** Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit - Das Beispiel Polen, <http://www.goethe.de/ges/pok/prj/usv/svg/pl/deindex.htm>, letzter Zugriff am 7.05.2010.
- Ruchniewicz, Krzysztof:** Die polnische Geschichtspolitik nach 1989, in: Polen-Analysen 20. Deutsches Polen Institut / Forschungsstelle Osteuropa/ Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.), <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen20.pdf>, S. 2-7, letzter Zugriff am 8.05.2010.
- Sander, Martin:** Wildsteins Liste. Streit um die kommunistische Vergangenheit spaltet Polens Gesellschaft, in: Deutschlandradio Kultur, 2005, <http://www.dradio.de/dlr/sendungen/fazit/347810/>, letzter Zugriff am 3.05.2010.
- Vetter, Reinhold:** Die Vergangenheit näher als die Zukunft. Ein nüchterner Blick auf die Präsidentschaft von Lech Kaczyński, in: Polen-Analysen 69, Deutsches Polen Institut/Forschungsstelle Osteuropa/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.), <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen69.pdf>, S. 2-9, Zugriff am 8.05.2010.

Abreise: Was bleibt?

Ein Buch als Erinnerungsort lebendiger Begegnungen.

von Małgorzata Grzywacz

Akademische Reisen sind wahrscheinlich so alt wie die Universitäten selbst. Studienreisen und Wanderschüler gehören auch zu unserem Alltag, zumal die europäischen Hochschulen dahin tendieren, die Mobilität der Studierenden deutlich zu fördern.

In meinen Seminaren an der Adam-Mickiewicz-Universität zu Poznań (Posen) sitzen neben Polen immer mehr Erasmus-Studierende, meistens aus der Türkei. Wir üben alltäglich die interkulturelle

Kommunikation, und doch fällt mindestens einmal pro Semester die Frage nach den sehr komplizierten Beziehungen zwischen Polen und Deutschen. Sie scheinen auch andere zu interessieren, zu beschäftigen.

Als Universitätsdozentin mit einer langjährigen Berufserfahrung weiß ich aber auch, dass es zwar sehr viele Initiativen unterschiedlicher Art gibt, dieses komplexe Thema unter allen möglichen Herangehensweisen zu betrachten, das eigentliche Wesen aller dieser Bemühungen aber darin liegen sollte, dass Polen und Deutsche einander intensiv begegnen, sich gegenseitig kennen lernen und sich auseinandersetzen lernen: mit sich selbst, mit eigenen Leitvorstellungen, Lebensidealen, Schwächen, Unzulänglichkeiten und letztendlich mit unserer *gemeinsamen* Geschichte. Jede Chance muss genutzt werden, um diesem Ziel, auch im Kleinen, näher zu kommen.

Aus heutiger Perspektive gesehen kann ich bestätigen, dass wir diesem Ziel näher gekommen sind – eine richtige Projektwelle hatte uns erfasst und wir haben Wind in die Segel bekommen. Meine Freundin und Projektpartnerin Berit Pleitner (Universität Oldenburg) bereitete ihre Studenten auf die Studienfahrt nach Polen vor und wir warteten auf unsere Gäste, arbeiteten am Programm,



Małgorzata Grzywacz.

Foto: Witold Wyrwa.

klärten Organisatorisches. Auch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit konnten wir überzeugen, dass unsere Pläne einer Förderung würdig wären.

Beide Seiten hatten ihre eigenen Erwartungen und Vorstellungen. Unsere Studis planten vor allem ihr Deutsch zu vertiefen – sie studieren meistens Deutsch als Fremdsprache auf Lehramt, in Kombination mit Englisch bzw. Französisch. Geschichte ist nicht ihr Spezialgebiet – manche äußerten von Anfang an den Wunsch, dass wir uns vor allem auf die Gegenwart und nicht auf die Vergangenheit konzentrieren sollten. Auch meine Gespräche mit Tolek Filipkowski, einer wichtigen Gestalt der Solidarność-Bewegung in Gdańsk, bestärkten mich darin, dass nicht die Last der Geschichte, sondern die Lebendigkeit der Begegnung zu den Hauptzielen unseres Vorhabens werden sollte.

Und es hat sich gelohnt: Ein besonderes Reisetagebuch dieser Märztag 2010 ist entstanden – geprägt von dem Willen der deutschen Studierenden, Momentaufnahmen unserer gemeinsamen Zeit zu erfassen und diese mit fundierter wissenschaftlicher Reflexion zu verbinden. Das Buch über Erinnerungsorte ist selber ein Erinnerungsort von außergewöhnlicher Intensität. Ich freue mich sehr, dass dieses auch neue Perspektiven eröffnet – denn viele Projekte verschwinden, ihre Spuren lassen sich nur schwer rekonstruieren. Wir aber können nach einem altbewährten Medium greifen: Das Buch, ehemals das Zentrum der akade-

mischen Realität, ist, trotz aller neuen Medien, ein noch nicht wegzudenkendes Element unserer Kultur.

Und als ein wichtiger Erinnerungsort ist das Buch besonders hoch zu schätzen. Ich kann es in die Hand nehmen und sagen: Schaut! So haben wir es damals zusammen erlebt! Ich werde es meinen neugierigen Studierenden aus anderen Ländern präsentieren und damit arbeiten. Sie können die Texte lesen, sie verstehen lernen und auch kommentieren! Ein Stück interkultureller Hermeneutik, die schließlich immer in der menschlichen Begegnung ihren Anfang hat.

Danksagung

Dr. Małgorzata Grzywacz und Dr. Adam Sobek waren für uns das Herz dieses Projektes, ihnen gilt unser besonderer Dank. Weiterhin danken wir Dr. Magdalena Sacha, Antoni Filipkowski, Jarosław Żurawinski, Zbigniew Pakuła, Prof. Hubert Orłowski, Dr. Anna Kochanowska-Nieborak, Monika Krotoszyńska, Piotr Chruścielski und Prof. Hans Henning Hahn für Vorträge und Gespräche; Marta Nurczyńska und Dr. Małgorzata Grzywacz für ihre unermüdliche Übersetzungsarbeit sowie Nadine Brinkmann für das Layout. Ohne ihre Geduld wäre dieses Buch nicht entstanden.

Für Bildrechte und die Möglichkeit des Abdrucks unserer Fotos danken wir dem Żydowski Instytut Historii (ZIH)/Jüdischen Historischen Institut in Warschau, dem Instytut Pamięci Narodowej/Institut für Nationales Gedenken, dem Muzeum Sopotu/Museum Zoppot, der Gedenkstätte Żabikowo in Posen, dem Muzeum Powstania Warszawskiego/Museum des Warschauer Aufstandes, Antoni Filipkowski (Forum Pomorskie), Andrzej Mleczo, der Friedrich Ebert Stiftung, dem SPIEGEL, dem Internetportal virtual shtetl, Zbigniew Pakuła, dem Bundesarchiv sowie der Fundacja Centrum Solidarności/Stiftung der Solidarność in Danzig.

Ermöglicht wurde das Projekt durch die großzügige finanzielle Förderung der Fundacja Współpracy polsko-niemieckiej/Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau sowie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Dr. Berit Pleitner & die TeilnehmerInnen des Seminars
„Polnische Erinnerungsorte und deutsch-polnische Beziehungen im 20. Jahrhundert“